



USA 109,9 \$/Stk
Japan 21,- ¥
FRANKREICH 12,50 F
BRITANNEN 12,50 £
SCHWEIZ 12,50 Sfr
ÖSTERREICH 12,50 S
NORWEGEN 12,50 Nkr
DÄNMARK 12,50 Dkr
SCHWEDEN 12,50 Kr
POLEN 12,50 Złoty
TSCHECHENREICH 12,50 Kč
SLOWAKEI 12,50 Sk
SLOWENIEN 12,50 Tolar
UNGARN 12,50 Ft
RUSLAND 12,50 Rubel
UKRAINE 12,50 Hrywna
LITAUEN 12,50 Lt
LÄNDLICHE ZEITUNGSVEREINIGUNG 12,50 DM
SÜDSKANDINAVISCHER ZEITUNGSVEREINIGUNG 12,50 Kr
SÜDPOLSKER ZEITUNGSVEREINIGUNG 12,50 Złoty
SÜDSLOWAKISCHER ZEITUNGSVEREINIGUNG 12,50 Sk
SÜDSLOWENISCHER ZEITUNGSVEREINIGUNG 12,50 Tolar
SÜDUNGARISCHER ZEITUNGSVEREINIGUNG 12,50 Ft
SÜDRUSSISCHER ZEITUNGSVEREINIGUNG 12,50 Rubel
SÜDUKRAINISCHER ZEITUNGSVEREINIGUNG 12,50 Hrywna
SÜDLITAUENISCHER ZEITUNGSVEREINIGUNG 12,50 Lt
SÜDLÄNDLICHE ZEITUNGSVEREINIGUNG 12,50 DM
SÜDPOLSKER ZEITUNGSVEREINIGUNG 12,50 Złoty
SÜDSLOWAKISCHER ZEITUNGSVEREINIGUNG 12,50 Sk
SÜDSLOWENISCHER ZEITUNGSVEREINIGUNG 12,50 Tolar
SÜDUNGARISCHER ZEITUNGSVEREINIGUNG 12,50 Ft
SÜDRUSSISCHER ZEITUNGSVEREINIGUNG 12,50 Rubel
SÜDUKRAINISCHER ZEITUNGSVEREINIGUNG 12,50 Hrywna
SÜDLITAUENISCHER ZEITUNGSVEREINIGUNG 12,50 Lt
SÜDLÄNDLICHE ZEITUNGSVEREINIGUNG 12,50 DM

Der Rot-Grüne Atom-Krieg



SPIEGEL-SERIE
20.
Das
Jahrhundert
Hitlers Inferno

Ausstieg - und dann?

Werbeseite

Werbeseite

Hausmitteilung

25. Januar 1999

Betr.: Gore, Lamprecht, SPIEGEL special



J. TROHA / BLACK STAR

Schießl, Gore

Was US-Vizepräsident Al Gore, 50, an Bord des Regierungsflugzeuges Air Force Two anwesenden Journalisten erzählt, dürfen diese nicht berichten. Das ist ein ungeschriebenes Gesetz, wie SPIEGEL-Redakteurin Michaela Schießl, 37, erfuhr, als sie Gore auf einem Flug in der Boeing 757 begleiten konnte. Während seiner Reisen will sich der Politiker entspannen und nicht jedes Wort wägen. Der sonst so steif und steinern wirkende Vizepräsident gab sich auf dem Flug von Washington nach New York denn auch ganz locker und „quatschte einfach drauflos“, so Schießl, „gar nicht von oben herab“. Zum Small talk mit der SPIEGEL-Korrespondentin kniete er sich sogar hin. Vor allem wollte Computerfreak Gore von Schießl wissen – soviel mag sie denn doch verraten –, ob der SPIEGEL auch im Internet zu finden sei. Die Antwort stellte Gore zufrieden: „www.spiegel.de“. In New York beobachtete Schießl den Vertreter – und möglichen Nachfolger – von Präsident Bill Clinton schließlich bei der Arbeit: „Da war er wieder der reine Kopfmensch“ (Seite 142).

Mehr als 30 Jahre hat SPIEGEL-Korrespondent Rolf Lamprecht, 68, über die höchsten Gerichte aus Karlsruhe berichtet. Zahlreiche richtungweisende Verfahren und Urteile analysierte und kommentierte er in dieser Zeit, sei es zum Scheidungsrecht oder zum Abtreibungsparagrafen 218, zum Asylrecht oder zur deutschen Vereinigung. Als der promovierte Politologe Lamprecht jetzt in den Ruhestand ging, erfuhr er eine ungewöhnliche Ehre: In der Kathedrale des deutschen Rechts selbst, dem Bundesverfassungsgericht (BVG), würdigten am vergangenen Mittwoch höchste Richter und Staatsanwälte die Arbeit des SPIEGEL-Mannes und Vorsitzenden der Justizpressekonferenz. Gekommen waren BVG-Präsidentin Jutta Limbach und fast alle ihre Richterkollegen, Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin, Generalbundesanwalt Kay Nehm sowie der Präsident des Bundesgerichtshofs Karlmann Geiß. Anwesend auch Paul Kirchhof – jener Verfassungsrichter, der maßgeblich das jüngste familienfreundliche Urteil zur Steuerpolitik prägte und die Bundesregierung damit in ein finanzielles Dilemma trieb (Seite 86).

Immer mehr Deutsche werden immer älter. Was eigentlich ganz verheißungsvoll klingt, birgt einen Haufen Probleme: Wer soll die Renten bezahlen, die aufwendige medizinische und soziale Versorgung, wenn gleichzeitig die Geburtenrate sinkt? „Jung gegen Alt – Generationen im Konflikt“ heißt das neue SPIEGEL special, das ab Dienstag im Handel ist. Der Unternehmensberater Roland Berger, 51, nimmt sich darin den Umgang mit älteren Arbeitnehmern vor, und Stefan Beckenbauer, 30, erzählt erstmals ausführlich über sein schwieriges Erwachsenwerden im Schatten des berühmten Vaters.



Werbeseite

Werbeseite

Titel

Der Ausstieg aus der Atomenergie – ein Akt des Dilettantismus 22
 Interview mit Viag-Chef Wilhelm Simson über den Konflikt um die Wiederaufarbeitung 26
 Greenpeace-Experte Roland Hipp über geheime Pläne, Atommüll nach Rußland zu liefern 28
 Entschädigungen für die AKW-Stillegung sind vermeidbar 30
 Was ersetzt die Kernkraft? 35

Deutschland

Panorama: Stasi-Akten aus Washington? / Doping-Verdacht gegen Athletin Tiedtke 17
CDU: Volker Rühle in der Provinz 42
CSU: Hahnenkämpfe in München 44
Anleihen: Ostdeutschen Städten drohen Milliarden-Verluste 48
Zeitgeschichte: Falsch zugeordnete Fotos in der Wehrmachtsausstellung? 52
Geheimdienste: Waffendeals unter BND-Aufsicht 58
Universitäten: Mordversuch im Labor 64
Akademiker: Wie die Debis um Führungsnachwuchs wirbt 66
Nahverkehr: Unternehmer machen Bundesbahn Konkurrenz 70
Justiz: Angebliche Kindesmörderin vom BGH freigesprochen 71
SPD: Lafontaine-Sprecherin unter Stasi-Verdacht 72
Hauptstadt: Walter Momper's Comeback 74

Wirtschaft

Trends: Schlappe für Microsoft / Stromnetz als Datenleitung? 77
Medien: Billiger ins Internet / ARD pokert um Bundesliga-Rechte 78
Geld: Begehrte Unterhaltungsaktien / Börsenguru Buffett enttäuscht seine Jünger 79
Steuern: Viel Geld für Familien 80
 Die Anmaßung der Karlsruher Richter 86
Autoindustrie: Daimler-Chrysler hat Ärger mit dem Smart 90
Löhne: In der Metallindustrie droht Streik 91
Konzerne: Interview mit Dasa-Chef Manfred Bischoff über die schwierige Neuordnung der europäischen Luftfahrtindustrie 92
Entertainment: Spekulation mit Fußballclubs 96

Gesellschaft

Szene: Londons Pub-Kultur / Neues Design für Comic-Held Superman 99
Fernsehen: Mehr Quote mit der Doku-Soap? 100
Wohnen: Neue Lauschigkeit im Wohnzimmer 102
Stars: Mick Jagers Scheidungsdrama 104
Strafjustiz: Gisela Friedrichsen über die Verurteilung des Hochstaplers Gert Postel 105

Spiegel des 20. Jahrhunderts

Das Jahrhundert der Kriege:
 John Lukacs über den Zweiten Weltkrieg ... 115
Standpunkt: Rudolf Augstein über Adolf Hitler 126
Streitfragen: Was wußten die Alliierten über Auschwitz? 128
Porträts: Schukow, Manstein, Tojo 130

Milliarden-Geschenk für Familien

Seite 80



„Was'n mit dir los, Oskar?“

MOPO

Das Bundesverfassungsgericht setzt die Bonner Regierung unter Druck: Sie muß bis zu 60 Milliarden Mark an Familien ausschütten – aber woher soll sie die nehmen? Die Karlsruher Richter korrigieren mit ihrem Urteil eine Entwicklung, die immer mehr Familien ins gesellschaftliche und finanzielle Abseits rückt: Kinder sind zum Luxus geworden – und für viele das Armutsrisiko Nummer eins.

Werben um die Elite

Seite 66



Debis-Studenten-Event

K. THEIKER

Wer die Elite von morgen ködern will, muß sich etwas einfallen lassen. Debis, das Dienstleistungsunternehmen von Daimler-Chrysler, lud 250 handverlesene Studenten für drei Tage nach Berlin zu Vorträgen und Workshops, Disco und gruppenspezifischer Ringelpiez inklusive. Die Nachwuchsakademiker spielten Unternehmensführer und rollten übungsweise schon einmal den Markt auf – natürlich total global.

Giftgas-Deal unter BND-Kontrolle

Seite 58

Ein Kaufmann, der Giftgas-Technik nach Libyen geliefert hat, soll wegen Spionage angeklagt werden. Der Prozeß könnte platzen, denn der Bundesnachrichtendienst hatte den Mann fest im Griff. Doch niemand stoppte den Waffenhändler.

Hitlers Krieg

Seite 115



Hätte es ohne Adolf Hitler einen Zweiten Weltkrieg gegeben? „Höchstwahrscheinlich nicht“, meint der US-Historiker John Lukacs, „gewiß nicht 1939“. Bis dahin hatten England und Frankreich, beide kriegsmüde, Hitler gewähren lassen, doch der, so Rudolf Augstein, „wollte, was er ohne Krieg nicht bekommen konnte: freie Hand im Osten“. Hitler schätzte seine Kriegsgegner falsch ein; 1945 endete der letzte Versuch eines europäischen Staates, Weltmachtstatus zu erringen.



PKRASCHEIT-SOBERL KG

Hitler, Offiziere (1940)



Trauer über die Opfer des Massakers in Račak, Scharping

„Ein grauenvolles Blutbad“

Seite 136

Weltweites Entsetzen über das Massaker in Račak – doch die Nato ist ratlos, wie sie die Wiederholung der bosnischen Tragödie im Kosovo verhindern kann. Bundesverteidigungsminister Scharping will den Waffennachschub in die Region eindämmen.



Mutter Courage am Himmel Afrikas

Seite 154



Flugzeugin Stewart

Zweieinhalb Millionen Menschen, die Hälfte der Bevölkerung, hungern im verwüsteten Süden des Sudan. Hilfe für sie kommt aus der Luft: Im Auftrag der Uno befördert die Pilotin Heather Stewart Ärzte und Versorgungsgüter ins Land, retour fliegt sie mit Kriegspfeilern nach Kenia. Die 59jährige Mutter Courage ist am Tag bis zu neun Stunden in der Luft – in einer Welt ohne Radar, Funkfeuer und befestigte Pisten.

Bleiche Gärten im Tropenmeer

Seiten 168, 170

Ein Massensterben sucht die Korallenriffe heim: Weltweit verbleichen und verfallen, unter dem Streß zu hoher Wassertemperaturen, die einst farbenprächtigen unterseeischen Kalksteingebirge samt ihrer Vielfalt an Meeresbewohnern. Mit einzelnen Korallensetzlingen versuchen Meeresbiologen, die von Tauchern, Schiffen und Abwässern schon geschädigten Riffe wieder aufzuforsten.



Ausgeblichene Koralle

Die mörderische Lady

Seite 200

Mit ihren literarischen Krimis hat sie es zu Millionen-Auflagen und einem Adelstitel von der Queen gebracht. Jetzt legt die Britin P. D. James ihren bislang besten Roman vor: eine virtuos konstruierte Mordgeschichte im Londoner Justizmilieu.

Ausland

- Panorama Ausland:** Prodi und Solana Kandidaten für EU-Chef-Posten / Mausechelen um Olympia-TV-Service..... 133
- Kosovo:** Nato zum Eingreifen bereit..... 136
- SPIEGEL-Gespräch** mit Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping über die Handlungsoptionen der Nato 138
- USA:** Clintons Schattenmann Al Gore..... 142
- Der Staat profitiert vom Börsenboom 145
- Die Stunde der schwarzen Advokatin 146
- Europa:** Kein Rabatt für die Deutschen..... 147
- Chile:** Pinochets Londoner Tribunal 149
- Italien:** Odyssee der Sklavenkinder 151
- Sudan:** Die unerschrockene Pilotin 154

Sport

- Ski alpin:** Gnadenloser Konkurrenzkampf im österreichischen Herren-Team..... 160
- Schach:** Betrug am Brett? 163

Wissenschaft + Technik

- Prisma:** Navigieren durch die Stirnhöhlen / High-Tech-Restoration von Fresken..... 165
- Prisma Computer:** Programmierer imitieren Windows / Elektronische Gesangskorrektur ... 166
- Umwelt:** Massensterben der Korallen..... 168
- Aufforstung unter Wasser 170
- Flugkatastrophen:** Letzte Worte aus dem Cockpit..... 174
- Computer:** Software für das Haus von morgen 176
- Interview mit Sun-Manager Ed Zander über das Verschwinden des PC..... 178
- Medizin:** Rosa Pille gegen Glatzen..... 182

Kultur

- Szene:** Deutscher Multikulti-Pop für den Grand Prix? / Horst Tappert als Kardinal 185
- Denkmalstreit:** Das Holocaust-Mahnmal als Kompromißpaket 188
- Musik:** Theresienstadt-Kinderoper „Brundibár“ in Berlin 190
- Pop:** Elvis-Shows auf deutschen Bühnen..... 193
- Kunst:** Der dänische Star-Maler Per Kirkeby ... 196
- Intendanten:** Theaterpoker um Baumbauer ... 199
- Krimis:** Thriller-Königin P. D. James 200
- Bestseller:** 202
- Kino:** Wie „Fette Welt“ und andere Filme deutschen Alltag abbilden..... 204
- Fernseh-Vorausschau** 214

- Briefe** 8
- Impressum** 14, 208
- Leserservice** 208
- Chronik** 209
- Register** 210
- Personalien** 212
- Hohlspiegel/Rückspiegel** 218

Super-Babe

Wie ein Ferkel zum Kinostar wurde. Außerdem im kultur-SPIEGEL, dem Magazin für Abonnenten: eine Hommage an John Irving, die Bauten der Expo 2000 und das Kunst-Cyber-Girl Mariko Mori.





SPiegel-Titel 2/1999

„Ich freue mich in diesem meinem Lande auf den ersten türkischstämmigen Minister oder (gar) Bundeskanzler.“

Kemal Çalik aus Darmstadt zum Titel „Wer darf Deutscher werden? Operation Doppel-Paß“

Eine einmalige Chance

Nr. 2/1999, Titel: Operation Doppel-Paß

Immer wieder wird in der Diskussion die Frage gestellt, warum denn die vielen Millionen Ausländer, die sofort die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben könnten, einfach verzichten und in Kauf nehmen, politisch machtlos zu sein. Die Antworten reichen dann von „die wollen nicht“ bis „rätselhaft“, sind jedoch einfach zu erklären. Zu den Lebensplänen dieser Menschen gehört oft die Rückkehr in das Heimatland nach dem Erwerbsleben. Die Vorstellung, im Alter das Heimatland als Ausländer aufzusuchen und vielleicht in einer Bakschisch-Gesellschaft nur eine befristete und in regelmäßigem Abstand zu erneuernde Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten, muß zur Beibehaltung der ursprünglichen Staatsbürgerschaft führen.

DÜSSELDORF

DR. DIETER WELTI

Zwei Pässe haben in Ländern, in denen dieses seit Jahren Praxis ist, keine Nachteile gebracht, und sie werden es auch in Deutschland nicht, denn die doppelte Staatsbürgerschaft existiert bereits bei Tausenden von Mitbürgern. Eine Gefahr für unseren Staat geht vielmehr von den Unionsparteien aus, die mit ihrem Vergleich von „anderen Lebensformen“ bei uns lebende Ausländer, vor allem wohl Türken, schon fast zu Tieren abstempeln.

AHRENSBÖK (SCHLESW.-HOLST.) DETLEF PRAHL

Versuchen Sie mal ein Kind oder einen Erwachsenen zu fragen: Liebst du Vater oder Mutter? Entscheide dich! Vater und Mutter gilt nicht! Was auf deutsch Vaterland ist, ist auf türkisch Mutterland (Anavatan). Für die Mehrheit der Millionen von Türken gilt Vaterland und Mutterland. So wie für Millionen von Deutschen in Namibia, Chile, Brasilien, Argentinien, Kanada, USA, Australien, die stolz auf ihr Herkunftsland und aktuelles Heimatland sind.

GROSSWALLSTADT (BAYERN) ALI SEVKET ÜNSAL

Die neue Regelung wird nicht nur für die Menschen gelten, die zwischen den be-

rühmten zwei Stühlen sitzen und deutsch denken und türkisch fühlen. Sie wird auch gelten für Türken, die nur auf einem Stuhl sitzen (dem türkischen nämlich) und teilweise sogar tendenziell anti-deutsch eingestellt sind. Sie sind es, von denen die Rede ist, wenn wir von türkischer Subkultur reden, sei ihr Schwerpunkt nun religiös, national oder eine Mischung aus beidem. Sie sind es auch, die sehr empfänglich sein dürften für Wahrheitschläge, die von der türkischen Regierung oder von Zeitungen wie der „Hürriyet“ gegeben werden, die eine Lobby-Funktion haben, die nicht hinnehmbar sein kann.

KÖLN BERNHARD MOCH

Eine Minderheit von zwei Millionen Türken mit deutschem Paß hätte gute Chancen, beim Europäischen Gerichtshof den Wegfall der Fünfprozenthürde für ihre Volksgruppe zu erstreiten, zumal es in Deutschland eine solche Regelung für Dänen in Schleswig-Holstein bereits gibt.

SCHWABACH (BAYERN) WOLFGANG WALPER

In Ihrem ausgezeichneten Artikel möchte ich ein Detail korrigieren, in dem Sie den damaligen Bundesinnenminister Kanther besser darstellen, als er war. Die sogenannte Optionslösung – bei der ein in Deutschland geborener Doppelstaatler mit 21 für die

deutsche oder die Staatsangehörigkeit seiner Eltern optieren soll – war ein aus der CDU kommender Kompromißvorschlag, den die CSU und die CDU-Fraktionsmehrheit aber nicht annehmen wollten. Ein verfassungsrechtliches Problem ist sie nicht. Kanther hat die alsbald von seinem bayerischen Kollegen zutreffend verhöhnte „Kinderstaatszugehörigkeit“ nicht erfunden, um diese sogenannte Optionslösung im Kern zu ermöglichen, sondern um sie zu verhindern. Die FDP hat sich zunächst auf den Kanther-Vorschlag der „Kinderstaatszugehörigkeit“ eingelassen, weil ihre Führung glaubte, daß sonst eine Fortsetzung der Koalition nicht zustande käme. Als sich dieser Vorschlag politisch und rechtlich als Mogelpackung herausstellte, forderte die FDP die Optionslösung ein, natürlich erfolglos.

BONN

DR. BURKHARD HIRSCH

Es werden mir Äußerungen in den Mund gelegt, die ich so nicht gemacht habe und die mißverständlich sind. Falls nach einer Än-



Einbürgerung eines Türken: Vaterland oder Mutterland?

derung des Staatsangehörigkeitsrechts die Zahl der Einbürgerungen erheblich zunimmt, kann eine Kettenmigration zu Sozialhilfeempfängern einsetzen. Dies spricht jedoch nicht gegen die Erleichterung der Einbürgerung, sondern für die Notwendigkeit, die Voraussetzungen des Ehegattennachzugs im Ausländergesetz zu diskutieren. Ob insoweit eine Änderung des Ausländergesetzes erforderlich ist, ist von den realen Dimensionen abhängig, die einer genauen Prognose bedürfen. Daß gegenwärtig



Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL VOM 29. Januar 1949

Der Moskau-Botschafter a. D. Rudolf Nadolny versucht zu vermitteln Im Sinne der nationalen Einigung. **10 Jahre Zwangsarbeit für 5 Leipziger Studenten** Sie hatten antikomunistische Flugblätter verteilt. **Gründung der Deutschen Union in Braunschweig** Keine Weltanschauungspartei, sondern ein Club der jungen Politiker. **Mao Tse-tung auf dem Vormarsch** Mehr Chinese oder mehr Kommunist? **Verfehlt britische Außenpolitik im Nahen Osten** Kehrtwende zur Anerkennung Israels. **Grippewelle in Westeuropa** Die Krankheit kam aus Italien.

Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter <http://www.spiegel.de>

Titel: Stalingrad-General Walther von Seydlitz

Werbeseite

Werbeseite

tig in Deutschland viele Menschen auf Dauer ohne deutsche Staatsangehörigkeit leben, bedeutet auch einen Mangel des politischen Systems gerade auf kommunaler Ebene, weil bestimmte Stadtteile mangels Wählerschaft politisch nicht zählen und daher Gefahr laufen, vernachlässigt zu werden. Daß nach einer Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts diese Stadtteile von der Politik besonders gehätschelt würden, ist eine unrealistische Prognose, die auch einem Staatsrechtsprofessor nicht unterstellt werden sollte, wiewohl die Chancen vielleicht besser werden. Nichts liegt mir ferner, als von „den Türken“ zu sprechen oder gar zu behaupten, daß sie „ihr ganzes Selbstbewußtsein ... aus ihrer Zugehörigkeit zur Türkei“ bezögen. Richtig ist, daß für viele Migranten, angesichts ihrer Erfahrung in der Bundesrepublik, die bisherige Staatsangehörigkeit zu einem Element des Selbstbewußtseins geworden ist.

HAMBURG PROF. DR. HELMUT RITTSTIEG

Deutschsein als „Virus“ zu bezeichnen, „das zwar keine erkennbaren Symptome auslöst, aber lebenslang wirksam bleibt“, ist der Problematik keinesfalls angemessen. Toleranz setzt Selbstwertgefühl voraus, Integration bedingt außer Integrationswilligen auch eine Gemeinschaft, in die man sich integrieren kann und möchte. Wo hinein soll sich denn der neue Deutsche integrieren, wenn es Deutschsein gar nicht gibt?

KOBLENZ DR. GÖTZ BAUM

Als ein seit 17 Jahren hier lebender Türke finde ich die doppelte Staatsangehörigkeit sehr gut, vor allem für die deutschen Mitbürger. Endlich haben sie die einmalige Chance zu begreifen, daß sie weder die besseren noch die schlechteren Menschen als die hier lebenden Ausländer sind.

MÜNCHEN METIN SAHIN

Als Preisbrecher benutzt

Nr. 2/1999, Senioren: Tödliche Pflege

Als Rechtsbeistand beim Sozialgericht Saarbrücken sind mir in letzter Zeit vermehrt Fälle unterbreitet worden, die zum Himmel schrien. Wie soll ein Pflegedienst einen krebskranken Patienten im Endstadium alle zwei Stunden umlagern, wenn dazu nur Pflegestufe II, also maximal 60 Mark pro Tag, zur Verfügung steht? Das sind 5 Mark für eine Fachkraft inklusive Anfahrt. Die Einstufung erfolgte durch den medizinischen Dienst, der, Ihrer Recherche nach, allgemein über die Pflegequalität entsetzt ist.

SPIESSEN ELVERSBERG (SAARL.) MANFRED BLUM

Mit großem Befremden habe ich bei Ihnen gelesen, daß die Diakonie in Hamburg an drei Abenden im Schnellgang Hilfskräfte notdürftig anlerne. Seit über zehn Jahren finden im Diakonischen Werk Hamburg Grundkurse zur Pflege alter und kranker Menschen statt, in denen jeweils über ein Jahr lang an 75 Abenden und insgesamt



Altenpflege in einem Kölner Heim: Maßstäbe setzen

300 Stunden an- und ungelernete Mitarbeiter qualifiziert werden. Dabei nimmt die Pflege einen großen Bereich ein, in dem auch intensiv Dekubitus-Prophylaxe geschult und geübt wird. Bei den Teilnehmern handelt es sich um hauswirtschaftlich und pflegerisch erfahrene Menschen, die ihr praktisches Wissen aus der Hauswirtschaft und der Pflege Angehöriger im Grundkurs vertiefen und erweitern, so daß von Minimal-Training keine Rede sein kann.

HAMBURG UTA RÜPPEL
DIAKONISCHES WERK

Private Pflegeanbieter werden als Preisbrecher gegenüber den Wohlfahrtsverbänden benutzt. Der gesetzlich mögliche Verzicht auf Fachkräfte in der Grundpflege hat zu den von Ihnen so eindrucksvoll geschilderten katastrophalen wie kriminellen Zuständen geführt.

GÖTTINGEN RAINER VOGEL
GESELLSCHAFT FÜR HÄUSLICHE KRANKENPFLEGE

In Ihrem lobenswerten Bericht wird die entscheidende Rolle des Hausarztes leider mit keinem Satz erwähnt. Seine ärztliche Verordnung von Behandlungs- und Grundpflege und gegebenenfalls die Auswahl des Pflegedienstes setzt dessen Dienste in Gang. Seine täglich erforderliche sorgfältige Überwachung der klinischen und pflegerischen Tätigkeiten setzt Maßstäbe für das Niveau des Pflegedienstes. Wenn Besprechungen zwischen Hausarzt und Pflegekraft verlangt werden, ist ein Krankheitsverlauf in beschriebener Weise kaum denkbar.

IHRINGEN (BAD.-WÜRTT.) KURT LERCH

Wir, der Zentralverband Hamburger Pflegedienste e. V., in dem über 100 private

Pflegedienste organisiert sind, sind schockiert über den Hitler-Vergleich, den Frau Unruh im Zusammenhang mit Mängeln in der Pflege gemacht hat. Probleme in der häuslichen Pflege gibt es. Sowohl durch ungenügende Pflegefinanzierung als auch durch unqualifizierte Pfleger können Sekundärerkrankungen die kranken Menschen häufig noch mehr schwächen. Auch mag es einige „schwarze Schafe“ unter den Pflegediensten geben. Hier aber von Menschenrechtsverletzungen zu sprechen ist nicht nur unangemessen, sondern diskreditiert die Masse der engagierten und hoch qualifizierten Pflegekräfte.

HAMBURG SUSANNE MEYER
ZENTRALVERBAND HAMBURGER PFLEGEDIENSTE

Neidisches Geklaffe

Nr. 2/1999, Musik: Star-Violinistin Anne-Sophie Mutter vergeigt Beethoven

Was gibt es an einem zugegeben perfekt organisierten Produktmarketing zu kritisieren? Über die Beethoven-Interpretation von Anne-Sophie Mutter lässt sich sicherlich in angemessener Art und Weise diskutieren. Dies bleibt der Autor jedoch schuldig und suhlt sich statt dessen in einer gehörigen Portion Sozialneid, gespickt mit kritiklos übernommenen Meinungsfetzen.

BERLIN FRANK DÜLLMANN



T. SPRECHT

Violinistin Mutter

Während die Elite der Kritiker Mutters Beethoven-Konzerte weltweit hoch gelobt hat, finden Sie vor allem negative Stimmen. Auch der Seitenhieb auf die karitative Tätigkeit macht keinen Sinn. Tatsache ist: Anne-Sophie Mutter zählt zu den bedeutendsten Interpretinnen klassischer Musik überhaupt. Aber diese schöne junge Frau passt wohl nicht ins Weltbild des Autors, der sich einen Klassik-Star noch immer anders vorstellt.

BASEL ARTHUR COHN

Wenn doch nur der Anschein von Musikverständnis in den Sottisen über die großartige Leistung der Künstlerin zu entdecken gewesen wäre,

dann hätte man dümmliche Wortspiele ja noch hinnehmen können. So bleibt nach der Lektüre nichts als der Eindruck von neidischem Geklaffe, mit dem das Genie Anne-Sophie Mutter unter Verwendung hinlänglich bekannter Vorurteilklišees angemacht wird.

HAMBURG DR. HERBERT NIERHAUS

Schlicht paradox

Nr. 2/1999, Universitäten: Interview mit NRW-Bildungsministerin Gabriele Behler über ihre Reformpläne

Angesichts von 1,8 Millionen Studierenden (davon eine halbe Million in NRW) auf knapp einer Million Studienplätzen ist Frau Behlers Interview nichts anderes als blanker Zynismus. Frau Behler versucht mit dem Gerede von angeblich mangelnder Auslastung vieler Studiengänge an benachbarten Hochschulen den Eindruck zu erwecken, man müsse nur die vorhandenen Kapazitäten neu verteilen, und schon seien die Probleme gelöst. Die Realität sieht allerdings anders aus. Der Regelfall ist nicht die Unter-, sondern die krasse Überlastung von Studiengängen. Gabriele Behler reagiert auf diese Situation mit einem



Wirtschaftsstudenten (an der Uni Bochum): Der Regelfall ist die krasse Überlastung

Reformansatz, der ganz zu ihrem zitierten Credo paßt: Sie will insgesamt 2000 Stellen streichen. Das allerdings als Innovation oder Reform zu verkaufen, es als Mittel der „Qualitätssicherung“ darzustellen, ist schlicht paradox. Die Ministerin sollte wenigstens die Ehrlichkeit besitzen, ihre Vorhaben auch als das zu benennen, was sie sind: Einsparungen – nichts weiter.

MÜNSTER MATTHIAS NEIS
ASTA DER UNIVERSITÄT MÜNSTER

Die Realisierung des unüberlegten Vorschlags der Ministerin, Studienberatung zur verpflichtenden Zwangsberatung zu machen, würde die gerade in NRW zukunftsweisend entwickelte Studienberatung als flankierende Unterstützung für Studierende erheblich beeinträchtigen.

BIELEFELD PROF. DR. FRANK NESTMANN

Wir brauchen viel mehr Investitionen in die Bildung, auch wenn dafür etliche Kohle-Kumpels um ihre Subventionen fürchten

müssen. Die wollen doch auch nicht, daß ihre Kinder oder Enkel einmal in einem rückständigen Land leben müssen.

FRECHEN (NRDRH.-WESTF.) STEPHAN DÜTZMANN

Unmenschliche Taten

Nr. 53/1998, Spiegel des 20. Jahrhunderts, Colin Goldner: „Der neue Irrationalismus“

Wir möchten klarstellen, daß es eine bewußte Irreführung ist, wenn behauptet wird, daß „Shoko Asahara – mit Hilfe des Dalai Lama – zu einem der gefährlichsten Massenmörder dieses Jahrhunderts aufstieg“. Shoko Asahara und einige seiner Anhänger, die sich als am tibetischen Buddhismus interessierte japanische Buddhisten vorstellten, haben Seine Heiligkeit einige Male besucht, lange vor den schrecklichen Giftgas-

Morden in Tokio. Seine Heiligkeit der Dalai Lama war ebenso schockiert wie jeder, der über eine gesunde Geistesverfassung verfügt, als er von den unmenschlichen Taten erfuhr, die von Asahara und seinen Anhängern begangen wurden. Seine Heiligkeit hat bei vielen Gelegenheiten seiner grundlegenden Überzeugung Ausdruck verliehen, daß Gewalt und Religion unvereinbar sind und sich gegenseitig ausschließen.

GENF CHUNGDAK KOREN
VRETERERIN SEINER HEILIGKEIT DES DALAI LAMA

Wichtige, präventive Arbeit

Nr. 2/1999, Mißbrauch: Sexuelle Übergriffe in Sportvereinen mehren sich

Die Kinderschutz-Zentren sind schon seit einiger Zeit bemüht, den Mißbrauch an Kindern und Jugendlichen in Vereinen zu verhindern. Sicherlich müssen auch die Strukturen problematisiert werden, um die gepriesene positive Wirkung des Sports in Ver-



Läuferinnen beim Start
Modellhafte Weiterbildung

einen auf Kinder und Jugendliche zu gewährleisten. Die wichtige, präventive Arbeit der Sportvereine im Rahmen ihrer Kinder- und Jugendarbeit darf jedoch nicht übersehen werden. In Gesprächen mit Vertretern der Verbände wurde festgestellt, daß es unabdingbar ist, einen Qualitätsstandard im Umgang mit den Kindern und Jugendlichen durch gezielte Ausbildung der Mitarbeiter zu entwickeln, der die Schutzbefehle vor dem Mißbrauch schützt. Erste modellhafte Weiterbildungen sollen im Sommer in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Ruderverband durchgeführt werden.

KÖLN ANNE MÖHRKE
DIE KINDERSCHUTZ-ZENTREN

In Ihrem Bericht vermissen Sie nur noch das Fazit: Gäbe es keinen Sport, so gäbe es weniger sexuelle Übergriffe. Wollen Sie die Gesellschaft noch kränker machen? Sicherlich sind die paar genannten Beispiele sehr bedauerlich, aber sind Sie sich im klaren darüber, daß es Millionen Sporttreibende gibt und nur wenige schwarze Schafe?

FRANKENTHAL (RHLD.-PF.) GERT STUKART

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit vollständiger Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen.

In der Heftmitte dieser Ausgabe befindet sich ein 8seitiger Beihefter der Firma Loewe Opta, Kronach. Einer Teilaufgabe dieser Ausgabe ist ein Prospekt der NKL Werbegen. Nord, Kiel, beigelegt. Einer Teilaufgabe dieser Ausgabe liegt die Verlegerbeilage kulturSPIEGEL bei.

DER SPIEGEL

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR dieser Ausgabe für Panorama, Titelgeschichte, Zeitgeschichte, Akademiker, SPD, Steuern (S. 86): Dr. Gerhard Spörl; für CSU, Geheimdienste, Universitäten, Nahverkehr, Justiz, Chronik: Clemens Höges; für Anleihen, Trends, Medien, Geld, Steuern, Autoindustrie, Löhne, Konzerne, Entertainment, USA (S. 144): Armin Mahler; für Spiegel des 20. Jahrhunderts: Dr. Dieter Wild; für Panorama Ausland, Kosovo, USA (S. 142, 146), Chile, Europa, Italien, Sudan: Dr. Olaf Ihluu; für Ski alpin, Schach: Alfred Weinzierl; für Titelgeschichte (S. 30, 35), Prisma, Umwelt, Flugkatastrophen, Computer, Medizin: Johann Grolle; für Szene, Fernsehen, Wohnen, Stars, Musik, Pop, Kunst, Intendanten, Krimis, Bestseller, Kinos, Fernseh-Vorausschau: Wolfgang Höbel; für die übrigen Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Register, Personalien, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Thomas Bonnie; für Gestaltung: Rainer Sennewald; für Hausmitteilung: Hans-Ulrich Stoldt; Chef vom Dienst: Holger Wolters (sämtlich Brandstwierte 19, 20457 Hamburg)

TITELFOTO: Monika Zucht

Werbeseite

Werbeseite



Sira-Datenbänder



CIA-Zentrale

STASI-AKTEN

Reise nach Washington

Gute Chancen rechnet sich die Bundesregierung aus, daß die GUSA bisher zurückgehaltene Stasi-Akten doch noch herausgeben. Anfang Februar reist Kanzleramtsminister Bodo Hombach gemeinsam mit Geheimdienstkoordinator Ernst Uhlrau zu Gesprächen über die Unterlagen nach Washington. Sie treffen mit dem Sicherheitsberater von US-Präsident Clinton, Sandy Berger, und CIA-Chef George Tenet zusammen. Der US-Geheimdienst lehnt eine Übergabe der in der Wendezeit erbeuteten kompletten Agentenkartei der DDR-Spionageabteilung Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), die in der CIA-Zentrale in Langley (Virginia) lagert, zwar noch immer strikt ab. Hombach setzt aber auf die Einsicht der „politischen Ebene“: „Ich bin zuversichtlich, daß ich nicht mit leeren Händen zurückkomme.“ Bereits seit Ende des vergangenen Jahres verhandelt der Kanzleramtsminister mit Washington. Im Ge-



Hombach

genzug will die Bundesregierung den USA Informationen aus der unlängst in der Berliner Gauck-Behörde entschlüsselten Sira-Datenbank der HVA zur Verfügung stellen (SPIEGEL 3/1999). Eine komplette Übergabe soll es aber nicht geben – sie würde auch gegen das Stasi-Unterlagen-Gesetz verstoßen. Am Freitag vergangener Woche ließ sich Uhlrau in Berlin über die Bedeutung des Fundes informieren, das Bonner Innenministerium schickte Sicherheitsexperten in die Gauck-Zentrale. Mit eigens installierten neuen Computern soll jetzt geprüft werden, welche Agenten den deutschen Sicherheitsbehörden bisher unbekannt sind. Hierfür müssen die Decknamen und Registriernummern aller bisher enttarnten Spione aufgezählt und mit den in den Sira-Bändern vermerkten „Quellenhinweisen“ verglichen werden.

TERRORISMUS

Mord in der Türkei?

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt ermittelt gegen türkische Militärs wegen des Verdachts des Mordes. Sie geht der Annahme nach, daß die deutsche Linksextremistin Andrea Wolf im Oktober des vergangenen Jahres nahe Van von Spezialeinheiten der türkischen Armee festgenommen und kurz darauf erschossen wurde (SPIEGEL 46/1998). Wolf, die sich dem militärischen Zweig der kurdischen Arbeiterpartei PKK angeschlossen hatte, wurde von der Bundesanwaltschaft wegen des Spreng-

stoffanschlags der RAF auf die Haftanstalt Weiterstadt in Hessen gesucht. Die türkische Regierung hat gegenüber Bonn erklärt, sie „habe keine Hinweise auf den Verbleib von Frau Wolf“.



Wolf (l.)

BUNDESHAUSHALT

Kampf der Minister

Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine will seine Kollegen im rot-grünen Kabinett zu mehr Wettbewerb animieren. Im Haushaltsjahr 2000 sollen die Ressortkollegen um die Hälfte des Forschungsetats konkurrieren. Wer aus der Kabinettsrunde ein zukunftsweisendes Projekt vorschlägt, kann von den bis zum Jahr 2002 veranschlagten 2,5 Milliarden Mark etwas abbekommen. Wie über die Vorgabe entschieden wird, ist in der Regierung noch umstritten.

EUROPA

Guter Abschied

Eine angebliche Korruptionsaffäre, die in der vergangenen Woche zu Streit zwischen Staatsminister Günter Verheugen und der bayerischen Landesregierung geführt hat, entpuppt sich als Fall von Geldverschwendung. Es geht um 450 000 Mark Abfindung für den umstrittenen Generalsekretär des Brüsseler Ausschusses der Regionen, Dietrich Pause.

Die Mehrheitsfraktion der Sozialisten in dem Gremium möchte den aus der bayerischen Staatskanzlei nach Brüssel übergewechselten Beamten nach Ablauf seines Funktionsvertrages noch in diesem Jahr loswerden. Das Problem: Der 62jährige Pause hat einen Vertrag als europäischer Beamter ohne zeitliche Begrenzung. Dieser sichert ihm im Falle einer Ablösung eine hohe Abfindung zu. Kritiker bemängeln, man hätte Pausen Vertrag strikt auf die Laufzeit seines Funktionsvertrages begrenzen sollen. Nach der gegenwärtigen Rechtslage seien seine Ansprüche gerechtfertigt.

Zitat

»Wer die Stammtische diffamiert, der diffamiert die Bevölkerung.«

CSU-Chef Edmund Stoiber auf dem Parteitag in München



Tiedtke

DOPING-VERDACHT

Kurze Gabe

Weitsprungstar Susen Tiedtke, 30, soll zu DDR-Zeiten von ihrem Vater gedopt worden sein. Diesen Verdacht verfolgt die Berliner Staatsanwaltschaft im Rahmen ihrer Dopingverfahren.

Jürgen Tiedtke, vor der Wende Leichtathletiktrainer für Junioren beim SC Dynamo Berlin, wird der „gemeinschaftlichen Körperverletzung in bisher mindestens sechs Fällen“ durch die Verabreichung von Dopingmitteln beschuldigt. Eine der Geschädigten soll dabei seine eigene Tochter gewesen sein. Die noch immer zur Weltspitze zählende

Susen Tiedtke, die einst zur „Miß Leichtathletik“ gewählt worden war, wird noch heute von ihrem Vater betreut.

Jürgen Tiedtke bestreitet die Vorwürfe. Seine Athleten hätten Anabolika allenfalls aus „medizinischen Gründen“ von Ärzten oder als „einmalige, kurze Gabe“ vor Wettkämpfen bekommen. Keiner habe gesundheitliche Schäden davongetragen.

„Geradezu zornig“ macht Tiedtke der Vorwurf, er habe seine Tochter gedopt. Vor der Junioren-Weltmeisterschaft 1988 habe Susen auf Anordnung der Verbandstrainer Anabolika schlucken sollen. Sie habe dies aber abgelehnt und daraufhin ihre Laufbahn beendet. Erst nach der Wende habe Susen wieder mit dem Weitsprung begonnen.

HOMOSEXUELLE

Projekt der Moderne

Noch in diesem Jahr möchte die rot-grüne Koalition in Bonn die gesetzlichen Voraussetzungen für sogenannte Homo-Ehen schaffen. Die zuständigen Arbeitsgruppen der Regierungsfractionen haben jetzt Eckpunkte für ein „Rechtsinstitut der Eingetragenen Lebenspartnerschaft“ formuliert, das schwule und lesbische Beziehungen der Ehe rechtlich gleichstellt. Schon im Herbst könnte nach Meinung der SPD-Abgeordneten und ehemaligen Familienrichterin Margot von Renesse das Gesetz verabschiedet werden.

Das nach der doppelten Staatsbürgerschaft „zweite rot-grüne Projekt der Moderne“, so der schwule Grünen-Abgeordnete Volker Beck, werde gleichgeschlechtliche Partner auf eine amtlich



Demonstration für Homo-Ehe (in Berlin 1996)

besiegelte „Lebens- und Verantwortungsgemeinschaft verpflichten“. Diese soll homosexuellen Lebenspartnern nicht nur eine Gleichbehandlung etwa im Erb-, Miet- oder Steuerrecht sichern. Sie bekommen auch „umfassend Pflichten“ auferlegt, „die denen von Eheleuten entsprechen“, heißt es im Eckpunkteteppapier.

Dazu gehört die Verpflichtung zum „nachpartnerschaftlichen Unterhalt“, der die Versorgung des Partners im Falle einer Trennung vorsieht: „Gleiche Rechte sind nur gegen vergleichbare Pflichten zu haben“, so die SPD-Politikerin von Renesse.

Um der Homo-Ehe den Stempel der „Ewigkeitsgarantie“ ähnlich einer Heirat zwischen Heterosexuellen verpassen zu können, sollen außerdem auch schwule und lesbische Partner künftig „standesamtliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen“ dürfen.

BUNDESPRÄSIDENTIN

Zweite Wahl

Für das Amt des Bundespräsidenten hat die Union eine ungewöhnliche Kandidatin ausgeguckt: Dagmar Schipanski soll nach dem Plan der CDU/CSU-Spitze bei der Wahl im Berliner Reichstag am 23. Mai gegen Johannes Rau antreten. Schipanski, 55, erfüllt zwar zwei Vorgaben für den Wettbewerb mit dem sozialdemokratischen Alt-Vater: Sie ist eine Frau und kommt aus dem Osten. Doch leider kennt sie kaum jemand. Die Professorin für Festkörperelektronik an der thüringischen Universität Ilmenau, bis 1998 Vorsitzende des Wissenschaftsrates, trat politisch nur mit einem Foto in einem CDU-Wahlauf



Schipanski

hervor. Ministerpräsident Bernhard Vogel, der Schipanski bei der Thüringen-Wahl im September als künftige Wissenschaftsministerin präsentieren möchte, brachte sie ins Gespräch. CDU-Chef Wolfgang Schäuble, durch das Debakel bei der Unterschriftenaktion gegen den Doppel-Paß gewarnt, holte sich diesmal die Zustimmung der Gremien. Dennoch kritisiert ein CDU-Präsidiumsmitglied: „Man hätte sie früher bekannt machen müssen.“ Nach dem mißglückten Antrag an die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley ist die Pfarrerstochter Schipanski zweite Wahl. Gegen die rot-grüne Mehrheit der Bundesversammlung hat sie keine Chance. Thüringens SPD-Wissenschaftsminister Gerd Schuchardt rät der „achtbaren Professorin“ ab – „sie würde sich selbst beschädigen“.

DDR-GRENZE

Letzter Übergang

Die SPD-Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski und Reinhard Höppner haben Bund und Länder aufgefordert, sich an der Finanzierung der Gedenkstätte am ehemaligen Grenzübergang Helmstedt/Marienborn zu beteiligen. Die letzte erhaltene Übergangsstelle modert seit dem Zusammenbruch der DDR vor sich hin. Rund vier Millionen Mark hat Sachsen-Anhalt bislang für die Bauten vorgesehen und in den Räumen Informationstafeln und Ori-

ginaldokumente der DDR-Grenztruppen aufgehängt. Zum weiteren Ausbau der Blechbaracken fehlt jedoch das Geld. Die Regierung Kohl hatte sich geweigert, für den Erhalt der Bauten aufzukommen. „Wenn jetzt nichts passiert“, so Niedersachsens Ministerpräsident Glogowski, „verpassen wir die letzte Chance auf ein Grenzmonument. Da müssen alle ran, auch die Bayern.“ Im Sommer vergangenen Jahres hatte Bundespräsident Roman Herzog die Einrichtung der Gedenkstätte als gesamtdeutsches Anliegen bezeichnet. Die Gesamtkosten dafür werden auf neun Millionen Mark geschätzt.



Ehemaliger Grenzübergang Helmstedt/Marienborn

Am Rande

Geschichte satt



Mögen andere Länder besseres Wetter, gerechtere Steuergesetze und begabtere Städteplaner haben: Wir Deutsche tragen mehr Geschichte mit uns herum als

unsere Nachbarn. Der 9. November kommt viermal als historisches Datum vor, der 8. Mai ist für die einen der Tag der Befreiung, für die anderen der Tag der Niederlage; die sogenannte Kristallnacht kehrt jedes Jahr erinnerungsmäßig als „Reichspogromnacht“ zurück. Bonn bleibt Bundesstadt, Berlin wird Hauptstadt, und die Hauptstadt der DDR lebt als PDS-Hochburg auch ein bißchen fort. Geschichte satt, wohin man schaut.

Und zum Auftakt der Berliner Republik stellt sich die Frage, ob der alte „Reichstag“ auch dann noch so heißen sollte, wenn der Bundestag demnächst in das Gebäude eingezogen ist. Wie üblich sind die einen dafür, die anderen dagegen. Damit die Möbelspediteure nicht ratlos in der Hauptstadt umherirren, hat man sich fürs erste auf einen Kompromiß geeinigt: „Deutscher Bundestag im Reichstagsgebäude“. Präzision ist angemessen, weil der Bundestag für den originären Taxifahrer in Berlin vermutlich noch lange der „Reichstag“ bleiben wird. Richtig gruselig wäre es jedoch, würde das Innen- oder Justizministerium dort einziehen, wo früher die Gestapo und die SS ihren Sitz hatten. So wie heute schon die Gauck-Behörde zum Teil in den Räumen des ehemaligen Mielke-Ministeriums für Staatssicherheit arbeitet. Nichts wird einfacher in der Berliner Republik – und am Rhein war es so schön, weil das Parlament allenfalls mal in ein Museum oder ein Wasserwerk ziehen mußte.



Transrapid (auf der Versuchsstrecke im Emsland)

VERKEHR

Endstation Schuhkarton

Der Transrapid kommt nicht in Fahrt. Das Prestigeobjekt von Politik und Wirtschaft wird – wenn überhaupt – ein Jahr später als geplant zwischen Hamburg und Berlin verkehren. Der Aufsichtsrat der Magnetschnellbahn-Planungsgesellschaft (MPG) hat in seiner letzten Sitzung im Dezember die Inbetriebnahme auf den 1. Oktober 2006 verschoben. Ein Grund: Die Konsequenzen der EU-Umweltrichtlinien wurden unterschätzt. Trotzdem machen die Mitgesellschafter, unter anderem das Bundesverkehrsmi-

nisterium und der Thyssen-Konzern, Druck: Schon zur Jahresmitte soll die verbindliche Entscheidung gefällt werden, ob der Transrapid gebaut wird oder nicht – bevor die wahren Baukosten feststehen.

Auch die Ankündigung der Transrapid-Planer, die Schwebebahn könne später einmal von Berlin aus in den Süden weitergeführt werden, ließe sich nur mit gewaltigem Mehraufwand verwirklichen: Der Transrapid kann nicht aus dem sogenannten Schuhkarton, der Andockstation am Lehrter Bahnhof, Richtung Süden herauschweben – zwei 25 Meter tief im Boden verankerte Brückenpfeiler der neuen Eisenbahnbrücke über den Humboldthafen stehen im Weg.

GESUNDHEITSWESEN

Teures Urteil

Eine Kostenexplosion droht den Krankenkassen. Auslöser ist ein Urteil des Landgerichts Düsseldorf, in dem es um die Preisgestaltung bei Arzneimitteln geht. Bislang bestimmen meist die Kassen den Betrag, den sie für ein Medikament erstatten wollen, durch Preisvergleiche mit anderen Firmen selbst. Die Richter sahen darin einen Verstoß gegen das europäische Kartellrecht. Wenn jetzt wie erwartet zahlreiche Firmen gegen das bisherige Verfahren mobil machen, warnt ein Papier aus dem Bundesgesundheitsministerium, wären die jährlichen Einsparungen von 3,2 Milliarden Mark wohl nicht mehr möglich. Damit sei die Finanzierung des gerade verabschiedeten Vorschaltgesetzes für das Gesundheitswesen „ernsthaft gefährdet“. Nun wird über ein neues Verfahren verhandelt. Die Kassen plädieren weiter für Festbeträge, die aber das Ministerium auf Vorschlag der Kassen für verbindlich erklärt.

Nachgefragt

Druck erhöhen

„Nach dem Massaker im Kosovo fordern auch Politiker der rot-grünen Koalition einen Militärschlag gegen das Milošević-Regime. Was meinen Sie dazu?“

Die internationale Staatengemeinschaft sollte mit einem Militärschlag auf die Übergriffe der Serben reagieren

25%

Der diplomatische Druck auf die Serben sollte spürbar erhöht werden

54%

Die internationale Staatengemeinschaft sollte ihren diplomatischen Kurs unbeeinträchtigt fortsetzen

14%

Emnid-Umfrage vom 19. und 20. Januar 1999; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: weiß nicht/ist mir egal

Der verpatzte Ausstieg

Mit seinem dilettantisch vorbereiteten Verbot der Wiederaufarbeitung verprellte Jürgen Trittin die Atomkonzerne und befreundete Regierungen. Scheitert eines der wichtigsten Projekte von Rot-Grün? Ingeheim planen deutsche Firmen, die Plutoniumwirtschaft in Rußland fortzuführen.

Freudig und aufgekratzt begrüßten die Grünen ihren Kanzler. Doch der Besucher von der großen Regierungspartei war gar nicht so aufgeräumt wie gewohnt.

Ernst redete Gerhard Schröder schon am vorletzten Wochenende den Grünen ins Gewissen: Mit dem Einstieg in die doppelte Staatsbürgerschaft und dem Ausstieg aus der Atomenergie hätten sie jetzt schon mehr bekommen, als sie in ihren kühnsten Träumen erwarten konnten. Nun sollten sie – besonders in der Atomfrage – zurückstecken: „Ihr kennt die Widerstände auch bei unserer eigenen Klientel.“

Zudem ist sich Bundeskanzler Schröder sicher: „Der Ausstieg kann nur laufen, wenn wir Kontakt halten mit unserer Industrie.“

Der angekündigte „geordnete und sichere Ausstieg“ aus der Kernenergie wird von Tag zu Tag unordentlicher und unsicherer. Denn die nicht wenigen Gegner der Regierung vereinigen sich zu einer geschlossenen Front für den Bonner Atom-Krieg.

Der Kanzler reagiert mit Rückzug. An diesem Dienstag will er gemeinsam mit Umweltminister Jürgen Trittin, Wirtschaftsminister Werner Müller und einem halben Dutzend Bossen aus der Atomindustrie die ersten Konsensgespräche über halbwegs haltbare und nicht übermäßig teure Kompromisse führen. Dann ist der Ausstiegstermin 2000 für die Wiederaufarbeitung ebenso verhandlungsfähig wie der Text der Atomnovelle, die am Tag darauf im Kabinett behandelt werden soll.



Koalitionspartner Trittin, Schröder: Zu laut, zu voreilig, zu egomanisch





Allzu mächtig ist die Phalanx der Gegner. Die Stromkonzerne lehnen die von der Regierung beschlossene Novelle des Atomgesetzes kategorisch ab, weil sie um die Restlaufzeiten ihrer einträglichen Meiler fürchten. Der französische Premierminister Lionel Jospin besteht auf milliardenschweren Entschädigungen ebenso wie der Brite Tony Blair. Schon bald wollen die Cogema in La Hague und die British Nuclear Fuels (BNFL) in Sellafield Hunderte Tonnen deutschen Atommülls zurückschicken.

Zum Protest in Bonn rüsten bereits die Bürgerinitiativen rund um das niedersächsische Zwischenlager Gorleben. Auch die Freunde der Kernkraft werden sich am Sitz der Regierung einfinden. Mindestens 10 000 Bedienstete aus Atomkraftwerken, schätzen Gewerkschafter, wollen für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze demonstrieren.

An der Überzeugung, daß die Nutzung der Kernenergie gesellschaftlich nicht akzeptiert sei, hält Kanzler Schröder weiter fest, wie auch an dem Glauben, daß ein Umstieg in „eine wettbewerbsfähige und moderne Energieversorgung“ sehr wohl im Interesse der Industrie liege.

Doch Rot-Grün kommt ausgerechnet bei einem ihrer Lieblingsprojekte in Not. Der Dilettantismus der vorigen Woche erinnert stark an den chaotischen Fehlstart der Regierung, der jetzt eigentlich vergessen gemacht werden sollte. Das Grundmuster ist gleich: zu laut, zu voreilig, zu egomanisch und offenbar ohne Koordination untereinander melden sich die beteiligten Minister zu Wort.

Ungestümer als Minister Trittin hat lange kein deutscher Politiker auf den nationalen Empfindlichkeiten der Nachbarn herumgetrampelt. Arglos sagt er: „Wir, also: Gerhard, Joschka, Oskar und ich, wir

Ausstieg aus der Atomkraft

● Kernkraftwerk in Betrieb
● stillgelegt/außer Betrieb

Kernkraftwerk	Lagerkapazität erschöpft im Jahr			
	1999	2001	2003	2005
Brunsbüttel				
Brokdorf				
Unterweser				
Stade				
Krümmel				
Emsland				
Grohnde				
Grafenrheinfeld				
Biblis A				
Biblis B				
Obrigheim				
Philippsburg 1				
Philippsburg 2				
Neckarwestheim 1				
Neckarwestheim 2				
Gundremmingen B				
Gundremmingen C				
Isar 1				
Isar 2				

wollten einfach nur in Deutschland aus der Atomenergie.“

Ist es nur Ungeschicklichkeit, oder hat es gar Methode? Daß der Grüne Trittin vor aller Augen aufläuft, versetzt paradoxerweise den Bundeskanzler in seine Lieblingsposition: Bei den Konsensgesprächen am Dienstag kann er nun in seiner Paraderolle als nationaler Großmoderator glänzen. Schröder will die aufgeheizte Atmosphäre entspannen, zu Besonnenheit und Augenmaß aufrufen und die Gemeinsamkeiten betonen, um am Ende als Architekt des historischen Ausstiegs dazustehen.

So lautet der Plan. Um für dessen Gelingen wenigstens ein Mindestmaß an Vertrauen wiederherzustellen, trifft sich der Kanzler schon am Montag mit den Chefs von RWE, Veba, Viag und Energie Baden-Württemberg zum Krisengespräch im Kanzleramt.

Mit ein paar lockeren Sprüchen und jovialem Schulterklopfen wird es nicht getan sein. Denn die Verhandlungen, die tags dar-

Strahlendes Erbe

Wohin mit hochradioaktivem Müll?



Europäer Jospin, Blair: Forderung nach milliardenschweren Entschädigungen

auf im Kanzleramt beginnen, sind erst der Anfang eines konfliktreichen Prozesses, der sich – ähnlich wie das Bündnis für Arbeit – über Jahre hinziehen wird. Der Ausstieg aus der Atomkraft ist ein gesellschaftliches Großprojekt, für den drittstärksten Standort der Weltwirtschaft ergeben sich daraus elementare Probleme.

Wie sind unabsehbare Milliardenklagen, national wie international, beim Ausstieg erst aus der Wiederaufarbeitung der Brennelemente, dann aus der ganzen Kernkraft

abzuwenden? Wohin mit mehr als 2000 Tonnen hochgefährlichem Atom Müll? Wie lassen sich bürgerkriegsähnliche Schlachten zwischen Staat und Atomgegnern verhindern? Und vor allem: Wie wird die Energieversorgung, Rückgrat jeder Industriegesellschaft, künftig sichergestellt?

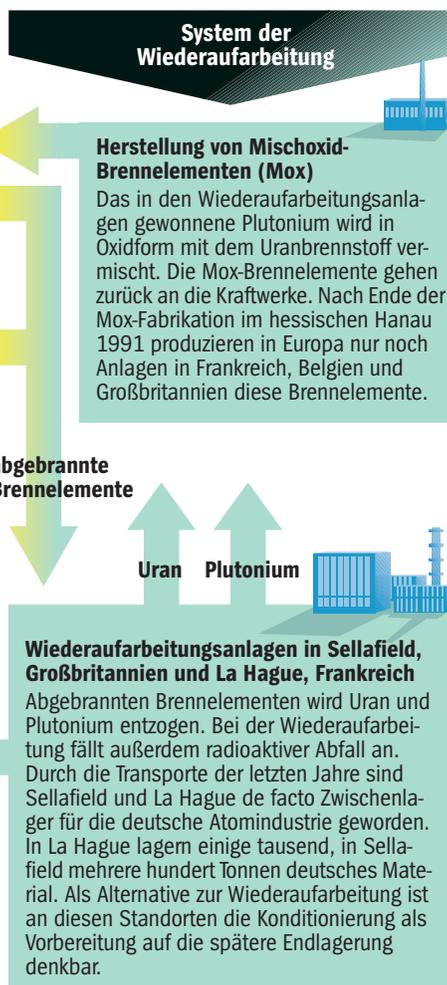
Ein Projekt ohne Beispiel: Zum erstenmal erklärt die Regierung per Gesetz eine ganze Industrie für obsolet. Das Sterben alter Wirtschaftszweige wie etwa der Kohle begleitet der Staat gewohnheitsmäßig mit gesetzlich abgesicherten Hilfen. Doch eine noch junge Technologie zu verbieten, hat bisher keine deutsche Regierung gewagt.

Es hat seine eigene Logik, daß die Kernkraftwerke jetzt von Staats wegen abgeschaltet werden sollen: Der Staat hat sie auch geschaffen. Wegen der engen Verbindung zur Waffentechnik war die Atomindustrie immer eine Wirtschaft der besonderen Art – staatlich kontrolliert, aber auch innig mit dem Staat verflocht.

Das 1955 eingerichtete Bundesministerium für Atomfragen, im ersten Jahr von Franz Josef Strauß geführt, trieb die sogenannte friedliche Nutzung der Kernenergie mit viel Geld voran. Mit mehr als 50 Milliarden Mark förderten der Bund und die Länder die Entwicklung der Kernenergie – mit einem Vielfachen der jetzt drohenden Entschädigungssummen.

Alle Parteien setzten zu Anfang begeistert auf die unerschöpfliche Zukunftenergie. Als 1973 die Ölkrise an die Endlichkeit der fossilen Energien erinnerte, legte die SPD/FDP-Regierung unter Willy Brandt ein „4. Atomprogramm“ auf und nahm unter dem Titel „integriertes Entsorgungsprogramm“ jene Wiederaufarbeitung in Angriff, die Kanzler Schröder nun beenden muß.

Im Prinzip sind auch die Energiekonzerne ausstiegswillig. Wohl nie wieder werden die Atomstromer hierzulande Geld in neue Nuklearfabriken stecken. Viel zu riskant sind die Milliardeninvestitionen, seit über die einstigen Monopolisten der Wettbewerb auf dem Strommarkt hereinbrach.



Doch ihre Meiler möchten die Unternehmenschefs natürlich so lange wie möglich laufen lassen.

Die Debatte ist emotional so hoch kontaminiert, daß man im ganzen „Pulverqu沿海 von Vorwürfen und Beschuldigungen und Angstszenarien erst einmal die echten Argumente herauschälen muß“, sagt ein Vertrauter des Kanzlers.

Letztendlich kann sich Schröder zumindest darauf verlassen, daß keine Seite den ganzen Krieg wollen kann. Denn scheidet der Konsens, entgleitet der Regierung das Management des Ausstiegs. Statt dessen werden dann nationale wie internationale Gerichte die Bedingungen für den Abschied vom Nuklearstrom diktieren.

Bei den voraussichtlich ebenso kostspieligen wie langwierigen Verfahren würden jedoch, so heißt es im Kanzleramt, „zum Schluß nur Verlierer übrigbleiben“. Zu denen kann im schlimmsten Fall auch die rot-grüne Bundesregierung selbst

ausdrücklich zugesichert, daß die Koalitionäre vor Verhandlungsbeginn keine Fakten schaffen werden.

Doch dann beschloß Rot-Grün, daß im Jahr 2000 die Wiederaufarbeitung deutschen Atommülls in Frankreich und Großbritannien verboten wird. Bleibt es dabei, droht Viag-Lenker Wilhelm Simson nun, „ist für mich ein Energiekonsens nicht mehr vorstellbar“ (siehe Interview Seite 26). Auch Veba-Chef Ulrich Hartmann reagierte barsch: „Wenn wir überfordert werden, dann steigen wir aus.“

Die Nerven der Konzernchefs liegen blank. Sie fürchten den nuklearen Entsorgungsnotstand und damit ein jähes Meilersterben, wenn die Wiederaufarbeitung in einem Jahr verboten wird.

Denn in 16 der 19 deutschen Atomkraftwerke, so RWE-Chef Kuhnt, manglele es an Platz in den Abklingbecken. Dort warten die abgebrannten Brennelemente auf den Transport in die Wiederaufarbeitungs-

Die Konzernchefs haben wenig Vertrauen, daß der grüne Umweltminister Trittin allzu eilig den Transportstopp aufheben wird, den CDU-Vorgängerin und Atomfreundin Angela Merkel nach der Affäre um die verstrahlten Nukleartransporte im vergangenen Jahr verhängte.

Die Sorge der Energiemanager ist begründet. Trittins Ministeriale haben inzwischen einen umfangreichen „Kriterienkatalog“ zusammengestellt, den die Betreiber erst „abarbeiten“ müssen – bis dahin soll es beim Transportverbot bleiben.

So will der Umweltressortchef den Atomstromern künftig neue „technische Vorschriften für die Beladung“ der Nuklearcontainer, verfeinerte „Meßprogramme“ zum Aufspüren von Verstrahlungen sowie schärfere Anforderungen an die Behälter auferlegen.

Daß die rot-grünen Koalitionäre neue Zwischenlager an den Meilern genehmigen wollen, hilft den Stromern wenig.



Atomare Wiederaufarbeitungsanlage Sellafield: Plutonium als unkalkulierbare Bedrohung

zählen. RWE-Chef Dietmar Kuhnt ließ bereits durchblicken: Wenn die Atomgespräche nicht zur Zufriedenheit der Industrie ausfielen, könne der Kanzler sein Prestigeprojekt „Bündnis für Arbeit“ auch gleich vergessen.

Derart zum Erfolg verdammt, bereitet der Kanzler jetzt den Konsens akribisch vor. Vergangenen Freitag beratschlagte er mit den Ministern Trittin und Müller die Strategie. Daß die Entsorgung der Meiler möglich bleibt, soll Priorität haben vor Terminen.

Die mächtigen Strombosse fühlen sich brüskiert von Schröder. Der habe ihnen Mitte Dezember in vertraulicher Runde

anlagen Sellafield und La Hague. Wenn die Brennstäbe künftig nur noch in die Zwischenlager Gorleben und Ahaus verfrachtet werden dürfen, müssen sie erheblich länger im Wasser abkühlen als für die Tour zur Wiederaufarbeitung. Die Konsequenz: Die Becken füllen sich schneller als geplant, obgleich vielerorts schon heute dichtes Gedränge herrscht.

Binnen zwei Jahren, so errechneten Greenpeace-Experten, ist ohne Abtransporte in zwölf Lagern die Kapazität erschöpft. Für die Meiler Stade, Biblis A und B, Krümmel, Phillipsburg 1 und Neckarwestheim 1 könnte das Aus sogar schon in diesem Jahr kommen.

Transporte wären dann zwar überflüssig, aber bis die Anlagen stehen, vergehen voraussichtlich drei bis sechs Jahre.

Wider Willen könnte der grüne Umweltressortchef dennoch ganz schnell zum Atomtransportminister avancieren. Denn Franzosen und Briten drohen, den deutschen Atommüll eilig zurückzuschicken, sollte es beim Blitzausstieg aus der Wiederaufarbeitung bleiben: 3820 Tonnen Nuklearabfall türmen sich in La Hague, 550 Tonnen liegen in Sellafield. Für den Transport zurück in die Heimat wären rund 100 Castor-Fuhren fällig.

Noch gibt sich Trittin gelassen und tut so, als gehe es nur um technische Probleme.

„Wir haben keinen Spielraum“

Viag-Chef Wilhelm Simson über den Konflikt mit der Regierung um die Wiederaufarbeitung

SPIEGEL: Herr Professor Simson, die Chefs der Energiekonzerne sind an diesem Montag beim Kanzler zum Krisengespräch. Wollen Sie die Energiekonsensverhandlungen sprengen?

Simson: Nein, wir möchten Herrn Schröder in aller Offenheit darlegen, daß Konsensgespräche keinen Sinn ergeben, wenn es bei der Atomgesetznovelle bleibt, auf die sich SPD und Grüne vorab verständigt haben.

SPIEGEL: Was stört Sie daran?

Simson: Die Entscheidung, daß die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente vom Jahr 2000 an verboten werden soll, ist für uns völlig inakzeptabel. Der Termin läßt sich beim besten Willen nicht einhalten. Die Entsorgung unserer Kernkraftwerke wäre nicht mehr gewährleistet, schon sehr bald müßten zwangsläufig Reaktoren abgeschaltet werden.

SPIEGEL: Wiederaufarbeitung der Brennelemente ist für die Konzerne erheblich teurer als deren direkte Endlagerung. Warum leisten Sie Widerstand?

Simson: Wir sind ja bereit, der Bundesregierung beim Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung entgegenzukommen, wenn sie uns eine angemessene Übergangsfrist einräumt.

SPIEGEL: Was aber, wenn die Regierung dabei bleibt, daß ab 2000 endgültig Schluß ist mit der Wiederaufarbeitung?

Simson: Dann ist für mich ein Energiekonsens nicht mehr vorstellbar. Wir haben da keinen Spielraum. Die Existenz unserer Kraftwerke steht auf dem Spiel.

SPIEGEL: Haben Sie Probleme mit Umweltminister Jürgen Trittin?

Simson: Nach den jüngsten Vorfällen habe ich zu Herrn Trittin, vorsichtig ausgedrückt, ein gestörtes Vertrauensverhältnis. Er hat beispielsweise im Alleingang und ohne Ankündigung die Kommissionen für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz aufgelöst. Der Verdacht liegt nahe, daß es ihm dabei allein darum ging, die Energiekonzerne unter Druck zu setzen.

SPIEGEL: Die Berufung der Experten in diese Gremien, in denen bislang vorzugsweise Befürworter der Kern-



W. V. BRAUCHTISCH

Simson

energie saßen, ist Sache des Umweltministers.

Simson: Die Beratungsgremien haben in der Vergangenheit hervorragende Arbeit geleistet und sind mit dafür verantwortlich, daß wir in Deutschland die weltweit sichersten Kernkraftwerke haben. Über die künftige Besetzung der Gremien kann man ja reden. Aber es darf auf gar keinen Fall dazu kommen, daß die Reaktoren auf kaltem Wege stillgelegt werden.

SPIEGEL: Sie üben Kritik an einzelnen Vorfällen – weil Sie als Atommanager gegen den Ausstieg sein müssen.

Simson: Wir halten den Ausstieg aus der Kernenergie aus einer Vielzahl von Gründen für falsch, müssen aber den Primat der Politik respektieren. Die Geschlossenheit der Branche war nach meiner Einschätzung noch nie so groß wie heute.



Anti-Atom-Protest in Brokdorf (1976): Schwelende Brandstellen

SPIEGEL: Dagegen spricht allerdings der Rücktritt von PreussenElektra-Vorstandschef Hans-Dieter Harig von seinem Posten als Sprecher der Kernenergiebetreiber.

Simson: Herr Harig will sich auf seine Aufgaben als Vorstandsvorsitzender der PreussenElektra konzentrieren. Das müssen wir respektieren. Ich kann nur davor warnen, darin ein Anzeichen für Konflikte innerhalb der Energiewirtschaft zu sehen.

me. Großzügig erklärte er sich zur Rücknahme bereit. Doch Franzosen und Briten machten unmißverständlich deutlich, daß sie es dabei nicht bewenden lassen werden.

Die Regierungen pochen auf Verträge. Wenn die Zusammenarbeit „in Frage gestellt wird“, drohte Frankreichs Premier Jospin unverhohlen, „ist es wohl nötig, daß angemessene Entschädigungen gefunden werden“. Auch für Großbritannien dürfe es keine negativen Folgen geben, forderte Handelsminister Stephen Byers unmißverständlich: „Wir werden die Deutschen nicht vom Haken lassen.“

Paris und London, besorgt um Tausende Arbeitsplätze im eigenen Land, geben sich überzeugt, daß ihnen enormer Schadensersatz zusteht.

Wenn die Deutschen den Rückzug aus La Hague wie geplant vollzögen, klagten die Franzosen, entstünden der Wiederaufarbeitungsfirma Cogema Umsatzaufälle von rund neun Milliarden Mark. Die britische Staatsfirma BNFL hat Beträge von über drei Milliarden Mark errechnet.

Franzosen und Engländer verweisen auf einen Notenwechsel mit Deutschland aus dem Jahr 1990. Dort heißt es: „Beide Regierungen setzen dem Zugang der Stromerzeuger der Bundesrepublik Deutschland zu den Wiederaufarbeitungskapazitäten kein Hindernis entgegen.“

Die Briten bekamen es ein Jahr später noch genauer: „Beide Regierungen er-

klären, daß sie keinerlei Initiative in Form von Gesetzen oder Verordnungen zu ergreifen gedenken, die die ordnungsgemäße Erfüllung der Verträge verhindern würde.“

Wasserdicht, so argumentieren Franzosen und Briten, seien damit die zwischen deutschen Stromkonzernen und den Wiederaufarbeitern abgeschlossenen privatrechtlichen Verträge abgesichert.

Schon Ende der siebziger Jahre waren die ersten Kontrakte zustande gekommen. Diese „Altverträge“, unkündbar für die deutschen Stromer, laufen in diesem Jahr aus. Und egal, ob sie wiederaufarbeiten

„Böses Spiel“

Greenpeace-Energieexperte Roland Hipp über die Geheimverträge für Atommülllieferungen nach Rußland

SPIEGEL: Herr Hipp, macht die rot-grüne Regierung mit dem Atomausstieg jetzt Ernst?

Hipp: Daran zweifeln wir inzwischen. Da wird ein Ende der Wiederaufarbeitung verkündet, und zugleich sucht die deutsche Atomindustrie neue Wege, den Nuklearmüll zur Aufarbeitung und Endlagerung nach Rußland zu bekommen.

SPIEGEL: Warum ist Rußland so interessant für europäischen Atommüll?

Hipp: Das Angebot ist finanziell höchst attraktiv. Pro Kilogramm kostet derzeit die Aufarbeitung in Frankreich oder Großbritannien und eine spätere Endlagerung rund 4000 Mark – Rußland macht das alles für die Hälfte.

SPIEGEL: Die ehemaligen sowjetischen Militäranlagen haben Erfahrung im Umgang mit Plutonium.

Hipp: Aber in den Atomkomplexen Majak bei Tscheljabinsk und Krasnojarsk herrschen nach unseren Recherchen katastrophale Zustände.

SPIEGEL: Inwiefern?

Hipp: Nach dem Austritt von hochaktivem, flüssigem Atommüll in Majak in den fünfziger Jahren sind über 120 000 Menschen verstrahlt worden; nach russischen Angaben starben an den Langzeitfolgen 8000 Bewohner. In Krasnojarsk wird flüssiger Strahlenmüll über Pipelines in unterirdische Felsformationen verpreßt; die Folgen sind unerforscht. Aus ausgetrockneten Ablagebecken werden radioaktive Partikel übers Land verweht.

SPIEGEL: Die Gesetzeslage und die Koalitionsvereinbarung sehen nationale Entsorgung vor, also in Deutschland.

Hipp: Papier ist geduldig, Gesetze können geändert werden, wie wir bei La Hague und Sellafield sehen. Es geht darum, solche Vorhaben frühzeitig zu stoppen. Wenn in Moskau ein paar Dollar knistern, ist alles möglich.

SPIEGEL: Auch die Siemens-Brennelementefabrik in Hanau soll in Ruß-



Hipp

land wiederaufgebaut werden.

Hipp: Das ist brutales Umweltdumping. Bei uns mußte die Fabrik wegen Sicherheitsmängeln geschlossen werden.

SPIEGEL: Aber die Siemens-Fabrik würde auch hochgefährliches Waffenplutonium wieder für den Brennstoffkreislauf ziviler Kraftwerke

nutzbar machen. Ist Greenpeace gegen ökologische Lösungen?

Hipp: Das ist die Theorie. Bislang wurde kein Sprengkopf aus einem sowjetischen Atom-U-Boot wieder für die Füllung eines Brennstabs verarbeitet.

SPIEGEL: Auch US-amerikanische Investorengruppen sind mit Unterstützung der Ökologen an einem globalen, sicheren Endlager interessiert. Warum zieht Greenpeace da nicht mit?

Hipp: Irgendwann brauchen wir ein sicheres Endlager. Und für unseren Atommüll sollte das in Deutschland liegen. Wir können nicht Südseeatolle oder sibirische Steppen als atomare Müllkippen kaufen.



Atomanlage Majak: „Brutales Umweltdumping“

SPIEGEL: Also wohin mit dem Atommüll?

Hipp: Wir brauchen natürlich zuerst eine Zwischenlagerung in geeigneten Anlagen. Es ist sinnlos, den Atommüll kreuz und quer durch Europa zu kutschieren, um ihn in ein paar Jahrzehnten einem Endlager zuzuführen.

SPIEGEL: Wird Greenpeace die Regierung beim Atomausstieg unterstützen?

Hipp: Trittin gibt sich Mühe. Aber wir sehen an den Geheimprotokollen, wie die Nuklearbranche weiter ein böses Spiel betreibt.

lassen oder nicht: Es muß – take or pay! – in jedem Fall bezahlt werden.

Für La Hague haben sich die Altkontrakte bereits weitgehend erledigt. Doch in Sellafield, mit dieser überraschenden Nachricht kamen die bedrängten Stromer nun heraus, sei erst etwa ein Drittel der angelieferten Brennelemente aufgearbeitet.

Käme 2000 das Aus für die Wiederaufarbeitung, verlören die Konzerne angeblich rund fünf Milliarden Mark. Denn in der verbleibenden Frist können die Briten, selbst wenn sie es eilig hätten, den Rückstand nicht aufholen. Der größte Teil der Brennstäbe ginge unverarbeitet retour.

Paris und London interessieren sich viel mehr für die „Neuverträge“, die deutsche Stromversorger eingingen, nachdem sie sich 1989 von der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf verabschiedet hatten. Die Kontrakte laufen bis etwa 2005, mit Option auf Verlängerung bis 2015.

Aus den Neuverträgen mit Frankreich und Großbritannien könnten die deutschen Firmen leicht heraus – falls sie Abstandszahlungen von 1,4 Milliarden Mark bezahlen. Noch weniger Probleme haben die Konzerne, wenn sie sich auf höhere Gewalt berufen dürften. Für diesen Fall enthalten die Neuverträge „force majeure“-Klauseln: Verbietet der Staat die Wiederaufarbeitung, sind die Unternehmen auf der sicheren Seite. Trittin hat bereits Entgegenkommen signalisiert.

Für diesen Fall müsse allerdings die Bundesrepublik für die Umsatzausfälle in La Hague und Sellafield geradestehen, fordern Franzosen und Briten unerbittlich –

Endlager Rußland?



schließlich sei der Notenwechsel völkerrechtlich bindend. Trittin bleibt dennoch stur: Die Deutschen, beharrt der Grüne, seien lediglich verpflichtet, ihren Nuklearmüll zurückzuholen.

Justizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) dämpfte das Selbstbewußtsein des Umweltressortchefs vergangene Woche jedoch empfindlich. Ihre Experten beurteilen die Lage weitaus kritischer. „Natürlich“, so ein Vermerk von Beamten des Justizministeriums (BMJ), könne der Gesetzgeber „von völkerrechtlichen Verpflichtungen abweichende Normen erlassen“.

Nur: „Durch diese Normsetzung verstößt die Bundesrepublik Deutschland

Trügerische Drohkulisse

Viele Milliarden Schadensersatz fordert die Atomindustrie, falls sie ihre Reaktoren stilllegen muß. Tatsächlich jedoch ist ein Ausstieg zum Nulltarif möglich. *Von Stephan Kohler*



Kohler, 46, ist Leiter der Niedersächsischen Energie-Agentur. Die Gesellschaft wurde von der rot-grünen Landesregierung in Hannover unter Ministerpräsident Gerhard Schröder ins Leben gerufen, um Konzepte zum rationellen Einsatz von Energie zu entwickeln. Die Agentur befindet sich mehrheitlich im Besitz der Energiewirtschaft.

FOTOS: H. SCHWARZBACH / ARGUS

Erstmals regiert eine Koalition dieses Land, die die Risiken der Atomwirtschaft für nicht verantwortlich erklärt. Nicht zuletzt diesem Programm verdankt Rot-Grün den Wahlsieg. Einen klareren Wählerauftrag hat es selten gegeben.

Gefordert ist deshalb konsequentes und einmütiges Handeln im Sinne eines schnellstmöglichen Ausstiegs aus der Atomenergie. Ohne Geschlossenheit droht ein absurdes Ergebnis: Die Regierung billigt den Betreibern für ihre Meiler Betriebszeiten von bis zu 40 Jahren zu und nimmt noch dazu atomkritische Länderregierungen in die Pflicht, ihre Politik der Nadelstiche gegen einzelne Kraftwerke einzustellen. Das zu erreichen, haben sich die AKW-Betreiber in drei Konsensrunden unter der Regierung Kohl vergeblich bemüht.

Mindestens ebenso wichtig aber ist die Frage, in was wir nach dem Ausstieg einsteigen wollen. Sie fand nicht einmal Eingang in die Tagesordnung der Konsensverhandlungen. Die Struktur einer neuen Energiewirtschaft ohne Atomenergie gehört jedoch in den Mittelpunkt der Debatte.

Die Verluste, die entstehen, wenn Atomreaktoren unterhalb von 40 Jahren stillgelegt werden, addieren sich nach Lesart der Betreiber zu zwei- bis dreistelligen Milliardenbeträgen. Zwar bleiben die zugrunde gelegten ökonomischen Parameter weitgehend im dunkeln. Dennoch entsteht eine Drohkulisse mit erheblichem Einschüchterungspotential.

Wie sehen die Fakten aus? Weltweit wurden bis heute rund 80 Atomkraftwerke, inklusive Forschungs- und Demonstrationsanlagen, stillgelegt. Bei fast allen kam das Aus unterhalb einer Betriebszeit von 30 Jahren.

In Deutschland sind 19 Atomreaktoren mit einer Leistung von etwa 21000 Megawatt in Betrieb. Ihr Alter liegt zwischen 10 und gut 30 Jahren, wobei bei fast allen älteren Kraftwerken bereits Nachrüstungen in dreistelliger Millionenhöhe notwendig wurden. Kraftwerke werden über maximal 20 Jahre abgeschrieben. Mit anderen Worten: Spätestens im Jahr 2009 sind die Investitionskosten des letzten Meilers über die Strompreise vollständig finanziert.

Die Kraftwerkseigner fordern einen Betrieb ihrer Reaktoren über 40 Jahre, also bis 2029, um so das „goldene Ende“ möglichst lange zu genießen. Ob das Ende golden wird, ist jedoch nicht bewiesen. Im Gegenteil: Nach Laufzeiten von 20 bis 25 Jahren werden fast immer gewaltige Nachrüstungen fällig.

Der Siedewasserreaktor Würiggassen etwa ging 1995 endgültig vom Netz, weil er sich angesichts notwendiger Nachrüstungen in Höhe von etwa 400 Millionen Mark nicht mehr rechnete. Das war nach 23 Jahren Betrieb. Für das Atomkraftwerk

Biblis A werden von der Genehmigungsbehörde derzeit Nachrüstinvestitionen in Höhe von zwei Milliarden Mark angeordnet, nach einem ähnlichen Betriebszeitraum. Im Ausland gibt es vergleichbare Erfahrungen: Das US-amerikanische AKW Zion wurde aus betriebswirtschaftlichen Gründen stillgelegt, als aufwendige Reparaturen ins Haus standen.

Es empfiehlt sich deshalb, die Kraftwerke dann abzuschalten, wenn üblicherweise mit derartigen Investitionen zu rechnen ist, also nach 25 Jahren.

Was bleibt unter diesen Umständen als Grundlage für Schadensersatzforderungen? Die Kosten für Stilllegung und Entsorgung des bis dahin angefallenen Atom- mülls sind nach 20 Jahren über den Strompreis gedeckt, angesammelt in Gestalt von steuerfreien Rückstellungen.

Blieben als einziger wesentlicher Kostenfaktor abgeschriebener Meiler die Betriebskosten für Wartung, Personal, Versicherungen und Brennstoffversorgung. Sie belaufen sich auf rund 4 Pfennig pro Kilowattstunde Strom (Pf/kWh). Auch höhere Beträge werden genannt, so für das AKW Neckarwestheim 7 Pf/kWh.

Über die ökonomische Unvernunft des Atomausstiegs und seine „Entschädigungsfähigkeit“ entscheidet mithin die Antwort auf die Frage, ob die Stromver-



Atomkraftwerk Stade

Das Einvernehmen ist zerbrochen

sorger in der Lage sein werden, nicht-nuklearen Ersatzstrom zu den reinen Betriebskosten der Atomkraftwerke zu produzieren. Das heißt: Der Alternativstrom, der den Atomstrom ersetzen soll, muß mit Kosten von 4 bis 7 Pf/kWh konkurrieren. Kann er das?

Die erstaunliche Antwort lautet ja. Ein Beispiel: Die Kilowattpreise neuer Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerke mit einer Leistung von 200 Megawatt liegen bei einem Abschreibungszeitraum von 20 Jahren bei 5,5 Pf/kWh. Werden solche Anlagen in Kraft-Wärme-Kopplung, also bei gleichzeitiger Wärme- und Stromnutzung betrieben, sinken die Stromkosten auf 4,0 Pf/kWh. Konkurrenzfähigkeit gegenüber den reinen Betriebskosten von Atomkraftwerken wäre in vielen Fällen erreicht. Sie wäre es erst recht, wenn auf der Nuklearseite jene Nachrüstungsinvestitionen in die Rechnung aufgenommen werden, die regelmäßig anfallen, wenn die Meiler länger als 25 Jahre am Netz bleiben.

Wenn jedoch Kostengleichheit besteht zwischen Atomstromerzeugung und alternativer Ersatzstromproduktion, können Schadensersatzforderungen schwerlich begründet werden. Das Drohpotential ist vom Tisch.

Die Stilllegung so zu terminieren, daß teure Nachrüstungen nicht mehr anfallen, könnte sich als Königsweg erweisen, die von niemandem gewollte Konfrontation vor den Gerichten zu vermeiden.

Die Bundesregierung kann und muß die Forderung nach kürzeren Restlaufzeiten in den Konsensgesprächen selbstbewußt zum Thema machen.



DIE TAGESZEITUNG

M. HUHN

ebenso gewiß gegen Völkerrecht.“ Die Rechtsfachleute rieten daher dringend, „mit Frankreich und Großbritannien über eine einvernehmliche Aufhebung der beiden Notenwechsel zu verhandeln“.

Eilig prüften Däubler-Gmelins Experten auch gleich noch die rot-grüne Atomnovelle, die aus Sicht der Grünen ein Brauurstück darstellt. Die Ministerialen vom BMJ waren wenig beeindruckt. Schon der Text, der am Mittwoch dem Kabinett vorliegt, ist jetzt durch eine „Reihe von Präzisierungen“ verändert. Zu den „besonders problematisch erscheinenden Bereichen“ der Atomnovelle, die Trittin lange unter strengstem Verschluss gehalten hatte, sandten sie dem Umweltministerium einen Fragenkatalog zu – mit der Bitte um baldige Antwort. Eine Generalüberholung der Novelle ist wahrscheinlich.

Trittins Begehren, den Ausstieg unbedingt in den ersten 100 Regierungstagen zu erzwingen, bringt – durch unnötige Hektik – ein Projekt in Schwierigkeiten, das selbst bei den Atombossen längst als unumstritten gilt: Daß der Ausstieg vor allem aus der Wiederaufarbeitung längst überfällig ist.

Seit den frühen sechziger Jahren feilten Atomphysiker in aller Welt an einem Kreislaufsystem aus Schnellen Brutreaktoren, Wiederaufarbeitungsanlagen und Brennelementefabriken. Damit sollte das in der Erdkruste vorhandene Uran um ein Vielfaches besser genutzt werden als in konventionellen Leichtwasserreaktoren.

Das energietechnische Perpetuum mobile blieb allerdings eine Verheißung. Das Brüterprojekt scheiterte, bereits gebaute Anlagen wie die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und der Schnelle Brüter in Kalkar sind Mahnmale einstiger Atomgläubigkeit.

Doch die Trägheit des Systems und seiner Verfechter sorgte dafür, daß die Wiederaufarbeitung von Brennstoff aus konventionellen Leichtwasserreaktoren – eigentlich nur als Futter für die erste Brü-

tergeneration gedacht – in industriellem Stil weiterlief, als die Brüteridee längst tot war. Der Wahnsinn von La Hague und Sellafield nahm seinen Lauf. Den würde Trittin gern sofort beenden.

Der Streit um den Ausstieg ist dem Grünen inzwischen allerdings „manchmal etwas unheimlich“. Daß die deutschen Ausstiegspläne derartige Verwerfungen erzeugen würden, gibt er in ruhigen Momenten zu, „habe ich in dieser Form nicht geahnt“.

Trittins Hauptproblem ist seine für die Politik gelegentlich hinderliche Persönlichkeitsstruktur. Der Einzelgänger neigt zu sparsamer Kommunikation. „Er meldet sich immer erst, wenn es lichterloh brennt“, meint ein führender Grüner.

An schwelenden Brandstellen ist auch im eigenen Land kein Mangel. Die Neigung, Hunderte Atomcontainer nach Gorleben zu eskortieren, ist überall gering. Zumal der in La Hague verwendete Glaskillienbehälter TS28 V nur im Wendland eingelagert werden darf. Für die Zwischenlagerung im westfälischen Ahaus ist er nicht genehmigt.

Da schon jetzt das Land Niedersachsen im Falle von Castor-Transporten polizeilich unterversorgt ist, sind die nun diskutierten 100 Transporte pure Illusion. Das Innenministerium hält „allenfalls durchschnittlich einen Transport pro Jahr“ für machbar. „Ein Rücktransport“ der Castoren „in einem überschaubaren Zeitraum“ sei unmöglich. „Mehr als ein Transport ist undenkbar, wenn der Widerstand nicht endet“, sagt der niedersächsische Innenminister Heiner Bartling (SPD).

Davon ist nicht auszugehen. In einer internen Lageeinschätzung befürchtet das Innenministerium in Hannover „sogar, daß sich der Widerstand in der Bevölkerung gerade auch wegen der rot-grünen Bundesregierung noch einmal wesentlich erhöhen wird“.

Weil die Transporte auch bei den Energieversorgern als nicht durchsetzbar gelten, arbeitet die deutsche Nuklearbranche



Werbeseite

Werbeseite



W. SCHMIDT / NOVUM

Kanzler Schröder (M.), Atommanager Hartmann, Harig: Sorge um die Restlaufzeit der Meiler

nun selbst an einem Lagerkonzept der besonderen Art.

„Strict confidential“ markierte Dokumente, die dem SPIEGEL und Greenpeace vorliegen, belegen, daß die deutsche Atomindustrie nach dem Vorbild der Schweiz den Export von Atommüll nach Rußland vorbereitet.

Die Eidgenossen wollen ihren strahlenden Müll bis zum Jahr 2030 in der Rüstungsschmiede Tscheljabinsk 40/65 abladen, zu Sowjetzeiten eine „geheime Stadt“. Auf dem Hochsicherheitsgelände im Südrural schieben schwere Raupenbagger Betonkästen mit radioaktivem Abfall in einen See, strahlender Schrott liegt frei herum, in den Hallen lagert Atommüll aus dem ganzen Sowjetreich, der auf Gleisen heranrollt.

Hier wird auch die Zerlegung von Sprengköpfen aus Atom-U-Booten vorbereitet. Das hochgiftige waffenfähige Plutonium 239 soll für zivile Brennelemente verarbeitet werden. Kommen hier alsbald auch deutsche Castoren an?

Zwar ist laut deutschem Atomgesetz eine „Entsorgung im Inland“ vorgeschrieben und in Rußland der Import von radioaktivem Müll verboten. Aber angesichts der vordergründigen Vorteile für beide Seiten – die klammen Russen kämen an Devisen, die Deutschen wären den Müll los – scheint der zynische Deal nicht von vornherein ausgeschlossen.

Als Chefunterhändler für den diskret eingefädelt Coup flog Rußlands Atomminister Jewgenij Adamow mit seinem Vize Walentin Iwanow persönlich in die Schweiz, um das Jahrhundertgeschäft der Schweizer Brennstoff-Kommission sowie den Betreibern der Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg vorzustellen.

Demnach will Rußland finanzkräftigen Staaten wie „der Schweiz, Deutschland, Spanien, Südkorea, Taiwan, evtl. Japan“ den Müll abnehmen. Das Angebot des russischen Atomministeriums Minatom umfaßt „weltweite Entsorgungsleistungen“ mit einem Gesamtvolumen von zehn Milliarden US-Dollar.

Beim von den Russen angestrebten Kilopreis von 1000 Dollar gilt die Offerte für

10 000 Tonnen Strahlendreck. Das entspricht dem Nuklearabfall der nächsten 22 Jahre in Deutschland.

Schon hat Gouverneur Alexander Lebed, auf dessen Territorium der zweite russische Plutoniumfriedhof Krasnojarsk-26 liegt, den Stopp für Atomtransporte aus der Ukraine befohlen. Der arme Bruderstaat kann die Preise nicht mehr bezahlen.

Den zahlungskräftigen Westeuropäern aber bieten die Russen laut Protokoll gleich drei Dienstleistungen an: „Zwischenlagerung von Brennelementen (trocken) 20 bis 60 Jahre; Wiederaufarbeitung; Rücknahme von Plutonium durch die Werke.“

Um das anfallende Plutonium nach der Wiederaufarbeitung noch besser verarbeiten zu können, soll gleich eine ganze deutsche Nuklearfabrik in den Ural geschafft werden. Im Protokoll aus der Schweizer Brennstoff-Kommission heißt es:

Die Siemens-Alkem-Anlage soll in Rußland zu stehen kommen. Siemens wird von Rußland Waffen-Plutonium ‚leasen‘. Eine neu gegründete AG wird den Leasing-Vorschlag behandeln. Bei diesem Projekt besteht die Chance, daß es von der deutschen Behörde genehmigt wird. Wird Gorbelen nicht gebaut, wäre eine Beteiligung am Projekt möglich.

Nun soll also die Brennelementefabrik Alkem im hessischen Hanau, die wegen Sicherheitsmängeln im Juni 1991 von dem damaligen Landesumweltminister Joscha Fischer mit Hilfe von Trittins jetzigem Umweltstaatssekretär Rainer Baake stillgelegt wurde, auf Reisen gehen.

Siemens-Sprecher Mark Derbacher bestätigt gegenüber dem SPIEGEL, daß es „deutsch-russische Kooperationsprojekte“ zur „Rückgewinnung von waffenfähigem Plutonium zum Einsatz in zivilen Brennelemente“ gebe.

Dazu sei auch die in Hanau bei Alkem vorhandene Technik „grundsätzlich technisch“ geeignet, eine Verlegung nach Rußland wäre allerdings „nur bei entsprechenden Regierungsabkommen“ der beiden Staaten möglich. Mit einer Ent-

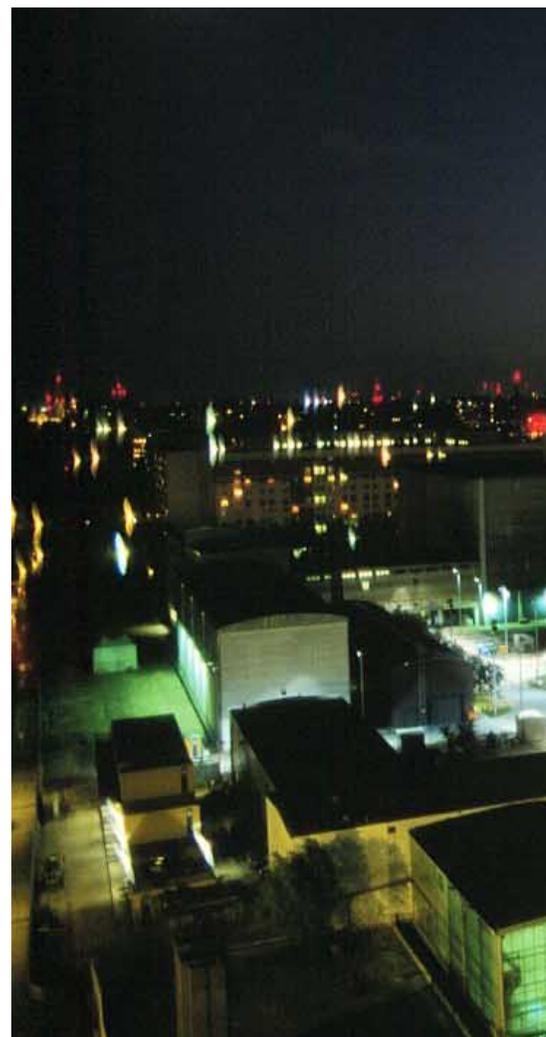
sorgung am Ural will Siemens „nichts zu tun haben“.

Daß es sich nicht nur um Phantastereien handelt, belegt eine Unterschrift auf dem Atomprotokoll. Für die in Eschborn an der Frankfurter Straße 92 ansässige Internexo GmbH hat Geschäftsführer Joachim Madel paraphiert. Die im August 1989 gegründete Handelsgesellschaft für die „Vermarktung der Kernbrennstoff-Komponenten, Urankonversion und Trennarbeit“ ist nicht irgendeine Klitsche.

Gesellschafter der Internexo sind zu 51 Prozent die Moskauer Techsnabexport und zu 49 Prozent die Frankfurter Uranengesellschaft. Und die Uranengesellschaft hat wiederum weitere Gesellschafter, die bei der Entsorgung schon groß im Geschäft sind: Cogma Deutschland, PreussenElektra Hannover, die Steag in Essen sowie die Energie Baden Württemberg AG.

In der Bonner Regierung lösten die bizarren Pläne der deutschen Atomindustrie Überraschung aus. Kanzler Schröder hat bei seinen Energie-Konsensgesprächen ein paar Fragen mehr an die Industrie.

SEBASTIAN KNAUER, GEORG MASCOLO, HENDRIK MUNSBERG, GERD ROSENKRANZ, MICHAEL SCHMIDT-KLINGENBERG, HAJO SCHUMACHER



Berliner Heizkraftwerk Mitte: Folgt womöglich

Strom von Hinz und Kunz

Mit dem Ausstieg aus der Kernkraft steht eine Epochenwende bevor: Das Fundament der Industriegesellschaft, die Stromversorgung, wird renoviert. Kurzfristig gibt es nur eine Alternative zum Atom: Erdgas. Bis es erschöpft ist, muß der Weg in eine solare Zukunft geebnet sein.

Die Bundesbahn entmottete ihre Dampflok, Brauereien holten stämmige Kaltblüter aus dem Stall, Fahrradverkäufer erzielten Rekordumsätze.

An den Tankstellen rangelten Hamsterkäufer um Spritrationen. Kanzler Willy Brandt verordnete Sonntagsfahrverbote. Unwirklich, wie verlassene Monumente einer untergegangenen Zeit, zerschnitten die Autobahnen an den Herbstwochenenden des Jahres 1973 das Volkswagenland.

Der Schock saß tief. Als die Opec den Ölfluß drosselte, brach für die Wirtschaftswunderdeutschen eine Welt zusammen. Energiemangel, so hatten sie gedacht, werde für alle Zeiten eine Erinnerung an karge Nachkriegsjahre bleiben.

„Atomkraft: Ersatz für das Öl der Araber?“ titelte der SPIEGEL. Das Fragezeichen war nur zu berechtigt: Zwar wurde die Kernkraft rasch zu einer potenten Konkurrenz für die Steinkohle. Die Mobilitätsdroge Benzin jedoch konnte sie ebensowenig ersetzen wie das Heizöl für die warme Stube.

Immerhin, ein Vierteljahrhundert nach der von den Scheichs ausgelösten Ölkrise stammt jede dritte Kilowattstunde Strom aus den 19 westdeutschen Meilern.

Das soll sich jetzt ändern. Nur wie schnell, ist umstritten. Sicher ist: Eine Epochenwende steht ins Haus, die in ihren langfristigen Folgen das kurze Beben von 1973 weit in den Schatten stellen wird. Das

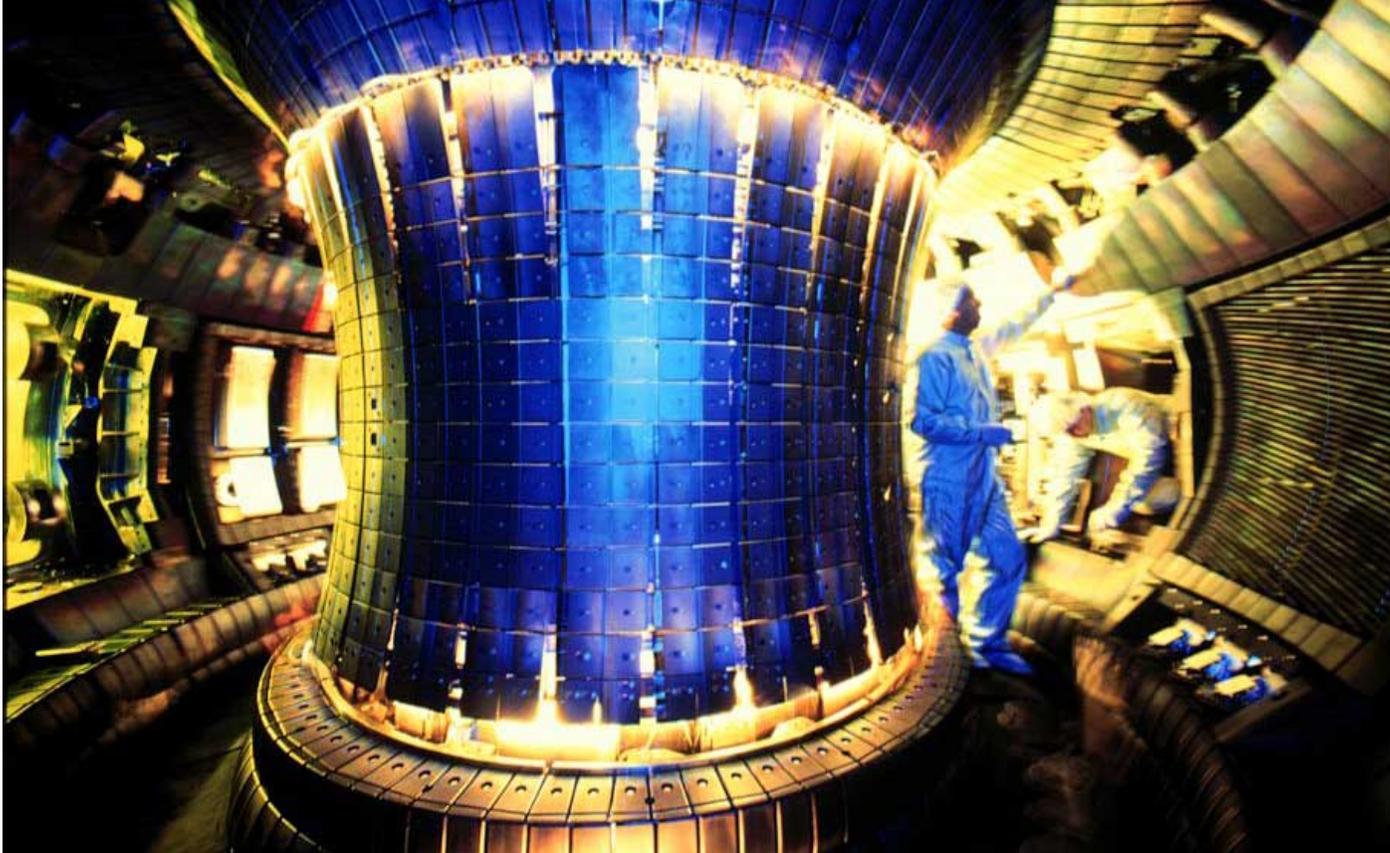
Fundament jeder Industriegesellschaft, die Versorgung mit Energie, wird über kurz oder lang von Grund auf renoviert.

Es macht den bevorstehenden Umbau nicht leichter, daß es nicht nur das Risiko einer Reaktorkatastrophe für immer auszuschließen gilt. Es wäre noch vergleichsweise einfach, die Nukleartechnik wieder durch fossil befeuerte Kraftwerke zu ersetzen.

Genau das aber verbietet sich: Millionen weitere Tonnen Kohlendioxid würden so durch die Schloten in die Atmosphäre geblasen und den Treibhauseffekt anheizen. Wer das Fieber stoppen will, muß das Energiesystem grundsätzlicher umstellen: von Verschwendung und Raubbau auf Ef-



auf die Ölpreiskrise der siebziger Jahre die Gaspreiskrise des 21. Jahrhunderts?



P. GINTER / BILDBERG

Kernfusionsforschung am Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching: Rückkehr auf den verlassenem Pfad

fizienz und Unerschöpflichkeit – eine Aufgabe für Generationen.

Bisher allerdings erwecken die neuen Bonner Machthaber nicht den Eindruck, als seien sie sich der Dimension dieses Auftrags bewusst. Als stünde der Wahltag erst noch bevor, machen sie sich kleinmütig und richtungslos an die Arbeit, in steter Sorge, potente Interessengruppen oder die eigene Klientel zu verschrecken.

Im Schlachtenlärm kleinlicher Händel um die Ausgestaltung der ökologischen Steuerreform ging deren ursprünglicher Zweck, die unerwünschten Energieträger Atomkraft, Kohle und Öl teurer und im Gegenzug die neuen, umweltschonenden Alternativen wettbewerbsfähiger zu machen, verloren.

An Vorschlägen, wie die energiewirtschaftliche Wende zu stemmen sei, mangelt es derweil nicht. Seit vor fast 20 Jahren die Graswurzel-Wissenschaftler des Freiburger Öko-Instituts in ihrer legendären Energiewende-Studie „Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran“ versprochen, erfanden umweltbewegte Forscher in ungezählten Szenarien immer neue Energiezukünfte.

Die Stimmen sind stetig leiser geworden, die den Alternativen „Traumtänzerei“ (so das Deutsche Atomforum schon 1973), ideologische Verbohrtheit oder schlicht Technikfeindlichkeit vorwarfen. Zu den Auftraggebern des Öko-Instituts gehören längst nicht mehr nur weltferne Umweltzirkel und Grüne, sondern Ministerien jeglicher Couleur und auch die Industrie.

Doch je ernster die Planer einer Zukunft ohne Atomkraft genommen wurden, desto banger wurde ihnen. Denn die Ver-

wirklichung ihrer Ideen bedeutet den Abschied von mancher Illusion. Den idyllischen Übergang in die sanfte Energie-republik wird es nicht geben. Nichts zeigt dies deutlicher als eine Studie des ökologisch orientierten Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie.

Die Forscher dort ermittelten kurz vor dem Wahltermin, was eine Bundesregierung leisten müßte, die bis 2005 aus der Kernenergie aussteigen und gleichzeitig halten will, was die alte Regierung versprach: den Ausstoß von Kohlendioxid um ein Viertel zu mindern (siehe Grafik).

Heraus kam ein Crash-Programm, das kaum anders als mit diktatorischen Mitteln durchsetzbar wäre. Innerhalb von sechs Jahren, das bekennen selbst die Wuppertaler hinter vorgehaltener Hand, ist der Ausstieg beim besten Willen nicht zu schaffen.

Selbst fünf Jahre mehr sind eine kurze Frist. Das wird auch den Verfechtern eines raschen Wandels zunehmend bewußt. Es ist eben etwas anderes, von der Oppositionsbank aus die Energiewende zu fordern oder am Computer hübsche Grafiken über einen ökologisch-korrekten Energiemix zu entwerfen, als solche Vorstellungen in der wirklichen Welt gegen ein vielfältiges Interessengeflecht durchzusetzen.

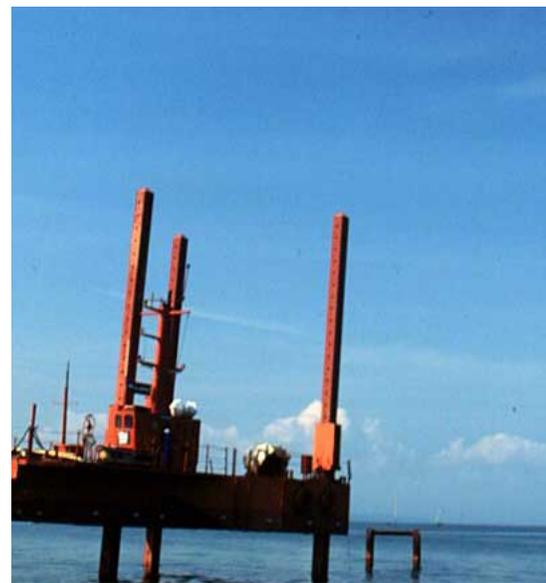
Der Gegner, die Stromwirtschaft, ist eine der mächtigsten Industriebranchen der Republik. Für sie stehen nicht nur die Atomkraftwerke selbst, sondern auch ihre ganze hochzentralisierte Struktur auf dem Spiel.

Denn es gibt kaum einen Zweifel daran, daß sich eine zukunftsweisende Energiewirtschaft mit Kraftwerkskathedralen der 1000-Megawatt-Klasse allein, seien sie nun mit Uran, Braun- oder Steinkohle befeuert,

nicht aufbauen läßt. Auch die Hoffnung auf die Kernfusion ist weiter denn je in die Ferne gerückt. Strom, soviel steht fest, machen im 21. Jahrhundert nicht mehr nur die Konzerne, Strom machen dann auch Hinz und Kunz: Bauern mit Windrädern auf dem Acker kommen mit Mini-Kraftwerken und Häusle-Bauer mit Solarzellen auf dem Dach.

Das runderneuerte Energiesystem, wie auch immer es im einzelnen aussehen mag, wird auf drei Säulen ruhen:

- ▶ auf hoher Effizienz, sowohl bei der Elektrizitätsgewinnung als auch beim Verbrauch;
- ▶ auf optimaler Brennstoffausnutzung, vornehmlich in kraftwärmegekoppelten



Windrotorenpark vor der dänischen Küste:

Kraftwerken zur kombinierten Produktion von Strom und Wärme;
 ▶ auf einem zunächst langsam, dann aber immer rascher steigenden Beitrag der erneuerbaren Energieträger Sonne, Wind, Wasser und Biomasse.

Gemein ist all diesen Optionen, daß sie wesentlich dezentraler als die heutigen Lösungen organisiert sind. Allenfalls in den Großstädten können mächtige Heizkraftwerksblöcke, die neben der Stromproduktion auch Fernwärme liefern, einen wesentlichen Beitrag zur Energieversorgung der Zukunft leisten.

Im ländlichen Raum, wo Fernwärmenetze unbezahlbar werden, müßten kleine Blockheizkraftwerke Siedlungen, Schulen, Krankenhäuser, aber auch Mehr- und Einfamilienhäuser verlustarm mit Elektrizität, Raumwärme und Warmwasser beliefern. Auch „Negawatt“, also eingesparte Megawatt, fallen vornehmlich kleinteilig an, in Millionen Elektrogeräten hoher Effizienz.

Erneuerbare Energien schließlich müssen in dichtbesiedelten Landschaften ohnehin dezentral und in vergleichsweise kleinen Einheiten gewonnen werden – schon deshalb, weil die Natur Sonne und Wind zwar flächendeckend, dafür aber nirgends in hoher Energiedichte anbietet. Small is not beautiful, sondern unvermeidlich.

Das war gänzlich anders, als sich die Politik einst für die Atomkraft entschied. Damals galt Großtechnik als zukunftsgegenwärtig. Die Regierung setzte sie gegen den Widerstand der Industrie durch. Mit mehr als 50 Milliarden Mark haben Bund und Länder die Atomforschung alimentiert. Trotzdem überzeugten erst großzügige Markteinführungsprogramme – die ersten drei Demonstrationsmeiler in Gundremmingen, Lingen und Obrigheim finanzierte zu mehr als zwei Dritteln der Staat – die Stromkonzerne, die sich bis dahin gegen

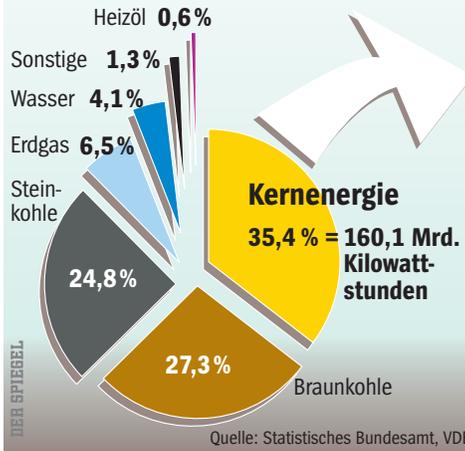


Quantensprung in der Nord- und Ostsee

Atomausstieg im Schnellverfahren

In einer Studie hat das Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie berechnet, ob ein Abschalten aller AKW bis 2005 bei gleichzeitiger Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen machbar wäre. Ergebnis: Der Ausstieg im Schnellverfahren käme einem utopisch anmutenden Kraftakt gleich. So müßte der Stromverbrauch in einer beispiellosen Sparoffensive um 15 Prozent sinken – nach Ansicht von Fachleuten kurzfristig nicht zu realisieren.

Anteil der Energiequellen für die Stromerzeugung 1997



Ersatzmaßnahmen bis 2005 laut Wuppertaler Studie

Maßnahme	in Mrd. Kw/h
Industrielle und dezentrale Kraftwärmekopplung	48,9
Biomassezufuhr zu Kohlekraftwerken	8,2
Ausbau der Windkraft um das Dreifache	7,5
Stromeinsparung	73,8
sonstige regenerative Energien (Sonne, Wasser, Biogas)	1,6
Streichung von Überkapazitäten	20,1
Einsparung	160,1

den neuen Energieträger sträubten, wie sie sich jetzt gegen die ökologischen Alternativen sperren.

Heute steht nicht eine, sondern ein ganzer Strauß verschiedener Techniken zur Wahl. Oftmals wurden sie fast ohne staatliche Unterstützung von der Industrie oder rührigen mittelständischen Pionieren entwickelt.

Unter den Erneuerbaren wird traditionell lediglich die Wasserkraft zur Stromerzeugung eingesetzt. Doch das Potential an Flüssen und Talsperren ist in Deutschland weitgehend ausgeschöpft.

Anders die Windenergie, die seit Anfang der neunziger Jahre einen vorher für unmöglich gehaltenen Boom erlebt. Zwar wird erst knapp ein Prozent des deutschen Stroms von den Rotoren erzeugt. Doch der Anteil steigt rasch. In Schleswig-Holstein, durch seine langen Küsten begünstigt, waren es 1998 schon 17 Prozent.

Bereits im Jahr 2005, glaubt Wirtschaftsminister Werner Müller, kann die Windkraft die traditionellen Wasserturbinen als wichtigste regenerative Stromquelle ablösen. Gelingt die Installierung großer Windparks im Meer, werden in der Nord- und Ostsee Großkraftwerke jenseits der 100-Megawatt-Grenze entstehen – ein Quantensprung, der die Windenergie sogar gegenüber fossilen Kraftwerken konkurrenzfähig machen könnte.

Auch die Stromerzeugung in Biomassekraftwerken ist bereits heute wirtschaftlich, wenn darin organische Reststoffe, also Restholz aus der Forstwirtschaft, Klär- und Deponiegas, verbrannt werden.

Trotzdem werden auch in Zukunft Wasser, Wind und Biomasse nur einen kleinen Teil des deutschen Stromhunger stillen können. Langfristig läßt sich nach über-

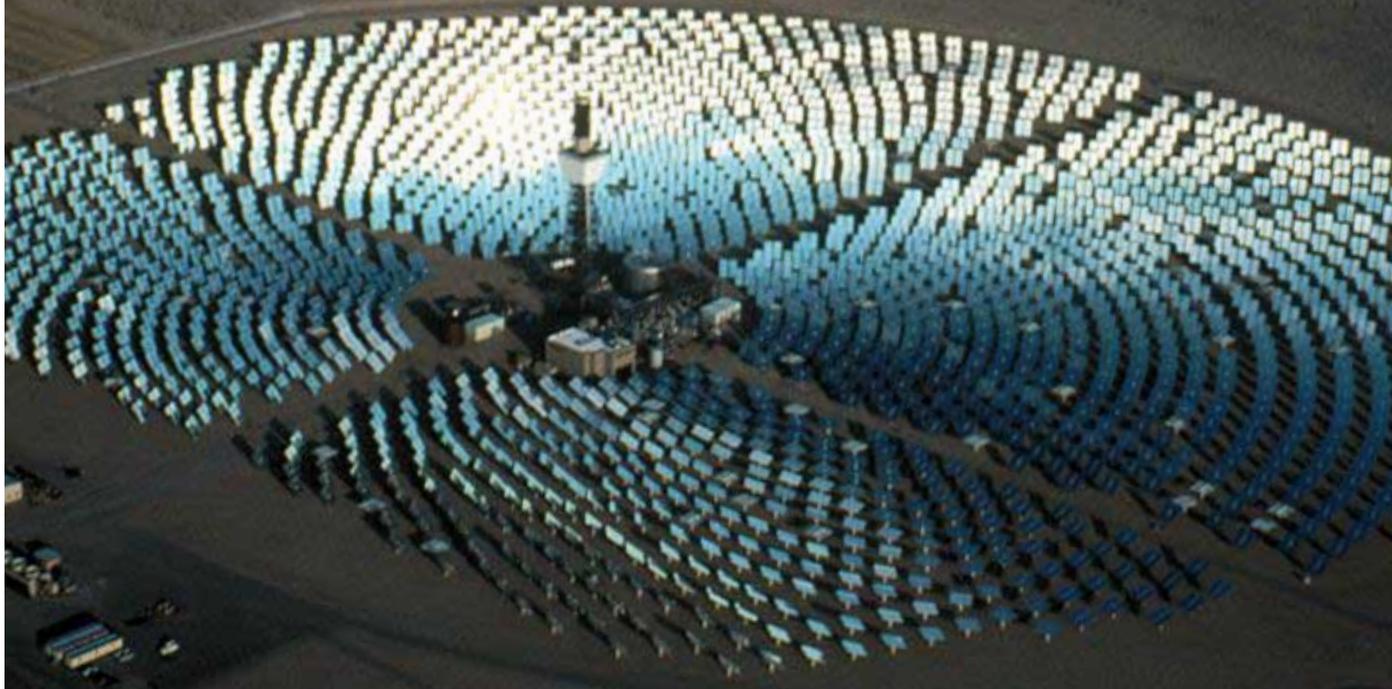
einstimmender Überzeugung der meisten Experten nur mit Hilfe der Photovoltaik, also der direkten Umwandlung von Sonnenlicht in Strom, die Wirtschaft von fossiler wie nuklearer Elektrizitätserzeugung unabhängig machen.

Doch das wird dauern. Das zu Jahresbeginn angelaufene 100 000-Dächer-Programm der Bundesregierung etwa, die bisher größte Photovoltaik-Initiative Europas, soll die Markteinführung der heute noch viel zu teuren Energie (Kosten pro Kilowattstunde etwa 1,50 DM) ankurbeln. Energiewirtschaftlich bleibt das ohne jede Relevanz. Ein einziges Atomkraftwerk der Biblis-Klasse produziert die Jahresleistung der 100 000 Dächer in nicht einmal drei Wochen.

Zunächst ist schon die Grundsteinlegung für eine neue Industrie ein wichtiger Schritt. In Alzenau bei Hanau eröffnete die RWE-Tochter ASE im letzten Jahr eine Fertigungsstätte, die jährlich Solarmodule mit einer Gesamtleistung von 13 Megawatt herstellen kann. Ein Konsortium unter Führung des Ölmultis Shell errichtet derzeit in Gelsenkirchen die größte Photovoltaik-Fabrik der Welt. Jahresleistung: 25 Megawatt.

Vor allem eine Eigenheit der Energiewirtschaft macht den Zukunftsplanern zu schaffen: Investitionen werden für lange Zeiten gemacht, der Wandel ist deshalb träger als in den meisten anderen Branchen. Kurz- und mittelfristig bleibt schon deshalb der Anteil der regenerativen Energien am Strommix auf absehbare Zeit gering. Auch Effizienzerfolge lassen sich nicht einfach per Regierungsdekret von heute auf morgen erzielen.

Immerhin aber steht, ehe die solare Energiezukunft Wirklichkeit werden kann,



MCCOY / RAINBOW

Parabolrinnen-Kraftwerk in der kalifornischen Mojave-Wüste: Sonnenstrom aus einem erdumspannenden Netz

wenigstens eine Alternative zur Verfügung: das Erdgas.

Dieser fossile Energieträger ist nicht nur ökologisch akzeptabel, weil er die Atmosphäre mit wesentlich weniger Kohlendioxid belastet als Öl oder Kohle. Die Energiequelle Erdgas ist derzeit auch unschlagbar billig. In kraftwärmegekoppelten Kraftwerken, wie dem 1997 fertiggestellten Berliner Heizkraftwerk Mitte, wird der Brennstoff fast zu 90 Prozent ausgenutzt. Das ist Weltrekord und macht diese Form der Stromerzeugung sogar wirtschaftlicher als die Atomkraft.

Allerdings gibt es auch hier mahnende Stimmen. Mit Erdgas, warnt das Umweltbundesamt, erlebe „der fossile Energieträger mit der kürzesten Reichweite die größten Zuwachsraten“. Das bedeutet: Wenn sich der Run auf das Erdgas fortsetzt, könnte in ein bis zwei Generationen Schluß sein mit der bequemen Alternative.

Oder schon früher, weil den Ölpreiskrisen der siebziger Jahre möglicherweise die Erdgaskrisen des 21. Jahrhunderts folgen. Vier Fünftel des deutschen Erdgasverbrauchs kommen von jenseits der Grenzen, immerhin ein Drittel aus dem krisengeschüttelten Rußland.

Aus diesen Gründen erlaubt das Erdgas den Energiestrategen bestenfalls eine Atempause. Es gewährt ihnen Zeit, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Es ist die Aufgabe der Politik, diese Gnadenfrist für den Übergang in das solare Energiezeitalter zu nutzen.

Dazu wird es nicht ausreichen, die neuen Techniken zu vervollkommen und den Rest dem gerade EU-weit installierten Strommarkt zu überlassen. Solange die fossilen Energieträger so billig bleiben, wie sie es heute sind, haben die erneuerbaren Energien kaum Chancen, sich auf dem Markt zu etablieren.

Zwei Pfade stehen zur Wahl: Man kann die fossilen Brennstoffe Kohle, Öl und Gas

mit Ökosteuern verteuern oder den Strom aus den umweltfreundlichen Quellen so honorieren, daß sich ihre Erzeugung für die Produzenten lohnt.

Die Ökosteuer muß ihre Potenz zur ökologischen Umsteuerung des Energiewesens noch beweisen. Der andere Weg hat mit dem 1990 einmütig verabschiedeten Strom-einspeisegesetz seine Feuertaufe bravourös bestanden. Das Regelwerk garantiert Betreibern alternativer Kleinkraftwerke eine feste Einspeisevergütung von derzeit etwa 16,5 Pfennig pro Kilowattstunde.

Schlagartig wurde der Betrieb von Windrädern an stürmischen Standorten lukrativ. Das Ergebnis ist an den deutschen Küsten und zunehmend auch auf den Hügeln der Mittelgebirge zu sehen.

Solarinitiativen in der ganzen Republik sind überzeugt, daß das Konzept auch für andere erneuerbare Energien taugt. Erste Erfahrungen scheinen ihnen recht zu geben: In etwa 30 Gemeinden, in denen Kommunalpolitiker meist fraktionsübergreifend die kostendeckende Vergütung möglich machten, erlebt selbst die teure Photovoltaik einen bescheidenen Aufschwung.

Wolf von Fabock, als Geschäftsführer des in Aachen ansässigen Solarenergie-Fördervereins einer der Väter des Konzepts, ist überzeugt, daß nur so der Umstieg in die Solarwirtschaft eine reale Chance hat. Zahlen müssen übrigens weder die öffentlichen Haushalte noch die großen Stromunternehmen, sondern die Verbraucher – mit einem Aufschlag auf die Stromrechnung, der sich auf wenige Mark pro Jahr beläuft.

Die Stromkonzerne bekämpfen das Stromeinspeisegesetz verbissen, seit es existiert – zum einen, weil sie fürchten, daß sich ihr so verteuert Strom im europäischen Markt schlechter absetzen läßt; zum anderen, weil jede ökonomisch attraktive Einspeiseregulation neue Anbieter ökologisch korrekten Stroms auf den Markt lockt.

Eines ist jedoch schon heute abzusehen: Auch in der solaren Welt der Zukunft werden die Industriestaaten des Nordens von Energieimporten abhängig bleiben. Nicht nur fossile Energieträger, auch Solarstrom wird zu einem erheblichen Teil aus dem Ausland kommen.

In der kalifornischen Mojave-Wüste beweisen solare Parabolrinnen-Kraftwerke schon seit den Achtzigern, daß im Hitzegürtel der Erde Sonnenstrom auch in Großkraftwerken gewonnen werden kann.

An ähnlichen Konzepten herrscht kein Mangel: Der Stuttgarter Ingenieur und Brückenbauer Jörg Schlaich propagiert seit Jahren gigantische Aufwindkraftwerke, in denen unter überdimensionalen Glasdächern erhitzte Luft über 1000 und mehr Meter hohe Kamine in den Himmel geleitet wird. Dabei entsteht ein kräftiger Sog, der Turbinen mit mehreren hundert Megawatt Leistung antreibt.

Niederländische Wissenschaftler grübeln unterdessen über den Plänen für kilometerhohe Energieschloten, die auf dem Meer schwimmend die Temperaturdifferenz zwischen lauem Meerwasser und eisigen Minusgraden der Höhenluft als treibende Kraft für ihre Riesenturbinen nutzen sollen.

Denkbar ist sogar ein weltweites Netz aus Hochspannungs-Gleichstromleitungen, in das rund um die Uhr Sonnenstrom aus der Sahara oder Wasserkraft aus Sibirien eingespeist und dann in Deutschland entnommen werden kann.

Heute mag all dies utopisch klingen. Doch wenn die Energiewende Wirklichkeit werden soll, dann muß, bis das Erdgas verbraucht ist, die Solarwirtschaft etabliert sein. Andernfalls bleibt nur die Rückkehr auf jenen Pfad, den zu verlassen sich die neue Regierung gerade vorgenommen hat – neue Kernkraftwerke zu bauen oder die letzte, nicht minder utopisch klingende Alternative: die Kernfusion.

GERD ROSENKRANZ

Werbeseite

Werbeseite



M. ZUCHT / DER SPIEGEL

Landespolitiker Rühle*: „Es gibt schlimmere Beleidigungen, als mir jedes Amt zuzutrauen“

CDU

Der dritte Mann

Volker Rühle macht sich auf, Rot-Grün in Schleswig-Holstein von der Macht zu verdrängen. Erst die Provinz erobern – und dann mal sehen, was sich darüber hinaus tut, ist seine Devise. *Von Hans-Joachim Noack*

In Husum an der norddeutschen Westküste gibt er seinen Einstand als Landespolitiker. Volker Rühle, der vormalige Bonner Verteidigungsminister, der im nächsten Jahr als Spitzenkandidat die schleswig-holsteinische CDU aus der Opposition erlösen möchte, lädt zur Pressekonferenz. Es geht um den von der Kieler Rot-Grün-Koalition gefaßten Beschluß, den Nationalpark im Wattenmeer zu erweitern.

Aufgebrachte Krabbenfischer haben dagegen mit Leuchtfeuern protestiert, und für den Hamburger Bundestagsabgeordneten ist das auch sonst ein etwas unbequemer Termin. Er soll die Abwehrfront stärken, doch es fehlt ihm an Detailwissen.

Von den Fanggebieten des begehrten Krebsgetiers hat Rühle wenig Ahnung, und die teuren Kutter bezeichnet er schlicht als

Boote – aber das stört ihn nicht. Ein paar zielstrebig aufgepickte Stichworte genügen ihm, um den Berichterstatter eine eindrucksvoll ausgeschaukelte „erste Erklärung“ in die Blöcke zu diktieren.

„Die in dieser Weise hingeknallte Novellierung eines bestehenden Gesetzes“, sagt der prominente Christdemokrat, könne „so“ natürlich keinesfalls akzeptiert werden. Richtig verstandener Umweltschutz („... und ich bin dafür, daß wir den Nationalpark haben“) beziehe „stets die Menschen mit ein“.

Übermäßig zupackend klingt das nicht, doch der im vergangenen Herbst bei den Bundestagswahlen aus der Bahn geschleuderte Volker Rühle will ja auch zunächst einmal „eine Phase der Grundorientierung“ vorschalten. Anstatt sich schon jetzt in den politischen Gegner zu verbeißen, hält er es für wichtiger, ein solides Wir-Gefühl zu festigen.

Befördert wird, was einig und stark macht, und die seit den lausigen Zeiten des Uwe Barschel unter Komplexen leidenden schleswig-holsteinischen Unionschristen danken es ihm. Wo immer der designierte Herausforderer der sozialdemokratischen Landesfürstin Heide Simonis aufkreuzt, sieht er sich von ehrerbietigen Schwarmgeistern umstellt.

Die Partei sei nun, gottlob, in der Lage, einen „Ministerpräsidenten von Weltformat“ anzubieten, preist ihn etwa im „Bärenkrug“ zu Molfsee der Kreisvorsitzende der CDU Rendsburg-Eckernförde. Für den bulligen Hanseaten, der sich trotz aller Höhenflüge nie auf eine verlässliche Basis zu stützen vermochte, ist das eine gänzlich ungewohnte Erfahrung.

Zumindest lindert die neue Gefolgschaft jenen Schmerz, der ihn am Abend des 27. September '98 stärker getroffen haben muß als die meisten anderen Mitglieder des ge-

* In Husum auf dem Krabbenkutter „Marion“.

scheiterten Kabinetts Kohl/Kinkel. Schließlich hätte er da selbst im Falle einer knappen Unionsniederlage (und bei einer dann unvermeidlichen Großen Koalition) sogar Außenminister werden können. Die Wähler freilich wollten den kompletten Machtwechsel.

„Man nimmt das mit Pokerface und versucht, ein guter Verlierer zu sein“, erinnert sich der damals ziemlich konsternierte Harburger. Aber gleich danach trat ja der einstige und immer noch populärste aller schleswig-holsteinischen CDU-Regenten, Gerhard Stoltenberg, auf den Plan. Der riet ihm dringend, in seine Fußstapfen zu treten – eine Idee, die bereits im Frühsommer letzten Jahres von dem Kieler FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki ins Gespräch gebracht worden war.

Keine schlechten Voraussetzungen. Von der eigenen Couleur hofiert zu werden und außerdem einen möglichen Partner in petto zu haben, könnte Rühle am Ende tatsächlich reichen – und mehr: Der im 57. Lebensjahr stehende ehemalige Oberstudienrat möchte sich augenscheinlich „darüber hinausgehende Optionen“ offenhalten.

Insbesondere die schleswig-holsteinische SPD verächtigt den ehrgeizigen „Kandidaten-Import“, in Wahrheit auf die Kanzlerschaft zu zielen, was der durchsetzungsfähige landespolitische Newcomer auch kaum bestreitet. Es gebe „schlimmere Beleidigungen“, kalauert er allerorten, „als mir jedes Amt zuzutrauen“.

Sollen die Sozies reden oder die sogenannten gutunterrichteten Kreise seine angeblich ihn beflügelnden heimlichen Phantasien enthüllen. Daß die auf den 27. Februar 2000 anberaumte Wahl an der Waterkant innerparteilich „auch im Bundesmaßstab“ einige Folgen haben dürfte, will der christdemokratische Spitzenbewerber gar nicht verhehlen.

Gewinne er wirklich, sagt Rühle, verschöben sich sicher die Akzente. Die seit Jahren vor sich hin dümpelnde nordische CDU habe dann Power genug, zur selbstgewissen bayerischen Schwester „ein ganz natürliches Gegengewicht zu bilden“.

Um diesem Ziel näherzukommen, erprobt sich das ehemals als „Volker Rüpel“ verschriene Kraftpaket in der schwierigen Rolle des moderaten Erneuerers. Feinfühlig beschwört er in der Heimatgemeinde seines Law and Order verhafteten Landesvorsitzenden Peter Kurt Würzbach den „Geist von Klein-Rönnau“.

Gemeint ist damit der Schulterschluss zwischen den überwiegend reichlich konservativen Parteigängern und den lange Zeit abgedrängten Reformern, etwa dem in Ungnade gefallenen Barschel-Ankläger Trutz Graf Kerksenbrock. Der pragmatisch-liberale Rühle sucht auf seinem schleswig-

holsteinischen Übungsgelände die verlorene Mitte wiederzufinden.

„Klein-Rönnau“ soll ihm auch als Symbol für seine republikweiten Ambitionen dienen. Wer wie er „in den großen Zusammenhängen ein Faktor bleiben will“, analysiert der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende und Vize in der Unionsfraktion, muß die Richtung beeinflussen.

Und das glaubt er vor allem im Gefolge des letzten enormen Getöses um die doppelte Staatsbürgerschaft getan zu haben. Als der vom bayerischen Hardliner Edmund Stoiber offenkundig überrumpelte Wolfgang Schäuble gegen das geplante Gesetz eine Unterschriften-Aktion ins Spiel brachte, zeigte Rühle Flagge. Zwar verbuchte er nur einen Teilerfolg; aber in einem Vorstandspapier werde „nun endlich festgehalten, daß in der Ausländerpolitik die Integration obenan steht“.

Wenn es die Lage verlangt, darf man eben auch mal einen Parteichef „umdrehen“ – für den kämpferischen Norddeutschen ein in diesem Falle hinreichend begründeter Widerstand. Denn was bringt es schon, die ohnedies ins Schlingern geratene Union noch weiter an den Rand driften zu lassen?

Das regierende Rot-Grün-Bündnis ist nach Rühes Überzeugung nur von einer Opposition unter Druck zu setzen, die sich der gesellschaftlichen Mitte vergewissert, und daran soll man ihn messen. In Kiel hat der Kandidat seinen neuen Freunden erst mal vorgetragen, er wolle nicht als „irgendein mutmaßlich verheißungsvoller Mehrheitsbeschaffer“ engagiert werden, sondern seiner Inhalte wegen.

Nachdenkliche und mit den üblicherweise heruntergezogenen Mundwinkeln formulierte Sätze, die ihm das entsprechende Stehvermögen abverlangen. Wer

sich im Plöner Umland etwa für den Bestand der heftig umstrittenen Gesamtschulen einsetzt, hat nun notfalls auch den Attacken eines „gewissen Herrn aus München“ die Stirn zu bieten.

Nein, daß er den gewaltig emporgewachsenen Edmund Stoiber für überschätzt hielt, wäre ein arges Mißverständnis – er respektiert ihn ebenso wie jener das Nordlicht ein „großes Kaliber“ nennt –, doch was heißt das schon. Im Ringen um den richtigen Kurs der verhandelten C-Parteien soll der obsessive Bayer nicht ins Kraut schießen dürfen.

Liefe nämlich die Führung der Christenunion „automatisch“ auf den Superstar aus der Alpenrepublik zu, sähe Rühle darin einen schwer zu vermittelnden Verlust an CDU-Profil – aber noch ist ja Zeit, sich querzulegen. Die CDU hat ja noch einen Wolfgang Schäuble, auch wenn der neuerdings den Eindruck erweckt, seine Talente im Schatten des ewigen Kanzlers Kohl erschöpft zu haben.

Sich selbst sieht der Ex-Verteidigungsminister, dem der dicke Pfälzer einst vorübergehend „das Zeug“ zum Regierungschef bestätigte, gern in der Position des „dritten Mannes“. Was bleibt dem anderes übrig, als wieder mal auf die Zukunft zu bauen?

Nach dem Wahldesaster, belobigt sich der clevere Rühle, habe er sich immerhin „instinktiv richtig verhalten“. Um „unabhängiger“ zu sein, versagte er sich dem Wunsch seines Vorsitzenden, ihm als eine Art Juniorpartner zu helfen.

Generalsekretär wollte er nicht mehr werden, sondern gleichsam sein eigener Boß – und sei das auch im mancherorts verhöhnten „Schläfrig-Holstein“. Daß er von der Parteispitze dorthin „abkommandiert“ worden sei, wie die Kieler Minister-



Rivalen Schäuble, Stoiber*: Die Union an den Rand driften lassen?

* Am 16. Januar auf dem CSU-Parteitag in München.

präsidentin Heide Simonis streut, weist er wohl zu Recht als Irrtum zurück.

Die Tiefebene zwischen Elbmündung und dänischer Grenze gilt ihm offensichtlich als strategisches Hinterland. In der neuen Heimat, wo er seit längerem ohnedies achtern Diek eine Reetdachkate besitzt, kann er sein Defizit an Volkstümmlichkeit aufarbeiten und sich eine Hausmacht schaffen.

Volker Rühe, der in seinem früheren politischen Leben die Nato-Osterweiterung betrieb oder im Kosovo nach Lösungen suchte, übt sich in der Pose des um Bodenständigkeit bemühten Weltbürgers. Natürlich lächelt er noch ein bißchen schief, wenn ihm in Husum der Landrat ein Weckglas mit Meeresschlick überreicht („Für den hohen Besuch zwei Kilo Watt“), aber ein gestandener Profi nimmt das in Kauf.

Denn in diesem unübersehbaren Gefälle zwischen gestern und heute liegt die Chance von morgen – seine sicherlich letzte und womöglich nicht schlechte.

Die Wiedererstarkung der schwer gebeutelten Volkspartei soll aus den Ländern kommen, doch die herrschende Wirklichkeit wirft Fragen auf. Springt am 7. Februar selbst der forscheste unter den „jungen Wilden“, der Hesse Roland Koch, bei den Parlamentswahlen zu kurz, droht der CDU eine knüppelharte Durststrecke. In Berlin oder Thüringen läuft sie ohnehin Gefahr, die Macht zu verlieren.

Aber gleich danach tritt ja in Kiel der Rühe an. Wäre er seit Jahren der erste Christdemokrat, der eine Rot-Grün-Regierung aus den Angeln hebt, eröffnen sich Perspektiven: Der dann zum Leuchtturm aufgewachsene Ministerpräsident im Norden hätte gegenüber seinem Kollegen in Bayern die „institutionelle Waffengleichheit“ hergestellt.

Um das hinzukriegen, rückt er dem Antipoden thematisch näher, denn „insoweit“ könne man von Stoiber lernen. Wie der bajuwarische Kini „die Symbiose aus Laptop und Lederhose“ als Slogan für die Verschmelzung von Tradition und Moderne predigt, legt sich nun der Kandidat im Friesischen ins Zeug: „Plattdeutsch und High-Tech“, das passe „ganz prima“ zusammen.

Er möchte in einer zunehmend sich globalisierenden Welt die regionale Identität pappeln, parteipolitisch aber auch grenzüberschreitend wirken. Sollen andere Gräben vertiefen; der auf Ausgleich bedachte Hanseat rühmt sich seiner „guten Kontakte zu Helmut Schmidt“.

Mit Freundlichkeiten an die Adresse des sozialdemokratischen Altkanzlers hatte schon vor kurzem der Wahlkämpfer Gerhard Schröder die erhofften Effekte erzielt – und überhaupt: Im Gezerre um Mehrheit und Mitte scheint der Taktiker Ruhe wenig dabei zu finden, das Erfolgsschema des neuen Bonner Regierungschefs zu kopieren.

Ähnlich dem Niedersachsen, der ungeniert die Landsleute in seine Karrieregelüste einspannte, sendet auch der Parteichrist deutliche Signale: Als Oppositionsführer steht er nicht zur Verfügung; votieren die Schleswig-Holsteiner für ihn, wird man weitersehen.

Sich derart zu äußern, sagt Volker Rühe, sei er seinem „Image der Geradlinigkeit schuldig ... ich bin halt 'n schlechter Schauspieler“. Als Helmut Kohl nach 16 Jahren endlich ging, hatte sich der Ressortleiter Verteidigung fast schon in sein Schicksal gefügt, „für die Jüngeren die Brücken bauen zu müssen“.

Jetzt will er selbst noch mal drauf.



Minister Rühe*: „Plattdeutsch und High-Tech“

CSU

Messer im Rücken

Als Chaostruppe gebärden sich die Christsozialen nach Gauweilers Rückzug in München. Persönliche Feindschaften prägen die Politik.

Im Paulanerkeller am Münchner Nockherberg begann Christian Ude seine Rede mit einem spöttischen Seitenhieb auf die Konkurrenz: „Gestern hatte die CSU einen OB-Kandidaten und wir nicht. Heute wird es umgekehrt sein.“ Dann ließ sich der SPD-Oberbürgermeister von seinen Genossinnen und Genossen mit 97,7 Prozent abermals zum Bewerber für die Wahl des Münchner Stadtoberhaupts nominieren.

Ude, 51, seit knapp fünfzehn Jahren im Amt, hat gut lachen. Wenige Stunden vor seiner Kür am vergangenen Montag war dem politischen Gegner CSU gerade mal wieder der OB-Kandidat abhanden gekommen – der dritte binnen vier Monaten. Weil er „nicht das Vertrauen des derzeitigen Vorstands der Münchner CSU“ habe, hatte der ehemalige Kreisverwaltungsreferent und jetzige Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Uhl, 54, seine Kandidatur zurückgezogen. Nun soll der Bundestagsneuling Aribert Wolf, 39, gegen Ude antreten.

Mit dem Rückzug Uhls erreicht ein Schauspiel seinen vorläufigen Höhepunkt, das – außer für die Akteure selbst – für kaum jemanden noch zu verstehen ist und den CSU-Bezirksverband München republikweit zum Gespött der Union gemacht hat. Schuld daran sind die beiden prominentesten christsozialen Kommunalpolitiker in der Bayern-Hauptstadt: Uhl sowie dessen Vorgänger als Kreisverwaltungsreferent, Peter Gauweiler, 49, bis vorvergangene Woche Bezirkschef. Das Duo ist einander seit Jahren in offener Feindschaft verbunden.

„Ein Messer, auf dessen Griff die Buchstaben CSU stehen“, hätten ihm Gauweiler und dessen Getreue nach der Wahl zum OB-Kandidaten Ende November vorigen Jahres in den Rücken gerammt, klagt Uhl: „Und nach vorn sollte ich mit strahlendem Gesicht Wahlkampf machen.“ „Stimmt nicht“, kontert Gauweiler: Uhl habe seine Bewerbung zurückziehen müssen, „weil er seinen gefährlichsten Gegner unterschätzt hat – sich selbst“.

Derart freundliche Worte übereinander hatten die führenden Münchner CSU-Funktionäre in der Vergangenheit allenfalls hinter verschlossenen Türen oder mit Journalisten unter dem Siegel strengster

* Auf Truppenbesuch bei den deutschen Sfor-Soldaten in Bosnien 1997.



FOTOS: F. HELLER / ARGUM

Kontrahenten Gauweiler, Uhl: „Verbrannte Erde hinterlassen“

Vertraulichkeit gewechselt. Doch seit Gauweiler Mitte Dezember vorigen Jahres seinen Rückzug vom Bezirksvorsitz angekündigt hat, ist die Scheu verschwunden. Nun erfährt auch die Öffentlichkeit, was die Herren wirklich übereinander denken – und darf sich wundern, in welchem chaotischem Zustand Gauweiler seinen Verband nach knapp neun Jahren an der Spitze hinterläßt.

Seit der Übernahme der Truppe mit ihren 9000 Mitgliedern im April 1990 sorgte Gauweiler zielstrebig dafür, daß auf Posten in Partei und Stadtratsfraktion möglichst treue Gefolgsleute landeten. Das hieß, sie mußten gegen Uhl sein. Uhl, selbst nach Aussage von Vertrauten in puncto Selbstsicherheit und Eitelkeit nur schwer zu übertreffen, sollte in Schach gehalten werden. Gauweiler fürchtete ihn, auch wegen chronischer Illoyalität, als gefährlichsten innerparteilichen Gegner. So zerfiel die Münchner CSU in zwei Gruppen: die Gauweiler-Anhänger und die Uhl-Befürworter, wobei erstere in der Außenwirkung dominierten. Inhaltlich gab es zwischen beiden kaum Meinungsverschiedenheiten.

Als Bezirkschef Gauweiler im Sommer vergangenen Jahres überlegen mußte, wen seine Partei im Juni 1999 gegen SPD-Mann Ude ins Rennen schicken sollte, war für ihn vor allem eines klar: Uhl dürfe es keinesfalls werden. Da Gauweiler schon kurz nach seiner 43,4-Prozent-Niederlage bei der OB-Wahl 1993 gegen den populären Sozialdemokraten angekündigt hatte, nicht noch einmal selbst zu kandidieren, fiel seine Wahl auf Monika Hohlmeier.

Doch da spielte Ministerpräsident Edmund Stoiber nicht mit. Drei Wochen nach der bayerischen Landtagswahl vom 13. September vorigen Jahres beförderte

er die Strauß-Tochter von der Staatssekretärin im Kultusministerium zur Ministerin und nahm sie damit von der Münchner Kandidatenliste.

Im Bestreben, Uhl zu verhindern und dennoch einen zugkräftigen Bewerber zu bekommen, wandte sich Gauweiler im Oktober diskret an den stellvertretenden Parteivorsitzenden und ehemaligen Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer, 49, der damals gerade aus dem Amt geschieden war. Die Lösung, die charmant und spektakulär zugleich gewesen wäre, platzte. Er könne, ließ Seehofer Gauweiler wissen, seinen Ingolstädter Wahlkreis nicht nach einer Niederlage verlassen und sich Richtung München verabschieden. „Das“, so Seehofer, „würden die Menschen bei mir zu Hause nicht verstehen.“

So schickte Gauweiler, als offiziellen Kandidaten Nummer zwei, den Landtagsabgeordneten und früheren Münchner Gesundheitsreferenten Thomas Zimmermann los. Gerade mal vier Tage nach seiner Nominierung durch den Bezirksvorstand, am 20. November, zog sich dieser zurück und überließ Uhl den Vortritt.

Gauweiler, der sich ungeachtet der rotgrünen Mehrheit im Rathaus zugute hält, die Münchner CSU „zum erfolgreichsten Unionsverband in einer deutschen Großstadt“ entwickelt zu haben, mußte handeln. Seine Befürchtung: Intimfeind Uhl könnte bei der regulären Vorstandswahl im Juli 1999 auch den Bezirksvorsitz erobern, wenn er wenige Wochen zuvor bei der OB-Wahl ein respektables Ergebnis erzielt hätte.

Um nicht unrühmlich geschlagen zu werden, kündigte Gauweiler Mitte Dezember seinen vorzeitigen Rücktritt zum 14. Januar dieses Jahres an. Als Nachfolger schlug er seinen engen Vertrauten Johannes Singhammer, 45, vor, der ihm als Leiter des Staatssekretärbüros im bayerischen Innenministerium gedient hatte und 1994 den Sprung in den Bundestag schaffte. Vorvergangenen Donnerstag wurde Singhammer wie vorgesehen gewählt. Er erhielt 84 Stimmen, Gegenkandidat Uhl 49.

Uhls Versuch, die Partei damit zu erpressen, er werde die OB-Kandidatur niederlegen, wenn er nicht auch neuer Bezirkschef werde, war gescheitert. Folgerichtig mußte er den Rückzug antreten, sonst hätte ihn kaum noch jemand ernst genommen. „Verbrannte Erde“ habe Gauweiler hinterlassen, konstatiert Uhl, der sich vergangenen Sommer mit seiner Kampagne zur Ausweisung des straffälligen Serientäters „Mehmet“ in die Türkei bundesweit einen Namen machte.

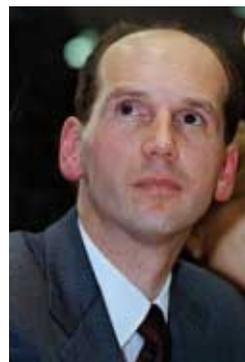
Um die erfolgreiche Wiederaufforstung im Bezirksverband soll sich nun Singhammer gemeinsam mit dem OB-Kandidaten Nummer vier, Aribert Wolf, kümmern. Das ist nicht ohne Pikanterie: Vor viereinhalb Jahren noch plädierte Singhammer dafür, Wolf aus der Partei auszuschließen, nachdem dieser bei der Stadtratswahl 1994 unverfroren mit einer „Jungen Liste“ der eigenen Partei Konkurrenz gemacht und auch noch 2 der 80 Sitze im Rathaus geholt hatte.

Getrübt war damals insbesondere auch Wolfs Verhältnis zu Gauweiler, dem er „diktatorische Züge“ und „ein gerüteltes Maß an Rücksichtslosigkeit“ vorwarf. Später entschuldigte sich Wolf schriftlich bei seinem Bezirkschef und konnte dann vergangenes Jahr mit dessen Segen für den Bundestag kandidieren.

Von den alten Zeiten will der mutmaßliche neue OB-Kandidat Wolf, 39, nichts mehr wissen. „Sünden aus ungestümen Jugendjahren“ seien das gewesen, urteilt er reumütig. Sein politisches Motto für München beschreibt er so: „Der Wolf hat Fährt aufgenommen und wird nicht ruhen, bis er den Oberbürgermeister Ude zur Strecke gebracht hat.“

Offiziell zum Herausforderer nominiert werden soll Wolf am 8. Februar – falls bis dahin nicht ein neuer Kandidat dazwischenkommt.

WOLFGANG KRACH



OB-Kandidat Wolf

Werbeseite

Werbeseite



Dresdner Innenstadt (um 1925): Die Straßenbahn mit britischem Pfund finanziert

ANLEIHEN

„Auf einen Schlag pleite“

Erstmals wollen Gläubiger nichtbereinigte Schulden ostdeutscher Städte aus der Vorkriegszeit einklagen. Vor allem Dresden und Leipzig drohen Milliarden-Verluste.

Das vergilbte Dokument ist pompös verziert und doppelt umrandet. In jeder der vier Ecken prangt, eingebettet in verspielte Schnörkel, die Summe: „£100“. Eine geschwungene Banderole vor einem wappenähnlichen Muster ziert den Schriftzug „City of Dresden“, darunter steht „5 1/2 % Sterling Loan of 1927“. Am „fünfzehnten Tag des Novembers 1927“ unterzeichnete der Dresdner Stadtkämmerer Georg Köppen die Urkunde.

Im Kleingedruckten, dem „General Bond“, verpflichtet sich die Stadt, dem Besitzer der Anleihe jährlich fünfeinhalb Prozent Zinsen zu zahlen – und die ausstehende Schuld bis spätestens 1952 zu begleichen.

Insgesamt 600 000 Pfund Sterling pumpte sich Dresden durch die Emission des Wertpapiers, was damals rund zwölf Millionen Reichsmark entsprach. Mit dem Geld erweiterte die Stadt ihre Elektrizitäts- und Wasserwerke. Außerdem baute



Sterling-Anleihe der Stadt Dresden
„Die Papiere sind breit gestreut“

sie die Straßenbahn aus und finanzierte ein Warenhaus.

Vorvergangene Woche kehrte eine Kopie der Schuldverschreibung ins Dresdner Rathaus zurück – zusammen mit einem Begleitschreiben des Rechtsanwalts Andre Sayatz, der im Berliner Büro der amerikanischen Anwaltskanzlei Baker & McKenzie arbeitet und eine Reihe von Besitzern dieser Anleihe vertritt.

In dem Brief fordert der Anwalt den Dresdner Oberbürgermeister sowie den Stadtkämmerer auf, den Gläubigern die verbrieftete Schuld samt Zinsen zurückzahlen. Denn seit 1939 hat Dresden die Anleihe nicht bedient und obendrein Stücke im Wert von insgesamt 299 400 Pfund Sterling nicht zurückgekauft oder getilgt.

„Um alle ausstehenden Papiere abzulösen, muß die Stadt knapp fünf Millionen Mark bezahlen“, versichert der öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige für Historische Wertpapiere Hans-Georg Glasemann. Er hält die Forderungen für berechtigt.

Ein schwerer Schlag für die Stadtkasse – jedoch ein Klacks im Vergleich zu den ebenso ausstehenden Schulden aus einer Dollar-Anleihe, die Dresden im Jahre 1925 emittierte. Die muß nämlich in Gold zurückbezahlt werden.

Es geht um 1 719 500 Dollar, und die repräsentieren heute, so Glasemann, einen Wert von mehr als 1,7 Milliarden

Mark. „Wenn wir das zahlen müssen, sind wir auf einen Schlag pleite“, sagt Karl Geisselbrecht, der Büroleiter des Dresdner Oberbürgermeisters Herbert Wagner.

Dresden ist nicht die einzige Stadt, die in der Bredouille steckt. Kommunen, Länder und Firmen sowie das Deutsche Reich haben vor 1945 rund tausend Anleihen ausgeben, die meisten davon in Reichsmark. Das Deutsche Reich bezahlte mit dem Geld die Reparationen an die Siegermächte und finanzierte den Wiederaufbau der im Ersten Weltkrieg zerstörten Wirtschaft.

Die Emittenten in der Bundesrepublik lösten ihre in Reichsmark notierten Anleihen im Zuge des Wertpapierbereinigungsgesetzes von 1949 größtenteils ab. Obendrein sind die Reichsmark-Papiere so gut wie wertlos. Denn im Zuge der Währungsreform von 1948 wurde der Umtauschkurs von Reichsmark auf D-Mark bei Schuldverschreibungen auf zehn zu eins festgesetzt. Die Anleihen werden bei speziellen Händlern für historische Wertpapiere – sowie auf Auktionen – nur noch als Schmuckstücke gehandelt.

Interessanter sind dagegen die mehr als 200 Auslandsanleihen aus der Zeit vor 1945 – jedenfalls die, die nicht dem Auslandsbondsberreinigungsgesetz von 1952 unterliegen und die somit auch nicht im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens von 1953 abgelöst werden konnten.

Betroffen sind elf Auslandsanleihen von Emittenten auf dem Gebiet der neuen Bundesländer. Die DDR, die im Gegensatz zur Bundesrepublik keinerlei Interesse zeigte, das Vertrauen der internationalen Kapitalmärkte zu gewinnen, hat diese Anleihen weder bedient noch getilgt.

„Die Schuld besteht noch heute“, sagt Glasemann, der bereits mehrere Bücher zu dem Thema geschrieben hat. Bis vor fünf Jahren wurden die Sterling-Papiere, darunter die Anleihe aus Dresden, sogar in London notiert – zu etwa 50 Prozent ihres Nennwertes. Das ist mehr, als Anleger zur Zeit für russische Fremdwährungsanleihen bezahlen. Händler historischer Wertpapiere bekommen die Schuldverschreibungen so gut wie nie angeboten – sie gelten nicht als wertlose Zierstücke.

Bislang jedoch hat niemand versucht, die Anleihen einzuklagen, denn „die Papiere sind breit gestreut“, sagt Glasemann, „und die Prozeßkosten für einzelne Gläubiger zu hoch“.

Sayatz will nun, im Namen einer Gruppe von Mandanten, neben der Stadt Dresden auch die übrigen Schuldner zur Zah-

lung zwingen. Vor allem die Stadt Leipzig hat aus ihrer Gold-Dollar-Anleihe von 1926 noch über drei Millionen Dollar ausstehend – was heute einem Wert von mehr als drei Milliarden Mark entspricht.

Aber auch die Freistaaten Anhalt und Sachsen sowie die Leipziger Messegesellschaft, die Landkraftwerke Leipzig und die Sächsische Landespfandbriefanstalt haben insgesamt knapp neun Millionen Dollar und eine halbe Million Pfund Sterling weder bedient noch getilgt. Den jeweiligen Rechtsnachfolgern droht eine Zahlung von bis zu zehn Milliarden Mark.

Dresdens Finanzdezernent Josef Höß ist von der Zahlungsaufforderung völlig überrascht. Schließlich hat die Stadt 1993 eine neue Anleihe über 200 Millionen Mark aufgelegt – und damals, so Höß, hätten die mit der Emission betrauten Banken der Stadt in bezug auf die Altanleihen versichert: „Da kommt nichts mehr.“

Sayatz beeindruckt dieses Argument nicht. „Rechtlich ist es absolut belanglos, was die Konsortialbanken der Stadt zu dem Thema erzählt haben“, sagt er und versichert: „Wir meinen es ernst. Falls Dresden nicht zahlt, werden wir die Anleihe einklagen – allerdings nicht vor einem deutschen Gericht.“

Denn alle Fragen im Zusammenhang mit der Nichterfüllung der Anleihe müssen unter englischem Recht vor einem Schiedsgericht in London geregelt werden, dessen Entscheidungen „endgültig und für

alle Parteien bindend sind“, heißt es in Absatz 17 des Vertragstextes der Anleihe.

Geht Dresden nicht auf Sayatz' Forderungen ein, benennt der Anwalt einen Schiedsrichter – und die Stadt einen weiteren. Dafür hat sie genau 60 Tage Zeit. Tut sie es nicht, muß der Generalsekretär des Völkerbundes anstelle der Stadt den zweiten Schiedsrichter auswählen.

Freilich, den Völkerbund gibt es nicht mehr. Doch selbst für diesen Fall ist in dem Vertrag vorgesorgt: „Sollte der Völkerbund nicht mehr bestehen oder aus irgendeinem Grund unfähig oder nicht willens sein, einen Schiedsrichter zu benennen, so wird, solange Großbritannien fortbesteht, der Britische König einen Schiedsrichter benennen.“

Königin Elizabeth II. könnte also schon in einigen Monaten Post aus Berlin bekommen. Ein Sprecher des Buckingham-Palastes: „Die Königin würde ein solches Ansinnen in jedem Fall durch ihre Rechtsanwälte bearbeiten lassen.“



Rechtsanwalt Sayatz

S. SCHRAMPS / IMAGES.DE

WOLFGANG REUTER

ZEITGESCHICHTE

Leichen im Obstgarten

Galizien 1941: Erst mordete der sowjetische NKWD, dann wüteten deutsche Truppen. Fotos der Greuel zeigt die umstrittene Wehrmachtsausstellung – aber wessen Opfer sind zu sehen?

Im Sommer 1939 waren die Menschen in Zloczów so ausgelassen, als ob sie ahnten, daß es für lange das letzte Mal sein würde. Die Sonne strahlte Tag für Tag, man unternahm Ausflüge ins nahe Lemberg oder hinein in die liebliche Hügellandschaft der Umgebung.

Das ärmliche galizische Landstädtchen Zloczów gehörte damals zu Polen. Über sein weiteres Schicksal entschieden Hitler und Stalin am 23. August 1939, als sie Osteuropa unter sich aufteilten. Ihr Pakt schlug Galizien der Sowjetunion zu, am 21. September marschierte die Rote Armee in Zloczów ein.

Mit den Soldaten kam die sowjetische Geheimpolizei NKWD, die Hunderte Einwohner als „Volksfeinde“ nach Sibirien deportierte. Als knapp zwei Jahre später, im Juni 1941, Hitler die Sowjetunion angreifen ließ und die deutschen Truppen Galizien eroberten, ermordeten die Geheimpolizisten schnell noch 700 Zloczówer, bevor sie selbst Richtung Osten flohen.

Die Deutschen zogen ein, und das Morden ging weiter. Ukrainische Nationalisten, die SS und Soldaten der Wehrmacht erschossen und erschlugen innerhalb von vier Tagen über 3000 Juden.

So wie in Zloczów ging es in vielen Städten in Galizien zu. Meist ist das doppelte Blutbad im Sommer 1941 ausführlich dokumentiert.

Deutsche Offiziere ließen die Opfer des NKWD wieder ausgraben, Soldaten nahmen Fotos von den Leichen auf. Einige Landser knipsten anschließend die Greuel, die ihre Kameraden an den Juden anrichteten. Die Bilder behielten sie bei sich oder schickten sie

an Angehörige nach Hause. Als etwa der Unteroffizier Richard Worbs 1944 beim Dorf Winograd fiel, fanden sich in seiner Habe Aufnahmen aus Zloczów.

Worbs hatte die Fotos allerdings nicht beschriftet. Ob sie nun die Barbarei der Sowjets oder die der Deutschen festhielten, ist denn auch nicht so leicht zu erschließen. Die sowjetische „Außerordentliche Kommission“ aber, die ab 1942 Kriegsverbrechen des Dritten Reiches dokumentierte, ordnete die Bilder von den Leichenbergen in Zloczów den deutschen Truppen zu.

Bei dieser Täterangabe blieb es bis heute. Das Hamburger „Institut für Sozialforschung“ übernahm die zweifelhafte Interpretation und zeigt drei der Worbschen Aufnahmen in ihrer ebenso hochgelobten wie angefeindeten Wander-Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, die zur Zeit in Kiel zu sehen ist.

Die Ausstellung, seit 1995 in 30 Städten präsentiert, war von Anfang an wegen ihrer Generalthese umstritten. Das Hamburger Institut versucht zu untermauern, daß die deutsche Wehrmacht tief in den Holocaust verstrickt gewesen sei. Auch in Kiel hatte es Proteste, vor allem von der CDU, wegen dieser angeblichen Einseitigkeit gegen die Ausstellung gehagelt.

Andere Kritiker bemängelten, daß einige der gezeigten 801 Fotos – oft geknipst von Soldaten, SS-Leuten oder Polizisten – falsch beschriftet worden seien. Die Aufnahmen waren kaum je mit Ort und Datum versehen gewesen. Die Organisatoren der Ausstellung, Hannes Heer und Bernd Boll,

mußten das nachholen. Das Hamburger Institut setzte sich bisher jedoch erfolgreich gegen konkrete Vorwürfe zur Wehr, in einem Fall auch vor Gericht.

Aber was zeigen die Fotos aus Zloczów? Der deutsch-polnische Wissenschaftler Bogdan Musial hat sich ausgiebig mit den galizischen Greueln beschäftigt und glaubt, seiner Sache sicher sein zu dürfen. „Das sind die Opfer des NKWD“, sagt er und zeigt auf die Aufnahmen, die beim toten Unteroffizier Worbs gefunden worden waren.

Der Historiker Musial, 38, war einst Kumpel in Kattowitz und kämpfte dort für die Solidarność im Untergrund. 1985 flüchtete er in den Westen, studierte Geschichte. Er glaubt, daß neben den drei Bildern aus Zloczów sechs weitere Fotos in der Wehrmachtsausstellung „die falschen Opfer zeigen“; bei mehr als 20 Aufnahmen aus Tarnopol, Boryslaw oder Lemberg hält er es für möglich.

Zloczów war ein Dreivölker-Städtchen, wie es im Galizien vor dem Zweiten Weltkrieg viele gab. Jeder zweite der 20000 Einwohner war



Worbs-Foto aus Zloczów (1941): *Doppeltes Blutbad*



Worbs-Foto: *Motorenlärm übertönte die Schüsse*

STAATSARCHIV D. RUSS. FEDERATION / MOSKAU

RUSS. STAATSARCHIV F. FILM- u. FOTODOKUM. / KRASNOGORSK



Ausstellungsmacher Boll (l.), Heer (r.): „Beide Opfergruppen sind zu sehen“

Ukrainer oder Pole, daneben gab es 10 000 Juden.

Nach dem Hitler-Stalin-Pakt besetzte der NKWD sofort die alte Zitadelle, die auf einem Hügel oberhalb der Stadt liegt und als Gefängnis diente. Das polnische Gefängnispersonal wurde erschossen, die Geheimpolizisten verhafteten Kleinunternehmer und Beamte, national gesinnte Ukrainer und Polen, Zionisten und jüdische Ärzte und verschleppten sie nach Sibirien und Kasachstan. „Sobald leere Viehwaggons auf dem Bahnhof zu sehen waren, breitete sich Panik aus“, berichtete später Samuel Tennenbaum, der damals eine Druckerei in Zloczów besaß.

Nazis und Sowjets arbeiteten in dieser Phase in Galizien sogar zusammen. Eine deutsche Delegation rief in Lemberg Flüchtlinge aus dem von Hitler besetzten Westpolen auf, in die verlassene Heimat zurückzukehren. Wer sich meldete, landete allerdings in Sibirien – die Deutschen hatten die Namenslisten an den NKWD weitergegeben.

Der Massenmord der Sowjets in Zloczów begann am 24. Juni 1941, zwei Tage nach Hitlers Angriff auf die Sowjetunion. Der NKWD verhaftete alle Bewohner, die als sowjetfeindlich galten. Oben auf der Zitadelle liefen ununterbrochen die Motoren von Lastwagen – der Lärm sollte die Schüsse übertönen. Fünf Tage dauerte das Massaker, nur einer der Gefangenen soll überlebt haben.

Der NKWD pflegte seine Opfer durch Genickschüsse zu liquidieren. Die Leichen wurden im Obstgarten vor der Zitadelle verscharrt.

Auf einem Worbs-Foto aus Zloczów sind Menschenkörper zu sehen, die bereits verwesen; auf einem zweiten halten sich herumstehende deutsche Soldaten die

Nase zu. Das spricht für die Annahme, daß es sich um die Opfer des NKWD handelte, welche die Deutschen nach ihrem Einmarsch ausgraben ließen. Auch die Staatsanwälte der polnischen „Bezirkskommission zur Untersuchung der Verbrechen am polnischen Volk“ in Lodz haben eines der Bilder aus Zloczów, das die gleiche Szene aus einem anderen Blickwinkel zeigt, dem NKWD zugeordnet.

Ausstellungsmacher Boll will die Worbs-Fotos dennoch in der Wehrmachtausstellung belassen, weil man „mit einer zureichenden Berechtigung vermuten darf, daß beide Opfergruppen darauf zu sehen sind, also auch die der Deutschen“. Das ist immerhin ein Zugeständnis, denn in der Ausstellung hängen die Aufnahmen unter der Rubrik „Genickschüsse“ der Wehrmacht.

Am 1. Juli 1941 um 12 Uhr mittags hatte die 9. Panzerdivision der deutschen Wehrmacht Zloczów eingenommen. Fünf Tage später waren über 3000 Zloczöwer Juden tot.

Durch das Städtchen rollten in jenen fünf Tagen eine Division der Waffen-SS und einige Divisionen der Wehrmacht, zusammen mehr als 50 000 Mann. Ukrainische Extremisten, in Zloczów besonders stark vertreten, hatten bereits vor dem Einzug der deutschen Truppen zum Mord an Juden aufgerufen: „Volk! Wisse! Moskau, Polen, die Ungarn, das Judentum – das sind Deine Feinde. Vernichte sie.“

Der Sicherheitsdienst von SS-Chef Heinrich Himmler meldete, die ukrainische Miliz habe „im Auftrag der Wehrmacht mehrere 100 Juden festgenommen, die erschossen worden sind“. Er lobte die „erfreulich gute Einstellung der Wehrmacht gegen die Juden“. Das Sonderkommando 4b, verantwortlich für zahlreiche Judenerschießungen in

Galizien, habe Zloczów nur „flüchtig überholt“.

In den täglichen Aufzeichnungen der 125. und 295. Wehrmachtsdivision ist hingegen vom „un glaublichen Verhalten der SS gegenüber hiesigen Landeseinwohnern“ die Rede. Die Männer mit dem Totenkopf würden „wahllos russische Soldaten und auch Zivilisten, die ihnen verdächtig erscheinen, in Massen erschießen“. Bei den Generälen der 17. Armee lief am 5. Juli morgens eine Meldung ein über „erneute grausamste Erschießungen von den Ukrainern und der SS“.

Der junge Shlomo Wolkowicz hatte gerade sein Abitur bestanden und frühstückte bei seinem Onkel, als ein SS-Mann und ein Ukrainer aufkreuzten: „Ihr seid Juden, nicht wahr? Also kommt mit!“

Wolkowicz wurde zur Zitadelle geführt, dort stand bereits eine lange Schlange Zloczöwer Juden. Am Toreingang prasselten Schläge von SS-Männern und Ukrainern auf sie nieder. Die Feldgendarmarie der Wehrmacht sperrte den Vorplatz ab. In einer Grube lagen „Leichen wie Sardinen in einer Büchse“, erzählt Wolkowicz in seinen Erinnerungen – die NKWD-Opfer**.

Die Juden mußten sie ausgraben und auf Pferdewagen laden. Die Ukrainer fuhren damit zum Friedhof, um die Toten zu bestatten. Dann zwangen sie die Juden, sich in die gerade geleerte Grube zu legen. SS-Männer stellten zweifüßige Maschinengewehre auf und hielten in die Menge, bis sich niemand mehr bewegte.

Wolkowicz überlebte, weil mehrere Leichen auf ihn fielen und ihn bedeckten. Seine Tante wurde von einem deutschen Wehrmachtsoffizier gerettet. „Ich konnte hören“, schreibt Wolkowicz in den Erinnerungen, „wie er den Befehl gab, die Frauen freizulassen.“

In jenen blutigen Tagen dürften die Fotografien entstanden sein, die später beim toten Unteroffizier Worbs gefunden wurden. Ob er sie selbst angefertigt hat oder ob er sie von einem Kameraden bekam, der sie beispielsweise im Auftrag der Nazi-Propaganda aufgenommen hatte, ist nicht mehr zu rekonstruieren. Ähnliche Bilder von den Leichenbergen, die der NKWD angehäuft hatte, habe er von alten Bewohnern Zloczöws bekommen, sagt der Historiker Musial.



Historiker Musial

Musial ist nicht der einzige Experte, der Bedenken wegen der Zuordnung der Worbs-Fotos angemeldet hat. Bilder dieser Art aus dem mörderischen Sommer 1941 in Galizien, meint Dieter Pohl vom „Institut für Zeitgeschichte“ in München, müßten nun einmal „mit großer Vorsicht angefaßt werden“.

KLAUS WIEGREFE

* Bei der Eröffnung der Ausstellung am 7. Januar im Kieler Landtag mit Landtagspräsident Heinz-Werner Arens (SPD).

** Shlomo Wolkowicz: „Das Grab bei Zloczów“. Wichern-Verlag, Berlin 1996; 159 Seiten; 32 Mark.

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

GEHEIMDIENSTE

Viel gewußt – zuwenig getan

Ein Stuttgarter Kaufmann lieferte Teile für eine Giftgasfabrik an Libyen. Jetzt wird klar: Der Bundesnachrichtendienst kannte etliche Details – aber die Transporte wurden nicht gestoppt.

Der Stuttgarter Kaufmann Hans-Joachim Rose reist derzeit rund um die Welt. Er sucht Kunden für ungewöhnliche Bausätze: Rollstühle, die von Behinderten selbst zusammengeschaubt werden können.

Die zündende Idee („Das läuft schon ganz gut“) für seine Aktivitäten im Gesundheitswesen kam Rose, 50, im Gefängnis. Seine Geschäfte in weitaus riskanteren Sparten hatten ihn hinter Gitter gebracht.

Der Schwabe war ein Jahrzehnt lang ein wichtiger Handlanger für Diktatoren in Nahost: Mal waren es Waffenlieferungen in den Iran, mal der Export von Teilen für eine Giftgasfabrik nach Libyen. Erst im Frühjahr vergangenen Jahres wurde Rose auf Bewährung entlassen. Da schien es freilich so, als sei die Justiz noch lange nicht mit ihm fertig.

Im August 1998 hatte der Generalbundesanwalt Rose auch noch wegen des Verdachts der „geheimdienstlichen Agententätigkeit“ für die Syrer angeklagt. Der

Händler soll in den neunziger Jahren die Lieferung von Spezialausrüstungen für militärische Kommandounternehmen an eine Tarnfirma des syrischen Geheimdienstes organisiert haben. Für dieses Frühjahr war die Verhandlung vor dem Oberlandesgericht Stuttgart angesetzt.

Daraus wird wohl nichts. Seitdem am 12. und 13. Januar in einer nichtöffentlichen Sitzung drei Stuttgarter Richter und zwei Staatsanwälte aus Karlsruhe stundenlang zwei Zeugen vernahmen, gilt der Prozeß gegen Rose als höchst gefährdet.

Schuld daran ist der Bundesnachrichtendienst (BND).

Die inzwischen liquidierte Rose GmbH, so stellte sich bei den Verhören heraus, war vom Geheimdienst geradezu vorbildlich unterwandert worden. Im Außendienst der Firma mit acht Mitarbeitern schafften mindestens zwei BND-Informanten. Die Büroarbeit in der Stuttgarter Planckstraße erledigten eine ehemalige Sekretärin und ein Ex-Nachrichtendienstler aus Pullach. Zufall?



Kaufmann Rose
High-Tech für Diktatoren in Nahost

Geheime Geschäftskorrespondenz, Computerdisketten mit Firmeninterna, Reisepläne und Handelspartner – der BND wußte gut Bescheid über die Rose-Klitische. „Ich habe dem BND alles gegeben, was ich hatte“, gab einer der ehemaligen Rose-Angestellten in der Vernehmung zu Protokoll.

Die späten Aussagen lassen nicht nur den geplanten Spionageprozeß obsolet erscheinen, auch Roses frühere Verurteilung wegen der Libyen-Schiebereien erscheinen in einem anderen Licht. „Was ist denn“, fragt Rose-Anwalt Olaf Kreuzer, Fachmann für Exportkontroll- und Zollrecht, wenn der Staat soviel wisse und nichts tue?

Die Frage bringt die Ermittlungsbehörden und den ohnehin krisengeschüttelten Dienst in Erklärungsnot: Wie kann ein Unternehmen, in dem der BND so präsent ist, den Bau einer kompletten Giftgaswaschanlage organisieren, ohne daß jemand die kriminellen Machenschaften stoppt?

Interne Hinweise auf die Schiebereien in den Wüstenstaat gab es seit 1990. Sie wurden immer konkreter, je enger der BND sein Spitzelnetz knüpfte.

Dabei hatten sich die Deutschen nach einem Debakel in den achtziger Jahren fest vorgenommen, daß gerade so etwas nie wieder



Giftgasfabrik in Rabita*, Diktator Gaddafi: Ausrüstung für eine Giftküche



* Satellitenfoto.

passieren sollte. Als damals der Lahrer Fabrikant Jürgen Hippenstiel-Imhausen und andere Firmen die komplette Ausrüstung für eine Giftküche nach Tripolis lieferten, geriet die Republik international in Verruf. Der Sündenfall von Rabita brannte sich als „Auschwitz in the sand“ („New York Times“) ins Gedächtnis der Weltöffentlichkeit ein.

Nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl bei einem Besuch in Washington mit Beweisen konfrontiert und düpiert worden war, wies das Kanzleramt den BND an, die Geschäfte der Todeskrämer mit höchster Priorität zu überwachen. Gesetze wurden verschärft, das Personal in Zoll- und Exportkontrollbehörden aufgestockt.

Nach der Verhaftung Hippenstiel-Imhausens suchte Diktator Muammar el-Gaddafi Ersatz. Rose erschien den Libyern ein geeigneter Ansprechpartner, da der Stuttgarter ohnehin schon in Nahost mit Schutzausrüstungen gegen Chemiewaffen handelte. Ein Versuch Roses, im Oktober 1989 bei Siemens Steuerungscomputer für eine zweite Giftfabrik zu beschaffen, scheiterte – Siemens schöpfte Verdacht und informierte die Behörden. Von da an war Rose ein wichtiges Zielobjekt für BND-Späher.

Kurz darauf erteilte der Wüstenstaat einen zweiten Auftrag – den Nachbau der bereits in Rabita verwendeten Gaswaschanla-

ge. Firmenintern lief das Zehn-Millionen-Mark-Projekt unter dem Tarnnamen „Raffinerie“. Die geordneten drei Waschstraßen sollten der Reinigung saurer Gase, der Wäsche basischer Gase und der Absorption von Chlor dienen. Über ein verschachteltes Firmengeflecht beauftragte Rose die indische Firma Vijay in Bombay mit dem Bau.

Unklar ist, wie dicht der BND schon damals auf Roses Spuren war. Sicher ist jedenfalls, daß eine Sekretärin, die 1990 zehn Monate lang in der Rose GmbH arbeitete, zuvor sechs Jahre lang in der Pullacher Zentrale und an der Botschaft in Neu-

Ein Informant fotografierte heimlich die Gaswaschanlage und übergab die Bilder später dem BND

Delhi beschäftigt war. Beworben hatte sie sich mit einem Zeugnis der „Bundesvermögensverwaltung, Abteilung Sondervermögen“ – so tarnt der deutsche Auslandsdienst seine Mitarbeiter. Der EDV-Spezialist Rolf A., der ebenfalls 1990 in die Dienste Roses trat, war von 1973 bis 1983 in Pullach beschäftigt. A. und der BND bestreiten, daß er zum Spähkommando gehörte und irgendwelche Interna ablieferte.

Über Roses Libyen-Pläne wußte der Dienst offenbar ohnehin en détail Bescheid: Der mittlerweile verstorbene Inge-

nieur Heinz-Fritz Güldener, Spezialist für Kampfstoffabwehr und seit 1980 Träger des Bundesverdienstkreuzes, hatte sich aus „patriotischer Pflicht“ (Güldener) frühzeitig als Informant betätigt.

Im Auftrag Roses reiste Güldener im März 1993 nach Bombay und überwachte den Zusammenbau der Gaswaschanlage. Die Inder hatten Meßeinrichtungen und Schraubverschlüsse „unfachmännisch montiert“ (Güldener). Wohl um sich abzusichern, nahm er vom Schreibtisch des indischen Projektleiters Fotos und schoß mit einer Kleinbildkamera heimlich noch ein paar eigene. Die „Waschtürme der Linie Rot“ hatten ihn an ein altes Bild der Rabita-Anlage erinnert – Anlaß für Güldener, sich an den BND zu wenden.

Fotos, Geschäftskorrespondenz mit Rose und ausführliche Reisebeschreibungen lieferte Güldener nach eigenen Angaben in der BND-Außenstelle in Nürnberg ab.

Dennoch wollten die Geheimdienstler wohl ganz sichergehen: Als von Mai 1993 an die Anlage Stück für Stück von Indien über Alexandria in Ägypten nach Libyen verschifft wurde, stellte sich bei Jürgen S., einem technischen Berater der Rose GmbH, ein Herr vor, der sich „Wiesner“ nannte.

BND-Emissär Wiesner bat S. um Interna der Libyen-Geschäfte. Der ehemalige Bundeswehr-Funker und Siemens-Techniker



T. LEINBERGER / ARGUM

BND-Zentrale in Pullach: „So engmaschig berichtet wie in kaum einem anderen Fall“

erläuterte in seiner Vernehmung, warum er der Bitte nachgab: „Ich hatte die Aussicht, daß ich Schutz des BND genießen werde, wenn es strafrechtlich eng wird.“

S. erwies sich offenbar als gute Quelle. Als er gemeinsam mit Rose nach Tripolis reiste, kopierte er in einer Niederlassung klammheimlich die Daten aus dem Firmencomputer. Pullach profitierte davon.

Doch letztlich stoppte niemand die Transporte der Giftgasanlage, Rose blieb unbehelligt. Der BND ist sich keiner Schuld bewußt: Man habe schließlich „so engmaschig wie in kaum einem anderen Falle“ berichtet.

Tatsächlich meldete der Dienst seit Januar 1990 mehr als 20mal immer neue Details über Roses Rolle als „Beschaffer für die zweite libysche Kampfstofffabrik“ an Kanzleramt, Bundeskriminal- und Zollkriminalamt. Im September 1993 – die Transporte waren noch nicht abgeschlossen – berichtete der BND den Ermittlungsbehörden, daß Roses Handelspartner, die indische Firma Vijay, „nicht näher spezifizierte Teile für eine Giftgasfabrik nach Libyen liefert“.

Erst nachdem Jürgen S. Informationen und vertrauliche Geschäftspapiere für eine nach seinen Angaben fünfstellige Summe

an den „Stern“ verkaufte und das Blatt die Ermittlungsbehörden einschaltete, reichte es für einen Haftbefehl. Nur: Während seiner Vernehmung vorvergangene Woche betonte S., daß seine Informationen an Pullach noch weit detaillierter gewesen seien: „Dem BND habe ich alles gegeben, was ich hatte, nicht aber dem ‚Stern‘.“

Die Ermittlungsbehörden dagegen beharren darauf, daß die vom Dienst gelieferten Informationen einfach nicht konkret genug gewesen seien. Seine Quellen stellt der BND aber aus „prinzipiellen Gründen“ nicht für Vernehmungen zur Verfügung. Der Dienst wiederum argumentiert, er habe keine eigenen „exekutiven Befugnisse“, Zoll oder Polizei hätten reagieren müssen. Durch diese Lücke paßte eine halbe Giftgasfabrik.

Auch in dem jetzt vom Generalbundesanwalt betriebenen Spionageverfahren ist die Pullach-Connection noch einmal besonders pikant: Aber der Verdacht, daß Rose quasi unter staatlicher Aufsicht an den syrischen Geheimdienst lieferte, wird wohl nie vor Gericht erörtert werden.

Der BND hat ein Gutachten zurückgezogen, mit dem bewiesen werden sollte, daß Roses Handelspartner in Damaskus Agenten waren. Bei der Bewertung, ließ Pullach das Gericht in Stuttgart wissen, sei es leider zu Pannen gekommen.

UDO LUDWIG, GEORG MASCOLO

Werbeseite

Werbeseite

UNIVERSITÄTEN

Tee mit Gift

Ein bizarrer Fall bringt Forscher in Verruf: Aus Angst vor der Aufdeckung von Manipulationen soll ein Wissenschaftler versucht haben, einen Kollegen zu töten.

Die Porzellantasse mit Deckel gehörte zu den unverzichtbaren Utensilien des Mikrobiologen. Auf frisch gebrühten Tee wollte der chinesische Gen-Experte Guangming Xiong, 49, in seinem Labor an der Justus-Liebig-Universität Gießen nicht verzichten. Doch das vertraute Teeritual wäre ihm beinahe zum Verhängnis geworden.

Eines Nachmittags klagte Xiong plötzlich über heftige Übelkeit, wenig später wurde der Forscher auf die Intensivstation der Uni-Klinik gebracht: Jemand hatte ihm eine Überdosis des Herzmittels Digitoxin in den Tee gekippt. Ohne sofortige Hilfe hätte Xiong kaum überlebt.

Eine der Hauptursachen für Forschungs-Fakes sieht der Mainzer Medizinprofessor Rolf Zander in der „mangelhaften Transparenz“ des „extrem versauten Gutachtersystems“. Zander: „Jeder begutachtet irgendwann jeden. Man schadet sich nicht, weil man sich vielleicht einmal braucht.“

Viele kleine und große Betrügereien kommen deshalb niemals ans Licht. Der Deutschen Forschungsgemeinschaft wurden zwischen 1987 und 1997 nur fünf Beispiele von Fehlverhalten bekannt.

Der bislang spektakulärste Fall erschütterte vorvergangenes Jahr deutsche Mediziner. Der bis dahin als hochseriös geltende Professor Friedhelm Herrmann (zuletzt Universität Ulm) und seine frühere Mitarbeiterin Marion Brach, beide Krebspezialisten, sollen über Jahre Forschungsergebnisse frisiert oder erfunden haben. Gegen sie laufen staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren.

In Gießen geht es um ähnliche Trickereien. Aus Angst vor Entdeckung seiner angeblichen Mogeleyen soll der von der Staatsanwaltschaft der Tat beschuldigte Volker M., 37, versucht haben, Xiong zu töten.

Seit 1993 hatte sich Volker M. mit einem komplexen Thema befaßt. Er wollte den

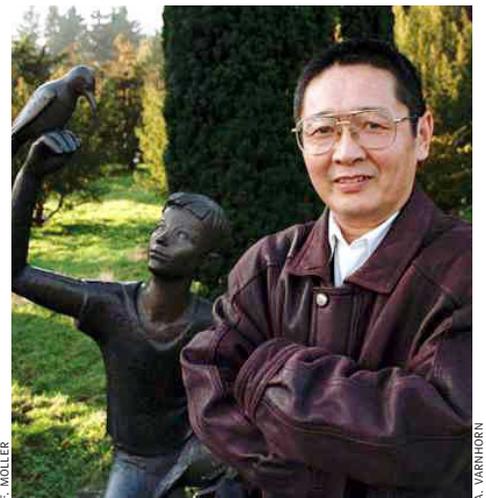
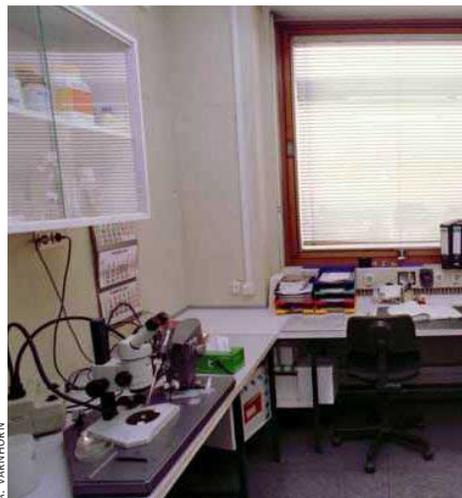
1997 wurden in den Labors des 6. Stocks sämtliche Gashähne geöffnet, ein Bunsenbrenner brannte. Nur die gut funktionierende Lüftung verhinderte eine Explosion.

Wenig später wurde ein Brandanschlag auf die Bibliothek verübt, es häuften sich Diebstähle. Neben dem Labortagebuch des Doktoranden verschwanden auch Notizen der Arbeitsgruppe seines Doktorvaters. Verschollen sind vor allem die von M. produzierten Röntgenfilme, wichtige Belege seiner Arbeit.

Doch sein Kritiker Xiong ließ nicht locker. Erstmals im Februar 1997 brach der ansonsten gesundheitlich stabile Chinese aber plötzlich mit Herzproblemen zusammen. Die Staatsanwaltschaft schließt nicht aus, daß bereits damals ein Giftanschlag auf ihn verübt wurde.

Beim zweiten Attentat schöpfte Xiongs Ehefrau Verdacht und schlug Alarm. Die Teetasse im Labor wurde sichergestellt und untersucht: Das Gefäß war hochgradig mit Digitoxin kontaminiert.

Volker M., den die Ehefrau Xiongs kurz vor dem Anschlag im Labor 636 gesehen hatte, räumte zwar ein, er sei dort gewesen, habe die Teetasse jedoch nicht angerührt. Er habe mit all den Vorfällen nichts zu tun.



Wissenschaftler M. mit Rechtsanwalt Schmidt (l.), Tatort Labor, Attentatsopfer Xiong: „Extrem versautes System“

Der Mordversuch beschäftigt derzeit das Gießener Landgericht. Die Richter prüfen, ob sie eine Anklage der Staatsanwaltschaft gegen einen ehemaligen wissenschaftlichen Mitarbeiter im Institut für Pharmakologie und Toxikologie zulassen. Eindeutige Beweise gegen den Veterinärmediziner fehlen, die Ankläger haben nur wenig mehr in der Hand als ein Motiv – aber das bringt den Wissenschaftsbetrieb in Verruf: Der Jungforscher soll versucht haben, einen Kollegen zu beseitigen, um Forschungsbeitrag zu tarnen.

Der hessische Forschungskrimi zeigt nicht nur, daß manche Wissenschaftler bei der Jagd nach Ruhm und Titeln pfuschen und fälschen. Er zeigt auch, daß es Kontrollleure im Professorenrang gibt, die schlampen oder gar beide Augen zudrücken.

Aufbau von Genen anhand der Abfolge einzelner Bausteine entschlüsseln. Auf einem Röntgenfilm will er radioaktiv markierte Substanzen unterscheidbar abgebildet und damit lesbar gemacht haben.

Gießener Professoren, die als Gutachter fungierten, waren begeistert, der Doktorand erhielt für seine Arbeit das Spitzenprädikat „magna cum laude“. Doch nach Ansicht der Staatsanwaltschaft hatten die Professoren entweder wenig Ahnung von dem, was sie da begutachteten, oder aber sie haben das Werk gar nicht gelesen. Denn die Ergebnisse seien, so die Ermittler, gefälscht.

Der Chinese Xiong habe Widersprüche in der Doktorarbeit von M. früh erkannt und bei dem zuständigen Professor interveniert. Bald darauf begannen am Institut seltsame Vorgänge: In der Nacht zum 11. Februar

Seinen Job als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni Gießen ist er wegen der Affäre los, seinen Dokortitel aber noch nicht. Zwar hat ihm die Universität den Titel aberkannt, nachdem eine Ad-hoc-Kommission der Hochschule feststellte, die Arbeit könne nicht stimmen, doch M. hat dagegen Widerspruch erhoben.

Das juristische Gezerre darum kann noch lange dauern – und zusammen mit einem Prozeß um den Giftanschlag für die Universität sehr peinlich werden: „Sollte das Verfahren eröffnet werden, wird es nicht nur um den Mordversuch gehen“, sagt Ramazan Schmidt, Anwalt des jungen Wissenschaftlers, „dann steht vor allem die Reputation der Professoren auf dem Spiel.“

WILFRIED VOIGT

AKADEMIKER

Griffig, sachlich, locker

Wie läßt sich die Elite unter den Studenten ködern? Das Dienstleistungsunternehmen Debis suchte bei einem „Kreativ-Abenteuer“ nach den Führungskräften von morgen.



Kurz vor Mitternacht sammeln sich im Zentrum von Berlin 250 junge Männer und Frauen, alleamt in leuchtend weiße Overalls gehüllt. Über ihre Köpfe recken sie selbstgefertigte Erdkugeln, zwei Meter und mehr im Durchmesser, hoch. Sie tragen sie durch ein riesiges Atrium – mit strahlenden Augen und gemessenen Schritten wie junge Meßdiener ihre Reliquien. Einzelne Scheinwerfer, in die Höhe gerichtet, durchleuchten das Halbdunkel der Halle, die so groß ist wie das Mittelschiff von Notre-Dame. Aus dem Off untermalen sphärische Klänge die minutenlange Prozession.

Plötzlich brandet Applaus auf, die jungen Leute in Weiß beklatschen sich selbst. „Super“, „riesig“, rufen die einen, andere schlagen sich auf die Schulter oder umarmen sich.

Das ist nicht das Aufnahme-ritual einer Sekte oder der Initiationsritus eines Geheimbundes, und doch dient die nächtliche Aktion der Vorbereitung auf einen Kreuzzug – die Eroberung des globalen Dienstleistungsmarktes.

Die Debis AG hatte 250 leicht entflammare Hochschulabsolventen zu einem „Kreativ-Abenteuer“ für drei Tage in die Hauptstadt eingeladen. Das Dienstleistungsunternehmen des Daimler-Chrysler-Konzerns sucht Nachwuchs auf seinem Expansionskurs: Über 18 Milliarden Mark Jahresumsatz macht die Debis, und rund 20 000 Mitarbeiter arbeiten weltweit für sie – Tendenz rasant steigend.

Allein 1997 und 1998 warb das Unternehmen, das im Finanz- und Computerbereich seine Dienste anbietet und im Telefongeschäft, Handel und Immobilienmanagement mitmisch, rund 8500 neue Angestellte.

„Dieses Jahr und wohl auch im nächsten benötigen wir jeweils allein rund 1000 Hochschulabsolventen“, sagt Personalvorstand Norbert Bensel und strahlt vor Begeisterung über den Erfolg der erst 1990 gegründeten Firma.

Um die Elite von morgen zu gewinnen, reichen Anzeigen in Zeitungen, Kontaktmessungen an Hochschulen oder im Assessment-Center nicht mehr aus. Auch andere Unternehmen machen gute Angebote, und Akademiker mit exzellenten Noten, überdurchschnittlich mobil und natürlich gigantisch motiviert, sind eine nur begrenzt verfügbare Ware.

Deshalb dachten sich die Debis-Strategen „campus meets company – Der Dienstleister-Event für Studenten“ aus.

Aus über 800 Bewerbern wählten sie 250 Studierende aus und luden sie am vorhergehenden Wochenende in die neu erbaute Unternehmenszentrale am Potsdamer Platz zu Vorträgen, Workshops und Personalgesprächen ein, zu einer Party mit Szene-Discjockey und eben auch pseudo-esoterischem Ringelpiez.

FOTOS: K. THIELER

Debis-Studententreffen in Berlin: Meßdiener des Kapitals?

Keiner aus dieser kleinen Elite muß Angst vor Arbeitslosigkeit nach dem Examen haben. Karriere ist angesagt. Hinrich Boog, 24, studiert Informatik und Russisch, will im Jahr 2000 sein Examen machen und war bereits ein Jahr in Irland in der Computerbranche tätig. Wenn es seine Zeit zuläßt, berät er neben seinen Vorlesungen und Seminaren kleine und mittlere Unternehmen. „Meine Berufsaussichten sind exzellent“, stellt er, um Sachlichkeit bemüht,

mund Internationale Betriebswirtschaft studiert. „Das begeistert einen richtig“, findet auch Maud Kersting, 26, ebenfalls BWL-Studentin.

Grube scheint einer von ihnen zu sein, nur ist er eben schon ganz oben angekommen, aber wer es nur will, schafft das auch. Den Markt aufrollen, von Berlin über Chicago und Moskau bis nach Singapur, total global eben, scheint an diesem Abend nicht schwerer

munikationsdienstleister für jeden Menschen dieser Erde werden.“

Die Arbeitsgruppen präsentieren ihre Ergebnisse auf einer Art Mini-Messe. An den Ständen stehen die Baby-Bosse wie geklonte Kopien ihrer Debis-Vorbilder. Alle sind auffällig-unauffällig gekleidet, als hätten sie den gleichen Imageberater: gedecktes Blau, Grau und Schwarz, Anzug und Kostüm, selbstverständlich mit Krawatte oder Halstuch. Nur hin und wieder ein gepflegter Pferdeschwanz oder ein kleiner Knopf im Ohr als Zeichen von Individualität. Trotzdem sieht keiner wie ein Vorstadt-Yuppie mit geleastem Sportwagen aus.

Auf großen Tafeln haben sie mit Grafiken, farbigen Pfeilen und Schlüsselbegriffen ihre Ziele aufgeschrieben. Für ein kurzes Statement hat der eine oder andere Stichwörter auf kleinen Karten notiert. Die zukünftigen Dienstleister haben ihre Lektion schon parat: griffige Präsentation, sachliche Kommunikation, lockeres Zugehen auf den Kunden. Am Ende wird per Ted-Umfrage ganz demokratisch bewertet. Wer der Beste ist, interessiert diesmal wenig, noch ist für die Studenten Dabeisein das wichtigste.

Personalvorstand Bensel ist mit den 250 Teilnehmern zufrieden, im Grunde mit der ganzen heutigen Generation: „Null Bock, diese Einstellung ist doch lange vorbei.“ Auch fachlich sei-



Debis-„Event“-Teilnehmer: „Wer mir das Beste bietet, zu dem gehe ich“

fest. „Wer mir das Beste bietet, zu dem gehe ich.“ Ein Praktikum bei Debis in Rußland, ja, das würde ihn reizen.

Tillmann von Schroeter, 26, ist angehende Wirtschaftsingenieur und hat schon einen Master of Science im Fach Management in New York erworben. Auf die Frage von Debis, was für ihn Dienstleistung sei, antwortet er forsch: „Auf der Autobahn im Stau ein kühles Bier serviert zu bekommen.“

Die Debis läßt sich nicht lumpen bei der Umgarnung der künftigen Führungskräfte. Rüdiger Grube, der Chefstrategie des Mutterkonzerns Daimler-Chrysler, wird extra für einen Vortrag eingeflogen. Er redet über globales Management und die Herausforderungen des asiatischen Marktes, über Expansion und Strategie. Und natürlich auch darüber, daß innerhalb des Unternehmens Leistung und Wettbewerb entscheidend seien, daß dafür auch mal 60 Stunden pro Woche geackert werden müßte, aber alle Mitarbeiter richtig gute Freunde seien.

„Die beste Rede, die ich in meinem Leben gehört habe“, jubelt Jürgen Müller, 24, der an einer privaten Hochschule in Dort-

zu sein, als beim Monopoly die Schloßallee zu kaufen.

Am nächsten Morgen dürfen die Studiosi selbst Unternehmensführer in Workshops über „E-Commerce – die Sales-Plattform der Zukunft“ oder „Outsourcing von IT-Services – eine Chance für Mitarbeiter und Unternehmen?“ spielen.

Gruppe 13 soll eine Strategie für Debitel, die Telekommunikationstochter von Debis, entwerfen: „Von Europas größtem Service-Provider zum Global Player“ heißt die schlichte Aufgabe. Die Nachwuchsstrategen, für sieben Stunden stationiert im Vorstands-Besprechungszimmer im 18. Stock, verschwenden keine Zeit für den Blick über den Potsdamer Platz und auf den Reichstag.

Die Jungmanager „generieren Profite“, „penetrieren Märkte“, diskutieren leidenschaftlich „die Segmentierung und Fragmentierung des Marktes“ und streiten sich über die Einführung „eines Kinder-Handys mit Donald Duck drauf“. Die eine oder andere Leitidee für ihre Zukunft als Führungskraft gerät allerdings noch etwas zu moralisch: „Wir sollten einfach Kom-

en die meisten Studenten nach wie vor gut ausgebildet. Was ihnen oft fehle, sei „soziale Kompetenz, ein Stück Persönlichkeitsentwicklung“.

Dann kritisiert er in seinem hellen Büro die Art des Lernens an den Hochschulen, fordert „mehr Projektarbeit“ in den Seminaren, „weniger Detailverliebtheit“ und „mehr Mut, auch mal Bekanntes beiseite zu lassen“, als wolle er das Ziel der Profitmaximierung mit den Grundsätzen der Reformpädagogik versöhnen.

Da sich ja, gemäß der Debis-Unternehmensphilosophie, alle irgendwie mögen und zusammengehören, stürzt sich auch Bensel auf der Party, die den Event krönt, ins Getümmel auf der Tanzfläche. Die zukünftigen Dienstleister sind diesmal in Freizeitkleidung angetreten und verwandeln sich zurück in ziemlich normale junge Menschen.

Als eine Disco-Version des kubanischen Volks- und Revolutionsliedes „Guantanamera“ erschallt, blendet der Discjockey beim Refrain den Ton aus und alle singen, alle schreien aus voller Kehle mit.

Auch Kuba ist ein Markt. Die globale Revolution geht weiter. JOACHIM MOHR

Werbeseite

Werbeseite

NAHVERKEHR

Kaffee vom Lokführer

Konkurrenz nun auch für die Deutsche Bahn: Private Unternehmer steigen in den Markt des einstigen Monopolisten ein.

Der Referent im Verkehrsministerium erinnert sich noch heute an die ungewöhnlichste Existenzgründung Brandenburgs im Frühjahr 1995: „Da kam ein Lokführer und wollte Eisenbahnunternehmer werden.“

Der Mann, der bei der Deutschen Bahn AG (DB) Dieselloks steuerte, habe sich in Sachen Bürokratie „etwas unbedarft“ angestellt – wie ein Vater, der mit der Bauanleitung der Modelleisenbahn seines Filius nicht klarkommt. Wie er in das Geschäft des einstigen Monopolisten einsteigen wollte, wußte der angehende Unternehmer Thomas Becken allerdings ganz genau: „Die stillgelegten Strecken nutzen, billiger fahren, mehr Service bieten.“



Service im Privat-Zug: „Essen, trinken und lesen“

Jetzt ist der Ex-Beamte Becken, 31, stolzer Eigner von Fahrgerät, das sein früherer Arbeitgeber schon auf den Schrottplatz verbannt hatte: Diesel-Schienenbusse, die „T 4“ hießen und marmeladenrot lackiert waren, als die gute alte Bundesbahn noch an jeder Milchkanne hielt.

Heute sind neun der liebevoll aufgemöbelten Uralt-Triebwagen (Baujahr: ab 1952) außen in gediegenem Blau-Rot und innen in poppigem Rosa gestrichen. Auf dem Blech prangt eine rote Lok mit Flügeln, das Firmenlogo der Prignitzer Eisenbahngesellschaft (PEG). Becken sieht mit jedem seiner Triebwagen „Goldstaub auf dem Markt“.



FOTOS: M. TRIPPEL / IMAGES.DE

Eisenbahner Becken: „Goldstaub auf dem Markt“

Den Schulkindern oder Rentnern, die täglich für ein paar Mark nach Putlitz, Pritzwalk oder Neustadt (Dosse) tuckern, serviert Lokführer Michael Hintz persönlich Kaffee aus der Thermoskanne oder verkauft ihnen Zeitungen. Und wenn es seinem Chef gefällt, läßt der ehemalige DDR-Reichsbahner in der Adventszeit zur Gaudi der Kleinen einen Weihnachtsmann am Waldrand zusteigen.

Der Jungunternehmer („Versuchen Sie mal bei der Bahn einem Lokführer zu erzählen, daß er Fahrkarten verkaufen und abends den Zug saubermachen soll“) hat offensichtlich Freude an seiner Kundschaft. Von den 900 Pendlern, die täglich auf seinen 180 Streckenkilometern im nordwestlichen Brandenburg unterwegs sind, greift denn auch nur selten jemand zum ausliegenden „Meckerzettel“.

Beckens bester Kunde fährt allerdings gar nicht mit: das Land Brandenburg. Knapp sieben Millionen Mark kommen pro Jahr vom Verkehrsministerium als Entgelt für die „Verkehrsleistungen“, die bei der PEG eingekauft werden. Bei der Bahn würde es ein paar Millionen mehr kosten. Seit über zwei Jahren entscheiden die Bundesländer nämlich selbst, wer

auf ihren Nahverkehrsstrecken in der Lokführerkabine sitzen soll: Bahnbeamter oder privater Dienstleister.

Neben der DB rangeln inzwischen bundesweit über 100 Eisenbahnunternehmen um Strecken, Fahrgäste und Subventionen. Im sogenannten Regionalisierungsgesetz von 1996 werden den Ländern für den Nahverkehr Mineralölsteuereinnahmen des Bundes zugewiesen. Von den über zwölf Milliarden Mark aus diesem Topf bleibt für die DB immer weniger übrig.

Anders als Beckens PEG setzen Firmen wie die von Mathias Stinnes, 57, auf High-Tech. Bei 110 Stundenkilometern gleiten seine fabrikneuen weißen „Talent“-

Triebwagen (Stückpreis: 4,5 Millionen Mark) vibrationsfrei durch die dünnbesiedelte mecklenburg-vorpommerische Landschaft, Zugbegleiterin Angelika Gerth serviert im roten Jackett Getränke. Hinter dem Wandspiegel sorgt eine Überwachungskamera für Sicherheit. „Essen, trinken und lesen: Erlebnis im Zug“, schwärmt Stinnes.

Ein Vertrag mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern über drei Strecken sichert seiner Ende September vergan-

genen Jahres gestarteten Ostmecklenburgischen Eisenbahn etwa 30 Millionen Mark pro Jahr, zusätzliche Umsätze durch Fahrkarten nicht eingerechnet.

Während die Privaten innerhalb weniger Jahre im Nahverkehr ihre Marktanteile verdoppelt haben, meldet die DB aus ihrem größten Geschäftsbereich Umsatzverluste. So hat Schleswig-Holstein inzwischen fast zehn Prozent seiner Nahverkehrsstrecken an die Neuen vergeben, deutschlandweit liegt deren Anteil derzeit bei etwa fünf Prozent.

Ganz so frei, wie es die Befürworter der Liberalisierung gern hätten, gestaltet sich der Markt allerdings nicht. Das etwa 39000 Kilometer lange Streckennetz nämlich gehört immer noch der DB. Und das läßt sie sich von den Konkurrenten – ähnlich wie die Telekom im Telefonmarkt – gut bezahlen. Durchschnittlich sieben bis neun Mark verlangt der Ex-Monopolist für den pro Zug gefahrenen Kilometer und erzielt dadurch Leihgebühren von schätzungsweise 250 bis 300 Millionen Mark. Für Frank Tetzl vom Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg sind das „irrsinnige Preise“.

Trotz dieser Gebühren arbeiten die Privaten flexibler und kostengünstiger als die Bahn mit ihrem riesigen Verwaltungsapparat. So kaufte die nordrhein-westfälische Dürener Kreisbahn von der DB vor drei Jahren zwei von der Stilllegung bedrohte Strecken für den symbolischen Preis von einer Mark. Durch neue Züge und bessere Taktzeiten hat sich die Zahl der Kunden seitdem fast versechsfacht.

Schwarze Zahlen ohne Subventionen schreibt in Deutschland aber wohl nur ein Eisenbahnunternehmen. Die Nordfriesischen Verkehrsbetriebe fahren pro Jahr 350000 Reisende von Niebüll nach Dagebüll, dem Fährhafen zu Nordsee-Inseln wie Föhr und Amrum. Die über hundert Jahre alte Privatbahn hat auf der attraktiven Touristenstrecke das, was inzwischen nicht einmal mehr die DB vorweisen kann: ein Monopol auf der eigenen Trasse.

SEBASTIAN LEHMANN

Dumpf aus dem Bauch

In einem aufsehenerregenden Urteil hat der Bundesgerichtshof eine angebliche Giftmörderin freigesprochen – war der wahre Täter ein Produkterpresser?

Die 5 Richter der Schwurgerichtskammer beim Landgericht Heilbronn mühten sich lange. An 20 Verhandlungstagen hörten sie 8 Sachverständige und 33 Zeugen. Ein Motiv für das grausige Verbrechen aber konnten sie „nicht ermitteln“.

Am 25. Juli 1997 verurteilten sie die Angeklagte Elisabeth Frederiksen trotzdem wegen Mordes zu lebenslanger Haft. Auch wenn kein Motiv ersichtlich sei, befanden die Richter, habe die Beweisaufnahme „gewichtige“ Indizien für deren Schuld erbracht. Für die Kammer bestehe „kein Zweifel“, so das Urteil, daß Frederiksen ihr Patenkind, die siebenjährige Anna B., am 20. Januar 1993 „mit Arsen vergiftete“.

Nach drei Jahren und acht Monaten ist Frederiksen, 45, seit vorigen Dienstag wieder frei. In einer „in dieser Form einmaligen“ und „revolutionären Entscheidung“, so der Karlsruher Rechtsanwalt Gunter Widmaier, hob der Bundesgerichtshof (BGH) das Heilbronner Urteil vergangene Woche auf. Und statt – wie üblich – den Fall zurückzuverweisen an ein Landgericht, sprachen die höchsten Richter Frederiksen gleich selbst frei. Zur Begründung sagte der Vorsitzende des Ersten Strafsenats, Gerhard Schäfer, auch eine neuerliche

Hauptverhandlung anderswo könne keine Tatsachen mehr feststellen, die „eine Verurteilung zu tragen geeignet wären“.

Widmaier, einer der erfahrensten Revisionspezialisten, wertet den Spruch als „sensationell“. Mitverteidiger Georg Prasser prophezeit: „Das wird bei den Landgerichten noch viel böses Blut geben.“

Der Fall Frederiksen dürfte in der bundesdeutschen Justizgeschichte ohne Beispiel sein, denn die unteren Instanzen irrten nach Meinung des BGH hartnäckig: Schon vor dem Heilbronner Urteil wurde die jetzt Freigesprochene wegen desselben Tatvorwurfs zu lebenslanger Haft verdonnert. Das Landgericht Stuttgart befand sie bereits im Jahr 1995 für schuldig, die kleine Anna umgebracht zu haben. Auf die Revision der Angeklagten hin hob der BGH das Urteil am 31. Juli 1996 auf und verwies die Sache an das Schwurgericht Heilbronn.

Den Stuttgarter Richtern hielt der BGH rüde vor, sie hätten sich bei ihren Feststellungen „so sehr von einer festen Tatsachengrundlage“ entfernt, daß diese „letztlich bloße Vermutungen sind“. Insbesondere habe das Landgericht nicht ausreichend geprüft, ob auch andere als Frederiksen als Täter in Frage kämen.

Die Heilbronner Richter kamen im nächsten Spruch zum Ergebnis: nein. Ihrem Urteil nach passierte die Tat so: Frederiksen kam am 20. Januar 1993 nachmittags zu ihrer Nichte Anna und deren Eltern nach Tamm bei Ludwigsburg zu Besuch. Da die Eltern am Abend ausgingen, paßte die Tante auf Anna auf.

Bevor Frederiksen das Mädchen gegen 21 Uhr ins Bett schickte, spendierte sie ihm ein Eis mit Schokoladensauce. Das Eis hatte die Tante aus einem Supermarkt in Tamm mitgebracht, die Sauce stand schon angebrochen im Kühlschrank der Eltern. Rund eine Stunde später mußte sich Anna

das erstemal übergeben. Die ganze Nacht über erbrach sie sich – teilweise alle 15 Minuten – und bekam zudem Durchfall. Da das Mädchen mehrfach das Bewußtsein verlor, fuhren Tante und Eltern am Morgen mit dem Kind ins Klinikum Ludwigsburg, wo Anna infolge eines „schweren, nicht beherrschbaren Schockzustandes“ mittags starb. Wie sich später zeigte, war sie mit einer mindestens 20fach tödlichen Dosis Arsen vergiftet worden.

Frederiksen sei unter anderem deshalb die Mörderin, mutmaßten die Heilbronner Richter, weil sie einst Chemie und Pharmazie studiert habe. Dabei habe sie sich „Wissen über Arsen“ angeeignet. Außerdem habe die Angeklagte, Tochter eines Stuttgarter Apothekers, „jederzeit Zugang“ zu dem Stoff gehabt. Daß etwa ein Produkterpresser oder -vergifter Arsen in dem Eis versteckt haben könnte, schlossen die Richter freihändig aus. Dies sei „eine bloß gedankliche abstrakt-theoretische Möglichkeit“.

Die Karlsruher Richter werteten das nun völlig anders. Sie erklärten, eine Produkterpressung oder -vergiftung sei eine „Möglichkeit mit ernsthaftem Realitätsgehalt“. Auch hielt der BGH der Heilbronner Kammer vor, nicht über die „Schilderung einer bloßen Verdachtsituation“ hinausgekommen zu sein. „Glauben, für wahr halten, überzeugt sein – das kann in einem Rechtsstaat für die Verurteilung nicht genügen“, so der Senatsvorsitzende Schäfer.

Das Landgericht, sagt Frederiksen heute, sei „leider nicht fähig“ gewesen, „vorurteilsfrei zu entscheiden“. Immer wieder hätten die Juristen ihr etwa vorgehalten, daß sie Porsche fahre. „Das paßt nicht ins Frauen- und Weltbild dieser Richter.“

Frederiksens Anwalt Widmaier mißt der Entscheidung „grundsätzliche Bedeutung“ bei. Künftig müßten die Instanzengerichte wieder viel intensiver darauf achten, „ihre

Überzeugungen nicht dumpf aus dem Bauch, sondern aus dem Kopf herzuleiten“. So „hart, radikal und plakativ“ wie im Fall Frederiksen habe dies der BGH „noch nie verlangt“.

Nach dem Freispruch bleiben freilich Fragen offen – vor allem die, wer Anna tatsächlich vergiftet hat. Ihre Mutter und ihr Vater, der Bruder von Frederiksen, wollten vor dem Heilbronner Landgericht nichts über die Verhältnisse in der Familie sagen und erlaubten auch ihren Nebenklagevertreter keine Ausführungen dazu.

Sie sind von der Schuld der Freigesprochenen weiterhin überzeugt.



Anwalt Widmaier, Freigesprochene Frederiksen (in ihrer Wohnung): „Hart, radikal und plakativ“

WOLFGANG KRACH



SPD-Sprecherin Caspary: „Ich habe mir keine großen Fragen gestellt“

SPD

Deckname „Eiche“ ?

Die neue Parteisprecherin der Sozialdemokraten, Dörte Caspary, war Mitglied der SED – jetzt gerät sie in Verdacht, als IM für die Stasi gearbeitet zu haben.

Womöglich schwante Oskar Lafontaine Unheil, als er vor zwei Wochen in Bonn seine neue Parteisprecherin präsentierte: 32 Jahre alt sei Dörte Caspary, Mutter von zwei Kindern, parteilos, ein Jahr habe sie in den USA zugebracht, und außerdem – unfreiwillig geriet der Vorsitzende ins Stocken – sei sie vier Jahre lang Mitglied der SED gewesen.

Mutig hatten sich die Genossen zur Vorverteidigung entschieden: gar nicht erst den Versuch begehnen, eine heikle biographische Episode der Kandidatin zu vertuschen. Nur keinen Hehl daraus machen, daß die neue Sprecherin dem DDR-System vor der Wende näher stand, als es die Political correctness heute erlaubt.

Die Parteispitze war erleichtert, nach wochenlangem Fahnden die Gesuchte endlich gefunden zu haben. Denn reichlich zäh war die Kandidatenkür gewesen. Michael Donnermeyer, der erfolgreiche Vorgänger, war mit Franz Müntefering ins Verkehrsministerium gezogen; die Vakanz fiel nur deshalb nicht auf, weil nicht die Partei, sondern Kanzleramt und Regierung seit dem Machtwechsel alle Aufmerksamkeit binden.

Zwei Kandidaten waren am Veto des Parteivorsitzenden gescheitert. Dann hatten der SPD nahestehende Bonner Medienleute Caspary ins Spiel gebracht: jung, dynamisch, charmant, aus dem Osten, zudem eine Frau und damit quotentauglich im SPD-Führungszirkel.

„Von mir aus hätte ich mich nicht beworben“, meinte sie. Doch dann lockten

Neugier, Eitelkeit und die Nähe zur Macht, vielleicht auch ein gewisser Hang zum Bruch in der Biographie. Oder ist es eher jenes „Stück Naivität, zu der ich stehe“?

Ihre bunte Biographie, so glaubte sie, würde sie panzern. Sie besuchte die erweiterte Oberschule in Wernigerode, fand im April 1985 Aufnahme in die SED, machte ein Volontariat, später dann ein Studium



SPD-Chef Lafontaine
Zweimal Veto eingelegt

im Leipziger „Roten Kloster“, der Kaderschmiede des DDR-Journalismus.

Nach der Wende war sie Redakteurin beim „Berliner Rundfunk“, Moderatorin beim populären Jugendsender „DT 64“, leitete ab 1993 das Bonner Büro des ORB, ergatterte ein Stipendium in den USA, arbeitete als ARD-Korrespondentin in Moskau und kehrte 1997 zurück nach Bonn.

Leise Zweifel an ihrer Integrität, im Parteipräsidium vorgetragen von Wolfgang

Thierse und Heidemarie Wiczorek-Zeul, zerstreute die Kandidatin mit einer Mischung aus Demut und Selbstbewußtsein. Für ihre SED-Mitgliedschaft empfinde sie heute Scham, bekannte sie bei der Vorstellung Anfang Januar: „Ich habe mir keine großen Fragen gestellt.“

Bis heute gehört Caspary, die ihren Job Mitte Februar antreten soll, der SPD nicht an, sie will aber „in nächster Zeit“ die Aufnahme in die Partei beantragen.

Natürlich ist sie auch auf mögliche Stasi-Tätigkeit überprüft worden. Der Ostdeutsche Rundfunk Brandenburg (ORB) hat schon 1993 in der Gauck-Behörde Erkundigungen eingezogen. Ergebnis: nicht erfaßt, nichts liegt vor. „Ich bin so oft gecheckt worden, ich weiß nicht, was da noch kommen soll.“

Doch im Harzer Vorland, wo Caspary aufwuchs, hat der jähe Aufstieg der Ost-Frau in bestimmten Kreisen Unruhe ausgelöst. Ehemalige Stasi-Offiziere erinnern sich, daß die hochbegabte Schülerin aus dem linientreuen Elternhaus über Jahre enge Stasi-Kontakte hielt.

Dörte Caspary, vom SPIEGEL in der vergangenen Woche mit dem Stasi-Verdacht konfrontiert, wiegelte ab: Ja, sie sei als Schülerin „durch einen Mitarbeiter des MfS“ kontaktiert worden. „Ich war damals 16 Jahre alt und empfand es wohl als angenehm, umworben zu werden.“ Nach Gesprächen mit ihren Eltern und Mitschülern, so Caspary, habe sie jedoch eine Zusammenarbeit strikt abgelehnt. Auch eine erneute Überprüfung in der Gauck-Behörde werde über sie nichts „Ehrenrühriges zu Tage fördern können“.

Die bisher unbekannt Episode aus Casparys Leben deckt sich nur zum Teil mit Informationen aus Stasi-Kreisen in ihrer Heimat. Danach habe sie keineswegs die Zusammenarbeit mit dem MfS abgelehnt, sondern sogar eine schriftliche Verpflichtungserklärung abgegeben. Als Deckname habe sie damals „Eiche“ gewählt. Ihr Führungsoffizier sei ein Oberleutnant von der Hauptabteilung I beim Grenzkommando Nord, Abteilung Aufklärung, gewesen. Die Aufgabe der damals 19jährigen: „Politisch unzuverlässige“ Mitschüler zu bespitzeln.

Am vorigen Freitag konfrontierte der SPIEGEL Caspary auch mit diesen Vorwürfen. Sie habe, beteuerte sie, nicht mit der Stasi zusammengearbeitet, sie sei sich sicher, von der Stasi nicht unter einem Decknamen geführt worden zu sein, und habe auch keine Verpflichtungserklärung unterzeichnet. Caspary sagte wörtlich: „Ich habe nichts unterschrieben.“

Weiteren Überprüfungen, teilte Caspary dem SPIEGEL am vergangenen Freitag schriftlich mit, sehe sie „gelassen entgegen“. Der SPD-Vorstand sei über diesen Brief informiert und „begrüßt einen offenen Umgang mit Vergangenheit und Biographien“.

HORAND KNAUP, WOLFGANG TIETZE



SPD-Spitzenkandidat Momper*: „Der darf nun wieder in der Sandkiste mitspielen“

HAUPTSTADT

Abschied von der reinen Lehre

Die SPD-Basis hat ihn zum Spitzenkandidaten ausgerufen – nun soll Walter Momper zehn Jahre nach seiner ersten Amtszeit erneut Regierungschef in Berlin werden.

Die Stadt hat sich seit dem Mauerfall dramatisch verändert – Momper nicht. *Von Walter Mayr*

Gulaschduft hängt im Sekretariat der Büro-Suite 213, Hotel Hilton am Gendarmenmarkt. Die Dame hinter dem linken Schreibtisch hat ihren Teller zwischen vollen Aschenbechern und Akten eingeparkt. Sie löffelt stramm. Die Kollegin am Telefon leistet Dienst am Vorgesetzten, Marke Hauptstadt: „Is’ inna Besprechung. Kann dauern. Nee, wird wohl heute nüscht mehr.“

Von wegen. In das sozialistische Stilleben mit Vorzimmerdamen platzt plötzlich der Chef: Walter Momper, Kopf der Momper Projektentwicklungs GmbH. Er ist Unternehmer, hat also tagsüber kaum ein Auge für Gulasch. Mit kleinem Stab plant er Villen in Havelnähe, marktgerechte Umwidmung alter Kasernen, neue Siedlungen in der brandenburgischen Prärie. Sein Traum ist das nicht. Aber irgendwas muß er ja machen.

Momper war Regierender Bürgermeister von Berlin. In einer Ahnenreihe mit

Ernst Reuter und Willy Brandt. Auf du und du zur Wendezeit mit denen ganz oben – Honecker, Gorbatschow, Bush; Dauergast im Fernsehen, aber gelitten auch beim Bürger. Zuständig „für alles, von der Gaslaterne bis zur Auswärtigen Gewalt“, wie er heute sagt: „Damals waren wir noch ’ne Nummer beim State Department.“

Damals. In der Nacht des 9. November 1989, als die Mauer fällt, als Millionen nach Westen strömen und Chaos droht, steht der Regierende an der Front wie einst in Hamburg Helmut Schmidt bei der Sturmflut: mit einem Megaphon, am Übergang Invalidenstrasse.

Er ruft: „Bitte machen Sie die Wege frei“, und wird so zum obersten Streckenposten beim Abmarsch der Ostbürger ins Gelobte Land.

Nur ein Jahr später setzt Momper erst die rot-grüne Koalition und dann die Wahl in den Sand, sein Sturz beginnt. Als er 1992 das Lager wechselt und in die Bauwirtschaft geht, ist das Protestgeheul unter klassenbewußten Genossen erheblich. Der Unternehmer Gert Ellinghaus, bei dem Momper anheuert und von dessen

Kundenstamm er noch heute zehrt, wird später wegen Konkursverschleppung verurteilt.

Die SPD-interne Urwahl 1995 verliert der Ex-Regierende, obwohl allein sein Schal beim normalen Volk mehr Begeisterung auslöst als die ganze Gegenkandidatin – die Sozialexpertin Ingrid Stahmer. Sie fährt nur 23,6 Prozent für ihre Partei ein, für sich selbst hingegen ein Senatorenamt unter Eberhard Dieppen in einer Großen Koalition. Momper wird von den Genossen weiter geschnitten.

Seit nunmehr einer Woche ist er wieder obenauf, als sei nichts gewesen – offiziell erkoren zum Spitzenkandidaten der Berliner SPD für die Wahlen im Oktober 1999. Per Urwahl hat er Fraktionschef Klaus Böger besiegt – und das dahinter fast komplett versammelte Berliner SPD-Establishment gleich mit. Die Würdenträger stehen nun da wie ein Trupp Meineidiger vor dem Richter.

Die basisdemokratische SPD-Sternstunde ist analysiert worden – von den Unterlegenen im Grand Hotel Esplanade, von der Momper-Mannschaft spartanisch in der

* Mit Ehefrau Annegret nach Verkündung des Ergebnisses der parteiinternen Urwahl im Berliner Willy-Brandt-Haus am 17. Januar.

Grillstube Split. Peter Strieder pendelte zwischen den Lagern und soll nun Landeschef werden. Der Umweltsenator glänzt ansonsten als Initiator der Anti-Hundekot-Kampagne „Nur ein kleines Würstchen“, berlinweit plakatiert.

„Der Momper darf nun wieder in der Sandkiste mitspielen“, sagt Momper mit dem Abstand weniger Tage und der Erfahrung bitterer Jahre. Er lächelt dabei spöttisch. Kinderkram diese SPD, soll das wohl heißen, keine Visionen, kleinliches Gezänk. Aber ist Momper der Mann, das zu ändern? Der Mann von gestern als Mann von morgen?

Die 23 SPD-Kreisvorsitzenden in Berlin beackern ihre Interessensphären traditionsgemäß mit derselben Verbissenheit wie schwäbische Bauern die Außenkante ihrer Flur. Am Versuch der Quadratur von SPD-„Donnerstagskreis“, „Britzer Kreis“ und anderen beinahe ländlich-hermetischen Zirkeln aus der Frontstadtzeit ist schon mancher gescheitert.

Momper aber setzt auf seine Stärke – Optimismus. Wer wie er den Tunnelblick hat und Ziele für sich sieht, die außer ihm keiner sieht, der schert sich wenig um Hürden. Das war ausgangs der Achtziger so, als er, und praktisch nur er, sich für tauglich befand, das höchste politische Amt Berlins anzustreben. Wenig später hatte er es. Und jetzt war es wieder so. Quasi aus dem Off ist Momper auf die politische Bühne zurückgekehrt.

Sicher, er war noch da in all den Jahren. Hat einen politischen Salon ins Leben gerufen, den SPD-Arbeitskreis Wirtschaft geleitet, sich von anfänglicher Ahnungslosigkeit zum Premierentiger des Berliner Theaterlebens emporgearbeitet und auf kaum einer Party von Rang gefehlt.

Dazu kamen Sachen wie „Kohl und Pinkel bei Anne und Walter“, eine Aktion zugunsten Aids-Infizierter, und Fernsehauftritte. Der Mythos lebte im kleinen weiter, doch eine Rückkehr ins Gerangel um die Spitze, sagt Momper, habe er eigentlich ausgeschlossen: „Ich wollte ja nicht als die tragische Figur der Berliner Politik durch die Gegend laufen – der, der immer verliert.“

Davon ist keine Rede mehr. Mühelos spuckt Momper Umfragewerte und Beliebtheitskoeffizienten aus. 94 Prozent der Berliner kennen ihn, sagt er. Und eine Schlagzeile hat Momper auch noch gelesen; er referiert sie scheinbar ungläubig: „Siemens-Mitarbeiter hoffen auf den Momper-Effekt.“

Der Momper-Effekt. Das klingt beinahe wie eine geheimnisvolle Krankheit. Wie Zustimmung ohne Grund. Sympathie ohne Argwohn. Menschenverstand statt Parteräson.

Momper gibt vor, das nüchtern zu sehen. „Mich verändert das alles nicht mehr“, sagt er, „ich hab's ja auch schon andersrum erlebt.“ Aber, es gebe jetzt immerhin wieder

Anlaß zur Hoffnung: die SPD sei „reifer“ geworden. Hat sie nicht auch den Gremien-Paria Schröder zum Plebiszit zugelassen und dann als Paradeferd ins Rennen geschickt?

Jetzt ist der Außenseiter Kanzler und habe sich „halb kaputtgelacht“, sagt Momper, als sie neulich wieder auf alte Geschichten zu sprechen kamen. Wie sie, die sich nun kennen seit frühen Juso-Tagen, 1995 vor der Berliner Urwahl erwogen hätten, eine Annonce an die Adresse der SPD-Mitglieder aufzugeben: „Macht nicht bei Momper/Stahmer den gleichen Fehler wie bei Schröder/Scharping.“ Sie haben es dann doch gelassen.

Damit es gegen Böger für Momper nicht wieder schiefgehe, hat im Januar 1999 der Parteilinke Klaus-Uwe Benneter kurz an der Strippe gezogen. Und so kam der Bundeskanzler drei Tage vor der Berliner Urwahl zum Essen mit Momper ins feine Restaurant Vau im Bezirk Mitte. Kameramänner waren bestellt – und die Gesichter bei Böger samt Freunden anschließend lang. Deren Konter, dem Kanzler eine Currywurst anzudienen, ging ins Leere.

Immunsystem gegen Ideologie. Beide schieben sie noch heute, unter Anspannung zumal, das Kinn nach vorn wie Planier- raupen ihre Schaufeln.

Daß die Berliner SPD 1999 wieder mit Walter Momper in die Wahl zieht, dem als „Spekulationsknecht“ Geschmähten, als politisch unsicheren Kantonisten Beäugten, es kommt parteigeschichtlich einem späten Abschied vom orthodoxen Masochismus aus der Zeit der reinen Lehre gleich.

Nur, wird's was bringen? Momper will Rot-Grün für Berlin, und alle, die schon länger als acht Jahre auf diese Stadt schauen, erinnern sich noch an die Bilanz seiner ersten Koalition, damals zwischen SPD und Alternativer Liste (AL).

Außer dem Mauerfall, den die bunte Truppe nicht zu verantworten hatte, blieben im kollektiven Volksgedächtnis vor allem haften: Einführung der Busspur, Streit um die Räumung besetzter Häuser und der Casus belli schlechthin für den alten Westen – Geschwindigkeitslimit auf der Avus, der einzigen Rennstrecke diesseits der Mauer. Aufkleber mit dem Text



Wende-Bürgermeister Momper*: „Damals waren wir noch 'ne Nummer“

So wird neuerdings Politik gemacht. Zwar fühlt sich Momper nicht versucht, im Liliputformat für das System Schröder Modell zu stehen, doch die Parallelen stimmen bis hin zum Feindbild. Helmut Kohl en miniature, in Berlin gegeben vom Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen, ist mit einer einzigen – durch Momper bewirkten – Unterbrechung seit 1984 im Amt.

Momper und Schröder kommen vom platten Land, beide geboren am Ende des Kriegs. Beide haben den Vater an der Front eingebüßt und sich hochgeboxt. Beide sind an den Gremien der Partei vorbeigezogen, mit Beharrlichkeit und einem stabilen

„Tempo 100 – Ick gloob', ick spinne“ waren Legion.

Momper sagt, nach sechs Jahren in der freien Wirtschaft sei er nicht mehr der Momper, „der ich mal war“. Der Regierende Bürgermeister müsse „heute der oberste Akquisiteur seiner Stadt sein“, ein Ansiedlungsexperte gewissermaßen. Die Schuldenlast des Landes Berlin liegt jenseits von 61 Milliarden Mark.

Ein Persönlichkeitssprung nach neun Jahren Pause wäre das nicht. Schon der Momper, der er mal war, bewegte sich auf der Höhe der Zeit. Noch ehe Gerhard Schröder sich 1990 mit rot-grüner Mehrheit zum Ministerpräsidenten von Niedersachsen wählen lassen konnte, war Momper mit Glückwünschen und einem Geschenk zur Hand – dem rot-grünen Koalitionsvertrag, Ausgabe: Berlin 1989. ◆

* Mit Bundeskanzler Helmut Kohl und DDR-Ministerpräsident Hans Modrow (M.) bei der Öffnung des Brandenburger Tores am 22. Dezember 1989.

Werbeseite

Werbeseite

MICROSOFT

Gegner wollen ihr Geld zurück

Der Kampf eines australischen Computerfreaks heizt die Phantasie der Gegner von Microsoft an. Nach dem Kauf eines Laptops hatte Geoffrey Bennet beim Computerhersteller Toshiba eine Rückerstattung von 110 Dollar eingeklagt, weil er das serienmäßig installierte Betriebssystem Windows zwar mitbezahlt, aber nicht benutzt hatte. Obwohl er das kostenlose Betriebssystem Linux einsetzen wollte, sei er gezwungen worden, einen Windows-PC zu kaufen, da kaum ein Hersteller seine Geräte ohne die Microsoft-Technik anbiete. Gegner von Microsoft-Gründer Bill Gates organisierten nun eine „Windows Refund



Gates

Group“. Am 15. Februar wollen sie alle Entschädigungsforderungen bei Microsoft einreichen. Noch sieht Microsoft darin eine PR-Aktion, doch die könnte zur Lawine werden: Linux wird bereits von sieben Millionen PC-Usern genutzt.



Polizeirazzia bei der WBB in Berlin (1995)

AUFBAU OST

Klage wegen Ausplünderung

Einer der größten Fälle von Vereinigungskriminalität kommt endlich vor Gericht. Von Dienstag dieser Woche an prozessiert die Treuhand-Nachfolgerin BvS vor dem Berliner Landgericht gegen vier frühere Manager der Ost-Berliner WBB Wärmeanlagenbau GmbH. Sie sollen bereits bei ihrer Bewerbung um das 1991 privatisierte Un-

ternehmen die Ausplünderung des Firmenvermögens geplant haben, so die Klage der BvS. Wäre die Firma damals nicht privatisiert, sondern liquidiert worden, hätte die Treuhand ein Plus von 55 Millionen Mark erzielt, argumentiert die BvS. Das der WBB jedoch entzogene Geld liegt ausnahmslos auf ausländischen, den Ermittlern bis heute unbekanntem Konten. Für die Entnahmen konstruierten die WBB-Manager nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft vorwiegend Scheingeschäfte. Hohe Millionenbeträge durchliefen über Jahre mehrmals die Firmenkonto, bis sie als angebliche Zahlungen für Beteiligungen oder Darlehen auf Auslandskonten zwischenlagerten. Doch das Finanzloch ist womöglich noch viel größer: Auf rund 150 Millionen Mark schätzte die Staatsanwaltschaft den Schaden, als sie im September 1997 die erste Anklage vorlegte (SPIEGEL 50/1997). Fünf der Beschuldigten saßen bis zu zwölf Monate in Untersuchungshaft, der Hauptverdächtige, Michael Rottmann, ist weltweit zur Fahndung ausgeschrieben.

struierten die WBB-Manager nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft vorwiegend Scheingeschäfte. Hohe Millionenbeträge durchliefen über Jahre mehrmals die Firmenkonto, bis sie als angebliche Zahlungen für Beteiligungen oder Darlehen auf Auslandskonten zwischenlagerten. Doch das Finanzloch ist womöglich noch viel größer: Auf rund 150 Millionen Mark schätzte die Staatsanwaltschaft den Schaden, als sie im September 1997 die erste Anklage vorlegte (SPIEGEL 50/1997). Fünf der Beschuldigten saßen bis zu zwölf Monate in Untersuchungshaft, der Hauptverdächtige, Michael Rottmann, ist weltweit zur Fahndung ausgeschrieben.

METRO

Stromnetz als Datenleitung?

Mit ihrem neugegründeten Dienstleistungskonzern BHS setzen die Metro-Mehrheitsgesellschafter rund um Otto Beisheim auf Chancen in neuen Geschäftsfeldern. „Durch die Deregulierung des Energiemarktes ergeben sich Gelegenheiten wie vorher im Telefongeschäft“, sagt der Metro-Aufsichtsratschef und BHS-Mitgeschäftsführer Erwin Conradi, der künftig zusammen mit dem Bayernwerk großen Industriekonzernen auch Strom verkaufen will. Über Stromleitungen ließen sich eventuell sogar Daten in die Haushalte transportieren: „Wenn das klappt, wollen wir dabei sein“, erklärt der Metro-Mann. Die Düsseldorfer BHS-Holding soll sich um Zukunftsgeschäfte in den Bereichen Marketing, Multimedia und Risikokapital kümmern. Große Stücke hält Conradi etwa auf den Online-



Conradi

Anbieter Primus oder auf die Berliner Scout Holding, die im Internet virtuelle Marktplätze für Autos und Immobilien erstellt. Wegen der hohen Anlaufverluste seien die neuen Aktivitäten, die als „Ausgaben für Forschung und Entwicklung“ zu verstehen seien, jedoch nicht Teil der Metro AG, so Conradi weiter – zudem habe sich der Handelskonzern gerade erst aufs Kerngeschäft konzentriert. Es gebe mit der Schwesterfirma BHS aber „eine Zusammenarbeit auf Armlänge“: Würden sich neue Geschäfte etablieren, könnten sie bei Bedarf den Metro-Aktionären offeriert werden.

STEUERHINTERZIEHUNG

Banken durchsucht

Steuerfahnder haben im Dezember die Privatbank Schröder Münchmeyer Hengst (SMH-Bank) durchsucht. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt ermittelt wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Auch die Sparkasse Jena-Saale-Holzland wurde durchsucht. Beide Verfahren waren durch anonyme Anzeigen von Bankmitarbeitern ausgelöst worden. Bei der SMH-Bank hatte ein Insider den Behörden Kontonummern und Details von angeblich verdeckten Luxemburg-Transfers mitgeteilt. In Jena machte ein anonymes „Kassierer in der Hauptstelle“ eine „Selbstanzeige“. Rund 150mal habe er im Auftrag des Vorstandschefs bis 1997 für Kunden anonym Gelder nach Luxemburg und in die Schweiz transferiert. Im Zuge der Ermittlungen, so der Anonymus, werde er sich zu erkennen geben. Er hoffe dabei auf Straffreiheit. Der Vorstand der Sparkasse Jena weist die Vorwürfe zurück.

FERNSEHEN

Pleitgen will Bundesliga

In der ARD gibt es massive Bestrebungen, im Gegensatz zum ZDF weiter um die Erstrechte an der Fußball-Bundesliga zu kämpfen und sie dem Privatsender Sat 1 abzugeben. „Das Thema ist für uns nicht erledigt“, sagt WDR-Intendant Fritz Pleitgen, „wir zeigen den Bundesliga-Clubs nicht die kalte Schulter.“ Das sei er ihnen schuldig, weil allein im WDR-Sendegebiet sechs Erstligavereine spielten. „Wir würden gern“, so Pleitgen, „wie früher als erste Ausschnitte von den Samstagsspielen in unserer ‚Sportschau‘ zeigen.“ Dabei baut die ARD auch auf die Hilfe ihres Moderators Reinhold Beckmann, vorher Chef der Sat-1-Fußballsendung „ran“. Die



Bundesliga-Meisterehrung 1998

hohen Rechtenkosten, die von 180 Millionen Mark pro Jahr auf rund 200 Millionen ansteigen sollen, will Pleitgen mit Partnern teilen: „Vielleicht brauchen wir Alliierte.“ ZDF-Chef Dieter Stolte hatte vergangene Woche erklärt, die Öffentlich-Rechtlichen strebten einen Fünf-Jahres-Vertrag mit dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) für Spiele der Nationalmannschaft und des DFB-Pokals an. Dafür seien alle finanziellen Kräfte nötig.



Friede Springer, Kirch

PRESSE

Umbruch bei Springer

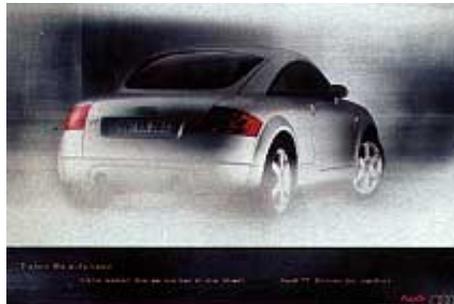
Ein jahrelanger Konflikt im Axel Springer Verlag ist beigelegt – offenbar im Hinblick auf eine Neuordnung der Eigentumsverhältnisse. Hauptaktionärin Friede Springer (50,1 Prozent) gab ihre Blockade gegen den Wunsch des zweitgrößten Aktionärs Leo Kirch auf, mehr Anteile offiziell anerkannt zu bekommen. Bisher hatte sie ihm nur 35 Prozent der Springer-Namensaktien ins Aktionärsbuch eintragen lassen. Mehrere Vorstöße Kirchs, weitere 5 Prozent genehmigt zu bekommen, die er über Treuhänder gekauft hatte, stoppte die Verlegerin, um einen größeren Einfluß zu verhindern. Nun aber genehmigte der Aufsichtsrat die Transaktion. Somit kann Kirch der Deutschen Bank, bei der er das Springer-Paket für einen Großkredit verpfändet hat, mehr Sicherheit vorweisen. Nach Springer-Plänen soll Kirchs Verlagsbesitz (Wert: 2,3 Milliarden Mark) im nächsten Schritt an eine Beteiligungsfirma der Deutschen Bank gehen, die ihn dann „scheibchenweise“ an Investoren weiterreicht. Noch hat Kirch dem nicht zugestimmt.

WERBUNG

Kreativstreit in Hamburg

Wer ist der Kreativste im ganzen Land? 1998 gab es gleich für zwei Hamburger Agenturen, die seit Jahren um die Werberkrone kämpfen, Spitzenplätze. Zunächst sahen sich Holger Jung und Jean-Remy von Matt wie in den vergangenen Jahren am Ziel: Die Fachzeitung „Horizont“ kürte Jung v. Matt im Dezember zur „kreativsten Agentur“, weit vor der Ortskonkurrenz Springer & Jacoby (S & J), für die beide bis 1991 gearbeitet hatten. Doch im

„Horizont“-Ranking blieb etwa der Spitzenwettbewerb der amerikanischen Kreativen unberücksichtigt. Prompt zählte das Fachmagazin „Werben und Verkaufen“ ganz anders und setzte S & J auf den ersten Platz. Für Agenturchef Manfred Schüller ist das „stichhaltig“, schließlich habe seine Firma, die 1998 mit Werbung für Mercedes und mehr Zivilcourage (Polizei Hamburg) auffiel, „wieder neuen kreativen Schwung“. Konkurrent Jung ist der Streit „ziemlich Wurscht“. S & J aber, fügt er an, habe ungefähr doppelt soviel Personal wie seine Agentur – „daran gemessen, hatten sie eigentlich doppelt soviel Chancen“.



Jung-v.-Matt-Anzeige



Springer & Jacoby-Anzeige

INTERNET

Billiger ins Netz

Die Deutsche Telekom will die Telefongebühren für den Zugang zu ihrem Internet-Dienst T-Online drastisch senken. In dieser Woche wird Telekom-Chef Ron Sommer seinen Vorstandskollegen ein Modell vorschlagen, nach dem die Telefonkosten für den Zugang zu den Einwahlknoten des Online-

Netzes auf bis zu einen Pfennig gesenkt werden sollen. Zur Zeit fallen zusätzlich zur Grundgebühr und den Minutenpreisen für die Internet-Nutzung Telefonkosten von acht Pfennig pro Minute in der Haupt- und knapp fünf Pfennig in der Nebenzeit an. Sommer reagiert mit dem drastischen Preisnachlaß auf die zunehmende Konkurrenz von Telefonfirmen wie Arcor, Otelo oder Viag-Interkom, die seit einigen Wochen eigene Internet-Dienste anbieten.

UNTERHALTUNGS-AKTIEN

Neue Lieblinge

Nach den rasanten Kursgewinnen der Entertainment-Aktien EM-TV und Kinowelt setzen Anleger nun auf drei Neuemissionen in dieser Branche. Am 29. Januar wird die Senator Film AG erstmals am Neuen Markt notiert. Sie ist einer der größten Anbieter deutscher Spielfilme („Comedian Harmonists“, „Werner – das muß kesseln“), mußte 1998 aber herbe Umsatzeinbußen hinnehmen, da der Film „Aimée & Jaguar“ nicht auf den Markt kam. Er läuft jetzt in Kürze an. Die Spanne für die Berechnung des Eröffnungskurses liegt bei 35 bis 38 Euro, doch am grauen Markt wurde die Aktie bereits zu 130 Euro gehandelt. Diesen Preis halten Frankfurter Analysten zwar für „sehr ambitioniert“, doch generell sehen sie die Branche als Wachstumsmarkt. „Spielfilme sind für die TV-Sender wichtige strategische Instrumente, um die Einschaltquoten und damit die Werbeeinnahmen der Wettbewerber zu drücken“, sagt Jan Herbst von Sal. Oppenheim. Auch die Cinemedia Film AG – sie ist in der digitalen Bild- und Tonbearbeitung tätig – und die Filmhandelsfirma Intertainment AG werden in den nächsten Wochen an die Börse gehen.



Senator-Film „Aimée & Jaguar“

KREDITKARTEN

Gebühren gekappt

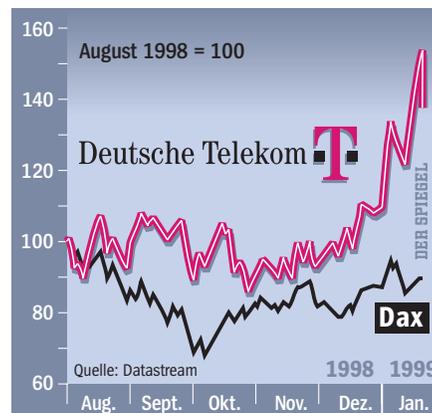
Mit dem Euro gerät der Markt für Kreditkarten in Bewegung. Zunächst wollten die Anbieter von Plastikgeld einhellig an den Zusatzgebühren für die Benutzung im Ausland festhalten, doch jetzt gibt es die ersten Ausbrecher. Nach der Barclaycard (mit 660 000 Kreditkarten allein in Deutschland) verzichten nun auch die Landesbank Baden-Württemberg, die Volksbanken Bank direct und die BHW-Bank auf das sogenannte Auslandseinsatzentgelt.

Auch American Express hat diese Gebühren vorerst gekappt. Großbanken und die meisten Sparkassen möchten auf die Provisionen, zumeist ein bis zwei Prozent vom Umsatz, noch nicht verzichten; der Bearbeitungsaufwand bleibe groß, sagen sie. In Wirklichkeit sind die Gebühren aus dem Karteneinsatz im Euro-Raum eine sprudelnde Gewinnquelle. Würden alle Herausgeber der mehr als 15 Millionen deutschen Kreditkarten darauf verzichten, errechnet die Frankfurter Unternehmensberatung „Paysys“, dann schrumpften die Einnahmen insgesamt um mehr als zehn Prozent – rund 100 Millionen Mark.

DEUTSCHE TELEKOM

Längerer Atem

Weiter im Aufwärtstrend ist die Telekom-Aktie. Das Papier hat nicht nur die Krise im Herbst gut überstanden, inzwischen erreichte sie als einer von wenigen Werten neue Höchststände



– obwohl der Telefonriese erst vor wenigen Wochen drastische Preissenkungen ankündigte, was normalerweise zu einem Ergebniseinbruch und einer niedrigeren Bewertung führt. Einige Analysten halten die ganze Telefonbranche inzwischen für überbewertet. „In meinen Augen hat die Telekom den längeren Atem“, sagt dagegen Commerzbank-Analyst Philip Carse, „sie wird die derzeitigen Kampfpreise besser durchhalten als ihre Wettbewerber und dadurch ihren Marktanteil halten – oder ausbauen.“ Nachdem die Telekom vergangene Woche eine Gewinnsteigerung von 27 Prozent für 1998 veröffentlichte, stuft die Commerzbank die Aktie auf „Kaufen“.

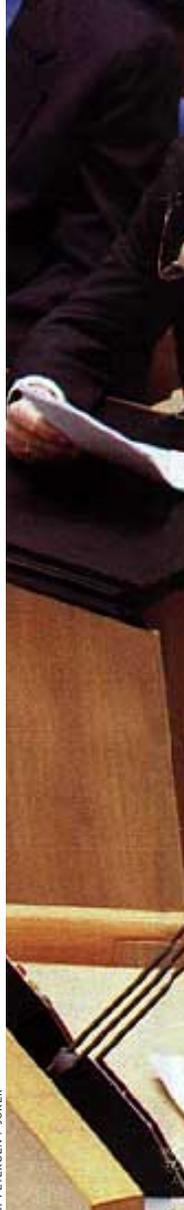
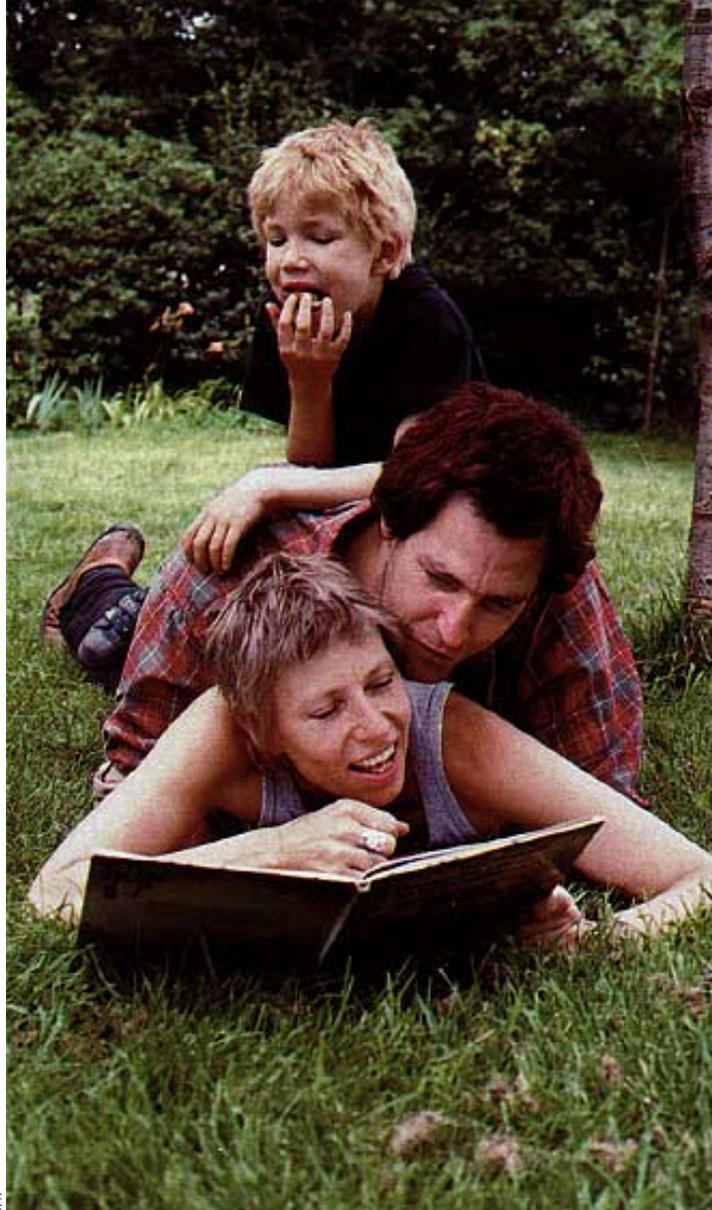
SPEKULANTEN

Verlorener Glanz

Prominente Börsen-Gurus haben reihenweise an Glanz verloren. So habe beispielsweise der milliardenschwere US-Spekulant Warren Buffett nur durch eine Großakquisition im Dezember den amerikanischen Aktienindex Standard & Poor's gerade noch schlagen können, höhnt die britische Wirtschaftszeitung „Financial Times“ über den „berühmtesten Investor der Welt“. Auch Finanzgurus wie Heiko Thieme lagen mit ihren Entscheidungen daneben. Der notorische Börsenoptimist, 1997 noch einer der erfolgreichsten Fondsmanager in den USA mit einem Wertzuwachs von 72 Prozent für seinen American Heritage Fund, landete im vergangenen Jahr mit demselben Fonds spektakulär im Minus mit 61 Prozent Verlust. „Mein Fonds steht im Ranking entweder ganz oben oder ganz unten“, warnte Thieme. Nur wer bereit sei, Geld zu verlieren, solle bei ihm investieren, warb er mit dicken Lettern in US-Anzeigen.



Buffett



Verfassungsrichter*, Familie, Finanzminister Lafontaine mit Kanzler Schröder: „Eine Leistung, die auch im Interesse der Gemeinschaft liegt“

STEUERN

„Paukenschlag aus Karlsruhe“

Das Bundesverfassungsgericht bringt mit seinem jüngsten Urteil die Steuerpläne der rot-grünen Bundesregierung durcheinander. Finanzminister Lafontaine muß etliche Milliarden an die Familien zurückgeben. Profitieren werden vor allem Besserverdiener.

Der Kanzler ließ am Montag abend vergangener Woche für seine Gäste groß auffahren: vorneweg eine Tomatenkraftbrühe, dann Variationen von Fischen mit Wildreis und Rote-Bete-Salat, als Dessert schließlich Mocca Mousse.

Gerhard Schröder hatte elf Herren und fünf Damen in den Kanzlerbungalow geladen, den kompletten Ersten und Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts aus

Karlsruhe. Beim traditionellen Jahresessen plauschte die Runde über die großen und kleinen Fragen der Justiz, über die Politik der neuen Regierung – und am Rande auch darüber, daß in Karlsruhe Mittel knapp sind und Stellen gestrichen werden.

Nur eines erwähnten die Gäste mit keinem Wort: jene schriftlichen Beschlüsse, die sie am 10. November 1998 gefällt hatten, just dem Tag, an dem Schröder im Bundestag seine Regierungserklärung abgab. „Was blieb denen auch übrig?“ zeigt ein Kanzlerberater Verständnis. Erst am

Morgen nach dem Dinner wollten die Richter in den roten Roben ihre bahnbrechenden Urteile veröffentlichen: drei Entscheidungen, die die Republik bewegen.

„Revolutionär“ sei das, was da am Dienstag aus Karlsruhe drang, gestanden Familien- und Finanzpolitiker in Bonn; eine „Sensation“ vermeldete die „Süddeutsche Zeitung“; eine „Granaten-Entscheidung“ sah Friedrich Merz, stellvertretender Fraktionschef der CDU/CSU; und ein weiterer hochrangiger Unions-

* Karin Grasshoff, Präsidentin Jutta Limbach, Konrad Kruis.



und deren Anerkennung verlangt“

mann bekannte: „Wir sind heilfroh, daß das nicht mehr uns getroffen hat.“

Nicht einmal hundert Tage ist die Regierung Schröder im Amt, doch durch den juristischen Überraschungsschlag ist die Schonfrist endgültig vorbei. Unvermittelt kippten die Richter den rot-grünen Regenten ein Urteil vor die Tür, wie es härter kaum sein könnte, mit strikten Vorgaben, mit exakten Terminen, mit milliarden-schweren Folgen. Auf die knappen Staatskassen, fürchtet Grünen-Politiker Matthias Berninger, wirke das Urteil „wie eine kräftige Konjunkturdelle“.

Die neuen Amtsinhaber müssen nun ausbügeln, was ihre Vorgänger versäumt haben, die Regierung Kohl ebenso wie zuvor die sozial-liberale Koalition: Sie müssen den Familien ihre verfassungsgemäßen Rechte geben. Und damit mehr Geld.

Mehrere Kläger hatten sich eineinhalb Jahrzehnte durch die Instanzen gekämpft, sie fühlten sich als Eltern vom Staat gewaltig benachteiligt, weil Alleinerziehende die Kosten für die Betreuung ihres Nachwuchses, etwa Kindergartengebühren, pauschal von der Steuer abziehen dürfen, Ver-

heiratete hingegen nicht. Darüber hinaus gewährt der Staat bislang nur Alleinerziehenden einen Haushaltsfreibetrag, weil diese durch ein Kind viel stärker belastet seien. Die Kläger forderten gleiches Recht für alle – und bekamen es.

Schröder und seine Regierung müssen deshalb schon vom nächsten Jahr an auch Ehepaaren einen Familienfreibetrag einräumen. Und für den Fall, daß sich der Gesetzgeber nicht rührt, legten die Verfassungsrichter selbst die Sätze fest, die notfalls automatisch gelten: 4000 Mark für das erste, 2000 Mark für jedes weitere Kind.

Zwei Jahre später haben dann alle Eltern, nicht mehr nur Alleinerziehende, auch Anspruch auf den Haushaltsfreibetrag von weiteren 5616 Mark. Schließlich sei Kinderbetreuung, so argumentieren die Gralshüter aus Karlsruhe, „eine Leistung, die auch im Interesse der Gemeinschaft liegt und deren Anerkennung verlangt“.

Die Folgen für die Staatskasse sind gewaltig: Würde der Richterspruch komplett umgesetzt, kostet das Bund, Länder und Gemeinden 22,5 Milliarden Mark jährlich, errechnete das Finanzministerium.

Der bayerische Finanzminister Kurt Faltthauer geht sogar von 30 Milliarden bis 35 Milliarden Mark aus. Denn von den neuen Freibeträgen profitieren nur jene Ehepaare, die tatsächlich Steuern zahlten. Bezieher unterster Einkommen, die schon heute steuerfrei gestellt sind, müßten deshalb, so Faltthauer, direkte Zahlungen erhalten.

Den schlimmsten Fall kalkulierte Nordrhein-Westfalens Finanzminister Heinz Schleußer: rund 60 Milliarden Mark. Die wären fällig, wenn die Sozialdemokraten

die Ungleichbehandlung, die der Richterspruch mit sich bringt, ausgleichen wollten. Dann müßte der Staat allen Familien gleichhohe Staatszuschüsse zahlen – und die müßten sich an den Freibeträgen der Besserverdienenden orientieren. Eine solche Lösung wäre allerdings unbezahlbar.

Für Lafontaine ist nur ein schwacher Trost, daß ein Teil des Urteils ohne Folgen für seine Kasse bleibt: Das Kindergeld in den Jahren 1984, 1987 und 1988 war zu niedrig und damit verfassungswidrig. Der SPD-Finanzminister, Urheber der Kindergelderhöhung vom 1. Januar, sieht sich deshalb voll bestätigt: „Das ist ganz in unserem Sinne.“ Karlsruhe, so pflichtete ihm Familienministerin Christine Bergmann bei, „bestätigt unseren Kurs, bei der Familienförderung nicht an der Ehe, sondern bei den Kindern anzusetzen.“

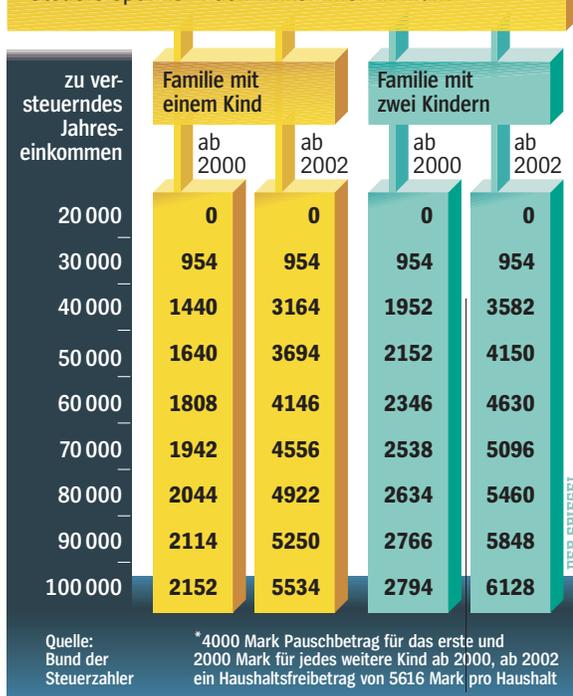
Doch Vorkämpfer für den Schutz der Familie haben da ihre Zweifel. „Der Zeitgeist will uns glauben machen, daß es um die Gleichstellung außerehelicher Lebensgemeinschaften gehe“, sagt Frauke Obländer, Sprecherin des Deutschen Familienverbands, „die Verfassungsrichter haben jetzt deutlich gemacht, um was es wirklich geht: die Gleichstellung der Ehe.“ Auch Jürgen Borchert, Familienrichter aus Darmstadt, glaubt: „Das Gericht wollte noch einmal die Verfassungsinstitution Ehe hochhalten.“ Im rot-grünen Koalitionsvertrag sei doch viel zu wenig von der Familie, oft hingegen von anderen Lebensformen die Rede. Borchert: „Deshalb ist das Urteil so hart ausgefallen.“

Gut möglich – auch wenn die Verfahren schon zu Kohl-Zeiten in Karlsruhe vorlagen. Paul Kirchhof jedenfalls, mächtvoller Berichterstatter im Zweiten Senat, hat an seinen festen Werten noch nie einen Zweifel gelassen. Der vierfache Vater, der seit Jahren die Steuerurteile des achtköpfigen Gremiums prägt (siehe Seite 86), sieht „die Familie als Grundlage der freiheitlichen Rechtsordnung“. Sie sei, verkündet er in Vorträgen, „unerlässlicher Ausgangspunkt für Individualität, persönliche Geborgenheit und Gemeinschaftsgebundenheit“.

Das Karlsruher Gericht konnte folglich nicht anders – wie schon so oft. Immer wieder zwangen die Richter in den roten Roben die Politik zum Handeln, weil sie Teile des Steuerrechts für verfassungswidrig hielten. Rücksicht auf die Staatsfinanzen nahmen sie dabei selten. 1957 erfanden sie das Ehegattensplitting. Durch Heirat dürfe den Eheleuten steuerlich kein Nachteil entstehen.

1982 hemmten die Karlsruher Richter den Zugriff des Fis-

Was bringt das Karlsruher Urteil Steuerersparnis* nach Einkommen in Mark





T. GREMME / DAS FOTODACHIV

Kindergarten (in Marl): „Es gibt viele Formen, sich zu ruinieren, eine davon ist die Entscheidung für eine mehrköpfige Familie“

kus auf das Einkommen Alleinerziehender. Diese durften fortan die Kosten für die Kinderbetreuung von der Steuer absetzen, und obendrauf kam noch ihr Haushaltsfreibetrag. Ironie dabei: Ausgerechnet diese einseitige Begünstigung der Alleinerziehenden bezeichnete das Gericht jetzt als falsch.

Es folgten aufsehenerregende Urteile zum Existenzminimum von Erwachsenen und Kindern (1992) und zur Vermögenssteuer (1995). Oft schlummerten die Klagen über Jahre, bis das Urteil unvermittelt über Bürger und Politiker hereinbrach.

Selbst die Kläger traf der plötzliche Richterspruch völlig unvorbereitet. Sieben Jahre lang lagen die Fälle in Karlsruhe, eine mündliche Verhandlung war nie geplant. Michael Böhlk-Lankes, 46, Rechtsanwalt und Steuerberater aus München, hatte zuletzt nicht mehr nachgefragt, wann mit dem schriftlichen Beschluß zu rechnen sei.

Bereits 1986 hatte er als junger Haushaltsvorstand am Küchentisch nachgerechnet, was Vater Staat seiner Familie zum Leben ließ. Kindergeld? Erziehungsgeld? Steuern? Überall stellte er fest: „Eigentlich müßte ich mich scheiden lassen, dann würde ich mehr bekommen“ – bis zu 3000 Mark im Jahr. Allein beim Ehegattensplitting hatte er einen Vorteil, zumindest theoretisch. Doch Ehefrau Gigi ging nach der Geburt von Tochter Tanja wieder arbeiten, erneuert Pech gehabt.

Böhlk-Lankes empfand das Ganze „als eine echte Schweinerei“. Deshalb legte er beim Finanzamt Miesbach gegen seinen Steuerbescheid von 1984 Einspruch ein. Das

war pikant: Böhlk-Lankes war damals stellvertretender Vorsteher ebenjenes Finanzamts. Kein Wunder, daß mancher ihm Querulantenium unterstellte.

Er hielt trotzdem durch. In der Freizeit formulierte er lange Schriftsätze, führte am Wochenende, damals noch ohne Computer, komplexe Vergleichsrechnungen durch. „Ich war mir das schuldig.“ Und so habe es ihn auch nicht gestört, daß die Vorgesetzten bei jeder Niederlage vor Gericht Schadenfreude zeigten: Das Finanzgericht München lehnte seine Klage 1989 ebenso ab wie 1991 der Bundesfinanzhof. Erst Kirch-

hof und Co. gaben ihm recht – und zwar weitaus stärker, als der Familienvater selbst es erwartet hatte.

Dabei ist die staatliche Förderung der Kinder keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Noch Konrad Adenauer bemerkte lapidar: „Kinder kriegen die Leute sowieso.“ Erst nach einer heftigen Kontroverse gab es von 1955 an überhaupt Kindergeld. Gezahlt wurden 25 Mark monatlich – und auch erst ab dem dritten Kind. Nach dem Krieg hatten die Alliierten die Kinderbeihilfen, die seit 1935 ab dem fünften, seit 1941 ab dem dritten Kind galten,

gestrichen. Für die Besatzer waren sie ein Teil der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik.

In der Bundesrepublik wurde das Kindergeld auch fürs erste Kind erst 1975 eingeführt, die Beträge schwankten immer wieder. Auch bei den Kinderfreibeträgen ging es munter hin und her. Anfangs wurden diese Steuererleichterungen als Alternative zum Kindergeld kräftig angehoben, in den siebziger Jahren dann zeitweise gestrichen – mit der allgemeinen Einkommensentwicklung hielten sie jedoch nie mit.

Seit jeher streiten Soziologen, Familienpolitiker und Finanzexperten darüber, ob – und wenn ja: wie sehr – Familien mit Kindern benachteiligt werden. Bereits im 19. Jahrhundert spottete der Ökonom Friedrich List: Wer in Deutschland Schweine züchte, sei aus ökonomischer Sicht ein produktives Mitglied der Gesellschaft, wer Kinder erziehe, ein unproduktives.

Heutzutage urteilen Familienforscher wie Christian Leipert vom Institut für Sozialökologie ähnlich

Teure Familie

Was die Erziehung und Versorgung von zwei Kindern kostet, und wie sich der Staat daran beteiligt

MUSTERRECHNUNG

Ein Angestellten-Ehepaar – die Frau ist Kindergärtnerin – versorgt und erzieht zwei Kinder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. Das erste Kind wurde 1983, das zweite 1985 geboren. Die Frau verzichtet während der Zeiten der Kinderbetreuung auf Einkommen.

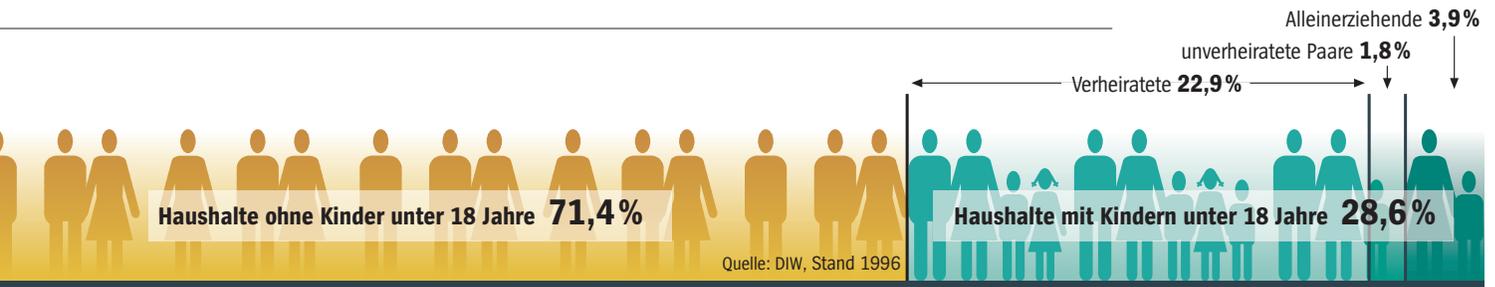
Angaben in Mark



Einkommensverlust der Frau durch Kinderbetreuung	588 000
+ Lebenshaltungskosten für die Kinder	303 000
= Kosten für Kinder	891 000
– Staatliche Beteiligung*	197 500
TATSÄCHLICHE BELASTUNG	693 500

DER SPIEGEL

* Kindergeld, Erziehungsgeld, Steuerfreibeträge, Beitragsbefreiung von der Krankenversicherung
Quelle: Fünfter Familienbericht



weil zahlten ihre Kinder Monat für Monat rund 8500 Mark in die Rentenversicherung. Herzog verlangte von Bonn, Kindererziehung stärker zu berücksichtigen und „ganz erheblich umzusteuern“.

Schöne Worte, denen kaum Taten folgten. In ihrem Familienbericht hielt die Bun-

desregierung zwar salbungsvoll den Wert der Familie hoch, auch sonst gaben sich die Unionschristen gern als prädestinierte Hüter aller Familienwerte – in der Praxis aber tat sich wenig.

Seit dem Trümmerfrauen-Urteil, klagt Siegfried Stresing, Geschäftsführer des Landesfamilienrates Baden-Württemberg, „ist so gut wie nichts passiert“. Deshalb hat nun auch der fünffache Vater einen juristischen Feldzug gegen die Rentenversicherung angestrengt. Derzeit brütet die zweite Instanz, das Landessozialgericht in Stuttgart, über seiner Klage. Stresings Ziel ist klar: Karlsruhe.

Er will „aus diesem falschen System ganz aussteigen“. Die Rentenversicherung, schimpft er, „ist nicht solidarisch, weil sie diejenigen mit geringerer Leistungsfähigkeit viel stärker belastet als die anderen“. Doch wie läßt sich dies ändern, gerade im Sinne der Familien? Sollen Singles, quasi als Strafe für mangelnde Zeugungslust, höhere Beiträge zahlen?

Im vergangenen Sommer erregte der Chef der HypoVereinsbank, Albrecht Schmidt, die Gemüter, als er vorschlug, nur jenen Bürgern die volle Rente ausbezahlen, die mindestens zwei Kinder haben. Der Großbanker beschwor „die Pflicht zum Kind“. Kinderlosen sollte die Rente hingegen halbiert werden.

Ob dies wirklich den gewünschten Effekt hat, erscheint zweifelhaft. Viele Ökonomen glauben eher, daß das ganze soziale Netz

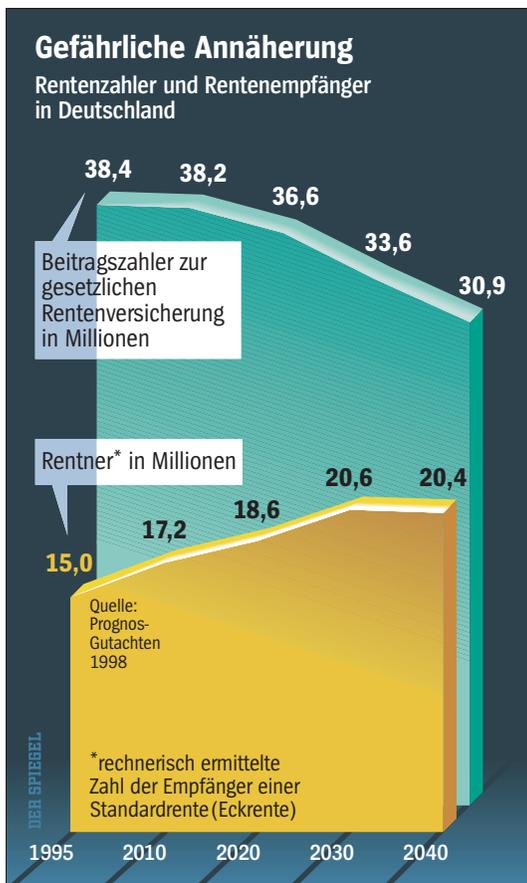
falsch gestrickt ist. Der Generationenvertrag, aber auch andere staatliche Leistungen verführten gerade dazu, immer weniger Kinder zu zeugen. In der Tat: Früher sorgten die Kinder für die Eltern im Alter, je mehr, je besser. Angesichts vielfältiger Absicherung ist diese Form der Vorsorge heutzutage obsolet. Wirtschaftliches Kalkül, glaubt der amerikanische Nobelpreisträger und Familienökonom Gary Becker, sei „auf jedes Verhalten anwendbar“, auch auf den Fortpflanzungstrieb.

Der „Paukenschlag aus Karlsruhe“ (Borchert) setzt nun wieder eine neue Verteilungsdebatte in Gang. Es geht darum, wer für wen die Lasten in der Gesellschaft zu tragen hat: die Alten? Die Kinderlosen? Die Wirtschaft? Die Reichen?

Deshalb sei es mit hektischer Flickschusterei nicht getan, mahnt Grünen-Politiker Berninger: „Erst einmal muß klar sein, welche Verteilung wir grundsätzlich wollen, danach können wir uns überlegen, wie wir das Urteil umsetzen.“

Noch jedenfalls dominiert bei den Koalitionären Ratlosigkeit. Niemand weiß, wie die Vorgaben aus Karlsruhe zu erfüllen sind. Die Steuerreform, die 2002 eine Entlastung von 15 Milliarden Mark bringen soll, erscheint plötzlich nicht mehr bezahlbar. Und so kam es, wie es kommen mußte. Kurz nach Veröffentlichung des Urteils setzte reflexartig eine Diskussion ein, ob nicht vielleicht doch eine Steuererhöhung aus der Klemme helfen könnte.

Uta Tietze-Stecher, Haushaltsexpertin der SPD, schlug vor, die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt zu erhöhen. Das brächte rund 15 Milliarden Mark. Heide Simonis, Ministerpräsidentin von Schles-



Wildern in der Politik

In ihrem Steuer-Urteil machen die Karlsruher Verfassungsrichter dem Bonner Parlament bindende Vorschriften.

Der Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof spricht gern von den Zeiten, da so ein Gericht wie seins noch nicht existierte: In Preußen gab es statt dessen Friedrich den Großen, der mit dem Lehrsatz in die Steuerrechtsgeschichte einging, es sei nicht gerecht, wenn der Bürger die Hälfte seines Einkommens an den Souverän abgeben müsse.

„Damals“, sagt Paul Kirchhof, 55, habe noch „die Staatsklugheit ein Gleichmaß der Besteuerung“ gefordert und „ein Übermaß“ verboten. Ja, damals.

Heute, kein König mehr, liegt die Staatsklugheit beim kleinen, aber gefürchteten Souverän Paul Kirchhof und bei seinen Kollegen vom Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts. Unter dem Rubrum „Steuerverfassungsrecht“ schreiben sie, wie weiland Preußens Friedrich, dem Parlament vor, was es zu beschließen habe.

Kirchhofs Entschlossenheit, seinem Scharfsinn und seiner Eloquenz ist es zu verdanken, daß der Zweite Senat mittlerweile in dem Ruf steht, er sei der Gesetzgeber des Gesetzgebers.

Ob es um die Besteuerung von Zins-einnahmen ging, um das steuerfreie Existenzminimum, um die Vermögensteuer: Richter Kirchhof begnügte sich in den von ihm verfaßten Urteilen nie damit, ein Gesetz als verfassungswidrig oder nichtig zu brandmarken. Stets verteilte er Hausaufgaben ans Parlament, gelegentlich dichtete er auch gleich Gesetzestexte in seine Urteile hinein.

Diesmal hat er über das Steuerrecht der Familien entschieden und damit über rund 22 Milliarden Mark aus dem Bundeshaushalt. Rüdiger Zuck, Experte für Verfassungsprozeßrecht, ist auch fachlich empört: „Das verfassungsrechtliche System gerät in Unordnung.“

Der Unmut der Kollegen schwelte schon länger. Als der Zweite Senat den alten Friedrich-Grundsatz in seinem Vermögensteuerurteil 1995 zu Verfassungsrecht erhob und vorgab, aus dem Grundgesetz die maximale Steuerquote von rund 50 Prozent herauslesen zu

können, platzte der – mittlerweile ausgeschiedene – Richterkollege Ernst-Wolfgang Böckenförde heraus: Das Gericht, das solchen Ideen folge, „etabliert sich gegenüber dem Gesetzgeber als autoritativer Praeceptor“.

Traditionell gehörte es zum guten Stil, daß die Karlsruher Bonner Gesetze zwar für verfassungswidrig erklärten, dem Gesetzgeber aber dann ein paar Jahre Zeit ließen, die für nötig befundenen Reparaturarbeiten durchzuführen. Diesmal aber wird gleich vollstreckt.

Der jüngste Beschluß schreibt dem Gesetzgeber nicht nur auf die Mark genau vor, wie er bei der Familienbesteuerung zu rechnen hat. Erstmals konstruiert Karlsruhe auch einen raffinierten Mechanismus, die Bonner binnen kürzester Frist im Fall der Zuwiderhandlung zu quälen: Freibeträge ergeben sich nach den Karlsruher Vorgaben schon Ende dieses Jahres auch ohne gesetzgeberische Hilfe. Jeder Steuerbürger kann dann mit dem eigenen Taschenrechner Gerechtigkeit für sich und seine Kinder schaffen.

Ein bißchen mehr Zurückhaltung? Das Gericht könne nun mal keine Truppen schicken, wenn seine Sprüche nicht befolgt werden, konstatierte einsichtsvoll der einstige Verfassungsgerichtspräsident Roman Herzog. Es sei darauf angewiesen, daß seine Urteile über die Verfassungswidrigkeit von Gesetzen auch so Eindruck machten.

Allzuoft freilich hat sich der Gesetzgeber, so ist er halt, über die Karlsruher Vorgaben hinweggesetzt. Das war bei der Parteienfinanzierung so und auch bei der Steuergerechtigkeit. Was mit den Verantwortlichen für solchen Verfassungsbruch zu geschehen hat, sollten jedoch eigentlich die Wähler entscheiden.

Statt dessen macht sich das Bundesverfassungsgericht selbst zum Souverän.

Dürfen die das? „Der Vorwurf der richterlichen Wilderei in den Gefilden der Politik“, sagt Kirchhofs Chefin Jutta Limbach, werde gern von denen erhoben, die in Karlsruhe verloren haben.

Die Vorwürfe halten sich diesmal in engen Grenzen, weil es scheinbar nur Gewinner gibt. Wer freut sich denn nicht über Steuererleichterungen?

Und so war es oft. Die Karlsruher Weisheit, die häufig zu vernünftigen Entscheidungen führte, ließ die Frage, ob da eine Institution ihre Kompetenzen überschreite, zweitrangig erscheinen. Daß das Grundgesetz zur Erfolgsgeschichte wurde, daß die Grundlagen der Demokratie – nicht zuletzt die Pressefreiheit – vor Bonner Attacken geschützt wurden, all das verdanken wir den Richtern in Karlsruhe.

Und das ist für die Politik manchmal ziemlich peinlich. Was ist das für eine Regierung, die selbst außenpolitische Probleme wie den Out-of-area-Einsatz der Bundeswehr in Bosnien 1994 von Juristen entscheiden läßt? Was ist das für eine Familienpolitik, die sich jeden Schritt von Karlsruhe vorschreiben läßt, wobei die verantwortlichen Minister sagen, sie hätten das ja eigentlich sowieso gewollt?

Die Karlsruher Selbstgerechtigkeit ist nicht zufällig gewachsen. Aber sie geht schon deshalb am Grundgesetz vorbei, weil Richter, anders als Politiker, für ihr Tun nicht haften müssen. Der Rechtsgelehrte Paul Kirchhof darf nicht im Ernst Familienpolitik machen. Und auch die Verwendung von 22 Milliarden Mark aus dem Staatshaushalt kann er nicht verantworten.

„Ich habe schon einen Hang, etwas bewegen zu wollen“, sagt der Verfassungsrichter. Er wäre besser gleich Politiker geworden. THOMAS DARNSTÄDT



Richter Kirchhof



Bundestag in Bonn

Hausaufgaben von den Richtern



FOTOS: F. OSSENBRINK

Familienvater Lafontaine

„Das ist ganz in unserem Sinne“

wig-Holstein, riet zur Vermögensteuer, andere zur Mineralölsteuer.

Die Vorschläge stießen auf Mißfallen beim Finanzminister. Lafontaine riet zum Maßhalten: „Die Konjunktur gibt derzeit kein Signal für Steuererhöhungen.“ Und auch dem Vorschlag seiner Familienministerin, das fehlende Geld durch die Einschränkung des Ehegattensplittings aufzutreiben, begegnete er mit deutlicher Reserve. „Da wäre ich ganz vorsichtig.“

Die Scheu ist berechtigt. Verfassungsrichter Kirchhof wird nachgesagt, er halte schon die gemäßigte Beschneidung des Splittings in der Steuerreform für verfassungswidrig. Kirchhof geht zwar in den Ruhestand. Aber ob seine Kollegen das anders sehen, ist zweifelhaft.

Nachdem der erste Schreck verfliegen war, beschlossen die Koalitionäre erst einmal, alles beim alten zu lassen. Den Fahrplan für die Steuerreform wollen sie sich nicht durcheinanderbringen lassen; auch die Wirtschaft soll nicht stärker bluten. Nur das gekappte Ehegattensplitting haben sie aus dem Reformwerk ausgekoppelt. Es soll jetzt mit der Familienbesteuerung reformiert werden.

Der Regierung geht es vor allem um Schadensbegrenzung. Finanzstaatssekretärin Barbara Hendricks glaubt, daß die Verfassungsrichter der Regierung durchaus Spielraum gelassen haben. Die im Urteil vorgegebenen Größenordnungen seien keineswegs strikte Richtgrößen. „Die gelten nur,



Kindergeldempfänger Schröder: Nichts geht

wenn der Gesetzgeber untätig bleibt. Werden wir aber aktiv, ist die Höhe der Freibeträge nicht vorbestimmt.“

So ließen sich die Kosten des Richterspruchs etwas eindämmen. Teuer wird es so oder so: Kombiniere eine Familie mit zwei Kindern künftig alle vom Verfassungsgericht genannten Freibeträge, so müßte sie erst ab einem Einkommen von 58 000 Mark Steuern zahlen, fürchtet Hendricks. „Das kann kein Staat aushalten.“

Auch Christine Scheel, die grüne Vorsitzende des Finanzausschusses, glaubt angesichts der Vorgaben aus Karlsruhe: „Wir haben nur ganz geringen Spielraum.“

Denn die Freibeträge müssen wenigstens in der Nähe der tatsächlich anfallenden Kosten für die Kinderbetreuung liegen. Erste Rechnungen im Finanzministerium haben ergeben, daß die Karlsruher Ansätze ziemlich realistisch sind. Nur ein Beispiel: Ein Kindergartenplatz kostet rund 300 Mark monatlich, macht im Jahr 3600 Mark.

„Wir werden alle schon bestehenden steuerlichen Leistungen für die Familien

auf den Prüfstand stellen“, kündigt Scheel an. Vielleicht finde sich die eine oder andere Leistung, die in den neuen Freibeträgen aufgehen könnte.

Resigniert erkennt die neue Riege, daß Kirchhof und Co. ihnen eine Steuerpolitik aufzwingt, die sie eigentlich vermeiden wollte. Statt unteren und mittleren Einkommen muß sie nun vor allem Höherverdienern geben. Denn die profitieren, weil sie einem höheren Steuersatz unterliegen, von den Freibeträgen deutlich stärker; ihre Steuerersparnis steigt mit dem Einkommen. Die Alternative, gleiches Kindergeld für alle, ließe sich nicht bezahlen. So muß der stets für Gleichheit streitende Finanzminister Lafontaine gegen seine Überzeugungen antreten. Den Vorteil darf er nicht mal für absolute Topverdiener beschneiden – das schließt das Urteil ausdrücklich aus. „Die haben uns ganz schön eingemauert“, so ein Lafontaine-Mitarbeiter.

Bis zum Sommer soll alles geklärt sein, noch vor dem Berlin-Umzug will die Regierung das Gesetz im Bundestag einbringen. Noch dringlicher könnte für Lafontaine und seine Finanzminister-Kollegen aber schon bald eine andere Frage werden, über die Finanzexperten und Millionen Steuerbürger rätseln: Gelten die Vorgaben auch für die Vergangenheit? Müssen Millionen von Steuerverfahren neu aufgerollt werden?

Die Opposition ist sich da ziemlich sicher. Friedrich Merz, Lafontaines finanzpolitischer Gegenspieler, empfahl den Familien vorige Woche, ab sofort in allen Steuererklärungen die Freibeträge anzusetzen, auch in jenen für 1997 und 1998.

Noch Böseres schwant dem bayerischen Finanzminister Falthäuser. Womöglich seien selbst alte Steuererklärungen bis hinein in die achtziger Jahre anfechtbar – soweit sie nämlich einen „Vorläufigkeitsvermerk“ enthalten. Bei Selbständigen und Freiberuflern ist das regelmäßig der Fall. Allein in Bayern könnten dann 13 Millionen „vorläufige“ Bescheide aus den Jahren 1986 bis 1997 kippen.

Staatssekretärin Hendricks warnt vor Panikmache: „Das ist nicht richtig.“ Nur für die Kläger habe Karlsruhe die Klärung der Frage an den Bundesfinanzhof überwiesen.

Familienvater Böhlk-Lankes bezweifelt das: „Nach diesem Beschluß kann doch auch jeder andere, der eine offene Steuererklärung hat, bis nach Karlsruhe gehen.“ Der Regierung bliebe nichts anderes übrig, als auch für die Vergangenheit zu regeln, was an die Familien zurückfließen muß. „Ansonsten“, warnt der Sieger der vergangenen Woche, „macht die Politik da einen irren Fehler.“

CHRISTIAN REIERMANN, ULRICH SCHÄFER



H.-G. OED

Werbeseite

Werbeseite

AUTOINDUSTRIE

Auf dem Hinterteil

Am Smart hat Daimler-Chrysler wenig Freude: Nach einer Serie von Pannen muß das Auto erneut überarbeitet werden.

Hilmar Kopper ist glücklich mit seinem, Helmut Werner ebenfalls. Der Aufsichtsratsvorsitzende von Daimler-Chrysler und der ehemalige Mercedes-Chef sind, zumindest beim Zweitwagen, umgestiegen: Statt schwerer S-Klasse fahren die beiden Top-Manager kurze Strecken im kleinen bunten Smart.

Dem Hersteller, der Daimler-Tochter MCC, aber macht der Kleinwagen wenig Spaß. Er ist eine ständige Quelle von Pannen und Ärgernissen. Und jetzt muß der Smart, der wegen Problemen beim Elchtest bereits ein halbes Jahr verspätet auf den Markt kam, erneut überarbeitet werden. Schweizer Autotester von der „Automobil Revue“ kamen zu dem Schluß: „Auf Schnee und Eis stellt der Smart ein Sicherheitsrisiko dar.“

Bei Fahrversuchen auf vereistem und verschneitem Gelände breche „das Heck vehement aus, und der Smart dreht gewis-



R. STEFFENS / AUTO BILD

Smart-Unfall

Als hätten sich böse Geister verschworen

sermaßen eine geschlenzte Pirouette, bei der der Fahrer trotz heftiger Lenkradkurbelei nur noch Passagier ist“. Schlimm für den Smart: Der ebenfalls geprüfte Nissan Micra und die Mercedes A-Klasse bestanden den Test.

Als hätten sich alle bösen Geister gegen den Smart verschworen, ging auch noch ein Foto durch die Medien, das den Kleinwagen in einer höchst kuriosen Stellung zeigt: Er sitzt auf dem Hinterteil wie ein kleiner Elefant im Zirkus und schaut mit der Schnauze in den Himmel. Dieser Unfall hat kaum etwas mit der jetzt von

Schweizer Autotestern festgestellten Schwäche zu tun. Der Wagen kam so leicht ins Schleudern, weil er mit Sommerreifen ausgestattet war. Doch das Bild wurde zum Symbol für die Anfälligkeit des Smart.

„Es ist schier zum Verzweifeln“, sagt Jürgen Hubbert, der im Vorstand für die Marken Mercedes-Benz und Smart verantwortlich ist. Hubbert hat mit dem Aufbau der ersten Daimler-Fabrik im Ausland (Tuscaloosa/US-Staat Alabama) und mit der neuen M- und E-Klasse die Stuttgarter einerseits auf Erfolgskurs gebracht: Mercedes fährt Rekordgewinne ein und hängt mit einem Marktanteil von 10 Prozent in Deutschland die Rivalen BMW (6,2 Prozent) und Audi (6,5 Prozent) deutlich ab. Doch Hubbert und Vertriebsvorstand Dieter Zetsche sind andererseits auch verantwortlich für den Smart.

Der Kleinwagen war das mutigste Automobilprojekt in der jüngeren Geschichte. Alles sollte anders sein: Mercedes gründete zusammen mit dem Uhren-Guru Nicolas Hayek ein

neues Unternehmen, errichtete eine Fabrik im lothringischen Hambach, die die Produktionsmethoden revolutionieren sollte, entwickelte ein neues Auto, baute die Marke Smart und ein eigenes Vertriebsnetz auf.

Das war offenbar zuviel auf einmal. Probleme gab es in der Fabrik, in der das Auto in der Weltrekordzeit von nur viereinhalb Stunden montiert wird. Einige der direkt angesiedelten Zulieferer, die einen großen Teil der Vormontage erledigen, konnten nicht in der nötigen Qualität liefern.

Schwierigkeiten gibt es mit den Händlern, von denen nur ein Teil vorher im Autogeschäft aktiv war. Auch ehemalige Bäckereibesitzer und Betreiber von Schnellimbissen investierten zwei bis acht Millionen Mark für ein Smart-Center. Der erste gab bereits auf, mindestens ein weiterer sucht ebenfalls einen Nachfolger, weil das Geschäft zäher läuft als geplant.

Probleme bereitet auch das neue Computersystem, das die Händler direkt mit der Fabrik verbindet. Mitunter konnten fertige Autos nicht ausgeliefert werden, weil der Computer die Fahrzeugbriefe nicht ausstellte.

Und mehr als schwierig waren schließlich die Debatten mit dem Mitgesellschafter Hayek, bis Daimler-Chrysler ihm seine Anteile abkaufte. Der kreative, aber eigenwillige Hayek wollte beispielsweise kaum Geld in die Werbung investieren. Der Smart, so seine Überzeugung, verkaufe sich von selbst.

Daimler-Chrysler-Vorstand Hubbert ließ sich von all den Problemen nicht bremsen, und er läßt den Smart auch jetzt noch mal nachbessern. Das elektronische Steuerungssystem „Trust“, das die Kippgefahr beim Smart verhindern soll, wird weiterentwickelt und ergänzt, damit es künftig auch die Schleudergefahr bannt.

Die zweite Nachbesserung ist ärgerlich. Viele Kunden haben Daimler die ersten Pannen mit A-Klasse und Smart verziehen. Das Eingeständnis von Fehlern durch den einst überheblich wirkenden Konzern weckte bei manchen sogar Sympathien. Jetzt könnten aber Zweifel wachsen, ob der Einstieg ins Kleinwagengeschäft nicht ein strategischer Fehler war.

Hubbert mag dies nicht gelten lassen. „Wir kommen langsamer voran als erwartet“, sagt der Vorstand, „aber wir werden die Marke Smart etablieren.“ Schon bald soll es eine Smart-Familie geben. Ende des Jahres kommt eine Diesel-Version auf den Markt, die 3,4 Liter verbraucht, und im Jahr 2000 ein Cabrio. Auch ein etwas längerer Viersitzer und ein Sportflitzer sind in der Planung.

Immerhin: Eine Fahrerin läßt sich durch die neuen Pannen nicht schrecken. Patricia Wachtarczyk, die den geliehenen Smart so spektakulär aufs Hinterteil legte, will sich dennoch einen kaufen: „Er gefällt mir gut und macht Spaß.“

DIETMAR HAWRANEK



F. STARK / DAS FOTOGRAFIUM

Smart-Verkaufsturm (auf der IAA): Zäher als geplant

LÖHNE

Feuer in der Hütte

Den Tarifpartnern der Metallindustrie läuft die Zeit davon: Die Fronten sind verhärtet, es drohen Warnstreiks und Urabstimmung.

Gesucht wird eine Zahl: friedensfindend und wohlstandsmehrend, akzeptabel für alle und gerecht für den einzelnen.

Gleich an fünf Orten der Republik machten sich die Experten am vergangenen Freitag erneut an die Arbeit. Fündig wurde bisher keiner.

Seit vergangener Woche ist die Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie in der entscheidenden Phase. Doch die Zeichen stehen auf Sturm: In den kommenden Wochen drohen massive Warnstreiks und Urabstimmung.

Diesmal geht es um mehr als nur das übliche Prozent-Gefeilsche: Es geht um die Zukunft des Flächentarifvertrages und damit auch die künftigen Perspektiven der IG Metall und des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall.

Zudem könnte eine harte Auseinandersetzung mit massiven Streiks ausgerechnet die Bundesregierung in die Bredouille bringen, die sich die Gewerkschaften herbeigesehnt hatten. Das Bündnis für Arbeit, Kernprojekt in Kanzler Gerhard Schröders Reformplänen, würde ins Wanken geraten, bevor es überhaupt in Gang kommt.

Die Gefahr ist real. Unisono lehnten die fünf Bezirke, in denen Gesamtmetall sein erstes Angebot vorlegte, empört ab. IG-Metall-Chef Klaus Zwickel kanzelte die Offerte „als völlig unrealistisch“ ab.

Gesamtmetall will einen differenzierten Tarifabschluß. Die Arbeitgeber boten eine Lohnerhöhung von zwei Prozent an, die dauerhaft wirkt. Zugleich wollen sie eine Einmalzahlung von 0,5 Prozent mehr Lohn gewähren, die bei schlechter Lage im Unternehmen jedoch von Firmenleitung und Betriebsrat gemeinsam gesenkt oder ganz gestrichen werden kann. Damit könne auch jenes Drittel Betriebe leben, dem es derzeit schlechtgehe. Andernfalls befürchtet Gesamtmetall-Präsident Werner Stumpfe eine Flucht der Betriebe aus dem Verband: „Mit einem falschen Abschluß macht die IG Metall Tarifvertrag und Bündnis für Arbeit kaputt.“

Die Kluft scheint unüberbrückbar. Die IG Metall fordert weiterhin 6,5 Prozent mehr Lohn. Seit 1993, so die Argumentation der Metaller, seien die Unternehmensgewinne um 21 Prozent gestiegen und



Demonstrierende Metaller in Hamburg: Der Druck in den Betrieben ist immens



IG-Metaller Schartau

„Jenseits von Gut und Böse“

die Realeinkommen der Arbeitnehmer um 7 Prozent gesunken.

Doch vor allem stört die Gewerkschafter die Vorstellung, die Höhe der angebotenen Einmalzahlung an die Ertragssituation der Unternehmen zu koppeln. „Das läuft nicht“, sagt der baden-württembergische Bezirksleiter Berthold Huber.

Selbst besonnene Gewerkschaftsführer wie Harald Schartau empfinden das Angebot als Affront: „Damit kann ich meinen Leuten nicht kommen.“ Der nordrhein-westfälische Bezirkschef glaubt, daß die Arbeitgeber die Stimmung in den Betrieben unterschätzen, der Druck sei immens. Die guten Jahre für die Unternehmen haben Begehrlichkeiten der Belegschaften geweckt. Quer durch die Republik machen die Bezirksfürsten die gleiche Erfahrung in Betrieben: Die Leute wollen mehr Geld, und wenn sie dafür streiken müssen.

Bisher hat die IG Metall keinen Pilotbezirk ausgewählt, in dem der Abschluß gelingen soll. Viele Funktionäre bevorzugen Baden-Württemberg. Dort sitzen viele gutverdienende Unternehmen – und kampferprobte Gewerkschafter.

Wochenlang hatte sich Schartau, auch gegen Widerstände in der eigenen Organi-

sation, für einen schnellen Tarifabschluß in seinem Bezirk innerhalb der Friedenspflicht stark gemacht: Man könne nicht in Bonn am Bündnistisch sitzen, so seine Argumentation, und in den Tarifverhandlungen „gleichzeitig den Krieg erklären“.

Das Ziel scheint kaum erreichbar, denn schon am Donnerstag um Mitternacht endet die Friedenspflicht in den Betrieben. Wochenlang hatten die Arbeitgeber kein Angebot unterbreitet, nun müßten sie binnen weniger Tage einen neuen Vorschlag präsentieren, der von den Metallern als verhandelbar angesehen wird. „Das ist jenseits von Gut und Böse“, schimpft Schartau. „Wenn da nicht fundamental nachgebessert wird, ist Feuer in der Hütte.“

Ohne neue Signale starten von Freitag an bundesweit massive Warnstreiks. Noch im Februar wird in mindestens einem Tarifbezirk zur Urabstimmung aufgerufen, falls die Verhandlungen in den nächsten Wochen auf der Stelle treten.

Ein Splitting, also die Aufteilung in Lohnerhöhung und Einmalzahlung, ist für die IG Metall durchaus denkbar. Auch wenn keiner der führenden Gewerkschafter eine Zahl nennt, so strebt die Gewerkschaft in Wahrheit ein Gesamtvolumen von rund vier Prozent an. Selbst eine Ausnahmeregelung für notleidende Betriebe halten einige führende Metaller ebenfalls für denkbar – allerdings nur nach sehr strengen Vorgaben und mit Zustimmung der Tarifparteien.

Den Arbeitgebern ist das zu wenig. „Sind ertragsabhängige Komponenten nicht möglich“, sagt Stumpfe, „muß sich der Abschluß an der Leistungsfähigkeit der schwachen Betriebe orientieren.“

Die Metaller wollen ein schnelles Ergebnis – wenn es sein muß, auch mit kurzem, hartem Kampf. Der Stuttgarter Bezirksleiter Huber prophezeit: „Es gibt kein langes Gezocke.“

MARKUS DETTMER

KONZERNE

„Eine politische Branche“

Dasa-Chef Manfred Bischoff über die geplatzte Fusion mit British Aerospace und die schwierige Neuordnung der europäischen Luftfahrtindustrie



J. RÖTTGER / VISUM

Dasa-Chef Bischoff: „Wir sind keine Ausverkäufer der deutschen Interessen“

SPIEGEL: Herr Bischoff, die Fusion der Daimler-Chrysler-Tochter Dasa mit British Aerospace war so gut wie perfekt. Nun aber haben sich die Briten mit der englischen General-Electric-Tochter Marconi verbunden. Wurden Sie sitzengelassen oder reingelegt?

Bischoff: Weder noch. Wir streben den Zusammenschluß der großen europäischen Luft- und Raumfahrtunternehmen an. Das bedingt, daß sich zunächst die französische Aerospatiale, British Aerospace und die Dasa für die geplante übergreifende European Aerospace and Defence Company zusammenfinden. Unsere Verhandlung mit den Briten war der Versuch, einen ersten Schritt zu tun. Der war naheliegend, weil British Aerospace und wir eine privatwirtschaftliche Struktur haben. In Frankreich ist immer noch der Staat beteiligt.

SPIEGEL: Warum haben die Briten den Deal mit Ihnen platzen lassen?

Bischoff: Eine europäische Lösung setzt ein gleichgewichtiges industrielles Mitspracherecht aller Partner voraus, sonst geht es nicht. In unserer Industrie, die stark vom Staat als Auftraggeber abhängig ist, schon gleich gar nicht.

SPIEGEL: Und dieses Gleichgewicht haben die Briten Ihnen verweigert?

Bischoff: Ein Deal ist erst dann perfekt, wenn der Vertrag unterschrieben ist, und dazu kam es nicht. Der Knackpunkt lag nicht im ökonomischen Bereich. Wir hatten uns auf eine Verteilung der Anteile von 40 für Daimler-Chrysler und 60 für die Briten geeinigt. Es hakte schlicht an der Führungsfrage. Wenn es zwei Spitzenpositionen gibt, muß eine von uns besetzt werden. Für uns ist und bleibt eine gleichberechtigte industrielle Mitwirkung Voraussetzung für eine europäische Lösung. Wir sind keine Ausverkäufer der deutschen Interessen. Wir werden uns deshalb nicht unter die Dominanz eines anderen begeben.

SPIEGEL: Sind Sie von den Briten enttäuscht?

Bischoff: Nein, wir sind und bleiben Partner, die sich zum Beispiel bei Airbus oder beim Eurofighter immer wieder begegnen. Aber das Ziel, einen europäischen Zusammenschluß auf horizontaler Ebene zu erreichen, ist nun extrem schwierig geworden. British Aerospace erklärt zwar dauernd, den europäischen Weg weitergehen zu wollen. Aber nach ihrem Zusammengehen mit Marconi ist es jetzt eher unwahrscheinlich, daß sie uns oder andere als gleichberechtigte Partner akzeptieren werden.

SPIEGEL: Warum pochen Sie so auf Gleichberechtigung? Durch den Zusammenschluß von British Aerospace und Marconi entsteht ein Koloß mit über 30 Milliarden Mark Umsatz, und auf der anderen Seite stehen die sehr auf Vormacht bedachten Franzosen, die sich mit der Übernahme von Matra verstärken. Sie sind in diesem Trio mit 17 Milliarden Umsatz doch mit Abstand der Kleinste.

Bischoff: Das war noch nie anders. Die britische und die französische Luft- und Raumfahrtindustrie waren immer zwei- bis dreimal größer als die deutsche, von der wir aber über 80 Prozent darstellen. Aber eins ist auch klar: Eine wettbewerbsfähige europäische Struktur geht nicht ohne uns. Wir sitzen sehr zentral in Europa. Wir sind sowohl mit den Franzosen als auch mit den Engländern durch eine Vielzahl bestehender Programme und Kooperationen eng verknüpft. Ohne uns gibt es kein einheitliches europäisches Unternehmen. Dies bedingt unsere industriellen Mitgestaltungsrechte.

SPIEGEL: Sie wollen Gleichberechtigung, die Ihnen die anderen verweigern. Ist damit nicht eine europäische Gesellschaft auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben?

Bischoff: Das kann ich nicht ausschließen. Zumal jetzt das Risiko besteht, daß andere europäische Partner genauso wie wir eine transatlantische Alternative erwägen.

SPIEGEL: Wer käme denn da als Partner in Frage?

Bischoff: Es gibt in erster Linie drei Unternehmen, die in Frage kommen: Raytheon, Lockheed Martin, Northrop Grumman.

SPIEGEL: Wenn ein solches transatlantisches Bündnis zustande kommt, ist der Traum eines großen europäischen Luftfahrt- und Verteidigungskonzerns dann ausgeträumt?

Bischoff: Das ist politisch richtig.

SPIEGEL: Haben Sie nach Ihrem mißlungenen Ausflug auf die Insel schon Signale aus Frankreich bekommen? Nachdem auch der französische Konzern Thomson in England mit dem Versuch, Marconi zu kaufen, gescheitert ist, wäre doch eine Vereinigung der Düpierten denkbar.

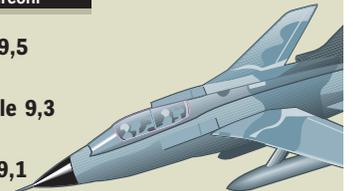
Rüstungsgiganten

Umsätze 1997 in Rüstung und Luftfahrt

in Milliarden Dollar

Boeing	45,1
Lockheed Martin	27,9
British Aerospace incl. GEC Marconi	20,1
Raytheon	9,5
Aerospatiale	9,3
Dasa	9,1

DER SPIEGEL





P. FRISCHMUTH / ARGUS

Airbus-Produktion in Hamburg: „Die Dasa könnte noch locker viele Jahre genauso bleiben, wie sie ist“

Bischoff: Wir sind nicht düpiert. Die Einbeziehung unserer französischen Partner war immer unser langfristiges Ziel. Wir haben daher in der ganzen Zeit, als wir mit den Briten sprachen, unsere französischen Partner nicht vernachlässigt. Es ist klar, daß diese Gespräche nun ein neues Momentum erhalten. Das merken wir zur Zeit ganz massiv.

SPIEGEL: Die Staatsbeteiligung an der französischen Aerospaciale stört Sie nicht mehr?

Bischoff: Wir haben immer gesagt: Eine Staatsbeteiligung ist selbst als Minderheit für uns nur als eine Übergangslösung akzeptabel. Auf Dauer nicht. Das gilt nach wie vor. Aber ich bin heute optimistischer als noch vor einigen Monaten, daß sich auf der französischen Seite die Dinge bewegen.

SPIEGEL: Frankreichs Premierminister Lionel Jospin hat vorgeschlagen, daß künftig Dasa und Franzosen voranmarschieren und dann als kräftiger Zweierverbund die Briten aufnehmen.

Bischoff: Das ist jetzt eine der denkbaren Möglichkeiten.

SPIEGEL: Und wenn daraus nichts wird, kann die Dasa dann allein überleben?

Bischoff: Die Dasa ist in einem hervorragenden Zustand. Wir haben das beste Jahr der Geschichte hinter uns. Die Dasa könnte noch locker viele Jahre genauso bleiben, wie sie ist.

SPIEGEL: Das sieht Ihr oberster Chef Jürgen Schrempp offenbar etwas anders. Sonst hätte er sich nicht in der heißen Phase der Verhandlungen mit den Briten selbst eingeschaltet.

Bischoff: Herr Schrempp und ich sind beide der Meinung, daß für den nachhaltigen

langfristigen Ausbau grenzübergreifende Strukturen besser sind als nationale. Aber wir stehen nicht unter Druck. Unsere Erträge können sich im Konzernvergleich durchaus sehen lassen.

SPIEGEL: Was wird jetzt aus dem Airbus? Aus dem losen Konsortium sollte schon in diesem Jahr ein schlagkräftiges Unternehmen werden.

Bischoff: Schlagkräftig sind wir schon jetzt – siehe unseren Markterfolg. Ich befürchte, daß die Entscheidung in England dazu führt, daß wir in nächster Zeit keine Fortschritte bei der Bildung eines einheitlichen Airbus-Unternehmens erwarten können.

SPIEGEL: Warum das?

Bischoff: Ich gehe davon aus, daß die französische Seite das schwergewichtige Pfand Airbus so lange nicht aus der Hand geben wird, bis sie absehen kann, in welche Richtung es mit der Luft- und Raumfahrtindustrie in Europa insgesamt läuft. Und das ist nach dem Alleingang der Briten ungewiß.

SPIEGEL: Sind damit auch die Pläne zum Bau des Großraumflugzeugs A3XX geplant? Die Regierungen wollen das Projekt nur dann unterstützen, wenn die Airbus-AG steht.

Bischoff: Selbstverständlich kommt dieser Supervogel. Aber unser Zeitplan ist schon deshalb durcheinandergeraten, weil die Märkte sich verändert haben. Bedarf an Großraumflugzeugen besteht vor allem in Asien, das gerade eine Wachstumsunterbrechung erlebt. Aber prinzipiell sehe ich nicht, daß die A3XX in irgendeiner Weise gefährdet wäre.

SPIEGEL: Sie wird also auch gebaut, wenn es die Airbus AG nicht geben wird?

Bischoff: Warten wir erst einmal ab, wie es aussieht, wenn die Marktlage die Einführung der A3XX erfordert.

SPIEGEL: Wann wird es Ihrer Meinung nach soweit sein?

Bischoff: Weil sich Marktbedingungen rasch ändern, gebe ich jetzt keine Prognose mehr ab.

SPIEGEL: Der französische Regierungschef Jospin gibt zur Luft- und Raumfahrtindustrie Erklärungen vor der französischen Nationalversammlung ab, der britische Premierminister Tony Blair äußert öffentlich Wünsche und telefoniert mit Bundeskanzler Gerhard Schröder. Geraten Sie jetzt unter politischen Handlungsdruck? Immerhin ist der Staat Ihr größter Abnehmer.

Bischoff: Wir sind ein privatwirtschaftliches Unternehmen und somit in unseren Entscheidungen frei. Aber natürlich ist die Luft- und Raumfahrtindustrie, insbesondere die Verteidigungsindustrie, eine sehr politische Branche. Das bedeutet: Solange eine Regierung ihr Hauptkunde ist, wird sie auf diesen Kunden Rücksicht nehmen müssen. Nur ist die Abhängigkeit nicht völlig einseitig. Wir sind bei bestimmten Gütern auch der einzige Hersteller und beschäftigen in Deutschland 46 000 Arbeitnehmer. Nein, bisher hat es auf uns keinerlei Druck gegeben.

SPIEGEL: Was wäre Manfred Bischoff heute, wenn der Zusammenschluß mit British Aerospace gelungen wäre?

Bischoff: Ich wäre der Luft- und Raumfahrt erhalten geblieben. Alles andere sind dumme Gerüchte.

INTERVIEW: DINAH DECKSTEIN, HEIKO MARTENS

Werbeseite

Werbeseite

ENTERTAINMENT

Wertvolle Marken

Ein erfolgreicher Unternehmer kauft sich bei namhaften Fußballvereinen ein. Er hofft auf das ganz große Geld.

Den Fernsehmarkt beobachtete Michael Kölmel, 44, schon recht genau, als er noch an der Göttinger Universität zum Doktor der Volkswirtschaft promovierte. Seine Analyse: Man muß den Sendern Produkte anbieten, die sie garantiert nicht selbst erstellen können – Kinofilme und Fußballspiele.

Seit der akademischen Erkenntnis vor 15 Jahren hat es Kölmel weit gebracht. Im Filmhandel machte er die Kinowelt Medien AG, deren Hauptaktionär er ist, mit Werken wie „Der Englische Patient“ zum gewichtigen Nischenanbieter. Börsenwert: 1,7 Milliarden Mark. Und nun will der Münchner Unternehmer, ganz nach Plan, auch das Fußballgeschäft aufrollen.

Innerhalb weniger Monate kaufte sich Kölmel in fünf namhafte Vereine ein, die durch Mißwirtschaft in die dritte oder vierte Spielklasse abgerutscht waren. 40 Millionen Mark sicherte er den verschuldeten Absteigern zu – und bekam als Gegenwert die Vermarktungs- und Fernsehrechte. Schaffen die Kölmel-Clubs Alemannia Aachen, Union Berlin, Dynamo Dresden, Rot-Weiß Essen und Waldhof Mannheim das Comeback und steigen in die Bundesliga auf, kassiert Kölmel tüchtig mit.

„Wir wollen Mannschaften, die einen großen Namen haben – selbst wenn sie ganz unten stehen“, sagt er im weiten Konferenzraum seiner Firma, gleich unter dem Dach einer ehemaligen Münchner Kaserne. Das seien wertvolle Marken, die viele Fans anziehen: „Ich glaube, das wird ein Hit.“

Und so will der Mann aus der Kinowelt, der nebenbei auch das Börsenblatt „Finanzen“ hochgebracht hat, nochmals über 50 Millionen Mark in das Ballgeschäft pumpen, um schließlich rund zehn Clubs zu betreuen. Das Geld stammt aus dem Verkauf von rund zehn Prozent der Kinowelt-Aktien: ein Deal, der ihm und seiner Familie 200 Millionen einbrachte.

Der Kinokönig ist der schrillste Spieler auf einem hartumkämpften Feld, auf dem sich Medienriesen, ausländische Großvermarkter und Finanzgruppen tummeln.

Mit Marketingaktionen, Lizenzprodukten wie Clubsignets auf Schals und vor allem TV-Sendungen lasse sich das ganz große Geld machen, glauben die Investoren. Ihre Vision: Aus Fußballstadien werden, mit Logen für gehobene Zielgruppen,

künftig Amüsierzentren – und aus muffigen Vereinen Unterhaltungsproduzenten, die sich an die Börse bringen lassen.

Vor allem ist es eine Spekulation auf das Ende eines TV-Monopols. Bislang nämlich hatten die Fußballverbände in Deutschland und Europa zentral mit den Sendern verhandelt, wer was zeigen darf. Doch das mißfällt dem Bundeskartellamt und der EU-Kommission. Immer mehr Spiele könnten daher künftig durch die Vereine selbst vermarktet werden – ein Milliardenmarkt.

Selbstbewußte Ballunternehmen wie Bayern München wollen das Geschäft allein machen. Der Rekordmeister plant ein

firma Göttinger Gruppe beim Zweitligisten Tennis Borussia Berlin ran.

Die Konkurrenz brachte es nur zu Teilrechten. So darf die Agentur ISPR des Münchner Medienunternehmers Leo Kirch und des Axel Springer Verlags etwa Werder Bremen und Schalke 04 ins Fernsehen bringen, ARD und ZDF sicherten sich MSV Duisburg. Und der US-Marketingriese IMG hofft, über eine Allianz mit einem Spielervermittler bei Vereinen zu landen.

In dem Kampf sieht sich Kölmel („Ich bin neutral“) als unabhängiger Freund der Clubs. Dabei wird er in der Branche schon jetzt zum Kirch-Umfeld gezählt. Wenige

Wochen vor seiner Premiere bei Union Berlin etwa druckte die Berlin-Ausgabe von „Bild“: „Kirch steigt ein“. Der Clubpräsident verbreitete, Kirch werde „langfristig mit uns zusammenarbeiten“. Doch dann kam Kölmel, offiziell nur ein guter Geschäftspartner des bayerischen Fernsehmächtigen, von dem er umfangreiche Video- und Bildplattenrechte an wertvollen Filmklassikern wie „La Strada“ übernahm.

Sein neues Betätigungsfeld geht Kölmel mit Fünf-Jahres-Plänen an. Der sportliche Berater, Ex-Profi Uwe Fuchs, hält Kontakt zu den Vereinen. Dessen Vater trainiert Union Berlin, der Onkel Alemannia Aachen.

Über die Verpflichtung einzelner Stars sowie eine gezielte Nachwuchsarbeit in eigenen Fußballinternaten sollen sich die geförderten Unternehmen nach oben spielen. Die Offensive kann Finanzprofi Kölmel in jedem Verein als Großgesellschafter der jeweiligen Marketingtochter kontrollieren – die hält alle Rechte und deckt Verluste ab.

In seiner Fußballwelt plant er zudem eine eigene Produktionsfirma zur Übertragung der Spiele. Und das lukrative Geschäft mit den Fanartikeln soll über den Marktführer Brameier laufen, an dem sich Kinowelt mit 50 Prozent beteiligt hat.

Kölmel, der sich als „strategischer Investor, nicht als Unternehmenshändler“ begreift, will zum Höhepunkt Kasse machen. Der Kinowelt Medien AG räumte er eine Option ein, die neue Münchner Soccer Beteiligungs GmbH zu übernehmen, in der alle Fußballaktivitäten gebündelt werden.

„Wir bauen eine komplette Infrastruktur auf“, erklärt Kölmel. Das sei, wenn es klappt, „eine Partnerschaft auf Ewigkeit“.

HANS-JÜRGEN JAKOBS



Fußballfan Kölmel: „Ich glaube, das wird ein Hit“

eigenes Bayern-TV – nach dem Vorbild von Real Madrid, das im spanischen Digitalfernsehen selbst seinen Trainingsbetrieb überträgt. Die meisten der oft dilettantisch geführten Clubs brauchen jedoch Hilfe.

Als erster stellte sich der Medienkonzern Bertelsmann auf die neue Zeit ein. Über die Tochter Ufa Sports pöppelt er mit Millionenbeträgen die Erstliga-Clubs Hertha BSC Berlin, Hamburger SV und 1. FC Nürnberg auf. Der Lohn der Bertelsmänner, deren Expertentrupps in den Vereinen das Marketing übernommen haben: sämtliche Rechte. „Das ist ein riskantes Geschäft, das sich nur rechnet, wenn einer der Clubs international mitspielen kann“, so Rainer Hüther, Chef des Deutschen Sport-Fernsehens. Ähnlich forsch ging bisher nur die windige Finanz-

Werbeseite

Werbeseite

PUB-KULTUR

Wo Madonna einkehrt

Im Londoner Nachtleben herrschen strenge Regeln: etwa das Glockenbimmeln, das Pub-Besucher rechtzeitig vor 23 Uhr an die Theke ruft, auf daß sie dort schnell einen letzten Drink kippen – oder die Kleiderordnung in vielen Diskotheken („No Caps, No Trainers“). Jetzt steht Einheimischen und London-Besuchern beim Kneipenzug ein Pub-Führer zur Verfügung, in dem allerlei Vorschriften sowie die zu erwartenden Trinkgenossen im Detail beschrieben werden. Ein 15köpfiges Team aus Journalisten, Schriftstellern, TV-Moderatoren (alle zwischen 25 und 35 Jahre alt) hat sich für „Who Drinks Where“ (Black Book) fünf Monate lang durch mehr als 500 Bars gesumpft und diese auf schöne Menschen, Geld, Stars und Flirt-Chancen geprüft. Eine Bar, die von Supermodels besucht



Pharmacy-Bar in London

wird, erhielt fünf Beauty-Sterne, fünf Pfund-Zeichen weisen auf Adlige, Popstars und Ölbarone als Stammgäste. Eine Liste potentiell anwesender VIPs wird mitgeliefert. In der Pharmacy-Bar (Notting Hill) trinken demnach Damien Hirst, Robbie Williams, Madonna und Jack Nicholson, während Robert De Niro,

Steven Spielberg, Liam Gallagher und Alexander McQueen das Saint (Central London) vorziehen. Die Wahrscheinlichkeit, einen Tresenplatz neben Madonna zu ergattern, ist dennoch gering. In vielen der getesteten Bars werden selbst Stars unbekannter Soaps sofort in bewachte VIP-Lounges eskortiert.

BERUFE

„Ich bin gern penetrant“

Die Hamburgerin Silvia Dahlheimer, 50, über ihren neuen Job als Sachensucherin

SPIEGEL: Ihre Profession ist das Finden ungewöhnlicher Gegenstände. Wie sind Sie auf diesen Beruf gestoßen?

Dahlheimer: Ich habe ihn sozusagen erfunden. Ich war lange Chefsekretärin und mußte für Geburtstage im Unternehmen immer mal wieder skurrile Geschenke besorgen. Auch meine Freunde fanden, ich hätte eine gute Spürnase. Irgendwann dachte ich: Wieso nicht Geld daraus machen? Also habe ich vor drei Monaten mein Such-Gewerbe angemeldet.

SPIEGEL: Kann man sich heute nicht jeden Wunsch selbst erfüllen? Wozu gibt es Fachgeschäfte?

Dahlheimer: Sie ahnen ja nicht, wonach die

Leute mich fragen. Kürzlich wollte jemand einen spanischen Stierkopf, andere brauchten für eine Titanic-Ausstellung ein Funkgerät aus dem Jahre 1912. Und neulich verlangte es jemanden nach speziellem Papier für technische Zeichnungen, so wie man es um die Jahrhundertwende herstellte.

SPIEGEL: Und Sie mußten passen?

Dahlheimer: Ich muß nie passen – fast nie. Ich habe ein ziemlich solides historisches Wissen, viele Freunde im In- und Ausland – und dann hilft das Internet.

SPIEGEL: Riskieren die Kunden nicht den Ruin, wenn sich eine Suche hinzieht, teurer und teurer wird?

Dahlheimer: Ich bin bereit, Pauschalen auszuhandeln, ansonsten kostet die Stunde 55 Mark. Bei mir rufen viele Leute an, die seit Jahren etwas suchen und ihr Vorhaben beinahe aufgegeben haben, weil ihnen die Zeit fehlt.

Ich nehme mir die Zeit, penetrant zu sein, zu stöbern und zu schnüffeln. Etwas Schöneres kann ich mir kaum vorstellen.



Dahlheimer

IDOLE

Superman generalüberholt

Die neunziger Jahre waren keine gute Zeit für die klassischen Comic-Heroen: Um Auflagenverluste zu stoppen, wurde Superman verheiratet und Batman zum Krüppel geprügelt – ohne Erfolg. Der seinerzeit größte Comic-Verlag der USA, Marvel, stand vorübergehend vor dem Bankrott. Er lieferte sogar seine Helden an zwei Abtrünnige aus: Die beiden Zeichner Rob Liefeld und Jim Lee, einst in Marvel-Diensten und seit 1992 mit ihrem eigenen Verlag Image erfolgreich, durften für viel Geld so bekannte Marvel-Helden wie „Die Fantastischen Vier“ und „Captain America“ renovieren. Dann zog die Konkurrenz vom Großverlag DC Comics nach – und verpaßte dem altbackenen Superman eine Image-Korrektur, die nun auch in der deutschen Superman-Ausgabe zu bestaunen ist: Cape und Gummistiefel kamen in den Müll, in einem lässig-futuristischen Trikot mutierte er zum Energiewesen, das durch Telefonleitungen gleitet – frisch geliftet ins nächste Jahrtausend.





Dreharbeiten für „Das Clubschiﬀ“ in der Dominikanischen Republik: *Das Tragische im Komischen suchen*

FOTOS: T. RUDDIES

FERNSEHEN

Jeder kann ein Star sein

Doku-Soaps sind die jüngste Quotenhoffnung der Fernsehbranche: Dokumentarfilme, die mit den Stilmitteln der Seifenoper aufbereitet werden. Kreuzfahrtschiffe, Kauf- oder Krankenhäuser werden zu Schauplätzen von Serien – und Normalbürger zu Filmhelden.

Wenn ein TV-Autor eine Seifenoper schreiben muß über einen Tänzer, dann dürfte die Geschichte wahrscheinlich so aussehen: Das junge Talent ist bei einem zweitklassigen Ensemble beschäftigt, erträgt tapfer Rückschläge und Demütigungen – bis es schließlich entdeckt wird und die große Karriere macht.

Wenn ein Dokumentarfilmer die Geschichte des jungen Mannes zeigt, dann arbeitet der in einem nicht weiter bemerkenswerten Ensemble, wird zwischendurch für ein Gastspiel in Tecklenburg engagiert und kehrt danach, enttäuscht und desillusioniert, zu seiner alten Truppe zurück.

Wenn die RTL-Doku-Soap „Das Clubschiﬀ“ den Tänzer zur Hauptfigur macht, dann zeigt die auf der Schulter dynamisch wackelnde Kamera Stephan Zenker, 20, den heimlichen Star einer unterschätzten Theatergruppe auf dem Kreuzfahrtschiﬀ „Aida“. Er sitzt vor dem Schminktisch in der Garderobe, er wirbelt über die Bühne,

er dekoriert gemeinsam mit seiner Kollegin Susi seine Kabine mit Lichterketten, bis er unter Tränen nach Tecklenburg verabschiedet wird – und schließlich wieder zu seinen Freunden aufs Schiﬀ zurückreist.

Die Seifenoper ist nett verlogen und vorhersehbar, der Dokumentarfilm kritisch und realitätsnah, und beide Formen bringen derzeit nur im Ausnahmefall hohe Zuschauerzahlen. Die Verbindung von beidem, die sogenannte Doku-Soap, ist dagegen die neue Quotenhoffnung der Fernsehbranche. RTL startet am 5. März seine sechsteilige Serie „Das Clubschiﬀ“, RTL 2 sendet derzeit „Reeperbahn!“, Arte strahlte Ende Dezember die Partyservice-Schiere „Der wahre Kir Royal“ in fünf Teilen aus, und das ZDF zeigte im vergangenen Jahr die bereits preisgekrönte Reihe „OP – Schicksale aus dem Klinikum“.

„Doku-Soap“, „Factual Entertainment“, „Fly-On-The-Wall-Dokumentary“ oder „Dokumentarische Filmerzählung“ sind

Namen für ein neues Fernsehformat: Die Kamera beobachtet dokumentarisch Menschen – und deren Geschichten werden hinterher am Schneidetisch nach dem dramaturgischen Konzept einer Seifenoper miteinander verknüpft.

Das Vorbild aller Doku-Soaps ist „The Cruise“, eine zwölfteilige Serie, die der Filmemacher Chris Terrill vor zwei Jahren für BBC 1 drehte; der Sender Premiere zeigte den Stoff im vergangenen Jahr erstmals in Deutschland. Als Terrill mit seinem Team an Bord ging, hatte er nur das Ziel, möglichst wirklichkeitsnah und lebendig den Alltag auf dem Nobelschiﬀ zu dokumentieren. Terrill sagt: „Ich war der Meinung, daß Dokumentarfilme kein Minderheitenprogramm sein müssen.“

Sieben Wochen lang beobachtete er Passagiere und Besatzung des englischen Luxusliners „Galaxy“, der durch die Karibik kreuzte. Überall war er dabei: Bei der Weihnachtsfeier, bei der Silvesterparty, bei

der Hochzeit zweier Passagiere; er drehte auf der Brücke, im Maschinenraum, in der Küche, in den Kabinen, am Pool.

Schließlich wählte er zehn Hauptpersonen aus. Acht Monate dauerte es, bis er deren Geschichten zusammengeschnitten hatte: Da ist die britische Sängerin Jane McDonald, die sich mit Lampenfieber quält und um die Verlängerung ihres Engagements bangt; da ist der amerikanische DJ Scotty, der zu fröhlich und zu laut ist und gefeuert wird; da gibt es den Profi-Zocker Norman, der sich mit jedem anlegt.

BBC 1 zeigte die Serie zur Hauptsendezeit, und bis zu 13 Millionen Menschen sahen zu. Der Marktanteil von 40 Prozent war eine Sensation. Nun laufen in England im Durchschnitt zehn Doku-Soaps pro Woche. „Airport“ (London Heathrow), „Airline“ (über einen Charterflieger), „Hotel“ (The Adelphi in Liverpool), „The House“ (über die Royal Opera), „The Superstore“ (ein Tesco-Supermarkt), „Pleasure Beach“ (über den Badeort Blackpool), „The Clammers“ (über eine männliche Politesse), „Driving School“ (über eine Fahrschule in Cardiff) – offenbar kann fast jeder Ort, an dem Menschen leben und arbeiten und mit dem Zuschauer persönliche Erfahrungen

soziales Milieu. Jede Figur hat eine in sich abgeschlossene Geschichte, die sich szenenweise mit den Geschichten der anderen Personen abwechselt. Weil auf diese Weise jede Episode verdichtet werden kann, reiht sich ein Höhepunkt an den anderen. Jede Doku-Soap hat Hauptfiguren, die in allen Serienteilen eine Rolle spielen, und Nebenfiguren, die nur kurz auftauchen. Der Abspann reißt schließlich an, was die nächste Folge zeigen wird.

„Alles, was eine fiktive Serie schräg und interessant macht, ist auch für eine Doku-Soap geeignet“, sagt die RTL-Redakteurin Agnes Ostrop, die beim Sender für „Das Clubschiiff“ verantwortlich ist. So träumt in der RTL-Serie die Schiffsfriseurin Rosa von einer Karriere als Opernsängerin – und darf schließlich vor den „Aida“-Gästen singen. Der Restaurantchef Uwe Nerlich verliebt sich in Sandra, sie besucht ihn auf dem Schiff, aber am Ende scheitert die Beziehung. Oder der Clubchef und Animator Ernie Noelle wünscht sich, seine Tochter wiederzusehen, die bei seiner geschiedenen Frau lebt – und tatsächlich kommt das Mädchen irgendwann auf die „Aida“.

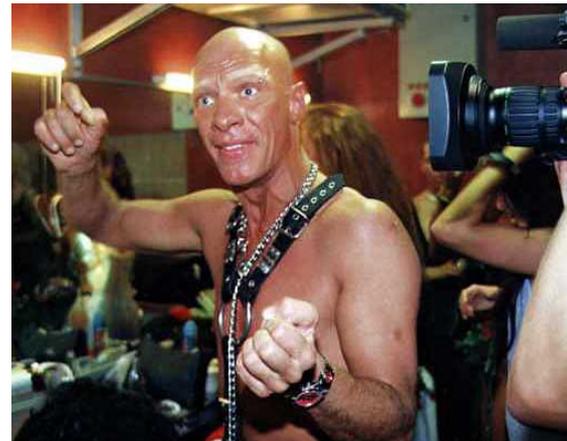
In der Doku-Soap begleitet die Kamera, und damit der Zuschauer, die Menschen über eine lange Zeit. Sie fassen Vertrauen zum Team, vergessen, daß sie gefilmt werden, und erzählen Privatstes. „Man lernt sie so gut kennen“, sagt Terrill, „und deshalb fesselt der Film das Publikum mehr als jede traditionelle Dokumentation.“

Das neue Genre soll den deutschen Fernsehmachern in einer verzwickten Marktlage helfen. Zum einen ist das Reality-TV, das offen voyeuristisch und sensationsgierig Polizisten, Ärzte, Katastrophenhelfer bei der Arbeit zeigt, in Deutschland gefloppt. Zum anderen gilt es branchenintern als ausgemacht, daß die Zeit gestylter Serien, die mit der Lebenswelt der Zuschauer nichts zu tun

haben, vorbei sei. „Die Leute sind mit Fiction so zugezogen“, behauptet Ostrop, „daß sie Lust auf etwas ganz Einfaches, Authentisches haben.“ Für die Sender hat das Format einen großen Vorteil gegenüber Fiction-Seifenoperen: Sie kosten weniger.

Doku-Soaps feiern den Alltag als das Besondere: Menschen im Kaufhaus, am Flughafen, beim Tierarzt, im Urlaub – jeder kann dort Star sein. Im Unterschied zur Reportage beschäftigt sich die Doku-Soap vor allem mit weichen Themen, sucht das Skurrile und vielleicht noch das Tragische im Komischen und schrappt deshalb hart an der Belanglosigkeit entlang.

Das größte Problem der Filmemacher ist, im wirklichen Leben Geschichten zu finden, die einen Erzählbogen bieten. In der RTL-2-Serie „Reeperbahn!“ etwa werden konventionelle Interviews – mit einer Prostituierten, dem Fischverkäufer Aale-Dieter, einem Toilettenwärter, dem „Dollhouse“-Choreographen Srecko, dem Chefredakteur der „St. Pauli-Nachrichten“ und einer Musical-Schülerin – mit sinnlos herumwirbelnder Kamera gefilmt und wie ein Musikvideo zusammengeschnitten. Doch die Gespräche ergeben keine Handlung mit An-



„Reeperbahn!“-Held Srecko
Sinnlos herumwirbelnde Kamera

fang und Ende, und deshalb ist „Reeperbahn!“ in Wahrheit keine Doku-Soap, sondern ein mißratenes Stadtteil-Porträt.

„Am Anfang habe ich alles abgefilmt, bis ich Material ohne Ende hatte“, erzählt der „Clubschiiff“-Regisseur Ulrich Schwind, „aber wer schaltet schon ein, um eine Müllverbrennungsanlage auf einem Schiff zu sehen?“ Später konzentrierte er sich darauf, seine fünf Hauptpersonen zu begleiten – und hatte trotzdem zehnmals soviel Material wie üblich.

Der „Aida“-Restaurantchef Nerlich erhielt während der Vorbereitung des Drehs überraschend Besuch von seiner Freundin, der Münchnerin Sandra, und deren Mutter. Bei diesem Wiedersehen war das RTL-Team jedoch nicht dabei. Also stellte Schwind die Szene nach: Die Mutter fragt: „Ist das nicht eine Überraschung?“ Und Nerlich antwortet: „Ja, ehrlich.“

„Nachstellen ist für mich authentisch“, sagt Schwind, „wenn die Szene im Film so abläuft, wie es wirklich war.“ In England hat eine gestellte Situation den Doku-Soaps herben Streit beschert: In „Driving School“ schreckt morgens um vier die ältere Fahrschülerin Maureen Rees aus dem Schlaf und bittet ihren Mann, sie abzufragen. „Es wäre Wahnsinn gewesen, ein Filmteam die ganze Nacht lang darauf warten zu lassen, daß Maureen aufwacht“, rechtfertigt sich der zuständige BBC-Redakteur Jeremy Gibson.

Trotzdem bleibt die Frage: Darf ein Filmemacher die Grenze zwischen Realität



Clubchef Noelle, Regisseur Schwind: Lust auf Authentisches

verknüpfen können, als Mittelpunkt einer Doku-Soap erhalten.

Derzeit sieht es so aus, als werde nahezu jede britische Serie von einem deutschen Sender nachgedreht. Zur Zeit arbeiten die ZDF-Redakteure Bodo Witzke und Ulli Rothaus an einer sechsteiligen Doku-Soap über den Frankfurter Flughafen; RTL überlegt, dem „Clubschiiff“ eine Reihe über das Berliner Kaufhaus KaDeWe hinterherzuschieben; Sat 1 filmt in einer Fahrschule.

Das Muster ist meist ähnlich: Der Vorspann zeigt zu mehr oder weniger anheizernder Musik die Hauptpersonen. Sie sind im besten Fall typisch für ein bestimmtes

und Fiktion verwischen? Was kann der Zuschauer am Ende noch glauben? Und: Wären die Geschichten so verlaufen, hätten die Personen sich so verhalten, wenn keine Kamera dabei gewesen wäre?

„Vermutlich wurde Rosas Entwicklung vom ersten Vorsingen bis zum Auftritt durch die Anwesenheit der Kameras forciert“, sagt „Clubschiff“-Macher Schwind, und auch der Tänzer Stephan wäre vielleicht nicht auf die „Aida“ zurückgekehrt, wenn dem Fernsichteam nicht noch ein paar wichtige Aufnahmen gefehlt hätten.

Und noch etwas verzerrt auf dem „Clubschiff“ die Wirklichkeit: Die Vorgabe des Senders war, ganz im Sinne des „Aida“-Betreibers, für die trüben Wintertage eine leichte Urlaubs-Doku-Soap zu drehen. Deshalb ist kein Chinese zu sehen, der im Schiffsbauch Tischdecken bügelt, und auch das zerstrittene Ehepaar kommt nicht vor, das den Clubchef Ernie um eine zweite Kabine bat. Dabei hatte, wie Ernie erzählt, das Drama ein Happy-End: Wie frisch verliebt seien die beiden von Bord gegangen. Aber zum Image des fröhlichen Ferien-Kreuzers, auf dem im Sommer durchschnittlich 25 Paare pro Woche ihre Flitterwochen verbringen, hätte diese Episode nicht gepaßt.

Doch schließlich sind die Doku-Soaps in Deutschland noch in der Phase des Experiments. Zwar gab es Vorläufer wie die Premiere-Serie „Das wahre Leben“ über eine Wohngemeinschaft oder die mit dem Adolf-Grimme-Preis ausgezeichnete WDR-Serie „Die Fußbroichs“ – doch die fällt eher in die Kategorie Doku-Sitcom. Schon fürchtet der ZDF-Filmemacher Witzke, „daß eine neue und interessante Form zerstört wird, weil ohne Sinn und Verstand produziert wird“. Ein paar Quotenflops könnten dazu führen, daß das Genre wieder eingestellt werde, bevor es sich überhaupt entwickelt hat.

In Großbritannien sieht der Doku-Soap-Vater Terrill eine andere Gefahr: „Doku-Soaps hatten immer leichte Themen. Wir müssen uns nun ernsthaftere Sujets suchen, sonst vergessen wir unsere Pflicht als Dokumentarfilmer.“ Er hat deshalb gerade einen Mehrteiler über ein Frauengefängnis in Wakefield gedreht.

Sängerin McDonald und Fahrlehrerin Rees sind durch die Doku-Soaps zu Stars geworden. McDonald nahm ein Soloalbum mit Evergreens auf, die sie auf der „Galaxy“ gesungen hatte, und landete auf Platz eins der britischen Hitparade; Rees zog durch Talkshows und drehte ein Lehrvideo für Fahrlehrer.

In Schweden ging eine neue Variante der Doku-Soap dagegen sehr traurig aus: Eine Gruppe wurde für „Expedition Robinson“ zu einer Art Überlebensspiel ohne Grenzen auf einer Südseeinsel ausgesetzt. Ein Mitspieler versagte – und wurde vor laufender Kamera nach Hause geschickt. Diese Schmach konnte der Mann nicht verkraften – und nahm sich das Leben.

MARIANNE WELLERSHOFF

WOHNEN

Kuschelbärs neue Höhlen

Allein lümmelt der stilbewußte Zeitgenosse wohligh auf tiefen Wohnzimmersesseln, Gäste verbannt er an den langen Holztisch – die Kölner Möbelmesse feiert die neue Lauschigkeit.

Surfen am Computer – das klingt nur angenehm. Meist aber krümmt sich, was ein rechtes Hackerchen sein will: Der Nacken schmerzt, die Wade rostet, gesund ist das nicht. Doch nun gibt es den „Computer Divan“. Dieses kuriose Einrichtungsstück erlaubt das Lümmeln vor der digitalen Welt: Liege, Tastatur und Bildschirm bilden eine Einheit. Das etwas sperrige Cyber-Fauteuil bestaunten letzte Woche die Besucher der diesjährigen Internationalen Möbelmesse zu Köln, der größten Einrichtungsshow der Welt.

Auf einer Fläche von 40 Fußballfeldern nichts als schöner und noch schöner Wohnen – das ließ selbst „FAZ“-Kritiker die Grenzen ihrer klugen Köpfe spüren: „Der Besucher fühlt sich wie eingeschlossen in einem gigantischen Möbelhaus ohne Ausgang, verdammt dazu, bis ans Ende seiner Tage an Couchgarnituren, Bauernschränken und Pendelleuchtern vorbeizutigern.“

Bevor es soweit kommt, hilft die Entdeckung eines Trends, der Computer Divan zeigt ihn: Die repräsentative Wucht aus Schrankwand, Sitzecke und dazugehörigem Couchtisch ist gebrochen. Der Mensch, so



Messe-Exponat „Home Sweet Home“: Noch einmal Embryo sein



Sessel im Asien-Design: Bedürfnis nach Raum im Raum

denken sich die Designer, will allein in seinem Sessel sitzen und autistischen Bedürfnissen nachgehen: lesen, arbeiten, fernsehen. Die Couchlandschaft wird zum Sperrgebiet für Gäste. Die dürfen sich an langen Tafeln wie aus Leonardos feierlicher Abendmahlsgesellschaft plazieren.

Jenseits der Tafel wird es dafür gnadenlos intim: Höhlenartiger Rückzugsort ist die Couch des Herstellers Cous aus Dieterskirch. Die wirkt wie ein gestauchter Strandkorb und heißt „Home Sweet Home“. Hier soll der karrieregestreute Streber noch einmal Embryo sein dürfen.

Ähnlich regressive Bedürfnisse befriedigt das „D'Ivan Daybed“, über das der Hersteller ins Philosophieren kommt: „Die Pause ist ein Zeitsofa, auf dem wir uns langmachen und auf dem wir aus dem Totalitarismus der Ereignisse aussteigen dürfen“ – D'Ivan der Erkleckliche.

Dazu flauscht der Lammfellteppich, gefärbt in der Modefarbe Braun. Eine Reminiscenz an die Flokati-Herrlichkeit der siebziger Jahre, an den Ort, wo das Beziehungsgespräch sinnlich zum Erliegen kam.

Der neuen Kuscheligkeit haben die Zeitgeistausrüster der Möbelbranche einen vornehmen Namen gegeben: „Raum im Raum“. Doch das heißt nicht Stillstand. Die Nestbauer sollen vor einer fixierten Einrichtung bewahrt werden. Rolling home, Wohnen auf Rädern, ist der Trend.

Alles Erdenkliche ist auf dieser Messe bereift. Der gute alte Teewagen macht wieder mobil, auch veritable Schränke, Borde, Betten geraten ins Fahren. Dabei sind die Räder – einst schamhaft verdeckte Funktionsteile – heute aufgewertet: Der Sofatisch des italienischen Herstellers Gibi di Bianchi ruht mit unverbrüchlichem Vertrauen auf großen, gläsernen Rollen.

Die Beweglichkeit, mit der der trendbewusste Zeitgenosse sich seine Inseln bauen soll, sprengt klassische Funktionsgrenzen: Ein Hersteller hängt um einen senkrecht stehenden Stab Waschbecken, Eßplatte und eine Abstellfläche für die Espresso-Maschine. Der Morgenmuffel kann vom Zahnputzen nahtlos zum Frühstück übergehen.

Die Wohnung als Schonraum braucht offenbar auch neues Licht. Die unbarmherzige Ganzraumbeleuchtung früherer Jahre paßt nicht mehr, und so präsentieren die 239 Aussteller der Kölner Leuchtenschau den Übergang vom Gleißenden zum Gleisnerischen – magischer Glanz erfüllt Kuschelbärs Hütte. Wie ein Medusenhaupt läßt ein italienischer Hersteller ineinandergewurzelte Metallschläuche in den Raum wachsen, an deren Endpunkten winzige Lämpchen diffuses Licht abgeben. Von außen angestrahlt, mit Gold beschlagene Metallschilder verbreiten einen Schein, als wolle man in Ali Babas Räuberhöhle hausen. Promi-Designer Philippe Starck rehabilitiert mit seinen Modellen „Romeo soft“ und „Archimoon soft“ den lange verpönten Lampenschirm – auch er soll wieder altmodische Wärme ins Wohnzimmer bringen.

Mit weißem Papier bespannte Schirme erinnern an die Siebziger, aber auch an Fernost – eine Region, die in Köln wohl am meisten zitiert wurde. Die Messe als kleines Teehaus: Buddha-Bilder auf Tropenholzkommoden, Betten, Sessel, Sofas aus Rattan und Bambus – „Materialien der Sonne“, so heißt es entrückt im Katalog des italienischen Herstellers Pierantonio Bonacina. Die neuen Empfindlichen, auf die die Branche rechnet, fühlen so zart wie Puccinis Madame Butterfly.

Das Bedürfnis nach Raum im Raum ist in den Zeiten des Mietwuchers nicht so einfach zu erfüllen. Also wird nicht nur gerollt, es wird auch zusammen- und auseinandergeklappt. Tischlein versteck dich, Tischlein reck dich – die Kölner Schau macht aus der Wohnung ein Zauberkabinett. Der Münchner Anbieter E.T. zeigt eine Wascheile mit höhenverstellbarem Becken und variablen Abstellflächen für Flakons und Zahnputzbecher. Diese ganze Praktiker-Pracht läßt sich in Stundenschnelle an- und wieder abmontieren und fungiert so als allzeit bereites Gästebad.

Das Leben ist eine Baustelle, die Firma E.T. ist stolz darauf und rechnet in ihrer Postille unbarmherzig mit vergangenen Zeiten ab: „Einrichten ist keine Entscheidung mehr für die Ewigkeit wie früher, als schwere, starre Möbel erworben wurden, die in ihrer bedrohlichen Wucht das ganze Leben überschatteten.“ Um diese Schatten aus dem Leben zu verbannen, preist der Anbieter auch einen dekorativen Metallschrank mit Leuchtgriffen. Begründung: Wenn der Mann spät nach Hause kommt, muß er nicht das Licht anknipsen, um die Griffe zu finden. Die Frau kann selig weiterschlummern.

Männliche Spätheimkehrer, schlafende Frauen, nicht immer sind die Trend-Artisten auf der Höhe der Zeit. Aber daß jemand auf dieser Messe nicht nur den rollwütigen Autisten mit gelegentlich einfallender Gästehorde vor Augen hatte, sondern einen Mann mitsamt Frau, ist immerhin ein Trost – wenn auch kein Trend.

SUSANNE BEYER, NIKOLAUS VON FESTENBERG



Amerikanisches Sitzmöbel: Lust am Autismus



Eßzimmereinrichtung: Tischlein reck dich

FOTOS: J. BINDRIM / LAIF

Aufstand der Blondinen

Der Rock'n'Roll galt bislang als eines der letzten Macho-Reservate – doch nun setzt es für Mick Jagger und Rod Stewart Prügel von ihren Ehefrauen.

Seit jeher ist das Leben einer Rockstarfrau ähnlich übersichtlich wie das einer Spielerfrau im Fußballgeschäft – nur ein bißchen angenehmer: Sie kauft bei Versace ein und nicht bei Bogner; sie wohnt zusammen mit den Kindern und der Ferrari-Sammlung in einem Schloß und nicht in Vororten wie Ottobrunn in einem Einfamilienhaus, ihr Mann ist viel unterwegs, widmet ihr eins seiner schwächeren Lieder, und irgendwann kann sie in der Zeitung lesen, daß ihr Gatte eine Affäre mit einer anderen Blondine hat. Bald darauf kommt der Brief von seinem Anwalt. Dann ihr erstes eigenes Konto mit den Millionen drauf. Bislang war der Ablauf fast immer der gleiche: Er ließ sich scheiden, sie wurde reich.

Ein Mann, der jeden Abend ein anderes Model auf die Matratze legen kann, hat anscheinend wenig Lust, daheim störrische Kinder ins Bett zu schicken. Einer, der sich mit ein paar Millionen für die Scheidung lässig freikaufen kann, kann es sich leisten, die 300 Mark pro Stunde für den Ehe-therapeuten zu sparen. Schließlich ist er ein Rockstar.

In diesem Winter allerdings scheint es endgültig vorbei mit dem Frieden in einem der letzten Macho-Reservate. Zwei der glamourösesten Rockstarfrauen wollen nicht mehr warten, bis er geht, sondern haben selbst beschlossen, sich von ihren Männern zu trennen. Schwer unter Schock stehen deshalb zur Zeit zwei der hervorragendsten Kräfte ihrer Branche: Mick Jagger, 55, und Rod Stewart, 54. Von Stewart heißt es gar, er habe sich in seinem Haus verschanzt und seinen einzigen Ausflug, in die Boutiquen Londons, nach einer halben Stunde voller Gram abgebrochen.

Noch vernichtender als die Trennung selbst waren für den in die Jahre gekommenen Sexgott die Vorwürfe seiner Frau Rachel Hunter, 30, er sei ein elender Langweiler. Er sitze nur mit seinen alten Kameraden in der alten Kneipe, klagte sie,



Noch-Eheleute Hall, Jagger: Warum hat sie nicht einen Millionär aus Texas genommen?

saufe sich zu und erzähle alte Kriegsgeschichten. Und zu Hause sei er nicht viel besser: „Er hockt vor dem Fernseher oder auf dem Dachboden mit seiner Eisenbahn.“ Über derartige Pantoffel-Exzesse gerieten britische Männer scharenweise in Panik: „Say it ain't so, Rod“, forderte der „Mirror“ den Mann auf, der früher stellvertretend für alle mit Blondinen und nicht mit seiner Eisenbahn gespielt hatte.

Dabei war auf den Burschen mit der Fönfrisur und der Sonnenbankbräune, ganz echter Held der Arbeiterklasse, über die Jahre stets Verlaß gewesen. Eine teure Scheidung, immer neuere, immer jüngere Blondinen – bis er dieses Busenwunder im Fernsehen sah, das Rachel hieß und für Bodybuilding-Videos warb. Hochzeit 1990, und wenig später konnte man Rod Stewart in Konzerten den Song „Reason to Believe“ unter Tränen der Rührung ankündigen hören: „Hey Ronnie“, sprach Stewart zu seinem Gitarristen, „als ich dieses Lied zum erstenmal spielte, war meine Frau gerade ein Jahr alt.“ Nette Prahlerei auf dem Höhepunkt eines Playboy-Lebens – danach ging es bergab. Erst mußte Stewart mit-



Noch-Ehepaar Hunter, Stewart

helfen, im Krankenhaus die zwei Kinder von Rachel zu gebären, dann arrangierte er die Blumen im Haus, schließlich die Rechnung: „zu langweilig“.

Verglichen mit diesem Rock'n'Roll-Totenschein erster Klasse hatte Mick Jagger fast noch Glück im Unglück. Er war, als bekannt wurde, daß seine Frau ihn vor die Tür setzen will, wenigstens mit einem 29jährigen brasilianischen Unterwäschemodel erwischt worden und nicht nur mit seiner Eisenbahn.

„Er ist ein verlogener, betrügerischer Schleimbrocken“, ließ Jerry Hall die Welt wissen, engagierte mit Mishcon de Reya die Anwaltsfirma, die für Prinzessin Diana 30 Millionen Dollar herausgeholt hatte,

und verklagte ihren Mann auf 50 Millionen Dollar – in England die bestdotierte Scheidung aller Zeiten. „Paint It Green“, höhnte die „New York Post“ auf ihrer Titelseite in Anspielung auf die Farbe der Dollar-geldscheine und den Stones-Song „Paint It Black“.

21 Jahre lang hatte Hall, ein Starmodel und die Tochter eines armen Farmers aus Mesquite (Texas) die Abenteuer ihres Gatten ertragen, stets zwei Sätzen folgend, die ihre Mutter ihr eingeblutet hatte: Erstens „immer positiv denken und ab und zu einen Tritt vors Schienbein“, zweitens „selbst wenn du nur zwei Sekunden Zeit hast, laß alles stehen und liegen und blas ihm einen. Dann will er mit keiner anderen mehr Sex“. Es half nichts, aber dafür fielen die Weihnachtsgeschenke üppiger aus.

Das letzte große Präsent will sie sich jetzt selbst machen, und es dürfte wenig nützen, daß Mick Jagers Anwälte letzte Woche wissen ließen: „Er ist nicht mit Jerry Hall verheiratet und ist es nie gewesen.“ Die fünfständige indonesische Trauung der beiden im Jahr 1990 sei – trotz fünf dabei rituell geschlachteter Hühner und eines Schwertes, das er in der Hand hielt – nicht rechtsgültig gewesen.

Nach 21 Jahren Zusammenleben und vier gemeinsamen Kindern ist diese Ausrede ungefähr so absurd, als würde Jagger behaupten, er sei keineswegs wirklich der Sänger der Rolling Stones, er steige nur seit über 30 Jahren auf die Bühne, und dort stehe ein Mikrofon, und niemand sonst würde sich darum kümmern und deshalb ...

Aber so was passiert, wenn ein Mann angeblich schon 20 Millionen Dollar für die Scheidung von seiner ersten Frau Bianca zahlen mußte, dazu die London School of Economics besucht hat und sich für den großen Geschäftsmann bei den Stones hält.

Vielleicht hätte Hall also damals in den siebziger Jahren doch auf Andy Warhol hören sollen, der sagte: „Jerry sieht großartig aus. Wie ein Mädchen, das sich einen Millionär aus Texas angeln könnte. Warum hat sie nur Mick genommen?“

THOMAS HUETLIN

STRAFJUSTIZ

Gekränkt, verhöhnt, blamiert

Der Hochstapler Gert Postel wird zum
erstenmal eine Freiheitsstrafe, vier Jahre, verbüßen müssen.

Wird er sich ändern? Von Gisela Friedrichsen

Man war sich so einig. Immer wieder beteuerten Staatsanwalt, Verteidiger und sogar das Gericht, das Verfahren solle „entschlackt“ werden, eine „weitere Belastung“ sei zu vermeiden, es gehe um eine „Bereinigung der Anklage“, um eine „Beseitigung von Nebenkriegschauplätzen“, um „Prozeßökonomie“ und die „Beschleunigung des Verfahrens“. Zur „Beschränkung auf das Wesentliche“ wurde aufgerufen. Ein gewisser Tatbestand sauge ohnehin unzählige andere Tatbestände auf und so fort.

Gespräche zwischen den Verfahrensbeteiligten vor Beginn eines Strafprozesses sind sinnvoll. Die Verteidigung ist an solchen Gesprächen meist besonders interessiert, stößt jedoch häufig auf Widerstand. In Leipzig, im Strafverfahren gegen den Hochstapler Gert Postel, 40, konnte der Berliner Verteidiger Nicolas Becker jedoch schon zu Beginn des ersten Sitzungstages am vergangenen Mittwoch öffentlich mitteilen: „Es hat bereits eine Vorverständigung gegeben, das ist ja kein Geheimnis.“

Und er fuhr fort: „Bei Vorbesprechungen über Verfahrensfragen sind wir mit der Staatsanwaltschaft und Teilen des Gerichts übereingekommen, daß das Verfahren hier nicht unnötig belastet wird.“ Die Verteidigung, zu der auch der Frankfurter Rechts-

anwalt Jürgen Fischer gehörte, wünschte einen „Generalaufwasch“ für ihren Mandanten. Und vor allem sollte das Strafmaß so niedrig wie möglich sein.

Am späten Freitag nachmittag vergangener Woche, noch am dritten Verhandlungstag, nach der knappsten aller Beweisaufnahmen, ist Postel von der 6. Strafkammer des Landgerichts Leipzig zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt worden. Zum erstenmal wird er nun verbüßen müssen.

Gert Postel war vom 15. November 1995 bis zum 10. Juli 1997 als Facharzt für Psychiatrie und Neurologie mit dem Zusatz Psychotherapie Oberarzt am Sächsischen Krankenhaus in Zschadraß angestellt. Doch Postel ist kein Arzt. Er ist Postbote, mit Hauptschulabschluss.

Bekannt wurde er dadurch, daß er sich von September 1982 bis März 1983 unter dem Namen Dr. Dr. Clemens Bartholdy als stellvertretender Amtsarzt in Flensburg betätigte. 1984 wurde deswegen auf eine zur Bewährung ausgesetzte Freiheitsstrafe von einem Jahr erkannt. Strafmildernd berücksichtigte das Gericht, daß ihm der Anstellungsbetrug leichtgemacht worden sei.

Zwei Jahre später verhängte das Amtsgericht Bremen eine Gesamtstrafe von zwei Jahren und eine weitere von drei

Monaten – wieder ausgesetzt zur Bewährung –, wegen fortgesetzter Wehrpflichtentziehung in Tateinheit mit fortgesetzter Urkundenfälschung, Urkundenfälschung in zwei Fällen, fortgesetzter veruntreuender Unterschlagung, Unterschlagung, fortgesetzten Diebstahls, Diebstahls, Beförderungerschleichung in zwei Fällen, Betrugs, Mißbrauchs von Titeln und akademischen Graden, vorsätzlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Amtsanmaßung und mit Verleumdung, Betrugs und Diebstahls.

Die Justiz hatte mit Postel unablässig zu tun, vor Flensburg und Bremen und danach. Eine Freiheitsstrafe verbüßen mußte er nie. Daß er dabei die Lebenswege vieler beruflich erfolgreicher, angesehener Frauen kreuzte, Richterinnen, Staatsanwältinnen, Ärztinnen, Journalistinnen, ist sattsam bekannt. Welche seelischen und beruflichen Verwüstungen dabei von ihm angerichtet wurden, ist gleichfalls nicht neu. Es wird nach wie vor darüber gelacht und gehöhnt. Zur Scham kommt die Beschämung hinzu.

Postels Lebenslauf läßt sich nicht darstellen. Was ist Wahrheit, was Erfindung? Er ist beim Papst gewesen, das ist durch ein Foto belegt. Kardinal Ratzinger und der



Postel, Johannes Paul II. (1991)

Was ist Wahrheit, was Erfindung?

Bischof von Münster haben ihm zur Heirat mit einer promovierten Journalistin aus Ost-Berlin gratuliert, auch das scheint belegt. Die Ehe, mit der ein neues, ein ganz anderes Leben beginnen sollte, wie er dem SPIEGEL schrieb, ist wohl inzwischen geschieden.

Er hat Urkunden in Fülle gefälscht mit Hilfe irrer Tricks, die sich der bürgerliche Mensch nicht auszudenken wagt. Er gab sich am Telefon als Richter, als Staatsanwalt, als Pastor aus, als Psychotherapeut, als Student, als Behördenleiter, als Professor. Als sogenannter kleiner Mann, als Bote zum Beispiel, trat er nur auf, wenn es galt, etwa einen Stempel oder ein Urkundenformular bei einer Druckerei im Auftrag des Chefs, der er natürlich selbst war, abzuholen.

Zu den „Vorgesprächen“ in Leipzig, dazu, daß man „übereingekommen“ war, dürfte es nicht allein im Interesse der Ver-



Angeklagter Postel, Verteidiger Becker: „Das ist ja kein Geheimnis“

teidigung gekommen sein. Für die Justiz Sachsens ist der Oberarzt Dr. med. Postel nicht nur peinlich, er ist eine Katastrophe. Gerichte haben ihn, zum Teil aus nichtigen Gründen, als psychiatrischen Sachverständigen bestellt und honoriert. Sie haben nicht an ihm gezweifelt. Was wäre, hätte man sich nicht auf eine „Bereinigung der Anklage und der Beweismittel“ und eine Beseitigung der „Nebenkriegsschauplätze“ verständigt, alles zu hören gewesen.

Staatsanwalt Michael Dahms sprach einmal davon, als er sich gerade wieder um „Prozessökonomie“ bemühte, daß man andernfalls vielleicht sogar Justizpersonen vernehmen müßte, Richter also, oder, wenn denen die Erinnerung an den Sachverständigen Postel abhanden gekommen sein würde, gar Staatsanwälte und so weiter.

Die Anklage verzeichnete ursprünglich als Beweismittel 37 Zeugen, unter ihnen 17 Richter und Richterinnen, Staatsanwälte und Staatsanwältinnen und eine Rechtspflegeerin. Sie mußten nicht vor die Öffentlichkeit treten und Rede und Antwort stehen. Das wollte man nicht. Zuletzt war in Leipzig von „Beweismittelbereinigung“ die Rede.

Dem Gericht genügten zwei Zeugen, der Chefarzt der Klinik, an der Postel Oberarzt war, und der Ministerialrat im zuständigen Ministerium, das Postel einstellte. Die Verteidigung genoß diese Situation und sprang mit den beiden Zeugen um.

Hat man es dem notorischen Hochstapler wieder leichtgemacht wie damals in Flensburg? Die Armut kommt von der Power, in der Not frißt der Teufel Fliegen. Die Mängel bei der Überprüfung des Bewerbers für den Oberarztposten sind daher nicht ohne den dringenden Bedarf an wenigstens halbwegs qualifiziertem Personal zu sehen. Welcher Psychiater will schon fürs Leben gern Oberarzt in Zschadraß sein? Bezahlt nach BAT Ost, ohne Möglichkeit zur Privatliquidation, dafür aber verantwortlich für das Funktionieren des Maßregelvollzugs. Man suchte händeringend nach einem Bewerber.

Der Chefarzt, ein redlicher, freundlicher Mann, war heilfroh ob des neuen Mitarbeiters. Der erklärte gleich, er kenne sich nicht besonders gut aus, er brauche Hilfe, er müsse Fragen stellen dürfen. Aber gewiß doch!

Hat Postel Schäden angerichtet? Der Chefarzt zögert: „Soweit mir bekannt ist, keine.“ Bei den Chirurgen sieht man sofort, ob einer das Skalpell falsch hält. Bei den Psychiatern ist das anders. Was sie anrichten, wenn sie etwas anrichten, kommt meist erst sehr viel später heraus.

Das sächsische Sozialministerium hatte die Bewerbungsunterlagen zu prüfen. Hätte dort 1995, fünf Jahre nach der Wende, auffallen müssen, daß eine Behörde wie der Generalbundesanwalt, Dienststelle Bundeszentralregister in Berlin, Postels falsche Urkundskopien nicht beglaubigen darf? „Wir hatten keinen Zweifel, es war doch eine Bundesbehörde, das ist doch



Postel als Postbote (1984)
„Sein Leben tritt auf der Stelle“



Hochstapler Postel*
Betrug leichtgemacht

nicht irgendwas“, sagte der zuständige Ministerialrat als Zeuge. Eher Beleg für den Mangel an Orientierung in den neuen Rechtsverhältnissen der Bundesrepublik als Leichtsinns.

Von einem Oberarzt wurde damals in Sachsen noch kein polizeiliches Führungszeugnis verlangt. Das hatte Postel rechtzeitig ausgedunkelt. Sogar Chefarzt an einer sächsischen Maßregelklinik hätte er werden können, wenn es nach dem Mi-

* 1984 vor dem Flensburger Gesundheitsamt.

nisterium gegangen wäre, so froh war man um ihn. Dafür allerdings hätte er ein Führungszeugnis gebraucht. Also kam diese Stelle nicht in Frage.

Er hat doch keinen umgebracht, wird immer wieder entschuldigend über Postel gesagt. Es ist doch allein der Staat geschädigt worden, der Geld an einen Mann gezahlt hat, der es nicht verdiente. Alles andere ist, mit den Worten von Verteidiger Fischer, „juristisch nicht wägbare“. Daß er Frauen – und Männer – hereingelegt, sie arrogant und herablassend behandelt, daß er mit Vertrauen Schindluder getrieben hat, daß er Menschen gekränkt, in die Enge getrieben, verhöhnt und blamiert hat: Das ist alles kein Tatbestand, „juristisch nicht wägbare“.

Was Postel angerichtet hat und daß die Gerichte seiner Inkompetenz sehr wohl auf die Spur hätten kommen müssen, machten die Sachverständigen, die Psychologin Sabine Nowara und der Psychiater Norbert Leygraf deutlich. Unbrauchbare, haarsträubende Gutachten hat Postel abgegeben, ohne Diagnose, ohne Erklärung, warum und wie er zu seinen Feststellungen gekommen ist. Er hat als Amtsarzt in Flensburg Menschen eingewiesen in die Psychiatrie, anderen die Einweisung (und Behandlung) verweigert. Gerichte in Sachsen sind in ihren Urteilen seinen Gutachten gefolgt. Es sei ja nichts passiert, redet man sich heraus. Man weiß gar nicht, was alles passierte.

Leygraf machte das Gericht darauf aufmerksam, daß Frau Nowara und er zu den gleichen Feststellungen gekommen seien wie 14 Jahre zuvor der inzwischen verstorbenen angesehenen Hamburger Psychologin Herbert Maisch, der in der „FAZ“ als „väterlicher Freund“ Postels abqualifiziert worden war.

„So bunt und schillernd Herr Postels Leben nach außen erscheinen mag – so monoton sind die Gesetzmäßigkeiten“, sagte Leygraf. „Sein Leben tritt auf der Stelle, sein Verhalten perpetuiert sich in fast reflexhafter Weise.“ Ein suchtmännliches Verhalten. Wenn es zu trostlos wird, er hat ja nie etwas zu verlieren außer dem, was er sich erschlichen hat, er hat weder Ansehen, noch Ruf, noch familiäre Bindungen, folgt die nächste Hochstapellei.

Als Postel im Juli 1997 in Zschadraß aufgeflogen war, ergriff er die Flucht. Im November 1997, da war er noch immer untergetaucht, rief er bei der „Frankfurter Rundschau“ an, gab sich als Vorsitzender der Berufungskommission aus, der mitteilen wolle, daß „Gert Postel (39), bisher Oberarzt der psychiatrischen Abteilung im Sächsischen Krankenhaus Zschadraß“, den Ruf auf eine C4-Professur für Psychiatrie an der Frankfurter Universität angenommen habe. Die Zeitung druckte.

„Wie schätzen Sie die Wiederholungsgefahr ein?“ fragte der Vorsitzende Richter Erich Drath den Angeklagten. „Ausgeschlossen“, sagte Postel. ◆

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

Werbeseite

III. DAS JAHRHUNDERT DER KRIEGE: 1. *Der Erste Weltkrieg* (3/1999); 2. *Der Zweite Weltkrieg* (4/1999); 3. *Der Wahn der Atomrüstung* (5/1999); 4. *Vietnam und der Kalte Krieg* (6/1999); 5. *Die Kriege um Israel* (7/1999); 6. *Geheimdienst und Spionage* (8/1999)



Hitler mit Generälen Jodl und Keitel (1942); zerstörtes Dresden (1945); Panzer-Angriff in Rußland (1941); Roosevelt und Stalin in Jalta (1945)

DAS JAHRHUNDERT DER KRIEGE

Der Zweite Weltkrieg

Adolf Hitler wollte Europa erobern und löste einen Weltbrand aus,
mit Japan als Verbündetem und Amerika als Gegner.

In den sechs Kriegsjahren starben mehr Zivilisten als Soldaten.

Am Ende war Deutschland zerstört und
Europa geteilt – und zwei Supermächte beherrschten die Welt.

In Schutt und Asche

Von John Lukacs

Spiegel des 20. Jahrhunderts

War der Zweite Weltkrieg eine Fortsetzung des Ersten? Ja und nein. Beide Weltkriege waren letzte Versuche eines europäischen Staates, die Vormachtstellung auf dem Kontinent zu erringen und damit zu einer Weltmacht aufzusteigen.

Spanien hatte es im 16. Jahrhundert versucht, Frankreich in der zweiten Hälfte des 17. und im 18. Jahrhundert, Napoleon versuchte es weiter bis 1815. Im 19. Jahrhundert war England die stärkste Weltmacht, es trug in Europa von 1815 bis 1914 zum Gleichgewicht der Kräfte bei, mit hundert weltkriegsfreien Jahren. Dann trat Deutschland zweimal an, 1914 und 1939.

Das heißt nicht, daß Deutschland 1914 allein für den Kriegsausbruch verantwortlich gewesen wäre. 1939 strebte Hitler zuallererst die Vorherrschaft über Europa und das europäische Rußland an – weniger aus Bescheidenheit als aus Berechnung. Es ist fraglich, ob Hitler noch an die Eroberung anderer Erdteile dachte, etwa an ein deutsches Kolonialreich, und letztlich an eine Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten.

Gewiß ist, daß eine deutsche Vorherrschaft über ein Europa mit dem europäischen Rußland und in der Folge eine Duldung dieser Vorherrschaft durch Großbritannien und die USA das Dritte Reich zum Weltreich gemacht hätten, allen anderen mehr als ebenbürtig.

Hätte es ohne Adolf Hitler einen Zweiten Weltkrieg gegeben? Höchstwahrscheinlich nicht, gewiß nicht 1939.

Wie dem auch sei: Deutschland hatte – trotz seiner Verluste im Ersten Weltkrieg, trotz der darauffolgenden Erniedrigung

und Gebietsverluste durch den Versailler Vertrag, trotz der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 – eine bemerkenswerte Kraft bewiesen, schon bevor Hitler 1933 die Macht ergriff und diese Vitalität dann natürlich verstärkte.

Es ist anzunehmen, daß Deutschland 1939 auch ohne Hitler die wichtigste Macht Kontinentaleuropas geworden wäre und Frankreich in seiner dominanten Rolle ersetzt hätte. Ob daraus ein Krieg entstanden wäre, können wir nicht wissen. Wir können nur für unwahrscheinlich halten, daß ein solcher Europakrieg zu einem Weltkrieg ausgeartet wäre. Weder Großbritannien noch Amerika wären bereit gewesen, die Einhaltung des Vertrags von Versailles mit einem neuen Krieg durchzusetzen.

Ob Deutschland für eine Vorherrschaft in Europa prädestiniert war, können wir nicht sagen. Hitler jedenfalls glaubte es. Und er konnte die Mehrheit seines Volkes überzeugen. Dies erklärt die außerordentlichen Erfolge der deutschen Wehrmacht und Industrie im Krieg, die sechs Jahre lang dem ungeheuren Kräfteaufgebot der weltgrößten Mächte widerstanden.

Ohne das deutsche Volk hätte Hitler das nicht erreichen können. Doch diese sechs Jahre eines gewissen nationalen Zusammenhalts und der Disziplin – zwar lückenhaft und zum Teil brutal erzwungen, doch im Rückblick sehr beachtlich – waren undenkbar ohne Hitler.

Hier liegt Hitlers besondere Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg. Und hier erklärt sich auch, warum der Zweite Weltkrieg – nicht nur in seinen Ausmaßen – doch etwas anderes war als eine Fortsetzung des Ersten.



Feldherr Hitler, Vormarsch der deutschen

Vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts herrscht (auch unter Historikern) die Tendenz zu einer Betrachtungsweise historischer Entwicklungen, die wirtschaftliche und soziale Kräfte für vorrangig, ja für entscheidend gegenüber der Rolle von Persönlichkeiten und politischen Führern hält. Das läßt sich sicher nicht auf Hitler oder den Zweiten Weltkrieg anwenden, auch nicht, wenn man an Churchill, Roosevelt oder Stalin denkt.

Hier liegt der erste große Unterschied zwischen 1914 und 1939. Selbst ein entschiedener Gegner Wilhelms II. wird nicht behaupten, der Kaiser allein sei für den

Der totale Krieg Politik und Diplomatie 1939 bis 1945

1939

- 23. August** Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt
- 1. September** Um 4.45 Uhr beginnt der deutsche Angriff auf Polen
- 3. September** Frankreich und Großbritannien erklären Deutschland den Krieg
- 17. September** Sowjetische Truppen marschieren in Ostpolen ein
- 27. September** Warschau kapituliert
- 25. Oktober** Rest-Polen wird deutsches „Generalgouvernement“

1940

- 9. April** Deutsche Truppen besetzen die neutralen Länder Norwegen und Dänemark
- 10. Mai** Beginn der deutschen Westoffensive
- 14. Juni** Die Wehrmacht besetzt Paris, das die Franzosen zur „offenen Stadt“ erklärt hatten
- 22. Juni** Frankreich unterzeichnet Waffenstillstand im Wald von Compiègne. Am selben Ort hatten 1918 die Deutschen den von ihnen erbetenen Waffenstillstand abschließen müssen

1941

- 12. Februar** Rommel übernimmt den Befehl über die deutschen Truppen in Nordafrika
- 6. April** Die Wehrmacht greift Jugoslawien und Griechenland an; der Balkanfeldzug endet am 1. Juni mit der Besetzung Kretas
- 22. Juni** Deutscher Überfall auf die Sowjetunion („Unternehmen Barbarossa“)
- 7. Dezember** Japanischer Überfall auf den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbor

1942

- 11. Januar** Deutsche U-Boote greifen Schiffe vor der amerikanischen Atlantikküste an
- 22. November** Bei Stalingrad wird die 6. Armee eingekesselt. 170000 deutsche Soldaten werden eingeschlossen, nur 5000 kehren zurück

1943

- 14. bis 26. Januar** Casablanca: Roosevelt und Churchill verkünden ihre Forderung nach bedingungsloser Kapitulation
- 24. Mai** Abbruch der Geleitzugschlacht im Nordatlantik wegen hoher U-Boot-Verluste

- 24. Juli** Alliierte Luftoffensive gegen deutsche Großstädte beginnt

- 28. November bis 1. Dezember** Teheran: Roosevelt, Churchill und Stalin stimmen das militärische Vorgehen und die territorialen Neuregelungen nach dem Ende des Krieges ab

1944

- 6. Juni** Alliierte landen in der Normandie
- 20. Juli** Attentat des deutschen Widerstandes gegen Hitler scheitert
- 25. August** Paris wird befreit
- 8. September** Erster Einsatz einer V2-Rakete gegen London
- 16. Dezember** Beginn der letzten deutschen Offensive. Der Vorstoß durch die Ardennen bleibt nach vier Wochen liegen



Infanterie in Rußland (1941): Vor Moskau durch den russischen Gegenangriff gestoppt

H. HOEFFKE / BPK

Krieg von 1914 verantwortlich gewesen. 1939 aber war es Hitler allein. Seinetwegen sind die Ursachen des Zweiten Weltkriegs einfacher erklärbar als die des Ersten.

Hitlers Leistungen in den sechs Jahren vor 1939 waren doppelter Art. Es gelang ihm, die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich zu bringen. Seine inländischen Gegner unterschätzten seine politischen Fähigkeiten, die ausländischen unterschätzten die – oft brutalen – Ergebnisse seiner Staatskunst.

Die Jahre 1933 bis 1939 brachten ihm fast nichts als Erfolge: Deutschland verließ den Völkerbund, die mehrheitlich katholi-

schen Saarländer stimmten mit überwältigender Mehrheit für die Vereinigung mit dem Dritten Reich. Hitler verkündete Deutschlands Wiederaufrüstung und das Ende der Versailler Beschränkungen. Er fegte den Locarno-Pakt beiseite und besetzte die entmilitarisierte Rheinlandzone.

Er verbündete sich mit Mussolinis Italien, er annektierte Österreich sowie Teile der Tschechoslowakei, besetzte schließlich den Rest der Tschechischen Republik und dann das Memelland. All das mit der erzwungenen stillschweigenden Einwilligung der anderen Großmächte: Frankreichs, Großbritanniens, sogar Sowjetrußlands und der Vereinigten Staaten.

1939 war Deutschland die stärkste Macht Europas, mächtiger und größer als Bismarcks zweites Deutsches Reich. Anders als jener hatte Hitler dies sogar ohne Krieg erreicht. Sein offener territorialer Anspruch erstreckte sich auf Danzig und den sogenannten polnischen Korridor, und auch diese Ziele hätten vielleicht noch durch Verhandlungen erreicht werden können. Doch Hitlers Absichten gingen weiter: Er wollte die Unabhängigkeit Polens beseitigen, wenn nicht gar Polen zum Satelliten Deutschlands machen; die Polen widersetzten sich – und das Ergebnis war der Zweite Weltkrieg.

Die Entscheidung für einen Krieg ist oft die Frage nach dem Wann. 1914 hatten die Spitzen vieler europäischer Staaten, wenn auch ungern, geglaubt, falls es Krieg geben müsse, dann lieber gleich als später,

ihre verhängnisvollste Fehlkalkulation. 1939 verrechnete sich Hitler in ähnlicher Weise: Er glaubte, die Zeit arbeite gegen ihn, Franzosen und Briten hätten mit der verstärkten Aufrüstung begonnen, und in wenigen Jahren sei Deutschlands militärischer Vorsprung dahin. (Diese Einschätzung deckte sich mit seiner innersten Überzeugung, nicht lange zu leben.)

Ein weiterer schwerer Fehler war die Besetzung der tschechischen Restrepublik im März 1939, sechs Monate nachdem Briten und Franzosen der Einverleibung des Sudetenlandes und der Reduzierung der Tschechoslowakei zu einer Art deutschem Satellitenstaat zugestimmt hatten, und das sechs Monate nach seiner Erklärung, keine weiteren territorialen Ansprüche in Europa zu stellen.

Sein Einmarsch in Prag im März 1939 ließ die öffentliche Meinung in Großbritannien drastisch umschlagen. Die Appeasement-Politik des damaligen britischen Premiers Neville Chamberlain war gescheitert. Chamberlain glaubte nun, der einzige Weg, Hitler abzuschrecken, sei, ihm klarzumachen, daß ein deutscher Angriff auf Polen Krieg mit Großbritannien (und Frankreich) bedeute. Damit bot die britische Regierung zum erstenmal in der Geschichte des Landes einem Staat in Osteuropa eine Garantie und ein Bündnis an. Doch die Hoffnung, Hitler so abzuschrecken, war vergeblich.

Denn Hitler errang einen neuen Überraschungserfolg: seinen Pakt mit Stalin,

1945

12. Januar Vom Baranow-Brückenkopf an der Weichsel beginnt eine große Offensive der Roten Armee

4. bis 11. Februar Jalta: Roosevelt, Churchill und Stalin vereinbaren, daß Frankreich gleichberechtigte Besatzungsmacht eines viergeteilten Deutschland wird und eine Gründungskonferenz der Vereinten Nationen einberufen werden soll

13./14. Februar Dresden wird bei schweren Luftangriffen zerstört

16. April Großangriff der Sowjets auf Berlin

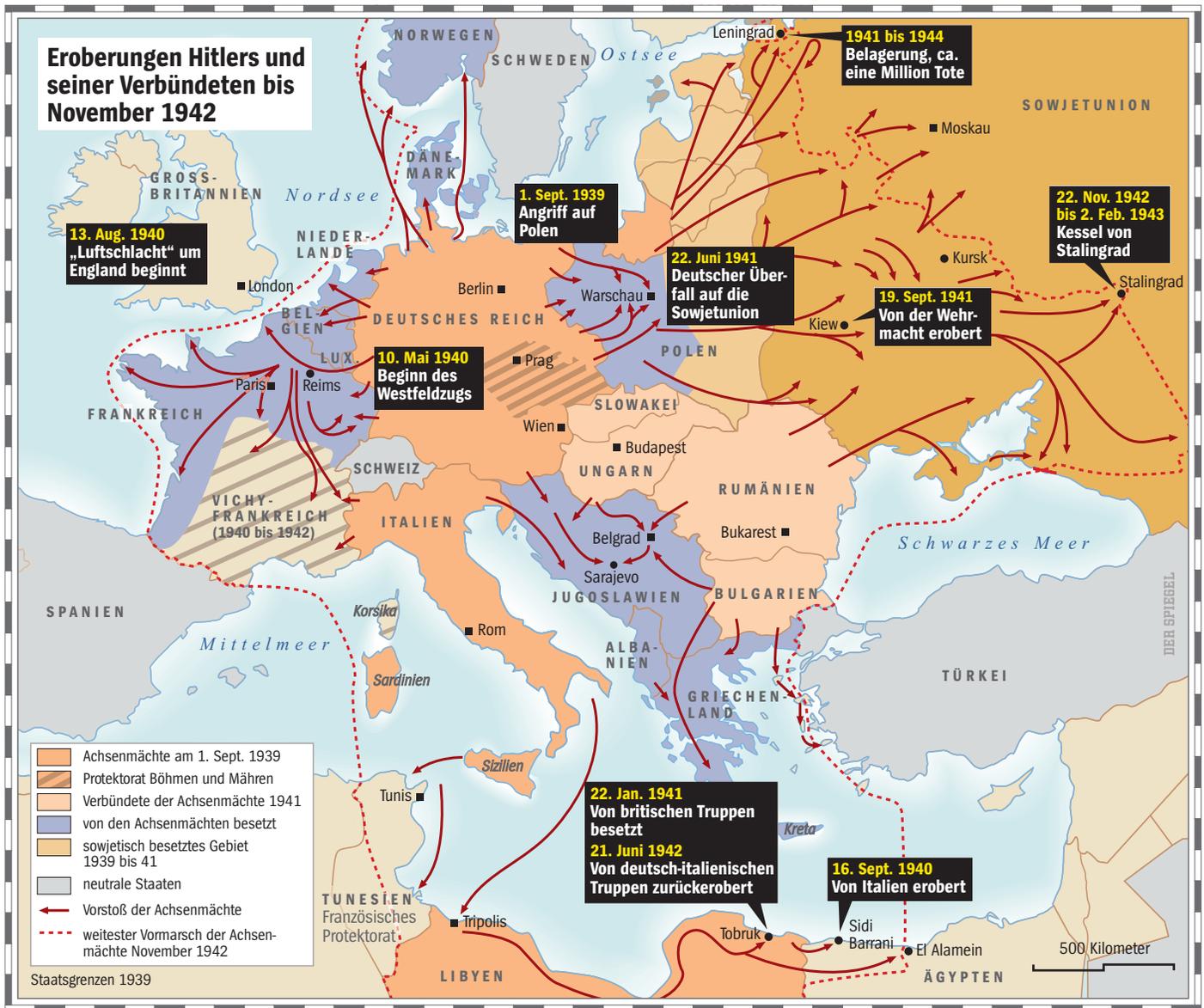
25. April Bei Torgau/Elbe treffen sowjetische und amerikanische Truppen zusammen

7. Mai In Reims wird die deutsche Gesamtkapitulation unterzeichnet

17. Juli bis 2. August Potsdam: Truman, Stalin und Churchill bzw. sein Nachfolger Attlee regeln die Nachkriegspolitik der Alliierten für Deutschland; Frankreich stimmt am 4. August zu

2. September Japan kapituliert

DER BEWEGEL



dem Führer der Sowjetunion (mit dem berechtigten Geheimen Zusatzprotokoll, in dem beide Vertragspartner Nordosteuropa und Polen unter sich aufteilten) – obwohl der Antikommunismus 20 Jahre lang das Hauptargument in Hitlers Propaganda gewesen war. Er hoffte vergebens, dieser Pakt werde die Briten abhalten.

Am 1. September 1939 griff Deutschland Polen an. Zwei Tage später erklärten Großbritannien und Frankreich Deutschland den Krieg.

Einerseits zerstoben Hitlers Hoffnungen, denn Briten und Franzosen hielten Wort. Andererseits behielt er recht: Briten und Franzosen hatten zwar den Krieg erklärt, nicht aber angegriffen.

Acht Monate hindurch fanden keine richtigen Kämpfe statt, außer auf See. Amerikanische Journalisten taufte diese seltsamen acht Monate „the phony war“ – in Frankreich hießen sie „drôle de guerre“. Ein passenderer Name wäre wohl „Krieg

wider Willen“ gewesen, denn die Völker Europas, die sich noch an das schreckliche Blutbad des Ersten Weltkriegs erinnerten, brachten wenig bis gar nichts von der Begeisterung auf, mit der sie oder ihre Väter 1914 in den Krieg gezogen waren.

Kurz: Im Jahre 1939 fürchteten die meisten Völker Europas den Krieg; Hitler fürchtete ihn nicht.

Mit neuen Strategien und Taktiken der Kriegsführung eroberte die deutsche Wehrmacht Polen. Darauf stieß der neue Verbündete Rußland nach und holte sich – gemäß der geheimen Abmachung mit Deutschland über den Verlauf der Trennungslinie – ein großes Stück Ostpolens.

Briten und Franzosen versuchten, weitab von zu Hause eine Front zu errichten, in Skandinavien. Hitler kam ihnen zuvor. In einer gewagten Operation besetzten die Deutschen Dänemark und eroberten Norwegen. Noch bevor das erledigt war, befahl Hitler der Wehrmacht, am 10. Mai 1940 in

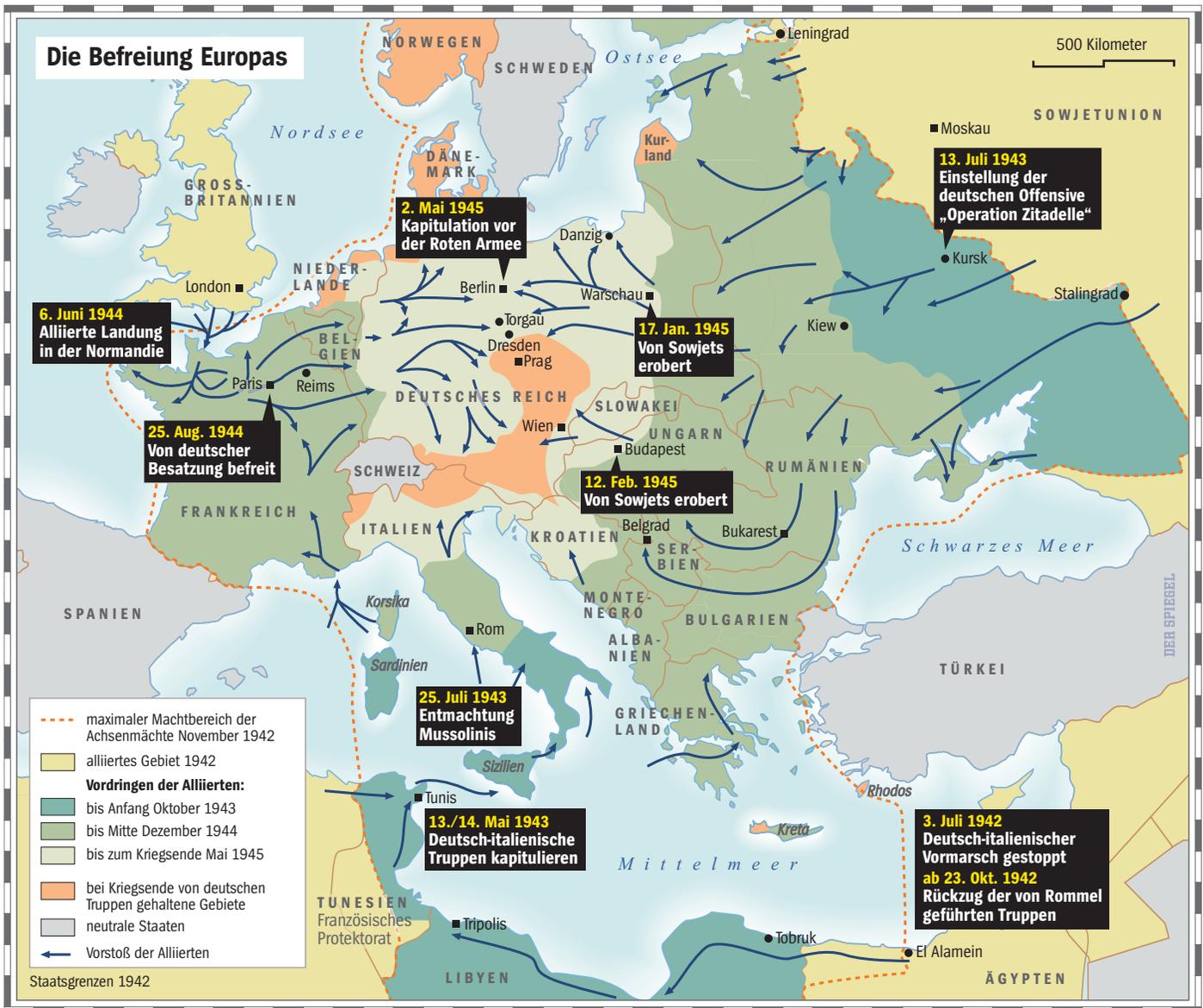
Westeuropa anzugreifen. Holland ergab sich nach fünf Tagen, Belgien nach etwa zwei Wochen, Frankreich in knapp sechs. Nur Großbritannien unter der neuen Führung Winston Churchills hielt stand.

Damals kam Hitler seinem Ziel, den Krieg zu gewinnen, am nächsten. Er hoffte, nicht ganz unbegründet, die Briten seien bereit, mit ihm zu einem Abkommen zu gelangen. Soweit kam es jedoch nicht. Wiederum spielte eine einzelne Persönlichkeit eine entscheidende Rolle – Churchill.

Zugleich kroch der riesige Schatten Amerikas – und der Rußlands – langsam über den Rand Europas. Der Schatten eines Weltkriegs fiel auf den europäischen Krieg.

Zwanzig Jahre zuvor hatten sich Amerika und Rußland – aus ganz unterschiedlichen Gründen – aus Europa zurückgezogen. Das sollte sich jetzt ändern.

Schon 1939 war deutlich geworden, daß die Sympathien des Präsidenten Franklin



D. Roosevelt, seiner Regierung und der Mehrheit des amerikanischen Volkes Großbritannien gehörten.

Ungeachtet aller isolationistischen und pazifistischen Tendenzen ließ die US-Regierung 1940 Schritt für Schritt von ihrer Neutralität ab und stellte sich an die Seite Großbritanniens. Die Amerikaner meinten, dies tun zu können, ohne sich in einen wirklichen Krieg verstricken zu müssen. Sie täuschten sich.

Stalin setzte sich über die internationale kommunistische Ideologie hinweg und verfolgte eine nationalistische russische Expansionspolitik, ähnlich der mancher Zaren. Er glaubte, dies durch gute Beziehungen zu Hitler erreichen zu können. Auch er täuschte sich.

Im Juli 1940 mußte Hitler widerstrebend erkennen, daß die Briten weiterkämpften. Er bemerkte Generälen gegenüber, daß Großbritannien nur zwei Hoffnungen habe: Amerika und Ruß-



Deutsche Sturmgeschütze an der Ostfront Anfangs ein sensationeller Blitzkrieg

land. Gegen Amerika konnte er nichts unternehmen. Doch würde Rußland erst eliminiert sein, dann wäre Großbritanniens letzte Hoffnung auf dem eurasischen Festland dahin und Deutschland praktisch unschlagbar.

Dies war Hitlers Hauptgrund für die Vorbereitung einer Invasion Rußlands, wichtiger als seine „Lebensraum“-Philosophie, die gelegentlich zur Rechtfertigung für seine Anhänger diente. Doch sollte fast ein Jahr bis zum deutschen Überfall auf Rußland vergehen.

In der Zwischenzeit überrollte Hitler den Balkan, weil er seinem Verbündeten Mussolini helfen mußte, und gewann einen neuen Verbündeten, Japan, mit dem ausdrücklichen Ziel, die Vereinigten Staaten dadurch aus dem europäischen Krieg heraushalten zu können.

Hier kommen wir nun zum entscheidenden Wendepunkt des Zweiten Weltkriegs – auch das ein Unterschied zwi-



Alliierte Churchill, Stalin, Roosevelt: Hitler mußte vernichtet und Deutschland besetzt werden

schon beiden Kriegen. Im Ersten gab es keine solche Zäsur, jedenfalls nicht bis August 1918, kurz vor Kriegsende.

Im Zweiten Weltkrieg aber fielen die Entscheidungen schon Jahre vor Kriegsende, nur um zwei Tage getrennt, jedoch an zwei entgegengesetzten Enden der Welt.

Am 22. Juni 1941 überfiel Hitlers Wehrmacht Rußland, in der Hoffnung auf einen Sieg vor Jahresende. Am Tag zuvor befahl Hitler den deutschen Seestreitkräften im Atlantik, keinesfalls auf amerikanische Schiffe zu schießen. Beides nützte ihm nichts.

Anfangs schien der deutsche Blitzkrieg in Rußland noch sensationell: Über drei Millionen Russen wurden gefangenengenommen, die Deutschen gelangten bis kurz vor Moskau. Am 5. Dezember 1941 jedoch erteilte sie der russische Gegenangriff: Vor Moskau wurden sie gestoppt. Es war der erste große erzwungene Rückzug der deutschen Wehrmacht in mehr als zwei Jahren.

48 Stunden später, im subtropischen Pazifik, riß der japanische Angriff auf Pearl Harbor Amerika in den Krieg – zwei wahrlich entscheidende Ereignisse: Erstens war aus dem europäischen Krieg ein Weltkrieg geworden, zweitens konnte Hitler ihn nicht mehr auf seine Weise gewinnen.

Von dem Moment an änderte sich seine Strategie. Hitler hatte eine Reihe kurzer Feldzüge geplant. Jetzt stand ihm ein langer Krieg bevor. Er hatte einen europäisch-russischen Krieg beabsichtigt. Jetzt war er in einen echten Weltkrieg verwickelt, mit

Japan als Verbündetem und Amerika als Gegner. Eine Folge davon war sein verspäteter Befehl, die deutsche Industrie und Wirtschaft völlig in den Dienst der Kriegsproduktion zu stellen.

Weiterhin machte Hitler es sich zur Aufgabe, die gewaltige, in seinen Augen unnatürliche Koalition seiner Feinde zu sprengen – die der Russen und der Anglo-Amerikaner, der Kommunisten und der Kapitalisten. Er mußte einen von ihnen endgültig besiegen (zu dem Zeitpunkt vorzugsweise Rußland), wodurch Deutschland auf dem europäischen Kontinent unschlagbar geworden wäre und seine Feinde (vorzugsweise die Amerikaner) früher oder später mit ihm hätten verhandeln müssen.

Diese Überzeugung beherrschte seine Strategie und Denkweise bis zu seinem letzten Tag. Sie wurde stillschweigend von vielen seiner Heerführer und seinem Volk akzeptiert oder geteilt. Anders als 1918 kämpften die Deutschen bis zum bitteren Ende.

Natürlich bröckelte der Bund seiner Feinde, aber erst 1945, zu spät für ihn. Denn wenn seine so unterschiedlichen Gegner Churchill, Roosevelt und Stalin je ein gemeinsames Ziel hatten, dann war es dieses: Hitler mußte vernichtet und Deutschland besetzt werden.

(Verglichen damit herrschte unter Hitlers autoritären Verbündeten weniger Einigkeit: Nach 1941 war Deutschlands größter Feind Rußland, der Hauptfeind Italiens Großbritannien, der Japans Amerika.)

Hier ist zu bedenken, daß trotz Kopernikus und Magellan die Welt politisch gesehen erst um 1900 rund wurde. Bis 1900 waren alle Weltmächte europäische Mächte gewesen. Anders als diese, Großbritannien eingeschlossen, besaßen die USA keine Territorien jenseits ihrer eigenen Grenzen.

Kurz vor 1900 änderte sich das. Die Vereinigten Staaten und Japan legten sich weit entfernte Besitzungen zu, wobei Japan nach dem asiatischen Kontinent griff.

Sechs Jahre vor der russischen Revolution von 1917 setzte eine Revolution in China der 4000jährigen Monarchie ein Ende – es war der Beginn der stückweisen Auflösung Chinas. Es lag ganz im Sinne Japans, diesen Prozeß zu fördern, und diente ihm geradezu als Hauptgrund, auf der Seite der Alliierten am Ersten Weltkrieg teilzunehmen.

Als einzige unter den Großmächten widersetzten sich die USA einer Verstümmelung Chinas. Sie vermochten immerhin 20 Jahre hindurch, Japan ohne große militärische Interventionen zu dämpfen. Doch 1931 beschlossen die japanischen Militärs, die chinesische Mandschurei zu besetzen. Damit war dort nicht nur die militärische Präsenz Japans, sondern ein japanischer Satellitenstaat etabliert.

Entsprechend läßt sich aus fernöstlicher Sicht argumentieren, daß der Zweite Weltkrieg schon 1931 begonnen hatte, während er aus der europäischen Perspektive 1939, aus der russischen und amerikanischen erst 1941 anfang.

„Es handelt sich nicht darum, für Danzig oder für Polen zu kämpfen. Wir kämpfen, um die ganze Welt vor der Pest der Nazi-Tyrannie zu retten.“

WINSTON S. CHURCHILL AM 3. SEPTEMBER 1939

Rußland vermochte Japans schrittweisen Vormarsch in China nicht zu bremsen. Das war einer der Hauptgründe für den russisch-amerikanischen Vertrag von 1933, der auch die Anerkennung der UdSSR durch Amerika enthielt – vielleicht eine Art Vorläufer ihrer militärischen Allianz im Zweiten Weltkrieg.

1938 hatte Japan fast die gesamte chinesische Küste von der sibirischen bis zur indochinesischen Grenze erobert und besetzt, mitsamt den größten Städten Chinas. Zugleich mit der Militarisierung der japanischen Regierung traten prodeutsche und extrem nationalistische Elemente auf, vor allem in der Armee.

Die deutschen Siege von 1940, der Zusammenbruch der Kolonialmächte Frankreich und Holland, der tödliche Kampf, in dem Großbritannien lag, ermutigten die Japaner, ihr Reich nach Französisch-Indochina, später nach Niederländisch-Ostindien und bis nach Burma auszuweiten.

Rußland war militärisch imstande, einen Versuch Japans, in die Mongolei einzurücken, zurückzuschlagen; doch die einzige Großmacht, die Japan effektiv Einhalt gebieten konnte, waren die Vereinigten Staaten.

In dieser Erkenntnis bot Hitler im September 1940 den Japanern ein Drei-Mächte-Abkommen an, das sie sofort annahmen. Japan glaubte, die eigene Situation weiter zu stärken, indem es im April 1941 einen Neutralitätsvertrag mit Stalin unterzeichnete.

Als Deutschland die Sowjetunion überfiel, hatten die Japaner drei Optionen, über die im Kronrat entschieden wurde: Rußland anzugreifen, gegen die USA und Großbritannien vorzugehen oder sich für einige Zeit aus dem Krieg herauszuhalten.

Japan kam zu dem Schluß, daß Krieg mit den Vereinigten Staaten am wenigsten zu vermeiden sei. Tatsächlich hatten die Amerikaner Japan zunehmend unter wirtschaftlichen Druck gesetzt. Der Kaiser und die Konservativen hofften immer noch, irgendein Abkommen mit den USA schließen zu können. Doch Washington forderte unter anderem den Rückzug der Japaner aus China. Das war unannehmbar für Tokio.

Also begannen die Japaner ihren Krieg am 7. Dezember 1941 mit einem Überraschungsangriff auf die amerikanischen Be-

sitzungen im Pazifik. Dieser Angriff war erschreckend erfolgreich, aber gleichzeitig der größte Fehler im gesamten Krieg: Japan überfiel die Vereinigten Staaten, *nachdem* die Briten und *nachdem* die Russen Deutschland standgehalten hatten.

Als Folge von Pearl Harbor erklärte Hitler einige Tage später den Vereinigten Staaten den Krieg. Viele halten dies für seinen größten Fehler. In Wahrheit hatte er keine Wahl: Im Atlantik herrschte seit Monaten ein unerklärter Krieg zwischen amerikanischen und deutschen Seestreitkräften, und zu dem Zeitpunkt konnte Hitler seinen Vertrag mit Japan nicht einfach verletzen.

Inzwischen erwies sich eine Entscheidung Roosevelts und der amerikanischen Stabschefs, die schon Monate früher gefallen war („Rainbow 5“), als folgenschwer



Japanischer Angriff auf Pearl Harbor 1941: Tokios größter Fehler



für den gesamten weiteren Verlauf des Krieges. Die amerikanische Führung, mit der Möglichkeit eines Zweifrontenkrieges konfrontiert, beschloß, daß im Falle eines Krieges gegen Deutschland und Japan die Zerschlagung Deutschlands den Vorrang habe und danach Japan an der Reihe sei.

Es war eine kluge Entscheidung, wenn sie auch nicht unbedingt im Einklang mit dem amerikanischen Volk stand, das damals lieber gegen die Japaner als gegen alle anderen kämpfte.

So schien also der Zweite Weltkrieg nach 1941 im großen und ganzen aus drei Kriegen zu bestehen:

- ▶ dem anglo-amerikanischen Krieg gegen Deutschland und Italien im Westen und Süden Europas,
- ▶ dem deutschen gegen Rußland in Osteuropa und
- ▶ dem japanischen gegen Amerikaner, Briten und Chinesen in Ostasien und im Pazifik.

Daß diese drei Kriege miteinander zusammenhängen, erklärt sich aus bestimmten chronologischen Übereinstimmungen.

Ganz gleich, wie entscheidend der mehrfache Wendepunkt im Dezember 1941 war, die rein militärischen Zäsuren dieser drei Kriege folgten erst Monate später:

In den ersten sechs Monaten des pazifischen Krieges errangen die Japaner einen überwältigenden Sieg nach dem anderen. Auch die deutsche Wehrmacht überstand die ersten Zwangsrückzüge des Winters 1941/42; im Sommer zog sie in die Tiefe Rußlands bis zum Kaukasus und belagerte Stalingrad an der Wolga. Die Engländer erlitten Niederlagen in Libyen und Ägypten.

Doch im Laufe des Jahres 1942 änderten vier Ereignisse die Lage: Im November errangen die Briten in der ägyptischen Westsahara bei El Alamein einen entscheidenden Sieg über die deutsch-italienischen Truppen und zwangen sie endgültig zum Rückzug. Einige Tage später landeten amerikanisch-britische Verbände in Marokko und Algerien, was schließlich zur vollständigen Vertreibung der Achsenmächte aus Nordafrika führte und ein Sprungbrett nach Italien errichtete. Weitere 13 Tage später war die deutsche 6. Armee nach einer gutgeplanten russischen Gegenoffensive vor und in Stalingrad eingekesselt. Zur gleichen Zeit wurden die Japaner auf Guadalcanal zurückgeworfen.

Bis auf wenige Gegenoffensiven befanden sich die deutschen, italienischen und japanischen Armeen seitdem ständig in der Defensive; doch ihre Kraft und Entschlossenheit blieben noch eine Weile ungebrochen, nur Italien ergab sich im September 1943.

Churchill verstand das, vielleicht warnte er deshalb sein Volk, daß der November 1942 nicht der Anfang vom Ende, sondern erst das Ende vom Anfang sei. Er verstand auch, daß die größten Schlachten dieser Kriege in Rußland stattfanden.

Die Briten konnten Italien weitgehend allein besiegen, die Amerikaner konnten Japan weitgehend allein besiegen, doch weder die Anglo-Amerikaner noch die Russen allein konnten Deutschland besiegen.

Als die Anglo-Amerikaner schließlich im Juni 1944 in Frankreich landeten, kam auf drei deutsche Divisionen an der Ostfront eine Division im Westen. Diese Abhängigkeit von der Stärke Rußlands sollte gegen Kriegsende schwerwiegende Konsequenzen haben.

Die anglo-amerikanischen Rüstungsgüter, die seit Ende 1941 nach Rußland verschifft wurden, waren gewaltig – 8,5 Millionen Tonnen –, selbst wenn das meiste davon erst 1943/44 ankam. Ohne sie wären Tempo und Umfang des Sturms der Russen von Stalingrad und Kursk nach Berlin unmöglich gewesen. Die Anglo-Amerikaner erkannten den Beitrag Rußlands zum gemeinsamen Sieg dankbar an, die Sowjetregierung die Hilfe aus dem Westen dagegen nicht.

Eine der Ähnlichkeiten zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg war die Rückkehr zum Landkrieg, nach Jahrhun-

erten, in denen Seestreitkräfte Kriege entschieden hatten. Dadurch wurde unter anderem die Vormachtstellung Großbritanniens begründet, ein Resultat seiner Fähigkeit, Güter und Truppen schneller auf dem See- als auf dem Landweg transportieren zu können.

Roosevelt (anders als Churchill) erkannte den Wandel nicht: Noch 1941 sagte er, Seemacht sei der Schlüssel zur Geschichte. In gewisser Hinsicht – und für einen bestimmten Kriegsschauplatz, nämlich den Pazifik – mochte dies noch gelten, für Europa jedoch nicht.

Die Motorisierung der Armeen änderte alles. Hitler wußte, daß es den statischen Krieg der Schützengräben des Ersten Weltkriegs nicht mehr geben würde. Nicht nur der reine Truppentransport, sondern der schnelle Vormarsch ganzer bewaffneter Verbände war entscheidend geworden.

Der U-Boot-Krieg war sehr wichtig, im Atlantik wie im Pazifik (deutsche U-Boote überwogen hier, amerikanische dort), er vermochte dem Feind schweren Schaden zuzufügen, doch der Kriegsausgang hing immer noch von der Eroberung und der Besetzung ganzer Länder durch Massenheere ab.

Nun kam der Luftkrieg hinzu. Panzer, Flugzeuge und Luftschiffe waren zuerst auf und über den Schlachtfeldern des Ersten

„Amerika zu beseitigen besitzen wir keine Möglichkeit. Rußland auszuschalten aber liegt in unserer Macht ... Das Zusammengehen mit der Sowjetunion hat mich ... doch oft schwer belastet.“

ADOLF HITLER AN MUSSOLINI AM 21. JUNI 1941 VOR DEM EINMARSCH IN RUSSLAND



Sowjetische Soldaten bei Straßenkampf im zerstörten Stalingrad (1943): 8,5 Millionen Tonnen anglo-amerikanische Rüstungsgüter

Weltkriegs erschienen, wenn auch eher sporadisch; ihre Auswirkungen auf den Krieg blieben unbedeutend.

Vor dem Zweiten Weltkrieg glaubte man allgemein, daß große Luftangriffe das Wesen des Krieges insgesamt verändern würden, daß, wenn ganze Städte plötzlich in Schutt und Asche sanken, eine feindliche Nation gezwungen sei, sich rasch zu ergeben. Das trat so nicht ein. Die enormen Einsätze der Luftwaffen erbrachten nicht die erwarteten Ergebnisse, außer ganz zum Schluß, im Krieg gegen Japan.

Die ersten Bombenangriffe auf spezifische industrielle oder militärische Ziele wirkten sich weniger aus. Als 1940 der deutsche Plan fehlgeschlug, einen Großteil der britischen Jagdflugzeuge und Luftstützpunkte zu zerstören, ordnete Hitler die Bombardierung Londons und anderer britischer Städte an. Das führte zu großen Zerstörungen, war jedoch nicht kriegsentscheidend.

Briten und Amerikaner glaubten erst, daß massive Bombenangriffe Deutschland zum Aufgeben zwingen könnten, so daß eine großangelegte Invasion in Westeuropa vielleicht gar nicht nötig sei. So machten ihre Bomber oft keinen Unterschied mehr zwischen zivilen und militärischen Zielen, sondern zerstörten ganze Städte. Doch selbst das war nicht entscheidend; die Rüstungsproduktion in Deutschland stieg weiter an bis Herbst 1944.

Dennoch konnte eine starke Luftwaffe in doppelter Hinsicht wichtig sein: einmal im gezielten Einsatz von Fallschirmtruppen und, taktisch gesehen noch wichtiger, im Einsatz von Flugzeugen als eine Art fliegender Artillerie.



für Rußland

Das war relevant zu Lande und zu Wasser. Auf See konnten von Flugzeugen abgeworfene Bomben und Torpedos Schlachtschiffe zerstören (die Japaner machten es 1941 vor), das neue, wichtige Kriegsgerät war der Flugzeugträger, eine mobile Plattform, die scharenweise die Flugartillerie entsenden konnte.

Entscheidend war die Rolle der Luftwaffe bei der wesentlichen Zäsur im pazifischen Krieg, der Schlacht von Midway im Juni 1942. Sie wurde von Hunderten amerikanischen und japanischen Flugzeugen geschlagen, deren Basen, die Flugzeugträger, oft weit voneinander entfernt außer Sichtweite lagen. Manche von diesen wurden nicht durch feindliche Kriegsschiffe, sondern durch Flugzeuge versenkt, die von ihren Trägern gestartet waren.

Auch zu Lande erwies sich die Luftwaffe als effektiv, wenn sie militärische Ziele zerstörte und ganze Kampfverbände an der Front dezimierte.

Damit kommen wir zum wesentlichsten und furchtbarsten Unterschied zwischen den beiden Weltkriegen. Im Ersten Weltkrieg blieb die damals traditionelle Unterscheidung von Militär und Zivilisten noch allgemein gewahrt; außer in unmittelbaren Kampfgebieten und durch die Folgen der schlechten Ernährung erlitt die Zivilbevölkerung wenig Verluste.

Für den Zweiten Weltkrieg galt dies nicht mehr. Die Zahl der Zivilisten, der Frauen, Kinder und Alten, die in manchen Städten durch Luftangriffe oder Artillerie umkamen, überstieg oftmals die militärischen Verluste an der Front. Ganze Städte wurden weitgehend zerstört, erst in Holland und Großbritannien, dann in Rußland und schließlich in Deutschland. Bei den Luftoffensiven gegen Dresden, Hamburg, Berlin und Tokio starben mehr Menschen als beim Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki.

Dies war jedoch nur ein besonders grauenhaftes Detail in einem Krieg, den eine früher unvorstellbare Barbarei kennzeichnet. Das Dritte Reich und Stalins Sowjetunion vertrieben ganze Menschengruppen, die als feindlich oder auch nur unzuverlässig eingestuft worden waren. Millionen anderer Menschen wurden zu Sklavenarbeit in Arbeitslager deportiert, vor allem von den Deutschen. 1941 gingen sie dazu über, die meisten Juden nicht mehr auszuweisen, sondern massenhaft zu vernichten. Wenn wir die Anzahl der ermordeten Juden einbeziehen, wenigstens 5,3 Millionen, ergibt sich: Im Zweiten Weltkrieg starben mehr Zivilisten als Soldaten.



B-17-Bomber über Berlin*: Ganze Städte zerstört

Doch auch in der Kriegsführung selbst verschwand der alte Unterschied zwischen Soldaten und Zivilisten. In Polen, auf dem Balkan, in Rußland und später in jedem von den Deutschen besetzten Land kämpften viele mit Handfeuerwaffen als Partisanen gegen die Besatzer. Manchmal war ihr Einsatz bemerkenswert, mit oft schrecklichen Folgen. Die Brutalität dieser Art zu kämpfen (und ihrer Vergeltung) erinnerte an vergangene Jahrhunderte – Homo homini lupus, Männer (und Frauen) verhielten sich wie wilde Tiere.

Dies zeigte sich ebenfalls in der unglaublichen Mißhandlung von Kriegsgefangenen, vornehmlich an der deutschen Ostfront: Von über 3 Millionen sowjetischen Soldaten, die 1941 in deutsche Gefangenschaft gerieten, starben bereits bis Dezember 1,4 Millionen, da die Deutschen sie nicht versorgten. Wenig später brachte der Bedarf der Kriegsindustrie die Deutschen auf die Idee, diese Gefangenen als nützliche Arbeitssklaven einzusetzen – unter schlimmsten Bedingungen.

Eine weitere Neuerung des Zweiten Weltkriegs betrifft die Waffen. Ein Krieg erzeugt fast immer neue Technologien.

Wie im Ersten Weltkrieg taten sich die Deutschen abermals hervor – lange war die Qualität ihrer Flugzeuge und Panzer besser als die ihrer Gegner. Sie profitierten von der Erfindung und Produktion synthetischen Benzins und künstlichen Kautschuks. Gegen Kriegsende entwickelten sie das Schnorchel-U-Boot, das für die Frischluftzufuhr nicht mehr auftauchen mußte, und den Düsenjäger – doch all das kam zu spät, um das Resultat des Krieges

* Im Februar 1945.

noch zu beeinflussen. Radar-, Sonar- und Radiotechniken für die Nachrichtendienste wurden mit wechselnden Ergebnissen auf beiden Seiten erfunden und entwickelt.

Auch die Entscheidung der Deutschen von 1944, weitreichende V2-Raketen zu bauen, trug ihnen wenig ein. Meist auf London gerichtet, zerstörten sie Ziele nichtmilitärischer Art, sie sollten die Moral der Bevölkerung brechen.

Mutatis mutandis – das gleiche galt für die Atombomben, die die Amerika mit Hilfe ausgewanderter Wissenschaftler entwickelt hatte. Im August 1945 über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen, töteten sie etwa 150 000 Menschen. Sie zwangen – neben der russischen Kriegserklärung an Japan am 8. August – den japanischen Kaiser zur Kapitulation.

Die Atombombe war etwas völlig Neues in der Geschichte der Kriegsführung. Ihr Einsatz quält die Menschheit noch heute. Andererseits ließe sich einwenden, daß sie dem Krieg schließlich ein Ende zu setzen half, der sonst womöglich noch viel mehr Menschenleben gekostet hätte, und daß, so gesehen, die Atombombe eigentlich nur eine sehr große Bombe war.

Wir kommen zum letzten wichtigen Unterschied zwischen den beiden Weltkriegen. Wie der Erste war auch der Zweite Weltkrieg immer noch hauptsächlich ein Krieg zwischen Staaten: zwischen Deutschland, Polen, Frankreich, Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Rußland et cetera. Doch nun kam ein neues, vorher kaum vorhandenes ideologisches Element hinzu.

Im Ersten Weltkrieg hatte es Menschen gegeben, die gegen ihre eigenen Regierungen auftraten und gelegentlich auch als Agenten oder Spione des Feindes handelten. Das war nicht neu, aber selten.

Im Zweiten Weltkrieg wünschten schon Hunderttausende der eigenen Regierung den Untergang und bekämpften sie – und engagierten sich so mehr oder weniger indirekt für den Sieg des äußeren Feindes. Auch in Deutschland gab es solche Männer und Frauen, und einige von ihnen erklimmen tragische Höhen, wie die Hitler-Attentäter des 20. Juli 1944.



SPIEGEL TV

Landung der Alliierten in der Normandie 1944*: Rückkehr zum Landkrieg

Es gab Millionen Menschen in Rußland und der Ukraine, bereit, sich mit den Deutschen zu verbünden und an deren Seite zu kämpfen. Es gab Tausende von Franzosen und anderen Europäern, die glaubten, daß ihre Hoffnung in einem deutschen Sieg liegen müsse.

Doch dies war nur ein Abbild der historischen Ereignisse, die sich schon 20 Jahre vor dem Krieg zu entwickeln begonnen hatten. Wir haben gesehen, daß der Sieg über das Dritte Reich nur durch die Allianz der kapitalistischen westlichen Demokratien mit der kommunistischen Sowjetunion möglich wurde – eine unnatürliche, doch damals unvermeidliche Koalition.

Dieses große Dreieck der Weltmächte – westliche Demokratien, russischer Kommunismus und die autoritären Mächte Japan, Italien und besonders Deutschland –

bildete das Aufgebot für den Zweiten Weltkrieg. Dieses große Dreieck wiederholte sich weltweit. Es gab Menschen, oft sehr viele, die mit dem sympathisierten, was Deutschland (oder im Osten Japan) darstellte, oder mit dem, was das kommunistische Rußland wollte. In jeder Nation lebten Menschen, die mit den Ideen der westlichen Demokratien sympathisierten – und viele von ihnen waren irgendwann bereit, entsprechend zu handeln.

Einige Länder waren geradezu ein Inbegriff dieser Dreieckskräfte – China etwa, wo im Zweiten Weltkrieg drei Regierungen für verschiedene Landesteile existierten: die Regierung Tschiang Kai-schek, die sich mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien verbündete, die kommunistische Regierung unter Mao Tse-tung im Norden und die pro-japanische Wang-Jingwei-Regierung mit Sitz in Nanking.

Anderorts – in Griechenland, Jugoslawien, Italien, selbst in Frankreich – wurde der Zweite Weltkrieg zu einer Art Bürgerkrieg, der in China und Griechenland noch lange nach Kriegsende andauerte.

Als der Zweite Weltkrieg 1945 endete, endete das europäische Zeitalter. Nach 500 Jahren endete auch der Versuch einer europäischen Macht, Weltmachtstatus zu erlangen. Nach 800 Jahren endete mit den Massenvertreibungen die Präsenz großer,

Die Toten der Weltkriege in Millionen

Erster Weltkrieg	rund 10 Millionen	
Zweiter Weltkrieg	rund 55 Millionen	
davon in:	Soldaten	Zivilisten
Sowjetunion	13,6	7,0
Deutschland	4,8	0,5
Japan	1,2	0,6
Jugoslawien	0,4	1,3
Polen	0,3	4,2
Quelle: Der Große Ploetz		

* Farbfoto aus einem 1998 aufgefundenen Film des Regisseurs John Ford, der die Aufnahmen für den US-Geheimdienst OSS drehte.

LITERATUR

WINSTON S. CHURCHILL: „Der Zweite Weltkrieg“. Scherz Verlag, München 1995; 1135 Seiten – *Meisterwerk des Zeitzeugen und Literatur-Nobelpreisträgers*.
 PETER CALVOCORESSI, GUY WINT, R. JOHN PRITCHARD: „Total War. The Causes and Courses of the Second World War“. Viking, New York 1989; 1315 Seiten – *Der Hauptautor, ein ehemaliger britischer Anwalt und Luftabwehroffizier, recherchierte für die Anklage im Nürnberger Prozeß gegen das Oberkommando der Wehrmacht*.

MARTIN GILBERT: „Der Zweite Weltkrieg: Eine chronologische Gesamtdarstellung“. List Verlag, München 1991; 806 Seiten – *Überblick des Churchill-Biographen*.
 JOHN KEEGAN: „The Second World War“. Arrow, London 1990; 608 Seiten – *Gut lesbare Darstellung des britischen Militärhistorikers*.
 KLAUS LATZEL: „Deutsche Soldaten – nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis – Kriegserfahrung 1939–1945“. Schöningh Verlag, Paderborn 1998; 430 Seiten – *Militärgeschichte von unten: Studie nach Feldpostbriefen von deutschen Frontsoldaten*.

MANFRED RAUH: „Geschichte des Zweiten Weltkrieges“. Duncker & Humblot, Berlin 1991–1998 – *Umfassendes Werk auf aktuellem Wissensstand in drei Bänden*.
 GERD R. UEBERSCHÄR (Hrsg.): „Hitlers militärische Elite“. 2 Bände. Primus-Verlag, Darmstadt 1998 – *Porträts der Kaste, die für Hitler den Krieg führte*.
 IAN DEAR, M. R. D. FOOT (Hrsg.): „The Oxford Companion to the Second World War“. Oxford University Press 1998; 1366 Seiten – *Die beste Enzyklopädie zum Thema Zweiter Weltkrieg*.

einflußreicher deutscher Bevölkerungsgruppen östlich der Oder.

Es war der Beginn der Teilung Europas, der Teilung Deutschlands und, innerhalb Deutschlands, der Teilung Berlins. Dies waren die unmittelbaren Folgen des sogenannten Kalten Krieges, der kurz nach 1945 begann und 1989 endete.

In diesen 44 Jahren argumentierten manche Politiker und Historiker, die russische Revolution von 1917 sei der bedeutendste und folgenreichste Wendepunkt in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Das ist Unsinn. Vor 1945 existierte kein kommunistischer Staat außer der Sowjetunion. Nach 1945 entstanden kommunistische Staaten in Europa weniger durch Volkes Wille als durch die Präsenz der sowjetischen Macht in Teilen Osteuropas und im Osten Deutschlands.

1945 waren es allein die Vereinigten Staaten, die einen gewaltigen Zwei-Fronten-Krieg mit relativ geringen Verlusten gewinnen konnten, das einzige Land außerdem, das nicht bombardiert wurde.

Seit 1917 überzieht nicht der Kommunismus den Erdball, sondern die Amerikanisierung. In Westeuropa, auch in Deutschland, führte das Ende des Zweiten Weltkriegs zu einer Wiederherstellung demokratischer Regierungen mit US-Hilfe.

Die beiden Gebirgsketten, die die Landschaft des 20. Jahrhunderts bestimmen, historisch gesehen ein kurzes Jahrhundert von 1914 bis 1989, sind die beiden Weltkriege, in deren Schatten wir bis 1989 gelebt haben.

1945 begannen das atomare Zeitalter und die Präsenz zweier Supermächte – der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.

Viele Deutsche, auch Hitler, glaubten, daß die beiden Sieger einst zwangsläufig zusammenstoßen würden. So kam es, doch der Konflikt führte zu keinem neuen Weltkrieg, vor allem nicht, weil nach 1945 weder Amerikaner noch Sowjets riskierten, die Trennungslinien in Berlin, in Deutschland und in Europa zu überschreiten.

Darüber hinaus ist immerhin denkbar, daß der Zweite Weltkrieg nicht nur der letzte große europäische Krieg, sondern auch der letzte Weltkrieg zwischen einzelnen Staaten gewesen sein könnte.



Der Autor

John Lukacs, 74, aus Ungarn stammender Historiker, kam 1946 in die USA und wurde Anfang der fünfziger Jahre Ordinarius für moderne Geschichte am Chestnut Hill College in Pennsylvania. Zu seinen bekanntesten Werken gehören „Churchill und Hitler. Der Zweikampf“ (1992) sowie „Hitler – Geschichte und Geschichtsschreibung“ (1997).

T. EVERKE

STANDPUNKT

Das Attentat auf sich selbst

Von Rudolf Augstein

Man mag sich die Frage stellen, ob dieses Jahrhundert denkbar ist ohne das Wirken des deutschen Führers Adolf Hitler. Die Antwort fällt nicht gar so leicht. Der sogenannte Friedensvertrag von Versailles war nicht scharf genug, um Deutschland für immer in die Rolle einer mittelmäßigen Macht zu drängen, das hatten Briten und Amerikaner verhindert.

Andererseits bot er dem geschulten Auge des Chefs der Reichswehr, General Hans von Seeckt, Anlaß zu Revisionsgedanken. Wenn nicht scharf genug, so war der „Vertrag“ doch empörend ungerecht.

Der französische Historiker Jacques Bainville brachte das auf die Formel: Nicht hart genug angesichts der Hürden, die er enthielt. Es war recht unwahrscheinlich, daß man Rest-Österreich auf Dauer daran hindern konnte, sich dem verbliebenen Reich anzuschließen, und die Volksabstimmung im Saargebiet, wo man für Deutschland optieren würde, war voraussehbar. Auch ohne Hitler hätte das Reich Stück für Stück die Bestimmungen des Vertrages aufheben können.

Schwer vorstellbar ist, warum sich eine autoritäre deutsche Reichsregierung nach dem Scheitern der Weimarer Republik nicht auch auf längere Sicht hätte erfolgreich etablieren können; ein neuer Krieg und eine gemäßigte Diskriminierung der Juden wären wohl ebenfalls von ihr ins Auge gefaßt worden.

Aber die Grenze der Spekulation wird damit schon überschritten. Es war nun einmal Hitler, der möglich machte, was keinem anderen in so kurzer Zeit gelungen wäre. Keine Figur ist sichtbar, der die Westmächte und Italien so viel Konzessionen gemacht hätten.

Krieg stand nicht auf dem Programm der englischen Regierung, und Frankreich war 1936 so demoralisiert, daß es nicht einmal dem Deutschland verbottenen Einmarsch in die entmilitarisierte Zone westlich des Rheins hatte entgentreten können.

Die Angebote Englands und Frankreichs kamen noch nach den inszenierten Pogromen gegen die Juden 1938, ja, sie kamen noch nach dem dreisten Wortbruch des deutschen Führers, der auf einmalig brutale Weise den Rest der Tschechoslowakei liquidierte und in Prag auf

dem Hradschin nächtigte. Sie kamen noch 14 Tage vor der Entfesselung des Krieges durch Hitler allein.

Es genügt nicht, Neville Chamberlain pure „Appeasement“-Politik vorzuwerfen. Ihr lagen zwei gänzlich verschiedene Konzepte zugrunde. Angesichts der Kriegsmüdigkeit in ihren Ländern hatte man hauptsächlich in England, aber auch in Frankreich die allerletzte scheinbare Möglichkeit ausgeschöpft, um Hitler zu testen.

Man wußte um seine Geldknappheit, schließlich hatte er der Spitze der Reichsbank Mitte Januar 1939 die Leitung entzogen. Chamberlain bot Hitler einen Milliardenkredit an, um zu verhindern, daß der sich die gemachten Schulden jenseits der deutschen Grenzen zurückholte.

Auch über Danzig, den polnischen Korridor zum Meer und womöglich gar die Ostgrenzen des Reiches hätte man mit sich reden lassen. Das waren gewaltige Zugeständnisse, wie sie ein Staats-



Hitler vor dem brennenden Warschau 1939

mann ohne Krieg wohl noch nie erreicht hatte.

Nur einen Haken hatte das britisch inspirierte Angebot. Die Politik der Überraschungen sollte zu Ende sein, alle Streitfragen würde man auf friedlichen Konferenzen beilegen. Dem Protektorat Böhmen und Mähren konnte man eine autonome Stellung zurückgewinnen. Daran war der kriegswütige Hitler nun ganz und gar nicht interessiert. All das lief ja auf eine Art Verteidigungsbündnis der vier europäischen Großmächte gegen die Sowjetunion hinaus.

Er wollte, was er ohne Krieg nicht bekommen konnte: freie Hand im Osten, sei es mit Polen gegen Rußland, sei es vorerst gegen Polen allein. Seiner wölfischen Natur nach konnte er das Friedensangebot gar nicht annehmen, obwohl Deutschlands Ressourcen wie im Großen Krieg 1914 nicht ausreichten.

Die psychische Natur dieses Diktators ist bis heute nicht ergründet; die friedliebenden Westmächte bedurften offenbar des Beweises für seine wütige Blutgier. (Hitler konnte übrigens kein Blut sehen.)

Heute erscheint es fast grotesk, daß er den von ihm für den Herbst fest eingeplanten Krieg bereits am 30. Januar 1939 dem Weltjudentum in die Schuhe schob. Aber auch im Ausland dachte man an die Juden zuletzt. Daß die physische Auslöschung der ihm in Europa erreichbaren Juden eines der beiden Hauptziele Hitlers war, konnte sich 1939 außer ihm selbst wohl gar niemand vorstellen.

So wäre denn dieses Jahrhundert gewiß anders verlaufen, wenn Hitlers selige Mutter eine Fehlgeburt gehabt hätte, wie einmal Prinz Heinrich hinsichtlich seines älteren Bruders, des großen Friedrich, an seine Verwandten schrieb.

Der Meldegänger an der Westfront hatte sein Leben gewiß vielfach aufs Spiel gesetzt. Auch bei dem fast kindisch anmutenden Marsch auf die Feldherrnhalle 1923 hätte eine Kugel nicht den neben ihm eingehakten Deutschbalten Scheubner-Richter tödlich treffen können, sondern – läßt man die Vorsehung einmal außer acht – ebenso ihn.

Fragt man, welchen Fehlern Hitler während des Krieges seinen Absturz zu verdanken hatte, dann lautet die banale Antwort: Er hätte ihn gar nicht erst an-



Bor-Komorowski, Bach-Zelewski in Warschau 1944

fangen dürfen. Dieselben, uns nicht ganz erklärlichen Gründe, die ihn schwungvoll nach oben trugen, verursachten auch seinen unaufhaltsamen Niedergang.

The Wheel of Fortune – das große Glücksrad – trägt die Emporkömmlinge nach oben und läßt sie dann gnadenlos fallen. Es kann nicht sein, daß er in seinen animalischen Instinkten keine Ahnung von diesem Mechanismus gehabt haben sollte.

Das Glück, zum rechten Zeitpunkt zu sterben, etwa am Scherenfernrohr bei der Beobachtung des brennenden Warschau am 22. September 1939, strebte er nicht an. Dies war ja nur der Anfang, es blieb noch so viel zu tun. Klarsicht herrschte in seinem Kopf über sein persönliches Schicksal. Er würde entweder siegen oder Hand an sich legen. Pardon war für ihn nur ein Nichtgedanke.

Aber er gab Pardon, ein einziges Mal, er selbst oder – bis dahin schwer vorstellbar – sein oberster SS-Scherge Heinrich Himmler.

Die Bekämpfung des Aufstands der in Warschau versammelten polnischen Untergrundarmee im Sommer 1944 wurde auf deutscher Seite von richtigen Berufsverbrechern geführt. Der zwei Monate andauernde Kampf nahm derart brutale Formen an, daß Hitler auf deutscher Seite einen der Kommandeure, den weißrussischen SS-Brigadeführer Bronislaw Kaminski, kurzerhand erschießen ließ, um die Polen für sich zu gewinnen.

Es gibt ein Foto, auf dem der Kommandeur der polnischen Aufständischen, General Tadeusz Bor-Komorowski, bei der von Himmler angeordneten „ehrenhaften“ Kapitulation dem SS-General Bach-Zelewski die Hand reicht. Hilfreich bei dieser Unterwerfungsgeste der Polen könnte Eva Brauns Schwager, der SS-Gruppenführer Hermann Fegelein, ge-

wesen sein, der in Friedenszeiten zusammen mit Bor-Komorowski Reiterwettbewerbe ausgetragen hatte.

Diejenigen Polen, die den Warschauer Aufstand überlebt hatten, wurden entweder in normale Kriegsgefangenschaft geschickt oder ins Ausland evakuiert. Dies war das einzige Mal, daß man „slawische Untermenschen“ wie „Kameraden“ behandelte. Fegelein wurde später wegen ordinärer Desertion erschossen, zwei Tage vor dem Selbstmord des

Ehepaars Hitler. Eine Aufklärung dieser erstaunlichen Abweichung von dem im Osten üblichen Mörderhandwerk der Nazis gab es nie. Auch General Bor-Komorowski scheint nach dem Krieg darüber nichts erzählt zu haben.

Roosevelt, Lenin, Stalin, vielleicht auch de Gaulle und Churchill, sie wollen uns auf den ersten Anschein hin unersetzlich scheinen. Aber ihre Unersetzlichkeit ist nicht zweifelsfrei und muß mühsam debattiert werden. Hitler hingegen, getragen von der deutschen Militärkaste, geduldet von den Kirchen, der römischen insbesondere, aber auch von der protestantischen Führerschaft, bleibt der einzige, ohne den das 20. Jahrhundert nicht vorstellbar wäre.

Im Mittelalter hätte man solch einen entsetzlichen Menschen als einen Attila, eine Geißel Gottes für den sündigen Menschen, empfunden. Es ist kein Zufall, daß Premier Winston Churchill während des Zweiten Weltkriegs und noch danach von den „Hunnen“ sprach, wenn er sich zu deutschen Angelegenheiten äußerte. Auch heute noch werden die Deutschen in England, nicht in Schottland und Irland, hin und wieder Hunnen genannt.

Als „Sohn des Krieges selbst“ hat Graf von Stauffenberg, der später beinahe erfolgreiche Hitler-Attentäter, den „Führer“ im Jahre 1940 gegenüber seinem Buchhändler bezeichnet. Einem Gefreiten würde er sich nicht unterordnen, dem „Sohn des Krieges“ aber wohl. Für diesen Ausspruch gibt es zwar keinen schriftlichen Beleg, er paßt aber gut in das Bild dieses elitären Menschen.

Hitler kann als *der* Sterbliche gelten, der ungeheuerlich viel Zeit, Energie und Menschenopfer brauchte, bis er sein eigentliches Werk vollbracht hatte: das Attentat auf sich selbst.

STREITFRAGEN

Thesen und Zweifel

Von Gerd R. Ueberschär

► **Warum ließ Hitler die Panzer vor Dünkirchen anhalten?**

Anfang 1940 setzte Hitler den von General Erich von Manstein entworfenen Operationsplan für die Westfront gegen Bedenken im Oberkommando des Heeres durch: einen überraschenden Vorstoß der Panzerdivisionen durch die Ardennen, Luxemburg und Südbelgien nach Nordwesten bis zur Kanalküste bei Abbeville, den sogenannten Sichelschnitt, das genaue Gegenstück zum Schlieffenplan von 1905, der eine Umfassung des französischen Heeres nach Südwesten vorsah. Manstein schuf damit die Grundlage für die Einkesselung der alliierten Armeen, als die deutschen Panzer nach erfolgreichem Durchbruch am 20. Mai 1940 die Somme-Mündung erreichten.

Dann aber, am 24. Mai, als die Panzer nach Nordosten einschwenken wollten, um die gegen die Kanalküste gedrängten Engländer und Franzosen zu vernichten, ordnete der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe, Gerd von Rundstedt, mit Hitlers Billigung einen zwei Tage dauernden Halt an.

Nach wie vor ist dieser Haltebefehl umstritten und wird als eine der folgenreichsten Fehlentscheidungen des Zweiten Weltkriegs angesehen. Warum ließ Hitler die Panzer 15 Kilometer vor Dünkirchen anhalten und ermöglichte damit das „Wunder von Dünkirchen“, so daß die in Flandern eingeschlossenen französischen und britischen Armeen, rund 340 000 Soldaten, über den Kanal nach England evakuiert werden konnten?

Manche behaupten, der Vormarsch sei aus Hitlers Sorge vor einem gegnerischen Flankenangriff aus Südwesten gestoppt worden – der aber nie stattfand, weil den Franzosen die Reserven fehlten, was die Deutschen in Erinnerung an 1914 nicht glauben mochten. Andere meinen, der Zustand der deutschen Panzerverbände habe keine andere Wahl gelassen – etwa die Hälfte der Kampfwagen war beschädigt und zumindest vorübergehend nicht einsatzbereit.

Hitler selbst soll die durch plötzlich einsetzenden Regen zusätzlich aufge-

weichten „Sümpfe Flanderns“ als ungeeignetes Gelände für eine Panzerschlacht bezeichnet haben. Dafür gibt es jedoch keine Belege in den überlieferten Akten.

Besonders spekulativ bleibt die Vermutung, Hitler habe die eingeschlossenen Engländer schonen wollen. Rundstedt behauptete nach dem Krieg, Dünkirchen habe in Hitlers Sicht für die Briten die „goldene Brücke“ sein sollen, über die sie das europäische Festland ohne eine militärische Katastrophe verlassen konnten, so daß eine Verständigung mit ihnen noch möglich

► **Warum wurden die Bahnlinien nach Auschwitz nicht bombardiert?**

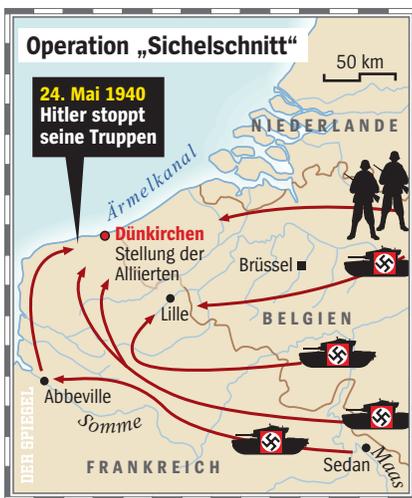
Nach mehrmonatiger geheimer Kurierreise im besetzten Polen legte der ehemalige Diplomat Jan Karski im Februar 1943 dem britischen Außenminister Anthony Eden und Ende Juli 1943 dem US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt seinen erschütternden Bericht über den Massenmord an der jüdischen Bevölkerung vor. Doch Karskis Bericht stieß auf Zweifel, obwohl er bestätigte, was die britische Regierung schon seit Juli 1941 durch entschlüsselte Funksprüche der SS- und SD-Einsatzgruppen im besetzten Rußland erfahren hatte: daß die Deutschen im Osten einen Genozid an den Juden begingen. Zudem hatte der Vorsitzende des Jüdischen Weltkongresses, Stephen Wise, im November 1942 aufgrund von Mitteilungen eines deutschen NS-Gegners, des schlesischen Bergwerksdirektors Eduard Schulte, Hitlers Vernichtungsaktionen vor der US-Presse publik gemacht.

Flüchtlingsorganisationen und jüdische Politiker schlugen vor, den Holocaust zu stoppen, indem die Alliierten die nach Auschwitz führenden Bahnstrecken, die Krematorien und Gaskammern im Lager durch Bombardierung zerstören sollten.

Doch die US-Regierung ließ sich darauf nicht ein. Dem Vorschlag zu folgen, so lautete eines ihrer Argumente, würde es Hitler nur erleichtern, die Juden als treibende Kraft des Krieges hinzustellen. Wenig stichhaltig scheint der Einwand, Bomben könnten nicht punktgenau abgeworfen werden, denn andernorts war dies durchaus möglich.

Eher begründet war die Sorge, bei einer Bombardierung würden viele Häftlinge getötet, die NS-Vernichtungsaktionen mithin noch beschleunigt. Zudem wurde es für unmöglich gehalten, alle Bahnlinien nachhaltig zu zerstören, so daß die Deutschen für die Transporte leicht auf andere Strecken hätten ausweichen können.

Ueberschär, 55, ist Historiker am Freiburger Militärarchiv und Lehrbeauftragter an der Universität Freiburg.



gewesen wäre. Gegen diese These spricht, daß Hitler selbst befohlen hatte, die britischen Verbände vollständig zu vernichten.

Plausibler ist, daß sich Hitler von einem großspurigen Angebot Hermann Görings blenden ließ. Einen Tag vor dem Haltebefehl hatte der Chef der Luftwaffe behauptet, daß seine Flieger die Briten aufreiben könnten, das Heer müsse dann nur noch das Gelände besetzen.

Das „Cannae“, die Vernichtungsschlacht nach dem Muster des Sieges von Hannibal über die Römer 216 vor Christus, blieb den Alliierten damit erspart – aber Hitler hatte dem Oberkommando des Heeres demonstriert, daß er allein die Befehle gab, auch wenn sie falsch und unverständlich waren.

PORTRÄTS

Gehorsame Helden

Georgij Schukow Der Volksmarschall



Schukow (1945)

Nach dem Ende des Kommunismus wurden überall in Osteuropa die Standbilder vom Sockel gestoßen, in Moskau aber zwei Denkmäler errichtet: für Nikolaus II., den ermordeten letzten Zaren, und für Georgij Schukow (1896 bis 1974), den Marschall und vierfachen Helden der untergegangenen Sowjetunion.

„Volksmarschall“ wurde der erfolgreichste Landgeneral des Zweiten Weltkriegs erst nach seinem Tod in der „Komsomolskaja prawda“ genannt; daß der Retter Moskaus, der Stratege von Stalingrad, der Eroberer Berlins fast zwei Jahrzehnte lang eine Unperson in seiner Heimat gewesen war, erwähnte niemand.

Als Kommandeur eines Kavalleriekorps war der Sohn eines Dorfschusters und gelernte Kürschner, der nie eine Militärschule besucht hatte, im Sommer 1939 in die Mongolei entsandt worden, um die dort eingefallenen Japaner zurückzuwerfen – er schlug sie vernichtend.

Sein Amt als Generalstabschef gab Schukow nach einem halben Jahr im

Streit mit Stalin auf. Er übernahm ein Frontkommando und bewahrte Moskau im Dezember 1941 vor dem Zugriff der Deutschen. Der Sowjet-Diktator ernannte Schukow zu seinem Ersten Stellvertreter als Oberster Befehlshaber, und die Siegesparade in Moskau 1945 nahm Schukow auf Stalins ausdrücklichen Wunsch ab, obwohl er durch seinen unsinnigen Angriff auf die Seelower Höhen vor Berlin belastet war: Die Rotarmisten mußten beim Licht Tausender Scheinwerfer stürmen und erlitten schwere Verluste.

Nach dem Krieg wurde der siegreiche Heerführer – der erwartet hatte, zum Streitkräfteminister berufen zu werden – immer tiefer in die Provinz abgeschoben. Zudem wurde Schukow aus dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei ausgeschlossen, in das er unmittelbar vor Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges 1941 außerplanmäßig als Kandidat aufgenommen worden war.

1953, einen Tag nach Stalins Tod, wurde Schukow zum Ersten stellvertretenden Verteidigungsminister ernannt, knapp zwei Jahre später machte ihn der neue Parteichef Nikita Chruschtschow zum Minister – aus Dank dafür, daß sich Schukow im Juli 1953 persönlich mit entschuldigter Pistole an der Verhaftung des Geheimdienstchefs Lawrentij Berija beteiligt hatte. Als Altstalinisten um Wjatschew Molotow 1957 gegen Chruschtschow putschten, ließ Schukow 120 ZK-Mitglieder aus allen Teilen des Reichs nach Moskau einfliegen; das ZK erklärte Chruschtschows Absetzung für ungültig und warf dessen Gegner aus dem Gremium. Als erster Berufssoldat in der Parteigeschichte zog Schukow ins Politbüro ein.

Doch Chruschtschow zeigte sich undankbar. Der Parteichef wollte Mittel aus dem Rüstungsetat lieber in die Konsumgüterproduk-

tion stecken und ließ Schukow, der dagegen aufbegehrte, während einer Auslandsreise absetzen.

Der aus dem ZK verstoßene Ruhestandler verfaßte seine Memoiren („Erinnerungen und Gedanken“), die aber erst 1969 stark zensiert veröffentlicht werden durften. Noch einmal betrat Schukow die politische Bühne: Als Chruschtschow 1964 durch Leonid Breschnew gestürzt wurde, nahm der mit 15 Orden dekorierte Marschall erneut seinen Platz über Lenins Kopf am Roten Platz ein. Nach seinem Tod 1974 wurde der Volksheld an der Kremelmauer beigesetzt.

Erich von Manstein Der Stratege

Den „gefährlichsten Gegner der Alliierten“ nannte der britische Militärhistoriker Basil Liddel Hart Hitlers Stratege für den Blitzkrieg im Westen. Der von Manstein erdachte Offensivplan für die Westfront – Durchbruch von den Ardennen zum Ärmelkanal – schnitt die in Belgien und Nordfrankreich stehenden alliierten Armeen von ihren rückwärtigen Verbindungen ab. Nur der bis heute rätselhafte Führerbefehl, der die deutschen Panzerkolonnen vor Düнкirchen zeitweilig stoppte, verhinderte den totalen Erfolg des Umfassungsmanövers (siehe Seite 128), das Schule gemacht hat. Zuletzt



Manstein (vorn, 1942)

imitierte der amerikanische General Norman Schwarzkopf im Golfkrieg gegen den Irak den deutschen Feldmarschall.

Doch der „Sichelschnitt“ von 1940 bestärkte die Illusionen der Wehrmachtsführer über die Unbesiegbarkheit ihrer Armee. Manstein war geradezu prototypisch für eine Generation von Militärs, die im Rausch über den Erfolg der eigenen Waffen ihre Einsicht unterdrückten, daß der „Führer“ Adolf Hitler, dem sie die Loyalität aufzukündigen nicht bereit waren, die Nation in die Katastrophe führte. Kein Nazi zwar, wußte Manstein doch mehr von den Greueln an den Juden, als er später zugeben mochte.

Mit Erfolg versuchten Mansteins Bewunderer, mit dessen – später – Kritik an den militärstrategischen Fähigkeiten Hitlers die Belege für jahrelange Linientreue zu entkräften: Bis zu seinem Tod 1973 stand Manstein mit seinem Buch „Verlorene Siege“ auch bei den Westmächten in hohem Ansehen. Manstein war der einzige Wehrmachtsfeldmarschall, der beim Aufbau der Bundeswehr als Gutachter mitwirken durfte.

Hideki Tojo Der Haudegen

Am 23. Dezember 1948 wurde Japans Kriegspremier Hideki Tojo hingerichtet – und damit zum Märtyrer für Japans Nationalisten, die in ihm ein Opfer alliierter Siegerjustiz sahen: Beim Tokioter Kriegsverbrecherprozeß 1946 bis 1948 hatte der General die Hauptschuld für Japans Überraschungsangriff auf den US-Flottenstützpunkt Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 und die Feldzüge in China und Südostasien auf sich genommen.

Damit entlastete er Kaiser Hirohito und handelte ein letztes Mal als treuer Diener seines Herrn. In der



Tojo

Todeszelle schrieb er ein patriotisches Gedicht: „Lebet alle wohl! / Über Berg' und Wälder hin / geh' ich heut noch ein / in des Großen Buddha Schoß – / Darum ist mir leicht ums Herz.“

Hirohito hatte den Kriegsminister Tojo im Oktober 1941 zum Premier ernannt. Dem Haudegen traute man bei Hofe am ehesten zu, das eigenmächtige Militär zu zügeln. Sein brutaler Führungsstil brachte Tojo den Beinamen „Kamisori“ (Rasierklinge) ein: Politische Gegner schaltete er ohne Skrupel aus, japanische Kriegsgreuel in Asien nahm er in Kauf.

Gleichwohl war Tojo kein fernöstlicher Hitler. Weniger aus persönlicher Machtbesessenheit als aus blinder Ehrfurcht vor dem göttlichen Kaiserhaus – dessen Herrschaft er durch westliche Sanktionen bedroht sah – führte Tojo die Inselnation in den aussichtslosen Krieg gegen die USA. Als sich Nippons Niederlage abzeichnete, trat der kaisertrou Premier im Juli 1944 auf Druck der höfischen Machteliten zurück. Unmittelbar vor seiner Verhaftung im September 1945 versuchte er sich umzubringen.



DIE THEMENBLÖCKE IN DER ÜBERSICHT: I. DAS JAHRHUNDERT DER IMPERIEN; II. ... DER ENTDECKUNGEN; III. DAS JAHRHUNDERT DER KRIEGE; IV. ... DER BEFREIUNG; V. ... DER MEDIZIN; VI. ... DES GETEILTEN DEUTSCHLAND: 50 JAHRE BUNDESREPUBLIK; VII. ... DES SOZIALEN WANDELS; VIII. ... DES KAPITALISMUS; IX. ... DES KOMMUNISMUS; X. ... DES FASCHISMUS; XI. ... DER ELEKTRONIK UND KOMMUNIKATION; XII. ... DES GETEILTEN DEUTSCHLAND: 40 JAHRE DDR; XIII. ... DER MASSENKULTUR

Werbeseite

Werbeseite



Prodi Solana Lafontaine Vranitzky

EUROPA

Poker um Santer-Nachfolge

In Europas Hauptstädten haben die Verhandlungen über die Nachfolge von EU-Kommissionspräsident Jacques Santer begonnen. Gute Aussichten auf den Spitzenjob hat Italiens Ex-Regierungschef Romano Prodi. Britanniens Premier Tony Blair, so versichern Regierungsmitglieder in Rom, stehe ebenso hinter Prodi wie Frankreichs Lionel Jospin. Nach dem Konservativen aus dem kleinen Luxemburg, argumentieren Jospin-Mitarbeiter, müsse nun ein eher Linker aus einem großen mediterranen Land Herr über 21000 Eurokraten werden. Diese Bedingung erfüllt eher noch der spanische Kandidat für den

EU-Chefposten, Nato-Generalsekretär Javier Solana. Bonn wäre der Spanier sogar lieber. Im Gegenzug für die Unterstützung der Solana-Kandidatur müßten die Spanier bei den Verhandlungen über die EU-Zuschüsse nachgeben. Bislang stemmt sich Madrid vehement gegen Bonner Pläne, weniger Gelder nach Südeuropa zu pumpen. Solana for President – das hätte für Bundeskanzler Gerhard Schröder zusätzlichen Charme: Der Stuhl des Nato-Generalsekretärs würde frei, eventuell für Verteidigungsminister Rudolf Scharping. Den zieht es mächtig nach Brüssel, allerdings nicht als Kommissionspräsident,



Santer

wofür Scharping ebenso wie Oskar Lafontaine im Gespräch war. Den Anspruch auf „ein großes EU-Amt für Deutschland“ (ein Schröder-Mitarbeiter) hat Bonn in Brüssel angemeldet. Falls Washington auf eine Mandatsverlängerung des geschätzten Spaniers an der Nato-Spitze drängt, bringen deutsche EU-Politiker einen Wiener Sozialdemokraten als Kompromißkandidaten ins Spiel: den österreichischen Ex-Kanzler Franz Vranitzky.

ANGOLA

Castro schickt Elitetruppen

Der Bürgerkrieg in Angola verschärft sich: Während Uno-Beobachter, die ein längst nicht mehr eingehaltenes Friedensabkommen sichern sollten, abziehen, greifen kubanische Truppen in den Konflikt ein. An die 5000 Soldaten aus Eliteeinheiten sollen bereits auf dem Weg aus der Karibik nach Südwestafrika sein, um die Regierung in Luanda im Kampf gegen die Rebellenorganisation Unita zu unterstützen. Kubanische Ärzte und Bomberpiloten befinden sich angeblich schon in der angolanischen Hauptstadt. Die Kubaner sollen vor allem die zur Finanzierung des Krieges unentbehrlichen Ölfelder von Soyo und Cabinda an der Nordwestküste des Landes verteidigen. Als Gegenleistung für die Entsendung der Soldaten erhält die abgewirtschaftete Karibikinsel kostenlose Öllieferungen. Massive kubanische Militärhilfe hatte bereits Anfang 1976 den Kampf um die Hauptstadt Luanda entschieden, die Unita zog sich damals vorübergehend ins Innere des Landes zurück.

RUSSLAND

Jelzin: Zu schwach für Schröder

Eine erneute schwere Erkrankung des russischen Präsidenten Boris Jelzin gefährdet den für Mitte Februar geplanten Moskau-Besuch von Bundeskanzler



Moskauer Zentralklinik, Jelzin



Gerhard Schröder. Durch ein blutendes Magengeschwür ist der Kremlchef nach Einschätzung seiner Berater kaum mehr in der Lage, politische Gespräche mit dem Gast aus Bonn zu führen. Selbst engste Vertraute halten Jelzin für „nicht mehr arbeitsfähig“, obwohl seine Suite im vierten Stock des Regierungskrankenhauses wie eine Kombination aus Wohn- und Arbeitszimmer eingerichtet ist. Jelzin steht eine spezielle Telefonanlage zur Verfügung, über die er ohne mühsames Wählen mit jedem gewünschten Gesprächspartner verbunden wird. In Telefonkontakt befindet sich der Präsident mit Regierungschef Jewgenij Primakow und dem Chef der

Präsidentenadministration, dem früheren KGB-Offizier Nikolai Bordjuscha. Unterdessen bauen Primakow-Vertraute aus den Geheimdiensten ihren Einfluß aus. So wurde der bisherige Informationschef des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR, Jurij Kobaladse, zu einem Vize der staatlichen Fernseh- und Radiogesellschaft berufen. Die Ernennung gilt als Teil eines Plans, „besondere Kontrolle“ über die Massenmedien und die politische Opposition zu gewinnen. Codename der Aktion: Regime X.



Deutscher Rennbob im Eiskanal bei Salt Lake City

OLYMPIA

Freundschaftsdienst für Fernsehboß

Im Internationalen Olympischen Komitee (IOC) braut sich neben dem Bestechungsskandal eine neue Affäre zusammen: Der spanische Medienunternehmer Manolo Romero, 57, Mitglied der Radio- und Fernsehkommission des IOC, soll bei der Vergabe eines Millionenauftrags bevorzugt worden sein. Seine Firma wird bei den Winterspielen 2002 in Salt Lake City (Utah) die ausländischen TV-Stationen mit Bild und Ton versorgen. Für die Dienstleistung als „Host Broadcaster“ kassiert Romero

82,6 Millionen Dollar. Bei der Ausschreibung, klagt der Amerikaner Ralph Mellanby, Manager einer Fernsehfirma, sei es „nicht fair zugegangen“. Seine Gesellschaft gab ein um 20 Millionen Dollar günstigeres Angebot ab; auch andere unterlegene US-Unternehmen äußern ihren Unmut. Für Ken Bullock, Vorstandsmitglied des Organisationskomitees von Salt Lake, fiel die Wahl auf Romero „im Stile eines Insidergeschäfts“. Bullock: „IOC-Mitglieder haben uns erklärt, Romero sei der Mann, mit dem man gern zusammenarbeitete.“ Romero war bereits Host Broadcaster in Barcelona und Atlanta und wird es 2000 in Sydney sein. Der Spanier ist enger Freund und Landsmann des IOC-Präsidenten Juan Antonio Samaranch.

ISRAEL

Streitfall Ehrengrab

Die Spitze der Zionistischen Weltorganisation (WZO) will diese Woche über eine heikle Frage beraten: Darf ein amerikanischer Jude auf dem israelischen Ehrenfriedhof, dem Herzl-Berg in Jerusalem, begraben werden? Diesen Wunsch hegt nach WZO-Angaben der US-Milliardär Edgar Bronfman, 69. „Das ist das erstmal, daß ein Nicht-Israeli diesen Platz anstrebt“, so ein Sprecher der Weltorganisation, die sich für die Einwanderung einsetzt und deren Führer auf dem Herzl-Berg ruhen dürfen. Bronfman, dessen Familie unter anderem durch Hochprozentiges wie Seagrams Whiskey ein immenses Vermögen gemacht hat, ist zwar als Präsident des Jüdischen Weltkongresses, der Dachorganisation der Diaspora-Juden, hochgeschätzt. Doch der Friedhof ist verdienten Israelis wie der früheren Ministerpräsidentin Golda Meir, dem ermordeten Premier Jizchak Rabin und ehemaligen WZO-Präsidenten vorbehalten. Bekäme der US-Bürger Bronfman, dessen Anliegen von Vertrauten vorgetragen wurde, einen Platz auf dem Herzl-Berg, wäre das ein Präzedenzfall.



Bronfman

TÜRKEI

„Mit Öcalan völlig überfordert“



Mahir Kaynak, 65, war von 1971 bis 1980 einer der Spionagechefs des türkischen Geheimdienstes MIT und zählt heute zu dessen schärfsten Kritikern.

SPIEGEL: Herr Kaynak, am vorvergangenen Wochenende ist PKK-Chef Abdullah Öcalan aus seinem vorübergehenden Exil in Rom verschwunden. Hat der türkische Geheimdienst die Spur des „Staatsfeindes Nummer eins“ erneut verloren?
Kaynak: So sieht es aus. Unser Geheimdienst ist Weltspitze, wenn es um die Überwachung der eigenen Bürger geht; mit internationalen Operationen aber, wie sie für Leute vom Kaliber

Öcalans nötig wären, ist er völlig überfordert.

SPIEGEL: Als Öcalan noch in Syrien Unterschlupf fand, wußten Ankaras Spione alles über ihn: seine Adresse, seine Telefonnummer, selbst das Autokennzeichen seines roten Mercedes.

Kaynak: Das stimmt. Aber da hatten unsere Agenten auch 14 Jahre Zeit gehabt, Öcalans Lebensgewohnheiten auszuspiionieren. Am Ende waren sie tatsächlich in der Lage, sein Telefon anzupeilen und abzuhören, rund um die Uhr.

SPIEGEL: Wäre es dann nicht klüger gewesen, Öcalan in Syrien unter Kontrolle zu halten, statt ihn mit Säbelrasseln aus Damaskus zu vertreiben?

Kaynak: Das war eine Schnapsidee, über deren Konsequenzen vorher keiner nachgedacht hatte, weder die Regierung noch der Generalstab. Und am

schlechtesten vorbereitet war der Geheimdienst: Öcalan brauchte nur ein paar Tage sein Telefon auszuschalten – schon hatten unsere Leute seine Ortung verloren.

SPIEGEL: Gab es nie Pläne, Öcalans syrisches Quartier zu stürmen und ihn in die Türkei zu verschleppen?

Kaynak: Diese Überlegungen gab es immer wieder, doch die Armee wollte aus Rücksicht auf Amerikas Friedensbemühungen in Nahost durch so eine

Operation keinen Krieg mit Syrien anzetteln.

SPIEGEL: Wird Öcalan jemals in der Türkei vor Gericht stehen?

Kaynak: Ein Schauprozess würde Öcalan zum Märtyrer machen und die Kurden scharenweise in die Arme der PKK treiben. Auslieferungsfordernungen sind nur ein Tribut an die türkisch-nationalistische Wählerschaft.



PKK-Führer Öcalan

KOSOVO

Im Teufelskreis der Gewalt

Nach dem Massaker an Albanern im Dorf Račak ist die Nato zum Eingreifen bereit. Doch Serbenchef Slobodan Milošević zuckt vor der Großkonfrontation zurück. Kommt es zur Teilung der Unruheprovinz?

Nur noch der Unterkiefer hing am Hals“, schluchzt Bedri Azemi, „so fand ich meinen geliebten Bruder Banush auf dem Acker, den Kopf abgehackt mit dem Beil.“ Wenige Schritte entfernt lag ein Nachbar mit gespaltenem Schädel. „Schrecklich, was Menschen einander antun können“, schaudert Azemi.

Schrecklich aber auch, findet der Gastarbeiter aus Düsseldorf, wie teilnahmslos internationale Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zuschauen konnten, als vor ihren Augen in Jugoslawiens Unruheprovinz Kosovo ein Massaker geschah.

Der gehbehinderte Albaner Azemi, 62, weilte auf Winterurlaub in seiner Heimatgemeinde Račak. Dort – 30 Kilometer südlich der Provinzhauptstadt Priština – rückten am vorletzten Freitag gegen sieben Uhr morgens schwerbewaffnete Sondereinheiten der serbischen Polizei mit drei Kampfpanzern an. In Sichtweite des Dorfes, ein paar Hügel entfernt, fotografierten und filmten OSZE-Beobachter den Aufmarsch, hielten aber Distanz.

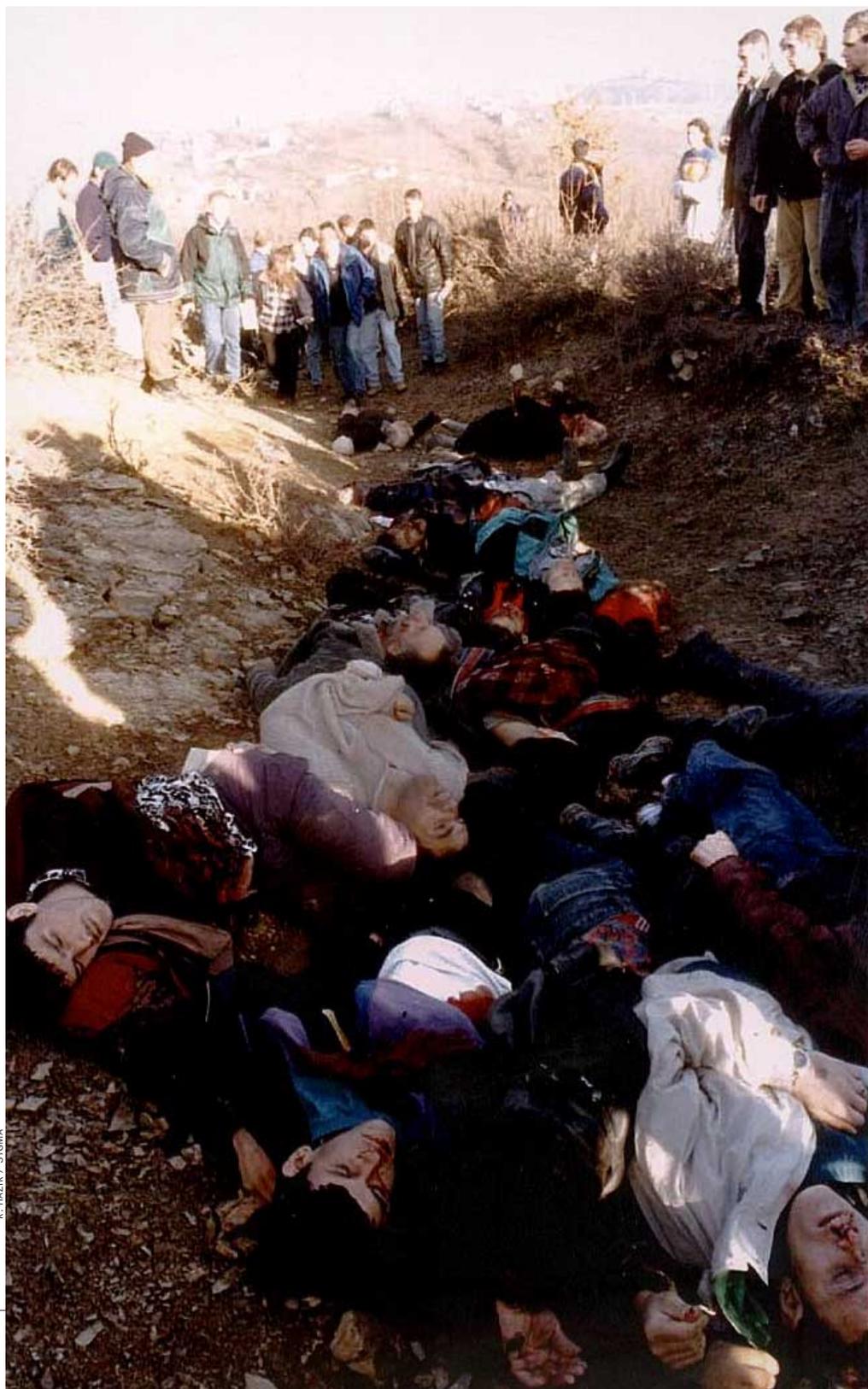
Ohne Vorwarnung wurde der 600 Einwohner zählende Sprengel abgeriegelt. Dann folgte eine zehn Stunden dauernde Strafaktion: Jedes Haus, jeder Stall wurde auf der Jagd nach Mitgliedern der albanischen Befreiungsarmee UÇK durchsucht, denn in Račak war Tage zuvor ein serbischer Polizist aus dem Hinterhalt erschossen worden.

Darüber, was dann geschah, gibt es unterschiedliche Darstellungen. Fest steht nur: Es kam zu einem grauenvollen Blutbad.

Die Albaner behaupten, die Serben hätten 45 Einwohner aus dem Ort geschleppt, sie verhört, gefoltert, dann standrechtlich erschossen und teilweise verstümmelt. Darunter drei Frauen und einen zwölfjährigen Jungen.

OSZE-Missionschef William Walker entriestete sich am Tatort: „Es ist schwer, Worte zu finden, wenn man Körper wie diese vor sich sieht, zugerichtet wie bei einer Exekution.“

In die weltweite Empörung und diplomatischen Proteste mischte sich bei Ame-



R. HAZIR / SYGMA

Blutbad in Račak

Verhört, gefoltert, erschossen

rikanern und Europäern die Furcht, wiederum tatenloser Zeuge von Barbareien zu werden, wie sie das geschundene Bosnien qualvoll durchlitt. Die Lage spitzte sich noch weiter zu, als Belgrad den Rauswurf des „Lügners“ Walker „binnen 48 Stunden“ verkündete und dadurch die gesamte OSZE-Kosovo-Mission in Frage stellte.

Die Nato erhöhte daraufhin ihre Kampfbereitschaft, die Luftflotte-Süd wurde für einen eventuellen Militärschlag aktiviert. Der US-Flugzeugträger „USS Enterprise“

Milošević zuckte, wie bislang stets, vor der Großkonfrontation zurück. Die Ausweisung Walkers wurde am Donnerstag „ausgesetzt“. Doch zu weiteren Zugeständnissen, so schien es, war der Serbenzar zunächst nicht bereit. Weder zum Abzug der Polizeitruppen noch zu einem neuen Dialog mit der albanischen Seite.

Milošević beharrte auch darauf, alle Toten seien bei Kampfhandlungen gefallen. Serbiens stellvertretender Ministerpräsident, der radikale Nationalist Vojislav Šešelj, höhnte gar: „Die Albanen („Šiptari“),

internationalen Balkan-Makler belassen es bei Betroffenheitsrhetorik. „Eine Tragödie wie zuvor in Bosnien“, beteuern der US-Präsident, der Nato-Generalsekretär und der deutsche Kanzler unisono, „muß vermieden werden.“ Was indes geschehen soll, darüber schweigen das Weiße Haus, die Kommandozentrale der mächtigsten Militärallianz und das Bonner Kanzleramt geflissentlich.

Unterdessen provoziert Milošević den Westen weiter. Der Chefanklägerin des Uno-Tribunals zur Ahndung von Kriegs-



Nato-Kampffjets im italienischen Aviano: „Eine Tragödie muß vermieden werden“

mit 70 Kampfflugzeugen und 8 weitere, raketenbestückte Kriegsschiffe der Allianz nahmen Kurs auf die Adria. Acht „Tornado“-Kampffjets der Bundeswehr wurden vom schwäbischen Lechfeld ins italienische Piacenza verlegt, auch die Niederlande und Belgien beorderten F-16-Bomber ins südliche Nato-Hauptquartier.

Jugoslawiens starker Mann Slobodan Milošević, Präsident über Serbien, das Kosovo und Montenegro, zeigte auf seine Weise Stärke. Durch die Kosovo-Gemeinden ratterten die Panzer, als habe es niemals im Oktober ein Abkommen zwischen dem Präsidenten und US-Balkan-Vermittler Richard Holbrooke gegeben, wonach sich die serbischen Truppen in ihre Kasernen zurückzuziehen hätten.

In seinem Belgrader Amtssitz empfing Milošević den Nato-Oberbefehlshaber in Europa, US-General Wesley Clark, und den Vorsitzenden des Nato-Militärausschusses, den deutschen General Klaus Naumann. Die Generäle drohten: Muß Walker gehen, zieht die komplette OSZE-Truppe ab – in der Konfrontationslogik gleichsam das letzte Warnsignal für unmittelbar bevorstehende Luftschläge gegen serbische Stellungen. Bonns Verteidigungsminister Rudolf Scharping registrierte bei den meisten Nato-Partnern die wachsende Bereitschaft, „militärisch einzugreifen“ (siehe Gespräch Seite 138).

diese Verbrecher, haben anschließend den UÇK-Terroristen die Uniformen ausgezogen, Zivilkleidung übergestreift und noch einen Kopfschuß verpaßt, um so eine perfekte Anklage gegen uns zu inszenieren.“

Möglich wäre immerhin, daß – wie schon in früheren Fällen – Gefallene noch nachträglich mit dem Beil entstellt wurden. Doch zur Kriegsstrategie des Mordbrenners Šešelj und seiner ultranationalistischen Kumpane gehören Massaker an Zivilisten ebenso wie ethnische Vertreibungsaktionen und das Abfackeln ganzer Albaner-Siedlungen. Nicht erst in Račak. Derselbe Hetzer, der einst in Bosnien „ethnische Säuberungen“ als legitimes Mittel zur „Sicherung serbischen Lebensraums“ propagierte, gibt nun den Schlachtruf aus: „Kosovo den Serben“.

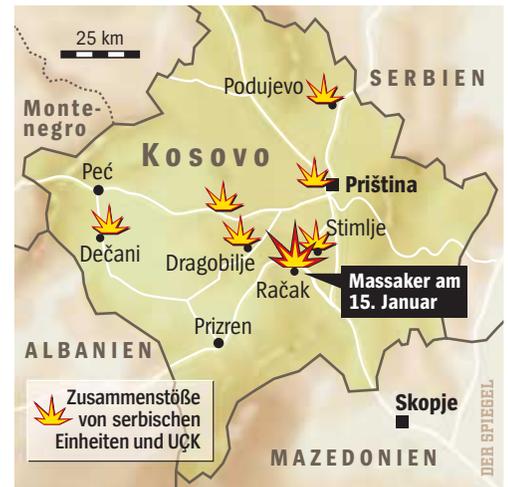
Vor einer Festnahme als Kriegsverbrecher muß sich Šešelj kaum fürchten. Die in-

verbrechen im ehemaligen Jugoslawien, Louise Arbour, wurde entgegen internationalem Recht die Einreise ins Kampfgebiet verwehrt.

Serbische Truppen suchten dafür Račak ein zweites Mal heim. Diesmal, um die in der Dorf-Moschee aufgebahrten Toten zu entwenden. Eine eigene Untersuchung soll bestätigen, was aufrechte Serben ohnehin zu wissen glauben – die Kopfschüsse hätten die Albaner ihren Gefallenen selbst zugefügt.

In den weitgehend gleichgeschalteten Medien des Milošević-Regimes wurde die Mär von den Kopfschüssen pausenlos verbreitet. Auch Vuk Drašković, der bärtige Oppositionsführer, der im Winter 1996/97 mehr als zwei Monate das Protest-Happening zum Sturz des Milošević-Regimes auf Belgrads Straßen anführte, will sich nicht mehr an seine Worte „vom Kampf für ein junges, zivilisiertes, europäisches Serbien“ erinnern. Heute klingt es umgekehrt. „Wir Serben können uns nur auf uns verlassen, auf niemanden sonst“, begründete Drašković vergangenen Freitag den Verkauf seiner Gesinnung mit Eintritt in die jugoslawische Regierung als stellvertretender Ministerpräsident: „Kosovo ruft uns zur Einheit.“

Balkan-Despot Milošević hat geschafft, wovon Iraks Diktator Saddam Hussein am Golf nur träumen kann. Das Serbenvolk steht in der



Nato-Generäle bei Milošević (r.): Stärke gezeigt

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Geduld und Zähigkeit“

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping über die Eskalation des Konflikts im Kosovo, die Handlungsoptionen der Nato und deutsche Vorbehalte

Kosovo-Frage geschlossen hinter seinem Führer. Während es die Zweier-Allianz Amerika/Großbritannien im Irak wagen konnte, Militärgewalt gezielt einzusetzen, hat die Nato in Europas Hinterhof allen Grund zu zaudern.

Zwar ist die humanitäre Lage im Kosovo katastrophal, das zeigen die jüngsten Fernsehberichte von dahinvegetierenden Flüchtlingsfamilien in den Bergen um Račak. Aber die UÇK ist an politischen Lösungen nicht interessiert. Sie will den Endsieg – die Unabhängigkeit der Kosovo-Albaner. Deshalb zögert die Allianz, stellte US-Verteidigungsminister William Cohen nachdrücklich fest: „Die Nato darf nicht zur Luftwaffe der Befreiungsarmee werden.“

Das Dilemma der Atlantischen Allianz: Sie hat trotz allen Säbelrasselns keine abgestimmte Strategie für die Eindämmung der ethnischen Konflikte in Europas Pulverfaß.

„Wir dürfen nicht in ein zweites Bosnien mit immer neuen Toten hineinschlitern“, warnten die Amerikaner bei der Krisensitzung des Nato-Rats. Bundeskanzler Gerhard Schröder, der befürchtet, seine EU-Präsidentschaft könne von fortwährenden Kosovo-Greueln überschattet werden, gab intern die Order aus, „die politische wie die militärische Option offenzuhalten und über den Zeitpunkt eines Eingreifens nachzudenken“.

Doch vorerst bleibt es wohl, so ein Mitglied der internationalen Kontaktgruppe, „beim diplomatischen Weiterwursteln“. Vordringliches Ziel der Vermittler ist die schnelle Aufstockung der OSZE-Einsatztruppe, um ein dichteres Beobachtungsnetz im Kosovo zu schaffen.

Doch was geschieht, wenn das Morden im Kosovo kein Ende nimmt? Im Teufelskreis der Gewalt steht die Nato letztlich doch vor der Entscheidung, wie in Bosnien mit dem Einsatz von Bodentruppen und der Perspektive mehrjähriger Präsenz einzugreifen. Einer aus dem Beraterstab von Außenminister Joschka Fischer fürchtet: „Unter Umständen gibt es keinen anderen Weg.“

Der Pokerer Slobodan Milošević weiß, er muß die Gunst der Stunde nutzen, um aus der Pattsituation des Westens möglichst viel für Belgrad herauszuschlagen. So läßt der Serbenzar das Gerücht streuen, er könne sich eine Teilung des Kosovo vorstellen, die Albaner ziehen lassen und sich mit nur 30 Prozent des Territoriums zufriedengeben. Diesem Rumpf-Jugoslawien würde sich dann wohl bald die Serbische Republik aus Bosnien anschließen.

Damit lebten acht Jahre nach Ausbruch des jugoslawischen Erbfolgekriegs tatsächlich alle Serben zusammen. Zwar nicht im erträumten Großserbien, aber immerhin in einem Staat.

RENA TE FLOTTAU,
OLAF IHLAU, ROLAND SCHLEICHER

SPIEGEL: Herr Bundesminister, wird der Sozialdemokrat Rudolf Scharping als erster Bundesverteidigungsminister deutsche Soldaten in einen Kampfeinsatz schicken?

Scharping: Es geht doch um Friedenssicherung und darum, menschliche Katastrophen zu verhindern.

SPIEGEL: Wir reden vom Kosovo.

Scharping: Ich weiß, die Lage dort ist leider sehr ernst. Die Bundesregierung ist unverändert an einer friedlichen und gewaltfreien Lösung des Kosovo-Konflikts inter-

Beschlüsse der Vereinten Nationen und der OSZE zu respektieren. Aber beide Seiten – Belgrad genauso wie die Extremisten der albanischen Befreiungsarmee UÇK – testen auf mörderische Weise, was die Gegenseite aushält. Beide versuchen skrupellos, die OSZE und die Beobachter zum Teil des Problems zu machen.

SPIEGEL: Nimmt Jugoslawiens Präsident Slobodan Milošević die von den Nato-Generälen Wesley Clark und Klaus Naumann vergangene Woche überbrachte letzte Warnung überhaupt noch ernst?



Scharping beim Truppenbesuch in Bosnien: „Wir sind die einzigen, die das können“

essiert. Das schließt die OSZE-Mission im Kosovo ein. Das Leben der unbewaffneten Beobachter darf in keiner Weise gefährdet werden.

SPIEGEL: Nach dem Massaker von Račak droht doch im Kosovo eine Eskalation, welche die Nato und damit auch die Deutschen in Zugzwang bringen könnte.

Scharping: Die Eskalation ist doch schon eingetreten. Dieses Massaker mit seiner ganzen Scheußlichkeit muß von dem Den Haager Kriegsverbrechertribunal aufgeklärt und geahndet werden. Milošević hat die internationalen Abkommen und die

Scharping: Das sollte er tun, denn sie ist absolut ernst gemeint. Das wird durch das eindeutige Verhalten der Nato unterstrichen. Wir haben es in Belgrad mit einem ebenso skrupellosen wie menschenverachtenden Regime zu tun. Gleichwohl müssen alle Bemühungen auf eine dauerhafte Lösung zielen, die eine friedliche Entwicklung des Kosovo ermöglicht. Eine Chance dafür besteht aber nur, wenn der außenpolitische und militärische Druck glaubwürdig bleibt und gegebenenfalls verschärft wird ...

SPIEGEL: ... wobei sich Amerikaner und Briten weit martialischer gebärden als etwa die Deutschen.

Scharping: Nach vielen vertraulichen Gesprächen kann ich das nicht bestätigen.

Das Gespräch führten die Redakteure Olaf Ihlau und Siegesmund von Ilsemann.

Die Sorge um die zivilen Beobachter im Kosovo, die politischen Bemühungen um eine Lösung durch Verhandlungen scheinen in den Augen vieler Staaten an ein erfolgloses Ende zu gelangen. Der letzte Beschluß der Vereinten Nationen, Rußland eingeschlossen, enthält eine klare Verurteilung des jugoslawischen Regimes. Die Neigung, nun militärisch einzugreifen, wächst.

SPIEGEL: Wird da nicht allzu simpel das Bosnien-Muster nachgestrickt: Luftangriffe plus Dayton-Abkommen gleich Frieden?

Scharping: Für die Menschen im Kosovo wäre eine Entwicklung wie in Bosnien ein gewaltiger Fortschritt. Anders als in Bosnien sind die Konfliktparteien im Kosovo derzeit nicht bereit, ein international kontrolliertes Friedensabkommen zu schließen. Ein solches Abkommen ist ein vernünftiges Ziel. Daran orientieren sich die Handlungsoptionen der Staatengemeinschaft.

SPIEGEL: Diese Bereitschaft wuchs in Bosnien auch erst nach schwersten Opfern ...

Scharping: ... und hat so fürchterlich viele Menschen das Leben gekostet, daß eine Wiederholung im Kosovo unter allen Umständen vermieden werden muß. Diese humanitäre Katastrophe konnte die Nato mit ihrer Drohung vom Oktober – trotz aller Scharmützel, Gefechte und Massaker – bis zur Stunde vermeiden.

SPIEGEL: Gleichwohl hat doch das Krisenmanagement versagt: In den drei Monaten seit dem Waffenstillstand war die OSZE nicht in der Lage, auch nur die Hälfte der versprochenen 1600 Beobachter zu stellen.

Scharping: Mir geht das auch zu langsam. Aber man kann das nicht zuerst der OSZE ankreiden.

SPIEGEL: Wem denn dann?

Scharping: Einige Länder sind nicht so gut auf solche Missionen vorbereitet, wie wir uns das wünschen. Aber die Haupthindernisse im Aufbau dieser Mission liegen in Belgrad: Jugoslawien erteilt Visa mit extremer Verzögerung und versucht, die Mission zu behindern, wo immer es geht. Mit Milošević gibt es nur schlechte Erfahrungen, das ist leider wahr.

SPIEGEL: Immerhin war Milošević in Bosnien für den Westen noch Partner und Garant des Friedensabkommens von Dayton, während ihn Washington nunmehr als Hauptproblem des Balkans verdammt.

Scharping: Daß es auf dem Balkan mehr Probleme gibt als nur eines mit Namen Milošević, ist sicher richtig. Aber kaum ist eine Vereinbarung getroffen, versucht Milošević, solche Abmachungen zu torpedieren. Die Erfahrung der letzten Jahre lehrt: Milošević kann man von Gewalt und Mord nur abhalten durch klare Politik einschließlich überzeugender militärischer Drohungen. Im Kosovo begann alles mit der Aufhebung des Autonomiestatus ...

SPIEGEL: ... vor zehn Jahren.

Scharping: Schon damals warnten Beobachter vor der drohenden Eskalation. Daß dagegen politisch und vorbeugend zuwenig

unternommen wurde, hat die Serben in ihrem aggressiven Verhalten ermutigt und jene Kosovo-Albaner unglaublich gemacht, die wie ihr Führer Rugova auf friedlichen Wandel setzten. Das Ergebnis ist Terror und Gewalt auf beiden Seiten ...

SPIEGEL: ... aber erst nachdem die UÇK zu den Waffen griff, die mit Duldung westlicher Regierungen – auch der deutschen – geliefert worden waren. Jetzt kann die UÇK jederzeit an der Eskalationsschraube drehen und damit auch die Nato unter Handlungsdruck setzen.

Scharping: Jedenfalls gingen Terror, Mord und Vertreibung gegen die Albaner vom serbischen Militär aus. Daß heute Waffen über die Grenzen von Albanien und Mazedonien geschmuggelt werden, ist ebenso richtig. Und wohl auch, daß dafür in Deutschland gesammelt wird.

SPIEGEL: Der ehemalige schwedische Bosnien-Beauftragte Carl Bildt will mit der

„Mit Präsident Milošević gibt es nur schlechte Erfahrungen, das ist leider wahr“

internationalen Kontaktgruppe unter Einschluß Rußlands, oder in der Uno, neben allen diesen politischen Bemühungen tritt die Option, militärisch einzugreifen, um Frieden zu garantieren und dem Kosovo eine aus freien Wahlen legitimierte zivile Autonomie zu ermöglichen. Das streben auch die friedlichen Kosovo-Albaner an ...

SPIEGEL: ... nicht aber deren nunmehr dominierende radikale UÇK-Landsleute, die völlige Unabhängigkeit für ihre Provinz verlangen. Und auch Belgrad geht die von Ihnen skizzierte Autonomie viel zu weit.

Scharping: Fast niemand auf dem Balkan hat demokratische Erfahrung oder den Willen zu ziviler Lösung von Konflikten. Da hilft nur Entschlossenheit, Geduld und Zähigkeit, eine klare langfristige Politik. Das ist angesichts grauenvoller Morde eine verdammt schwierige Sache. Aber ich sehe keine Alternative.



UÇK-Kontrollpunkt im Kosovo: „Den Waffennachschub stoppen“

Stationierung von Nato-Truppen entlang der Grenze zum Kosovo den Waffennachschub für die UÇK stoppen, um die Albaner an den Verhandlungstisch zu zwingen. Halten Sie das für realistisch?

Scharping: Jedes Mittel, das zu einer politischen Lösung hilft, muß ernsthaft geprüft werden. Es wäre viel gewonnen, wenn der Waffenschmuggel über die Grenzen wirksamer unterbunden würde.

SPIEGEL: Derzeit beharren Serben wie Albaner im Kosovo auf völlig unvereinbaren Positionen.

Scharping: Deshalb kann man heute keine der möglichen Handlungsoptionen ausschließen. Neben die intensiven Bemühungen in der Europäischen Union, in der in-

SPIEGEL: Also kein Eingreifen einer kampfstarken Befriedungsgruppe zur Verhinderung des Schlimmsten?

Scharping: Die militärischen Mittel sind kein Selbstzweck, sondern dienen einem politischen Ziel. Also: keine Bestrafungsaktionen, sondern alle Möglichkeiten – auch die militärischen – auf das friedliche Ziel konzentrieren. Dazu können auch Truppen am Boden erforderlich sein, wie die Entwicklung auf dem Balkan zeigt.

SPIEGEL: An einer solchen Aktion würde diese Bundesregierung teilnehmen?

Scharping: Doch, wir werden in völliger Übereinstimmung mit unseren Freunden und Partnern handeln. Wir sind als Präsidentschaft von EU und WEU besonders



P. FRISCHMUTH / ARGUS

OSZE-Beobachter im Kosovo: „Terror und Gewalt auf beiden Seiten“

verantwortlich. Dazu gehört, den Völkern des Balkans eine europäische und auch ökonomische Perspektive zu öffnen.

SPIEGEL: Aber dem kommen Sie doch mit militärischen Handlungsoptionen – womöglich gar deutschen Bomben auf Belgrad wie bei Hitlers Angriff 1941 – keinen Schritt näher.

Scharping: Ein unsäglicher Vergleich.

SPIEGEL: Aus der Luft kann die Nato allenfalls serbische Ziele treffen. Genau das wünscht sich die UÇK. Und schon ist der Westen Bürgerkriegspartei. Das kann kaum Ziel der Nato sein.

Scharping: Isolierte Luftangriffe verbessern die Lage der Menschen dort nicht. Wir sind uns in der Nato auch einig, daß wir nicht die Luftwaffe der UÇK werden. Und daß wir wegen unserer Überzeugung von Freiheit und Frieden nicht abseits stehen werden, wenn es wieder zu Gewalt und Massakern kommt.

SPIEGEL: Will sagen: Massenmord wie im bosnischen Srebrenica darf sich im Kosovo auf keinen Fall wiederholen?

Scharping: Genau. Wir werden nicht tatenlos zusehen, wenn wieder Tausende von Menschen abgeschlachtet werden sollen.

SPIEGEL: Riskiert die Nato bei Luftangriffen nicht, daß danach Milošević genauso feixend dasteht wie Saddam Hussein?

Scharping: Ob der seit den jüngsten Bombenangriffen wirklich gestärkt dasteht, muß die Zukunft noch zeigen. Diktatoren behaupten immer, daß sie gewinnen, meist bis zu ihrem Tod.

SPIEGEL: Das Gros der Serben steht in Sachen Kosovo voll hinter Milošević.

Scharping: Ich verwechsle die serbische Bevölkerung nicht mit ihrer diktatorischen Führung. Das europäisch orientierte de-

mokratische Potential im serbischen Volk ist beachtlich. Wir werden bei unseren politischen Entscheidungen im Blick behalten, daß man die Bevölkerung nicht endgültig und dauerhaft in die Arme von Milošević treibt.

SPIEGEL: Genau das würde ein Militäreinsatz gegen Belgrad wohl erreichen.

Scharping: Was geschieht, hängt doch auch davon ab, was die Gegenseite tut. Bei all unseren Debatten über politische Optionen und die geeigneten Mittel dürfen wir eines nicht aus dem Auge verlieren, was unverzichtbar ist. Ich nenne als Beispiel den interkulturellen Dialog. Das Amselfeld hat für die christliche Orthodoxie eine enorme Bedeutung, wer wollte das übersehen.

SPIEGEL: Eine Reverenz an den serbischen Mythos.

Scharping: Das ist mehr als ein Mythos. An alten Religionsgrenzen entstehen sehr leicht Spannungen, was übrigens zeigt, daß geschichtsblinde Politik in die Irre führt. Wenn wir den interkulturellen Dialog zwischen

orthodoxen und katholischen Christen, Muslimen und Juden nicht fördern, wird die Quelle des religiös maskierten Hasses nicht versiegen und dieser Teil Europas auf Jahrzehnte nicht zur Ruhe kommen.

SPIEGEL: Aus all dem schließen wir: Die Kosovo-Albaner dürfen aus Deutschland keine Unterstützung für einen Separationskurs erwarten?

Scharping: Ganz richtig. Keine Veränderung der Grenzen, sonst müßten wir plötzlich ganz viele Grenzen verschieben. Wohin soll das führen?

SPIEGEL: Ihre Prinzipientreue in Ehren – nur warum werden die Serben für etwas bestraft, was die Russen in Tschetschenien

und der Nato-Partner Türkei im wilden Kurdistan offenbar ungestraft tun dürfen?

Scharping: Ich lasse mal die erheblichen Unterschiede in all diesen Fällen unberücksichtigt. Wir stehen ja vor einem Dilemma: Wir vertreten Ideale wie Freiheit, Menschenrechte und Demokratie, Ideale von weltweiter Geltung. Daneben haben wir Interessen, zum Beispiel ökonomische. Schließlich leben wir in demokratischen Staaten – und wir müssen damit umgehen, daß die „Reichweite“ unserer Ideale viel größer ist als die Möglichkeit zu ihrer Durchsetzung. Um so dringender ist, daß wir diese Möglichkeit entschlossen nutzen. Sonst wird aus der Stärke des Rechts sehr schnell wieder der perverse Mißbrauch des Rechts der Stärkeren, wie das im Kosovo gerade droht.

SPIEGEL: Die Bundeswehr ist nicht nur in Bosnien, sondern auch in Mazedonien im Rahmen der Notfalltruppe für das Kosovo auch mit einer Einheit von Aufklärungsdrohnen aktiv. Was machen die?

Scharping: Wir klären vieles auf. Wir sind ja die einzigen, die das können. Aber wir tun mehr und stellen für die Notfalltruppe entscheidende Kontingente. Dazu sind wir auch in nächster Zukunft und bei künftiger Planung bereit.

SPIEGEL: Was wird da aufgeklärt – wo die Serben in ihren Panzern sitzen?

Scharping: Wir erhalten beispielsweise einen Hinweis auf die Vermutung, daß sich entgegen dem Milošević-Holbrooke-Abkommen bestimmte serbische Einheiten auf bestimmten Straßen bewegen. Das kann die Drohne sehr genau erkennen. Nur so hat die Nato erfahren, daß die serbische Seite zur Zeit bis zu 1500 Soldaten und Spezialpolizei mehr im Kosovo hat, als im Abkommen festgelegt wurde. Außerdem erhalten wir von den Drohnen aktuelle Lagebilder, die unverzichtbar sind, wenn wir die OSZE-Beobachter aus der Konfliktzone evakuieren müssen.

SPIEGEL: Milošević sähe in solch einem Unternehmen einen „Akt der Aggression“ und hat gewaltsamen Widerstand dagegen angekündigt.

Scharping: Die Bundesrepublik Jugoslawien hat sich verpflichtet, die Sicherheit der OSZE-Beobachter zu gewährleisten. Nun mag es Situationen geben, wo sie das nicht kann. Es mag auch Situationen geben, wo sie das nicht will. Aber auch von Belgrad unterschriebene Vereinbarungen erlauben in solchen Fällen zweifelsfrei die Evakuierung von außen. Und davon wird notfalls Gebrauch gemacht.

SPIEGEL: Herr Bundesminister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

USA

Meister Proper for President

Während Bill Clinton noch um seine Amtsenthebung fürchten muß, rüstet Vize Al Gore zum Wahlkampf. Die Chancen des nüchternen Politikers sind besser denn je: Nach Clintons quälenden Eskapaden sehnt sich das Volk nach einem sauberen Vorbild.

Der Kerl hat einen Körperbau wie ein Bodyguard. Neuerdings benimmt er sich auch so. Seit der Kongreß den Präsidenten aus dem Amt jagen will, weicht Al Gore nicht mehr von dessen Seite.

Schon gar nicht in der Höhle der Löwen. Als Clinton vergangenen Dienstag abend im Kongreß die traditionelle Rede zur Lage der Nation hielt, stand sein Vizepräsident wie ein überdimensionaler Aufpasser hinter ihm: im dunklen Anzug und mit gebügeltem Gesicht, allzeit bereit, mit seiner reinen Weste den Dreck wegzufegen, den sein Herr ins Weiße Haus getragen hat.

Schließlich will Gore im Jahr 2001 selbst ins Oval Office einziehen. Dafür haben ihn seine Eltern großgezogen. Dafür ist er vor 29 Jahren nach Vietnam gegangen, dafür hat er 16 Jahre im Kongreß gesessen.

Der Mann, der Superman-Darsteller Christopher Reeves so erstaunlich ähnlich sieht, hält dieses ovale Zimmer für seine Bestimmung. Nur noch 18 Schritte und ein paar Millionen Stimmen trennen Gore vom Zentrum der Macht. Dort will er ein Führer sein, der das Land und die Probleme nicht länger isoliert betrachtet, sondern als Teil einer vernetzten Weltgemeinschaft. Albert Gore tritt an, der erste globale Präsident der Vereinigten Staaten zu werden.

Für dieses Ziel muß die Amtsstube sauber bleiben, und deshalb müht er sich nun, Clintons Trieb-Schaden in Washington zu begrenzen. Unablässig wiederholt Al Gore, wie „stolz“ er sei auf seinen „Freund Bill“. Er klatscht ihm Beifall, lacht über seine Witze, lobt seine politischen Taten. Und nicht ein einziges Mal läßt er sich die Wut über das peinliche Spektakel anmerken, das Clinton seinem Land seit vielen Monaten zumutet. Gore macht starre Miene zum bösen Spiel.

Denn eigentlich läuft alles hervorragend für den potentiellen Clinton-Nachfolger. Die republikanische Partei stöhnt selbst unter den Schlägen, die

sie dem Präsidenten verpaßt. Der wiederum muß froh sein über Gores Unterstützung – und ihm immer mehr Spielraum zugestehen.

Schon jetzt hat Al Gore mehr Einfluß auf politische Entscheidungen als je ein Vizepräsident vor ihm. Er bewog Clinton, die Sozialhilfereform zu unterzeichnen. Und er war es, der auf Finanzdisziplin pochte. Die florierende US-Wirtschaft samt Haushaltsüberschuß, der Clinton seine hohe Zustimmungsgeschichte verdankt, wird auch Gore zugute geschrieben.

Längst hat der 50jährige seine Vertrauten auf Schlüsselpositionen im Weißen Haus bugsiert. Etwa den linksliberalen Städtebauminister Andrew Cuomo oder seinen Sicherheitsberater Leon Fuerth. Sollte Clinton tatsächlich geschafft werden, kann der Vize fast nahtlos übernehmen.

Dazu jedoch muß er sich unbedingt vom Skandalstrudel seines Chefs fernhalten. Von den Vorwürfen des illegalen Fundraising einigermaßen gereinigt, kann er nun als nahezu unschlagbarer Saubermann in die Vorwahlen starten. Noch hocken einige parteiinterne Gegenkandidaten in den Startblöcken: Ex-Senator Bill Bradley aus New Jersey, Massachusetts' Senator John Kerry, der Clinton-Vertraute Reverend Jesse Jackson und Richard Gephardt, demokratischer Fraktionsführer im Repräsentantenhaus. Doch wer will es mit der gigantischen PR-, Wahlkampf- und Geldsammelmaschine eines Vizepräsidenten aufnehmen? Wer kann außerdem fleißiger sein als er?

Nach der Wahl am 3. November beglückte Gore über 200 Demokraten allein in New Hampshire mit persönlichen Anrufen. Elfmal reiste er 1998 nach New York und ein dutzendmal nach Kalifornien, allesamt wichtige Vorwahlstaaten. Der Mann überläßt nichts dem Zufall.

So verfolgte er zunächst auch Clintons Sexskandal aus sicherer Entfernung. Als die Dreckschleuder in Washington losrotierte, sandte der Kronprinz Treueschwüre aus dem fernen Hawaii, schickte Loyalitätsgrüße aus Kalifornien und ertrug, daß Demonstranten in Sacramento mit Zigarren nach ihm warfen. Nichts geschah spontan: Ein Dutzend Berater legten den Grad an Begeisterung fest, den der Vize an den Tag legen sollte: Immer ein wenig übertrieben, das nährt sein Image als edler Pfadfindergefährte.

Als die Mehrzahl der Amerikaner am Tag der Impeachment-Abstimmung immer noch zu Clinton hielt, eilte Gore an die Seite des Sünders. Dort wird er bleiben, solange die Umfrageergebnisse es gestatten.

Denn nirgendwo wirken seine Schwächen attraktiver als neben seinem Lotterfreund. Seit Clinton das Volk mit Einzelheiten seiner körperlichen



US-Präsident Clinton, Vize Gore*: Stolz auf „Freund Bill“

* Mit dem Sprecher des Repräsentantenhauses Dennis Hastert.



G. HEISLER / OUTLINE

Gore, Ehefrau Tipper: „Wenn dem eine Praktikantin ihre Strapse zeigt, schreit er nach der Polizei“

Leistungsfähigkeit quält, ist man dankbar ob Gores zugeknöpfter Art. Nach sechs erschöpfenden Jahren Clintontainment wollen zwei Drittel aller Amerikaner zwar dessen Politik beibehalten, doch sehnen sie sich nach einem charakterfesten Anführer, einem Mann ohne öffentlichen Unterleib. Voraussetzungen, die der Baptist Gore bestens erfüllt. So feixen Mitarbeiter: „Wenn dem eine Praktikantin ihre Strapse zeigt, schreit er nach der Polizei.“

Selbst bei wenig kompromittierenden Auftritten agiert der Demokrat aus Tennessee steif, gehemmt. Gegen Clintons einnehmende Art wirkt Gore künstlich wie Ken, der Barbiepuppenmann. „Man hat immer den Eindruck, daß ihm das politische Geschäft eigentlich zuwider ist“, argwöhnt die US-Zeitschrift „Vanity Fair“.

Tatsächlich ist Albert Gore II nicht der geborene Volkstribun, obwohl er als Sohn des aus Tennessee stammenden Senators Al Gore im März 1948 ins Polit-Leben hineingeboren wurde. „Wir haben ihn dafür aufgezogen“, kommentierte sein jüngst verstorbener Vater 1992 die Nominierung seines Sohnes zum Vizepräsidenten.

Al Junior wuchs im Washingtoner Fairfax Hotel an der Massachusetts Avenue auf, nahe der Residenz des Vizepräsidenten. Nach seinem Harvard-Abschluß 1969 meldete sich Gore nach einigem Zögern freiwillig für den Vietnamkrieg. Sein Va-

ter, ein erklärter Kriegsgegner, verlor derweil sein Senatorenamt.

Anders als Clinton, der sich mit Trickereien dem Krieg entzog, fürchtete Gore um seine Karriere. Kurzerhand beendete er die antimilitaristische Tradition des Polit-Clans. Noch heute nennen sie ihn „den Falken“ im Weißen Haus, wegen seiner Affinität zur militärischen Intervention. Gegen den demokratischen Mainstream unterstützte er Reagans Grenada- und Libyen-Angriffe und 1991 den Golfkrieg.

Kurz vor seiner Vietnam-Einberufung heiratete Gore seine Jugendliebe Tipper. Der frisch Vermählte wurde als Journalist zu einer Ingenieurseinheit nahe Saigon versetzt. Obwohl er niemals kämpfen mußte, ließ sich Soldat Gore in voller Montur mit Gewehr ablichten. Mit dem Bild wirbt er heute auf seiner Internetseite.

Zurück aus Vietnam, ging Gore als Reporter zur Zeitung „The Tennessean“. 1976 wurde er mit 28 Jahren ins Repräsentantenhaus gewählt, 1984 stieg er auf zum Senator. Vier Jahre später glaubte er, nun Präsident werden zu können. Er trat an, unterlag jedoch 1988 in den Vorwahlen.

Gore nahm es sportlich. Er war 36 und hatte noch viele Wahlen vor sich. Doch dann geriet 1989 sein kleiner Sohn unters Auto und wurde lebensgefährlich verletzt. Der Schock warf Gore aus seiner Karrierebahn. Er zog sich zurück, las Bücher über

Familie, Tod und Zukunft. Schließlich begann er, ein Buch zur Rettung der Erde zu schreiben, eine radikale Umweltschrift, die einen Marshallplan für diesen Planeten forderte, koste es, was es wolle.

Im selben Jahr, in dem „Earth in the Balance“ erschien, wurde ein Gouverneur aus Arkansas demokratischer Präsidentschaftskandidat. Der fragte den Senator Al Gore, ob er als sein Vize ins Boot steigen wolle.

Seit 1992 rudern die beiden nun im Gleichtakt, obwohl sie unterschiedlicher kaum sein könnten. Clinton, der lebenshungrige Filou, Gore, der biedere Gatte. Schlitzohriger Emporkömmling aus einer Alkoholikerfamilie der eine, pflichtbewußter Sproß einer Polit-Aristokratie der andere. Während der Präsident mit Emotionen spielt, steht Gore öffentlichen Gefühlsausbrüchen ratlos gegenüber.

Etwa im Kingsborough Community College in Brooklyn. Als Gore dort einer Gruppe von Schülern, Lehrern und Eltern Gelder für ein Nachmittagsbetreuungsprogramm ankündigt, bricht eine Frau vor Freude in Tränen aus. Gore steht da wie ein Stein. Er versucht nicht, die Frau in den Arm zu nehmen, für einen kitschigen Moment und ein publikumswirksames Foto. Er fragt ohne Tremolo in der Stimme: „Warum geht Ihnen das so zu Herzen?“

Es sind solche Szenen, in denen alle außer seinen PR-Beratern froh sind, daß

der Vizepräsident ein Kopfmensch ist. Statt kleine Kinder an sich zu reißen, stellt er Fragen. Wo Clinton anfaßt, muß Gore begreifen. Clinton liest Meinungsumfragen, Gore theoretische Abhandlungen. „Gore is a bore“, sagen Freunde und Feinde, der Kerl ist ein Langweiler. Nicht einmal das 1987 abgelegte Geständnis, er habe Marihuana geraucht und sogar inhaliert, scheint ihm jemand abzunehmen.

Privat ist der Vater von drei Töchtern und einem Sohn ganz locker, schwört seine Frau Tipper. Er könne lustig sein, humorvoll. Und manchmal, wenn er ganz außer Rand und Band sei, trage er sogar Badelatschen. Ein echter Teufel also. Tatsächlich gibt es einen anderen Al Gore, wenn die Kameras aus sind.

Dann kann er sich ereifern, ins Schwarzen geraten, dann plötzlich lacht er los, explosiv, als löse sich ein innerer Stau.

Doch sobald Fremde gucken, erstarrt Gore zur Statue. Es scheint, als weigere sich der Körper, dem Befehl, der vom Kopf gesandt ist, zu gehorchen. Nun hat sich der hoffnungslose Fall wenigstens Selbstironie verordnet: Kaum ein Auftritt, bei dem der Vizepräsident nicht Witze über seine eigene Dröghheit reißt. Im November unterbrach er eine Grundsatzrede vor den Mitgliedern des Democratic Leadership Council und beobachtete kummervoll einen



Jungredakteur Gore in Nashville
Freiwillig in den Vietnamkrieg

herumschwirrenden Vogel, der sich im Saal verirrt hatte. „Ich hoffe, der setzt sich nicht auf mich“, sagte er, „wäre nicht der erste, der mich mit einem Baum verwechselt.“

Das Tempo des Wahlkämpfers Gore allerdings ist enorm. In einen einzigen Tag in New York hat er sich sechs Termine gepackt, sechs Orte, sechs Reden. Nach den Schülern im Kingsborough College will er mit Schwarzen sprechen, vor Juden und Hispanics auftreten, Gewerkschaftsführer und Gesellschaftslöwen umwerben. Er wird vormittags in Brooklyn sein, in Harlem mit



Familien-Clan Gore*: Zu Hause sogar in Badelatschen

Schwarzenführern zu Mittag essen und an der Wall Street dinieren.

Und wehe, etwas klappt nicht. Mißmutig verläßt Gore das Rednerpult, von dem herab er gerade in einem plüschigen Hotelsaal zu Mitgliedern der einflußreichen jüdischen Vereinigung United Jewish Appeal über den Nahost-Friedensprozeß gesprochen hat. „Eine miese Rede war das“, fährt er seinen Redenschreiber an, „alles olle Kamellen. Nichts Neues.“

Dabei hat das Gore-Team doch einen griffigen Wahlkampfslogan entwickelt: den „praktischen Idealismus“. Der tut keinem weh und hilft, zügig auf die politische Mitte zuzusteuern. Frisch klingt das, neu und modern. Wirkt der „leidenschaftliche Konservatismus“ von George Bush dagegen nicht altbacken? Der texanische Gouverneur wird – wenn ihm nicht Elizabeth Dole dazwischenfunkelt – Gores republikanischer Herausforderer. Noch führt Bush gegenüber Gore in der Beliebtheitsskala mit 56 zu 34 Prozent.

Das ist einer der Gründe, warum Gore nun zu einer kleinen Hispanic-Gemeinde in Brooklyn hastet. Der Texaner buhlt verstärkt um die knapp 20 Millionen Latino-Stimmen. Da muß Gore gegenhalten. Termin beendet, Ziel erreicht. Schon warten in Harlem demokratische Schwarzenführer. Ob sie ihm etwas von der Sympathie, die sie dem Underdog Clinton zuteil werden lassen, abgeben?

Große Reden, viele Versprechungen sind von Gore nicht zu erwarten – warum auch. Er wird mit lautem Getöse tun, was er als Vizepräsident ohnehin macht: sich um Städtebau kümmern, um Bildung, um den Ausbau der Datenautobahn. Die Bürokratie will er verschlanken, die Regierung neu erfinden. Doch wo ist der Mann geblieben,

dem die Wirtschaftszeitschrift „The Economist“ echte Überzeugungen und wenig Kompromißbereitschaft bescheinigt?

Gores Lebensthema, der Umweltschutz, gerät im Aufstieg zur Macht unter die rhetorischen Räder. O-Ton: „Stoppt die globale Erwärmung ohne wirtschaftliche Abkühlung.“ Entwarnung also für die Wirtschaft, doch spätestens seit dem Uno-Klimagipfel im November in Buenos Aires fürchtet sich ohnehin niemand mehr.

Dort glänzten die Vereinigten Staaten einzig durch Dauerblockade. Die Wall Street weiß ein solches Verhalten zu schätzen. Und Al Gore weiß seinerseits, daß er

ohne eine florierende Wirtschaft seinen Traum niemals verwirklichen kann. Er braucht Frieden mit den Banken, Geld von den Finanztycoons, und so lud er Großspekulanten um George Soros zum Frühstück ins Weiße Haus. Das Thema: die Rußlandkrise und die Globalisierung.

Am allerliebsten aber reitet der Technikfreund Gore sein Steckenpferd, das Internet. Für ihn ist es der Zauberschlüssel zum 21. Jahrhundert. Alles will er damit lösen: Bildungsengpässe und Umweltprobleme, Bürokratie, Arbeitslosigkeit, Kriminalität – und zwar im Verbund mit anderen Nationen.

Doch an diesem Abend, in der prächtigen Marmorhalle in der Wall Street, will er noch nicht daran denken. In dieser Nacht ist das alte, das vergangene, das glanzvolle Amerika versammelt, zum Gedenken an den 30. Todestag von Robert Kennedy. Muhammad Ali ist gekommen, Michael Douglas, und natürlich die glamouröseste Familie der Vereinigten Staaten, aus der nun einer zum Rednerpult tritt: „Ladies and Gentlemen“, sagt Robert Kennedy Junior, „ich begrüße nun den Mann, den ich mir als nächsten Präsidenten wünsche. Herzlich willkommen, Al Gore.“

Doch während Al Gore redet, langsam wie ein Oberlehrer, arbeitet die Hauptstadt- und Presse bereits fieberhaft an seiner Demontage. Wäre doch gelacht, wenn nicht auch Meister Proper ein paar Dreckspuren hinterlassen hat. Zwei Wochen nachdem er offiziell seine Bewerbung bekanntgegeben hat, platzte der erste Skandal: Vor der Residenz des Vize in der Massachusetts Avenue sei der Schnee nicht geräumt worden, wußte die „Washington Post“ aus gut-unterrichteten Jockeykreisen.

Setzt Al Gore leichtfertig die Knochen unschuldiger US-Bürger aufs Spiel? Kann solch ein Mann Präsident werden? Immerhin – es geht um die Zukunft der Nation.

MICHAELA SCHIESSL

* Vorn: Schwiegersohn Andrew Schiff, Tochter Karena, Ehefrau Tipper; hinten: Sohn Albert, Al Gore, Töchter Sarah und Kristin.

Der Staat spekuliert mit

Die US-Regierung will Budget-Überschüsse an der Börse anlegen.

Die Luft war eisig, der Wind wehte scharf, und an den Straßen türmten sich die Schneewehen. Doch im Stadion von Buffalo ging es zu wie bei einem Popkonzert unter tropischem Himmel. Auf der Bühne stand Bill Clinton, vor ihm tobten seine Fans.

„Ist es nicht riesig, daß es uns immer bessergeht?“ rief der amerikanische Präsident. „Yeah“, tönte es aus 20 000 Kehlen, als sei der Mann gerade ins Weiße Haus eingezogen und nicht schon wieder auf dem Weg hinaus.

Die Feier am Mittwoch vergangener Woche im Hinterland New Yorks zeigte, was den größten Teil der Amerikaner in diesen Tagen wirklich bewegt: nicht Sex, nicht Lügen, sondern Geld. Für sie ist Clinton der Mann, der Arbeit brachte, die Börse anschoß und nun auch noch den Staat sanierte.

Rund 4400 Milliarden Dollar soll der Staat in den nächsten 15 Jahren mehr einnehmen, als er braucht, um die heutigen Regierungsprogramme zu finanzieren. Vorausgesetzt, das Weltgeschehen entwickelt sich nach den Vorgaben der Ökonomen: keine schwere Rezession, keine Kriege, keine Krisen.

Zu verdanken haben die Amerikaner den Überfluß indes nicht ihrem Präsidenten. Zwar erhöhte Clinton gegen den erbitterten Widerstand der Republikaner 1993 die Steuern, kaufte weniger Raketen und strich auch noch die Sozialhilfe zusammen. Doch die Staatsausgaben stiegen munter weiter, seit

1990 von 1,2 Billionen auf knapp 1,7 Billionen Dollar im vergangenen Jahr.

Noch vor zwei Jahren rechneten die Steuereintreiber für 1998 mit einem Defizit von 127 Milliarden Dollar. Daß sie statt dessen einen Überschuß von 70 Milliarden einführen, liegt vor allem an dem beispiellosen Wirtschaftsboom. Acht Jahre schon, so lange wie noch nie, steigern Amerikas Unternehmen



Notenbanker Greenspan: Vor Mißbrauch gewarnt

ihren Output: mehr Umsatz, mehr Gewinn – und mehr Steuern.

Um über sechs Prozent im Jahr erhöhten sich die Einnahmen des Fiskus auf zuletzt mehr als 1,7 Billionen Dollar. Während in Deutschland Großverdiener und Unternehmen ihre Steuerlast durch allerlei Schlupflöcher verminderten sowie hohe Steuersätze und komplizierte Gesetze die Steuerhinterziehung begünstigten, zahlten amerikanische Firmen im vergangenen Jahr doppelt soviel an den Staat wie 1990.

Über 70 Milliarden Dollar kassierte die Regierung 1997 an Kapitalerträgen, zum großen Teil durch Börsengewinne, abgeschöpft mit einer deftigen Steuer. Amerikaner müssen fast 40 Prozent ihres Spekulationsgewinns an den Staat abführen, selbst für konservative Yankees eine Selbstverständlichkeit. In Deutschland dagegen kann jeder Anleger Gewinne steuerfrei kassieren, sofern er Aktien mindestens zwölf Monate behält.

Nun will Präsident Clinton den Börsenboom noch weiter anheizen – zum Wohle der Pensionäre. Um die Rentenversicherung zu retten, deren Bank-

rott für das Jahr 2032 droht, sollen seine Ministerialen einen Teil der Überschüsse an der Börse investieren – in den nächsten 15 Jahren bis zu 1200 Milliarden Dollar.

Das Geld stammt aus einem großen Pensionsfonds, in dem die Reserven der Regierung geparkt werden und der bisher vorrangig in niedrig verzinste Anleihen investiert hat. Sollte der Plan umgesetzt werden, würden der Regierung rund vier Prozent des gesamten US-Aktienkapitals gehören – sie wäre der mächtigste Investor aller Zeiten.

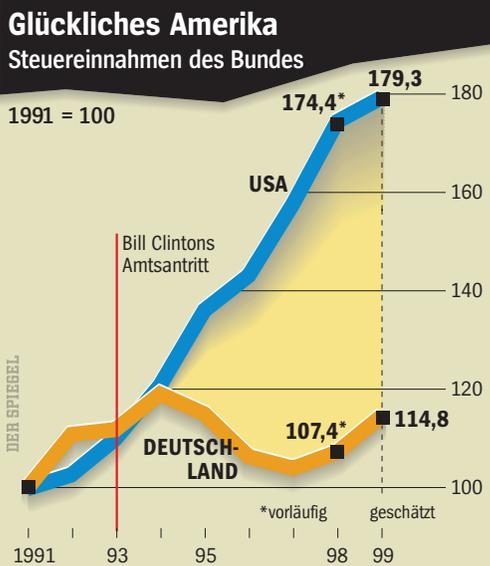
Ein ähnliches Modell hat bereits die Regierung von Kanada beschlossen. Ein Investment Board unter Führung der kanadischen Unternehmerin Gail Cook-Bennett soll in den kommenden zehn Jahren Pensionsgelder in Höhe von rund 80 Milliarden Kanadischen Dollar (fast 90 Milliarden Mark) an der Börse investieren und damit zum größten Aktionär des Landes werden.

Auch einzelne US-Bundesstaaten lassen längst riesige Fonds mit staatlichen Pensionsgeldern an der Börse spekulieren. Pensionsfonds wie die kalifornische Gesellschaft Calpers (Anlagekapital: rund 128 Milliarden Dollar) oder der New Yorker Fonds Tiaa-Cref (230 Milliarden Dollar) verwalten die Altersversorgung von Lehrern oder Polizisten. Schon lange gehören die Pensionsfonds zu den mächtigsten Anlegern an den Weltbörsen.

Doch der Börsenboom kann nicht ewig weitergehen. Erst in der vorigen Woche warnte der Notenbankchef Alan Greenspan, die Kurse an der Wall Street seien überzogen. Von Clintons Börsenplänen hält er wenig. Greenspan fürchtet, daß die Regierung die Macht des Fonds für politische Zwecke mißbrauchen könnte, etwa um Tabakkonzerne unter Druck zu setzen.

Auch die Republikaner lehnen den Plan ab – als Ausdruck eines finsternen Staatskapitalismus.

MATHIAS MÜLLER VON BLUMENCRON



Löwin in der Senatsarena

Clintons schwarze Verteidigerin brillierte vor dem Senat: neue Hoffnung auf ein schnelles Ende im Amtsenthebungsverfahren.

Es war ein atemberaubender Auftritt in einer ehrfurchtgebietenden Arena: Vor dem Gremium weißer und weißhaariger Polit-Veteranen eröffnete die Anwältin ein brillantes Plädoyer für ihren präsidialen Mandanten.

Jung, schwarz, weiblich – als Inbegriff der Gleichberechtigung trat Cheryl Denise Mills vor die 100 Volksvertreter im würdigen Halbrund. „Ich stehe hier“, buchstabierte die Afroamerikanerin ihren betagten Zuhörern förmlich, „weil Bill Clinton glaubt, daß ich ihn hier vertreten kann.“

Und dann demontierte die 33jährige Juristin am vergangenen Mittwoch mit rhetorischer Eleganz, was zuvor 13 republikanische Ankläger mittleren Alters in langwierigen Erklärungen drei Tage gegen den verpönten Präsidenten zusammengetragen hatten. Ganz gewiß seien Clintons Vertuschungsversuche in der Lewinsky-Affäre „nicht angemessen“ gewesen, dozierte Mills – aber auch „sicherlich keine Behinderung der Justiz“.

Ihre Darbietung, nachdem Co-Verteidiger Charles Ruff vom Rollstuhl aus die Vorwürfe gegen Clinton als „trivial“ und „verfassungsrechtlich schlecht“ gerügt hatte, sorgte im Senat vielleicht für den entscheidenden Stimmungswandel zugunsten des Präsidenten. Denn als Ex-Senator Dale Bumpers einen Tag später mit einem bewegten Appell an menschliches Mitgefühl das Ende des „Alptrauums“ gefordert hatte, drängten sogar einige Republikaner auf ein zügiges Finale des qualvollen Fernsehgerichts.

Sicher ist: Mit ihrem Plädoyer wurde Cheryl Mills, die bisher nur Insidern bekannte Anwältin, zum „neuen Star am Juristenhimmel“ („Washington Post“); dabei ist sie im rechtlich-politischen Grabenkrieg trotz ihrer Jugend schon eine erfahrene Vorkämpferin des Präsidenten.

Bereits 1992 – Clinton war noch nicht einmal gewählt – stieß die damals 27jährige, die kaum zwei Jahre zuvor bei der renommierten Washingtoner Kanzlei Hogan & Hartson ihre Karriere als schlichte Anwältin begann, zur einflußreichen Gruppe von Clintons rechtlichen Strippenziehern.

Das Advokatenteam sollte bald zu seiner wichtigsten Hilfstuppe werden, denn der



FOTO: S. AP



Juristin Mills, Co-Verteidiger Ruff vor dem Senat
Verweis auf sündige Vorbilder

Präsident war kaum im Amt, als er von einer ganzen Lawine anrühiger Affären überrascht wurde: Bei „Whitewater“ ging es um fragwürdige Immobiliengeschäfte des Präsidentenehepaares im Heimatstaat Arkansas. „Travelgate“ nannte die US-Presse das Vorgehen der Clintons, die mit brachialen Methoden Freunde und Bekannte in der Reisestelle des Weißen Hauses untergebracht hatten.

Dann beging Vince Forster, ein enger Freund der Clintons, 1993 unter mysteriösen Umständen Selbstmord, Hunderte von

FBI-Akten über republikanische Mitarbeiter landeten im Weißen Haus („Filegate“). Und schließlich häuften sich die handfesten Hinweise auf Clintons libidinöse Übergriffe auf Paula Jones („Zippergate“) und die Ex-Praktikantin Monica Lewinsky.

Während der Präsident vier Männer an der Spitze seiner juristischen Eingreiftruppe verbrauchte, stieg die scharfsinnige und schlagfertige Anwältin Mills zur Stellvertreterin im Team der Rechtsberater auf. Bald gehörte sie zum – ständig schrumpfenden – inneren Kreis jener Clinton-Freunde, die das Präsidentenehepaar gegen alle Angriffe mit leidenschaftlicher Loyalität und intellektueller Verve verteidigten.

Nicht ohne Grund: „Sie weiß, was sie dem Präsidenten verdankt“, so ein Clinton-Berater, „sie weiß, was sie ihm schuldet“ – eine juristische Blitzkarriere im Weißen Haus.

Die Tochter eines erfolgreichen Armeemoffiziers erlebte ihre Jugend als weltweites Wanderleben durch verschiedene US-Garnisonen; später studierte sie an der Universität von Virginia und der renommierten Rechtsfakultät von Stanford. Ihre Wurzeln vergaß sie dabei nicht: Mills half bei der Gründung einer Organisation, die benachteiligten Schülern von Minderheiten das College-Studium ermöglicht.

Ihre Nibelungentreue zum Präsidenten paart sich mit raubtierhaftem Kampfeswillen. „Willensstark“, „knallhart“, „eine Löwin“, so beschreiben sie Kollegen. Und genauso war ihre Strategie gegen alle juristischen Attacken: nie den Rückzug antreten, keinen Zoll nachgeben, un- aufgefordert nichts herausrücken, freiwillig nichts zugeben.

Nach diesem Muster entkräftete sie auch vor dem Senat den Vorwurf, Clintons ungeschicktes Taktieren summiere sich zu kapitalen, verfassungsrechtlich relevanten Verfehlungen. Mit geschicktem Verweis auf sündige oder berühmte Vorbilder Amerikas hob Mills ihren Mandanten neben Idole wie John F. Kennedy und Martin Luther King: „Wir verehren sie, aber sie waren keine vollkommenen Männer, sie machten menschliche Fehler.“ Und auftrumpfend: „Clintons Bilanz in puncto Bürgerrechte läßt

sich nicht per Amtsenthebung beiseite wischen.“

Der Vortrag trieb selbst hartgesottene Senatoren Tränen in die Augen. „Eine bemerkenswerte Vorstellung“, rühmte ein Demokrat, ein Republikaner mußte zugeben: „Sie hat’s verdammt gut gemacht.“

Hoffnungsvoll verfrüht war die Reaktion von Senator Robert Torricelli. „Dieser Tag“, orakelte der Demokrat aus New Jersey, „wird in die Geschichte eingehen – als Anfang vom Ende des Impeachment-Verfahrens.“

STEFAN SIMONS



Europa-Politiker Schröder, Kollegen*: Widerstand gegen Kompromisse

EUROPA

Exzessiv gepöppelt

Wie viele Milliarden muß Bonn künftig an Brüssel überweisen? Jedenfalls mehr, als die Deutschen wollen.

Alle reden auf Gerhard Schröder ein. Schulterklopfend ermuntern ihn der Franzose Lionel Jospin, der Spanier José María Aznar oder der Brite Tony Blair, er möge sich als Newcomer bewähren und ein Scheitern der Verhandlungen über die Agenda 2000, das Reformpaket für die Finanzen der EU, auf jeden Fall verhindern. Ein leicht drohender Unterton schwingt immer mit. Der Kanzler versucht, sich der freundlichen Repression zu entziehen. Er stehe nicht unter Erfolgszwang, behauptet er.

Tatsächlich steckt er in der Zwickmühle. Als amtierender Ratspräsident muß er die EU-Reform vorantreiben, schon um den Euro vor Turbulenzen zu bewahren. Ohne Binnenreform, vor allem ohne die der Landwirtschaft, wäre die Erweiterung nach Osten ein kaum finanzierbares Vergnügen. Als Bundeskanzler aber kann er nicht jeden Kompromiß mittragen, weil er die deutschen Beitragszahlungen an Brüssel mindern will.

Eine spürbare Entlastung beim Nettobeitrag in die EU-Kasse hat Schröder mehrmals öffentlich gefordert. Intern gibt er sich mittlerweile bescheidener. „Freudentänze würden wir aufführen“, so einer seiner engsten Mitarbeiter, falls es gelänge, die deutsche Zahlung von jetzt jährlich 22 Milliarden Mark auch nur um eine Milliarde zu senken. „Wir wären auch schon froh, wenn wir bloß nicht mehr zahlen müßten.“

Immerhin hat der Kanzler die Europa-Politik besser organisiert als sein Vorgänger Helmut Kohl. Damals war das Auswärtige Amt meist nicht in deutsche EU-Initiativen einbezogen, Finanz- und Landwirtschaftsminister ließen sich ohnehin nur ungern reinreden.

Der SPD-Kanzler befolgt Ratschläge des deutschen EU-Botschafters Dietrich von Kyaw, der in der Vergangenheit oft ohne klare Vorgaben aus Bonn verhandelt hatte. Als Koordinationsgremium wurde der Europa-Ausschuß der Staatssekretäre aus Kanzleramt, Finanz-, Landwirtschafts-, Wirtschafts- und Justizministerium reaktiviert, unter Vorsitz von AA-Staatsminister Günter Verheugen. Europa ist fester Tagesordnungspunkt jeder Bonner Kabinettsitzung; die Minister entscheiden lediglich, was bei den Staatssekretären streitig blieb.

Der Ausschuß leidet jedoch zwangsläufig unter demselben Dilemma wie Schröder: Einerseits entstehen dort die Papiere mit den rein deutschen Positionen für die Verhandlungen in Brüssel – sparen, sparen, sparen. Andererseits müssen die Staatssekretäre die Einigungsvorschläge der deutschen Präsidentschaft für den entscheidenden Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs Ende März

ausarbeiten – Kompromisse hier, Kompromisse dort.

So tritt auch an diesem Montag, wenn der Allgemeine Rat der EU-Außenminister zusammenkommt, eine besondere Arbeitsteilung in Kraft: Staatsminister Verheugen spielt den Lobbyisten der Deutschen, Minister Joschka Fischer ist fürs große Ganze da.

Ausgerechnet gegen die mächtigen, selbstherrlichen Agrarminister muß Fischer im Allgemeinen Rat erstmals den Präsidenten hervorkehren. Die EU-Außenminister sollen in Brüssel den Schutzherren des Nährstandes Finanzfesseln anlegen, eine Agrarreform nach Gutsherrenart verhindern.

Daß die exzessive Pöppelung eines ökonomisch immer unwichtigeren Wirtschaftssektors beschränkt werden muß, wissen alle Mitglieder der EU. Eine Obergrenze für die Agrarausgaben vorzuschlagen wagt jedoch auch die deutsche Präsidentschaft nicht. Statt dessen geht es um allgemeine, auslegbare Floskeln.

Die Bauernminister, argumentiert Verheugen, sollten akzeptieren, daß sie ihre EU-Reformpolitik in derselben Welt des knappen Geldes machen müßten wie Strukturförderer oder Forschungspolitiker. Jede weitere Konkretisierung hätte sofort Streit über den Weg zum Sparziel zur Folge. Der Verteilungskonflikt aber soll erst einmal unter den Agrariern selbst ausgeglichen werden.

Der ist bereits in vollem Gang. London wäre möglicherweise bereit, eine Kappung seines Milliarden-Rabatts beim EU-Beitrag hinzunehmen, wenn im Gegenzug die Agrarausgaben zum Teil aus den nationalen Etats bezahlt würden. Das würde den Verlust Großbritanniens kompensieren, aber Frankreich weh tun. Folgerichtig blockt Paris diesen Vorschlag ab.

Die Bonner Hoffnung richtet sich nun darauf, daß Paris letztlich doch beim Einstieg in die nationale Kofinanzierung der Direktzahlungen an die Bauern mitmachen wird, falls der Anteil sich auf 25 Prozent beschränkt. Die EU-Kommission hatte 25 Prozent vorgeschlagen.

Ziel einer die Deutschen stützenden Gruppe von vorwiegend im EU-Norden angesiedelten Länder ist es, die Agrarausgaben in den nächsten sieben Jahren nicht schneller wachsen zu lassen, als die nationalen Etats der EU-Staaten im Schnitt zunehmen. Damit aber wären die Reformpläne des EU-Kommissars Franz Fischler obsolet. Er plant, die EU-Preise für Milch, Rindfleisch und Getreide zu senken, die Bauern aber im Gegenzug mit höheren Direktzahlungen aus der EU zu befrieden.

Das beschert den Verbrauchern vielleicht preiswertere Nahrungsmittel, fordert den Steuerzahlern aber mit Sicherheit zunächst höhere Tribute ab – ein Verstoß gegen das von einer Ländermehrheit kate-

* Jacques Chirac (Frankreich), Jean-Luc Dehaene (Belgien), Viktor Klima (Österreich) beim EU-Gipfel in Wien am 12. Dezember.

gorisch geforderte Gebot der „realen Konstanz“ der EU-Ausgaben.

Ein Ausweg ist in Sicht. Die Agrarausgaben müssen nicht in jedem Jahr, sondern über die gesamte Finanzperiode in etwa im Gleichklang mit den nationalen Etats bleiben, lautet die neue Interpretation der deutschen Präsidentschaft. Die von Fischler eingepflanzten höheren Kosten in den ersten Jahren würden später durch überproportionale Einsparungen wettgemacht. Dafür soll ein von Fischler nicht vorgesehener Abbau der direkten Beihilfen für die Landwirte eingeführt werden – eine von vielen Agrarökonomern immer wieder reklamierte Subventionsbremse.

Die Landwirtschaftsminister sind noch lange nicht auf der Linie der Präsidentschaft, auch der deutsche Kollege Karl-Heinz Funke nicht. Und Paris ist nur scheinbar kompromißbereit. Die Franzosen wollen beim Abbau mitmachen, die gesparten EU-Milliarden aber zur Strukturförderung verödeter ländlicher Regionen einsetzen. Mit Sparen wäre es wieder nichts.

Auch im Lande der Präsidentschaft macht die Senkung der direkten Beihilfen Probleme. Von den so eingebrachten 1,6 Milliarden Mark würde eine Milliarde den Bauern in den neuen Ländern entgehen – eine Perspektive, die Verheugen sofort gegen den deutschen Präsidenten in Stellung bringen müßte.

Widerstand regt sich auch bei allen Vorschlägen, die Europa-Last der Deutschen, Österreicher, Niederländer und der Schweden zu verringern. Eine Umstellung des Maßstabes für den EU-Beitrag ausschließlich auf das Bruttosozialprodukt würde den Deutschen ein paar hundert Millionen einbringen und auch die anderen Nettozahler begünstigen. Allein Italien aber hätte 1,6 Milliarden Mark mehr einzuzahlen – Rom sagt nein.

Die Chancen, die deutschen Überweisungen nach Brüssel merklich zu kürzen, sind deshalb gering. Dem Kanzler bleibt jedoch ein Weg, vor seinen Wählern auch einen Mißerfolg zum Erfolg zu verklären.

Er könnte ja argumentieren, die deutschen Nettoüberweisungen von 22 Milliarden Mark ergäben kein realistisches Bild von der tatsächlichen Belastung. Denn wenn die Gewinne der deutschen Unternehmen aus den verbesserten Exportchancen auf den EU-Binnenmarkt in Mark und Pfennig gegengerechnet würden, bliebe nur eine Summe von reichlich 3 Milliarden an Belastung übrig – ein akzeptabler deutscher Beitrag.

Die Zahlen hat der Aachener Ökonomie-Professor Klaus Gretschmann im vergangenen Jahr in einer Studie für das Europäische Parlament ermittelt. Gretschmanns Forschungsergebnisse stehen Schröder jederzeit zur Verfügung. Der Professor ist heute Abteilungsleiter im Kanzleramt, zuständig für Europa.

DIRK KOCH, WINFRIED DIDZOLEIT

CHILE

Henker, Folterer, Erlöser

Sieben Lordrichter in London urteilen erneut über Großbritanniens prominentesten Gefangenen: Aber der frühere Tyrann Augusto Pinochet hat neue Verbündete.

Der Überlebende des Schreckenslagers war 12 000 Kilometer unterwegs, um Zeugnis abzulegen. Noch immer werde er von Alpträumen aus dem Schlaf gerissen, erzählte er in London. Eltern und drei Geschwister habe er an die Schergen verloren, nichts vom Grauen jener Jahre werde er je vergessen. Zur Bekräftigung wies das Opfer auf seinen linken Unterarm – auf die verblaßte Nummer, die ihm damals eintätowiert worden war.

David Feuerstein aus Chile, der in der Sache Augusto Pinochet nach England reiste, ist ein Überlebender von Auschwitz. Er wurde als Jude in Polen geboren und 1943, mit 16, von den Nazis ins Vernichtungslager gesteckt. Was ihn bewog, sich vor sechs Wochen als Zeitzeuge zu melden, hat unmittelbar mit seiner Lebensgeschichte zu tun: Der Madrider Richter Baltasar Garzón, der Chiles früheren Diktator aus England herausholen und in Spanien vor Gericht stellen will, beschuldigt Augusto Pinochet unter anderem der Judenverfolgung.

Das ließ Feuerstein, der in Chile Uhren importiert und zu den Honoratioren der jüdischen Gemeinde (20 000 Mitglieder) zählt, keine Ruhe. Mit seiner Frau María kam der alte Herr nach London, um Kor-

rektur bemüht: „Daß der General Antisemit sei, ist eine blanke Lüge“, erklärte er vor Journalisten und holte Fotos hervor, auf denen ein leutseliger Präsident Pinochet in hellgrauer Generalsuniform beim Besuch von Synagogen und jüdischen Organisationen zu sehen ist. „Er hat stets den höchsten Respekt der jüdischen Gemeinde genossen“, beteuerte Feuerstein.

Ein Überlebender des Holocaust, der aus Chile zur Entlastung der internationalen Haßfigur Pinochet angereist kommt – auf manche Engländer wirkte das verstörend, wenn nicht gar obszön. Doch Feuerstein ist nur eine von vielen Stimmen, die so gut wie nichts miteinander gemein haben außer dem Bestreben, die Auslieferung Augusto Pinochets an seinen spanischen Verfolger Baltasar Garzón zu verhindern.

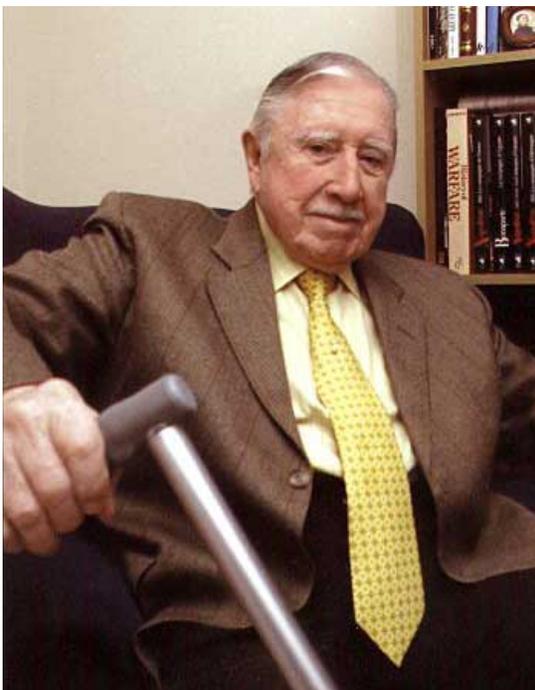
Zu diesem kurios zusammengesetzten Ensemble, das für eine Rückkehr des pensionierten Diktators und Senators auf Lebenszeit in seine Heimat eintritt, gehört nicht nur die kapitalistische Ikone Margaret Thatcher, die in Pinochet den ersten Rammbock der neoliberalen Wirtschaftspolitik in der Dritten Welt bewundert und für ihn eine schrille Propagandakampagne entfesselt hat, sondern auch der sozialde-

mokratische Architekt des modernen Spanien, Felipe González, der sich schlicht Sorgen um Chile macht.

Es zählen zur weltweiten „Pinochet-Fronde“ erzkonservative Tories, die Britanniens stillem Verbündeten im Falkland-Krieg gegen die argentinische Militärjunta die Treue halten, aber auch prominente Vertreter der chilenischen Linken, die um den inneren Frieden in der Heimat fürchten: darunter durchaus solche, die selbst verfolgt und ins Exil getrieben wurden oder nächste Angehörige an die Folterknechte und Erschießungskommandos des Regimes verloren haben.

Die überlebenden Opfer sowie die große Mehrheit der Nachkommen von über 3000 Ermordeten und Verschwundenen sehen dagegen empört und fassungslos, was sie nie für möglich gehalten hatten: Vor den sieben Lordrichtern, die in London über das Schicksal Pinochets entscheiden müssen, ist nun auch Chiles demokratisch gewählte Regierung als Prozeßpartei vertreten. Und die Rechtsanwälte im Solde des Präsidenten Eduardo Frei und seiner Mitte-Links-Koalition kämpfen Seite an Seite mit den Verteidigern General Pinochets darum, daß der alte Despot nicht an die spanische Justiz ausgeliefert wird.

Eine Erklärung für diese Wende bietet die Demoskopie. Eine breite Mehrheit der 14 Millionen Chilenen spricht sich dagegen aus, daß Pinochet in Spanien der Prozeß gemacht wird, nur 22 Prozent sind dafür. 65 Prozent sehen seine Festnahme als schädlich für das Zusammenleben in Chile an. Und im Dezember finden Präsidentenwahlen statt. Der Sozialist Ricardo Lagos, dessen Partei mit Freis Christdemokraten die Regierung bildet, macht



Ex-Präsident Pinochet in seinem Haus in Surrey, Gefangene in Chile 1982: Ein Überlebender des Holocaust will den General entlasten

sich starke Hoffnungen auf das höchste Amt.

Das sind nicht mehr die Sozialisten der Volksfront von 1970, nicht mehr die Genossen Salvador Allendes, dessen Regierung ins wirtschaftliche Chaos schlitterte und 1973 von den Panzern des Putschisten Pinochet aus den Amtszimmern geschossen wurde – was etliche Millionen Chilenen seinerzeit und auch noch lange später als Erlösung empfunden haben (43 Prozent stimmten 1988 für den Verbleib des Generals).

Für diese Partei ist auch die sozialistische Abgeordnete Isabel Allende nicht repräsentativ, die als Märtyrertochter unterwegs ist und für die Auslieferung Pinochets an Spanien und eine exemplarische Verurteilung plädiert. „Unsere Freunde in Europa müssen eines begreifen“, sagt in Santiago de Chile der einflussreiche Sozialist Carlos Ominami: „Wir sind nicht die chilenische Sektion von Amnesty International.“

Auf der Gegenseite stehen, in London weithin sichtbar oder vernehmbar, die Nachkommen der Ermordeten oder bei Guerilla-Aktionen Gefallenen, Tausende chilenische Altexilanten, die Kommunistische Partei Chiles, liberale und linke Intellektuelle und Politiker aus ganz Europa. Und vor allem die Menschenrechtler – einschließlich jener Juristen und Völkerrechtsexperten, die zur Bestrafung regierender Bösewichte eine Globalisierung der Justiz nach dem Motto „Nürnberg ist überall“ wünschen.

Mit festgefrorenem, mildem Lächeln betrat der Starjurist, der dieses konfuse weltweite Drama ausgelöst hat, vergangene Woche das House of Lords. Zweieinhalb Tage lang stand Untersuchungsrichter Garzón aus Madrid eher theoretisch sieben britischen Lordrichtern zur Verfügung.

Der jugendlich wirkende Garzón, 43, inzwischen wohl der bekannteste Verbrecherjäger Europas, betreibt mit Hilfe des spanischen Strafrechts seit Jahren die Verfolgung lateinamerikanischer Folterknechte und Diktatoren. Auf ihn ist das böse Wort von González gemünzt, der Kampf gegen die Menschenrechtsverletzer dürfe „nicht Tarzan oder Rambo überlassen bleiben“.

Rambo ist im Angesicht der Lords sehr gesittet und ganz Ohr. Als höchste Rechtsinstanz des Vereinigten Königreichs müssen die sieben Rechtsgelehrten darüber entscheiden, ob Pinochet als ehemaliges Staatsoberhaupt die „Immunität des Souveräns“ genießt. Wenn ja, wäre er auf der Stelle ein freier Mann und könnte von der chilenischen Luftwaffe gleich nach Hause



Pinochet-Anhänger in London: Kurioses Ensemble

geflohen werden, dem Zugriff Garzóns auf immer entzogen.

Aber war denn das alles nicht schon mal? Am vergangenen 25. November, zufällig dem 83. Geburtstag Pinochets, hatten fünf „Law Lords“ mit knapper Mehrheit (drei gegen zwei) entschieden, daß „das Foltern der eigenen Untertanen nicht zu den Aufgaben eines Staatsoberaupts gehört“ – und damit offenbar Pinochet den Mantel der Unantastbarkeit vom Leib gerissen.

Nun war, so schien es, der Weg frei für ein Auslieferungsverfahren; dem greisen Tyrannen würde über kurz oder lang und vor allem fern von Chile der Prozeß gemacht werden: ein Meilenstein in der Entwicklung des Völkerrechts.

Wenn es denn ein solcher ist, wurde er zunächst in den Straßengraben gekippt: Pinochets hochbezahlte Juristen hatten sich gemerkt, daß Lord Hoffmann – der dritte Richter, der gegen den General gestimmt hatte – eine innige Verbindung zu Amnesty International unterhielt, die als Vertreterin der Pinochet-Opfer in diesem Verfahren als Partei zugelassen ist. Der energische Einspruch der Anwälte zwang die Law Lords zu prompten Beschlüssen, die

im Hohen Haus ohne Beispiel sind:

Ein neues Fünferteam erklärte Lord Hoffmann wegen seiner Amnesty-Beziehung für „automatisch disqualifiziert“, hob das Urteil der eigenen Instanz auf und betraute ein erweitertes Gericht von sieben Lordrichtern mit der Wiederholung des ganzen Verfahrens. Hierzu mußten gelehrte Lordschaften aus dem Ruhestand reaktiviert werden.

Richter Garzón hat Glück. Die britischen Kronanwälte Christopher Greenwood und Alun Jones, die vor den sieben Lords die Sache des Spaniers zu vertreten haben, überboten einander in rhetorischer Wucht und Schlüssigkeit, die dem fast 400 Seiten dicken Auslieferungsbegehren Garzóns sonst abgehen. Über den Vorwurf, den der Mann aus Madrid am massivsten erhebt – Pinochet habe Völkermord begangen –, gingen die beiden Briten rasch und gnädig hinweg.

Es ist wohl die schwächste Passage im Anklagekatalog Garzóns: Aus der Tatsache, daß auch ein Dutzend Chilenen mit jüdischen Namen der mörderischen Repression zum Opfer fielen, hat er „religiöse Verfolgung“ konstruiert. Und aus dem Umstand, daß einige Indios, die bei gewaltsamen Landbesetzungen dabei waren, von Militärs umgebracht wurden, leitete er eine „ethnische Verfolgung“ ab. Das soll Garzóns Vor-

wurf des Genozids begründen – jenes Verbrechen, das mit Gewißheit auch 26 Jahre nach dem Putsch nicht verjährt wäre.

David Feuerstein, der Auschwitz-Überlebende aus Chile, hat das stattliche Haus in der Grafschaft Surrey aufgesucht, in dem Pinochet seinem Urteil entgegenharrt. Die beiden haben sich nach lateinamerikanischer Sitte umarmt. Auch Fotografen durften inzwischen hinein – und ihre Bilder wirken als Dementi aller Berichte über Weinkrämpfe und schwere Depressionen, die von Pinochets Familie gestreut wurden, um den Briten eine humanitäre Abschiebung nach Chile nahezu legen.

Nein, Augusto Pinochet Ugarte, der alte Henker, scheint seinen Ruhestand in Gefangenschaft zu genießen. Er liest Militärgeschichte und allerlei über seinen Helden Napoleon, er stützt sich rüstig auf seinen Spazierstock, mit dem Anflug eines Lächelns.

Bekennender Anglophile, der er nun einmal ist, hat Augusto Pinochet hintersinnig verkündet: „Ich habe mich auch mit dem Schicksal abgefunden, auf britischem Boden zu sterben“ – ein diplomatischer Alptraum für Tony Blair. CARLOS WIDMANN

Operation Schwarzer Mann

Tausende albanische Kinder müssen für ihre Sklavenhalter betteln. Wer nicht spurt, wird grausam bestraft.

Acht Wochen observierten die Carabinieri die finstere Via Palizzi am Rande von Mailand. Dann trat eine Hundertschaft zum Sturm an.

Die Operation „Orco“ („Schwarzer Mann“) überraschte die Zielpersonen im Schlaf. Von den rund 70 Bewohnern der Fabrikrüne wurden 17 Männer und 3 Frauen, allesamt Albaner, in Handschellen abgeführt. Der Vorwurf: Sklavenhaltung.

Die Beweismittel fanden sich vor Ort: 20 unterernährte, verlauste Kinder inmitten von Müll und Dreckhaufen, zusammengekauert auf Lumpen. Auf einem Tisch in der Mitte der Halle stand verklebtes Plastikgeschirr mit Essensresten, dazwischen liefen Ratten herum.

Schlepper hatten die Kinder, die hier wie Sklaven gehalten wurden, in Albanien gekauft und illegal nach Mailand gebracht, wo sie Almosen erbetteln sollten. Danielle De Condat, eine französische Anthropologin, die in Palermo einen Hilfsverein für eltern- und heimatlose Kinder gegründet hat, schätzt die Zahl der Bettelkinder in den Händen krimineller Banden auf über 130 000 in ganz Europa.

Täglich schaffen Schlauchboote kleine Hungerleider über die Adria. Auf mehr als 6000 albanische Kinder schätzen die italienischen Behörden im vergangenen Jahr ihre Zahl. Viele kommen allein, ohne Verwandte. Welches Leben einen großen Teil von ihnen erwartet, brachte die Operation „Schwarzer Mann“ jetzt ans Licht.

Die Jungen und Mädchen mußten täglich mindestens 50 000 Lire abliefern, gut 50 Mark. Wer sein Soll nicht erfüllte, bekam kein Essen, dafür Schläge. Viele Kinder hatten Verbrennungen im Gesicht oder an den Füßen, als sie befreit wurden.

Morgens um sieben trieben Betreuer die Bettelkinder an die Arbeitsplätze in die City. Jede Schicht dauerte zwölf Stunden. Den ganzen Tag war ein Aufpasser in der Nähe, damit niemand faulenzen oder Geld verstecken konnte. Nachts schloß die Bande ihre Sklaven ein.

3000 bis 5000 Mark – Transport übers Meer inklusive – zahlen die Banden pro Kind an die Lieferanten. Das schmutzige Geschäft nutzt die Not in Albanien aus: Eltern verkaufen oder verpachten Kinder, um mit dem Erlös den Rest der Familie durchzubringen.

Nach zwei bis drei Monaten sind die Kosten erwirtschaftet – dann machen die Banden richtig Kasse. Mädchen verkaufen sie spätestens mit 14 Jahren weiter – als „Frischfleisch“ für den Straßenstrich.

Die Behörden in Rom sind hilflos. Polizisten sammeln die Kinder ein und schicken sie zurück in die Heimat. Dabei wissen die Italiener genau, daß die Familien zu Hause keine Verdienstmöglichkeiten haben. Viele Kinder kehren innerhalb kurzer Zeit wieder zurück.

In Mailand wurden von Juli bis Ende September 169 Sklavenkinder aufgegriffen und in ein Heim gebracht, 119 von ihnen flüchteten umgehend wieder. Im Oktober und November wurden 113 eingewiesen, 90 rissen sofort aus. Und so wie in Mailand läuft es überall.

Die Kinder vertrauen sich dem Heimpersonal und der Polizei nicht an, weil sie Angst haben, daß ihnen oder ihren Familien noch Schlimmeres zustoßen könnte. Sie fürchten sich vor den „Schwarzen Männern“, aber auch vor den Anführern und Spionen in der eigenen Gruppe.

Der Bischof von Lecce, Cosmo Francesco Ruppì, hat sich jetzt öffentlich dafür ausgesprochen, bettelnden Kindern nichts zu geben. Nur so würden die kriminellen Bosse das Interesse an ihren Sklaven verlieren.

Doch was auf längere Sicht richtig sein mag, könnte sich unmittelbar verheerend für Tausende von Kindern auswirken. Die Sklavenhalter akzeptieren keine Entschuldigungen, wenn der Umsatz nicht stimmt.

Die spektakuläre Aktion in Mailand wurde erst durch den Mut eines 15jährigen möglich. Er hatte bei den Carabinieri schon im Oktober ausgepackt, nachdem die Polizisten ihn an einer Kreuzung aufgegriffen hatten. Er berichtete vom Terror-Regime der Aufpasser, von den grausamen Mißhandlungen des tätowierten Aufsehers „Gapo“.

Die Aussage des jungen Albaners schien ein Glücksfall zu sein. Doch der Untersuchungsrichter konnte anhand des Beweismaterials nicht zweifelsfrei erkennen, ob die Verhafteten tatsächlich alle Sklavenhalter waren. Die Aussagen der Zeugen und die Beweise der Carabinieri seien unzureichend, befand der Richter.

Selbst dem schrecklichen „Gapo“ konnten die Ermittler nichts nachweisen, er sah anders aus, als ihn der Zeuge beschrieben hatte: Seine Haare sind nicht dunkel, und eine Tätowierung trägt er auch nicht.

Zur geplanten Gegenüberstellung von Zeugen und Verdächtigen kommt es ohnehin nicht mehr. Denn von den 20 Albanern, die der Richter drei Tage nach ihrer Festnahme unter Auflagen wieder auf freien Fuß setzte, verschwanden 17 spurlos. Auch ihre Opfer wurden längst in die Heimat zurückgebracht.



Albanische Bettelkinder in Italien: Schläge statt Essen

FOCI

HANS-JÜRGEN SCHLAMP

Werbeseite

Werbeseite

SUDAN

Im Rachen des Krokodils

Wie aus einem Afrika-Film muten die Abenteuer der Buschpilotin Heather Stewart an. Sie fliegt Hilfsgüter in die Hunger- und Bürgerkriegsgebiete des Südsudan, wo sie bei Einheimischen und Missionaren als Mutter Teresa der Lüfte gilt. *Von Joachim Hoelzgen*

Ruhig hebt die einmotorige Maschine vom Typ Cessna „Grand Caravan“ die Nase in den Wind. Vor wenigen Minuten hat sie die Startbahn des Wilson Airport in Nairobi verlassen und eine Kurve über dem Naturpark im Süden der Drei-Millionen-Stadt beschrieben. Nun muß sie, vor den Hügeln der Ngong-Kette, an Höhe gewinnen.

Das Licht der Äquatorsonne spielt weich mit den grünen Kuppen, die Kinogängern aus dem Film „Jenseits von Afrika“ vertraut sind. Sie bilden darin die Hintergrundkulisse im Leben der dänischen Autorin Karen („Tania“) Blixen, an die heute ein Museum im Landhaus der alten „Karen Coffee Company“ erinnert. Die Verwalterin, eine Afrikanerin namens Rose Rosa, führt täglich knapp 200 Blixen-Fans durch die pastellfarbenen Räume.

Kenia ist das stolze Kernland von Ostafrika. Lange ein sorgenfreier und optimistischer Modellstaat des Schwarzen Kontinents, versinkt es nun in Korruption, Kriminalität und hohen Schulden. Wie ein Menetekel wirkte die Bombe, die im August letzten Jahres Amerikas Botschaft in Nairobi zerstörte, noch immer sind die umstehenden Hochhäuser verkohlte Ruinen.

Doch die Touristen erbauen sich weiterhin am Haus der Karen Blixen. Im Foyer

stehen eine Kuckucksuhr und die schwarze Laterne, mit der sie dem Geliebten, einem Flugzeug-Enthusiasten, ihre Anwesenheit signalisierte.

Der Pilotin Heather Stewart, 59, ist das Anwesen wohlbekannt. Sie liebt es, auf die Dinge hinabzuschauen, und erklärt vom Cockpit ihrer Cessna aus mit knappen Gesten den Stadtteil am Fuß der Ngong-Berge: „Links unten liegen die Karen Road, die Karen-Kirche und der Karen Country Club“, ruft sie gegen den Lärm der Propellerturbine, die während des Steigflugs auf Vollast läuft.

Heather Stewart ist auf dem Flug nach Lokichokio, einem verlorenen Außenposten der Zivilisation. Er befindet sich im äußersten Nordwesten Kenias am Rand einer schwefelgelben Halbwüste, die sich weit in das Nachbarland Sudan erstreckt. Östlich von Lokichokio türmt sich eine rohe Welt von Tafelbergen, tiefen Schluchten und vulkanischen Schlackenkegeln. Eine Basaltwüste reicht an den Turkanaee heran, der mit seinem grünblauen Gewässer – zwölfmal größer als der Bodensee – aussieht wie ein Meer aus Jade.

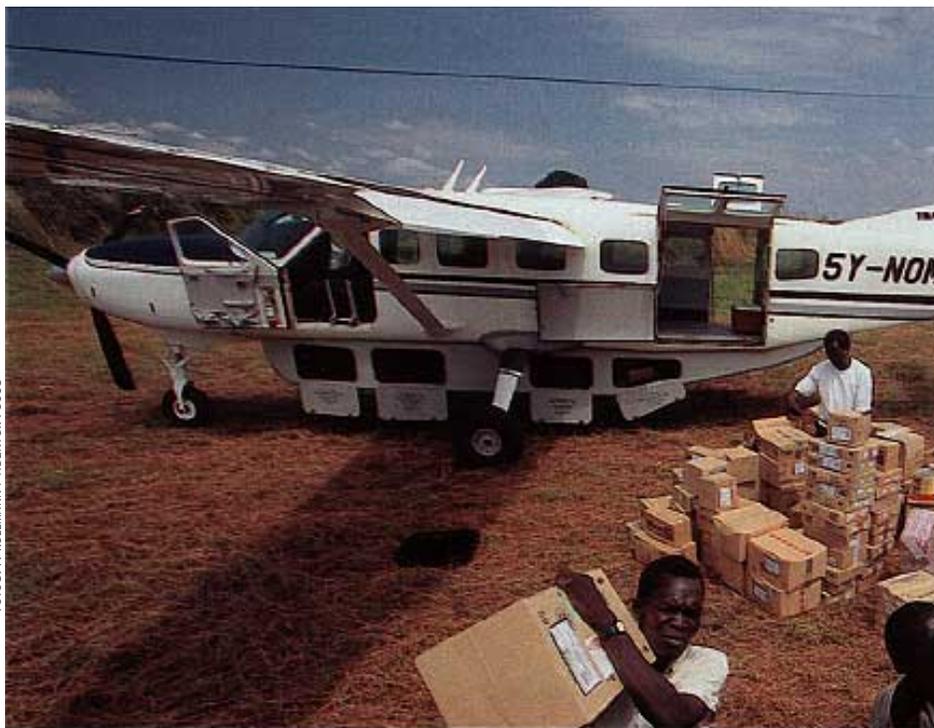
Die Pilotin läßt sich von der Landschaft mit den Attributen eines urzeitlichen Paradieses nicht täuschen. Sie hat hier zu viele Bilder der Angst gesehen, denn sie fliegt

von Lokichokio aus Hilfeinsätze in den Süden des Sudan, wo ein Bürgerkrieg die Menschen zu hungernden Umhergetriebenen gemacht hat.

Im Leben Heather Stewarts haben sich die Lose nicht immer als Glückstreffer erwiesen, aber ihrem zweiten Ehemann, der Journalist und im Zweiten Weltkrieg Fallschirmjäger in Burma war, ist sie noch heute dankbar. Er hatte sie erstmals in einer kleinen Piper zum Turkanaee geflogen und damit ihre Begeisterung geweckt. „Ich spürte sofort, daß Fliegen mein Leben ist und das Cockpit meine neue Behausung“, erzählt sie. Das war 1963, dem Jahr der Unabhängigkeit von Kenia, als Jomo Kenyatta Präsident wurde, ein Anführer der Mau-Mau-Rebellen, die mit schnellen Vorstößen aus den Bergen des Hochlands die britische Kronkolonie ins Chaos gestürzt und zur Aufgabe gezwungen hatten.

„Viele Europäer verließen damals das Land, weil man ein Blutbad fürchtete“, erinnert sich Heather Stewart. Sie aber blieb und beantwortete die Frage nach dem richtigen Leben auf ihre Weise. Sie verzichtete auf eine Landvilla unweit des Blixen-Hauses und auf die Welt der weißen Korbstühle und Gurkensandwiches. Heather Stewart wurde Buschpilotin.

Buschpilotin Stewart, Entladen von Arzneimittelkartons bei Nimule: „Das Cockpit ist meine Behausung“



Sie begann, für die berühmten „Flying Doctors“ in die Savanne zu fliegen, jeweils mit Arzt und Krankenschwester an Bord der Maschine. „Der Arzt operierte in den Missionsstationen auf dem Holztisch, und ich sah bei den Eingriffen zu.“ Diese Erfahrung kommt ihr heute noch zugute, wenn sie von Lokichokio aus in den verwüsteten Süden des Sudan fliegt.

Inzwischen hat sie 16 000 Flugstunden am Steuerknüppel zugebracht. Sie hat dabei die mörderische Seite der Politik, aber auch das Rätsel menschlicher Überlebensfähigkeit kennengelernt.

Früher flog Heather Stewart auch Touristen, am liebsten solche, von denen sie auch persönlichen Rat erhalten konnte – zum Beispiel vom Hollywood-Regisseur David Lean („Die Brücke am Kwai“). Lean war von den Farben am Turkanasee beeindruckt und lud sie nach Los Angeles in das Hotel „Bel Air“ ein, als ihre dritte Ehe scheiterte. „Heather, es gibt viele gute Männer, aber du mußt sie nicht heiraten“, empfahl er.

Ihre Wandlung zur fliegenden „Mutter Courage“, die fünf Kinder ernähren und

zur Schule schicken mußte, geschah 1981. Im Sudan war damals der Kampf zwischen den Truppen der Regierung in Khartum und den schwarzen Stämmen des Südens wiederaufgeflammt, die sich der lange andauernden Unterjochung durch den arabischen Norden widersetzen. Sie beförderte Ärzte in das Leprakrankenhaus von Wau, das heute ein Hungerzentrum ist und von Regierungstruppen kontrolliert wird.

Die Welternährungsorganisation der Uno stellte erste Anzeichen von Unterernährung fest und suchte Freiwillige, die Lebensmittel in das Land fliegen sollten. Heather Stewart erinnert sich stolz, daß insgesamt nur zwei Bewerbungen bei der Uno eingingen: ihre eigene und die einer Kollegin, die heute als Managerin bei der Luftlinie Air Kenya tätig ist.

Der Südsudan ist eine flache Welt, in der es kaum Schatten und Konturen gibt. Jeder Flug dorthin scheint wie die Entdeckung des Nichts; die Pilotenkarte wirkt hier wie der Versuch, in einer Ödnis das Verirren abzuschaffen. Die Frauen mußten in ihren

„Der Rebellen-Kommandeur schwang eine Ochsenpeitsche“, beschreibt Heather Stewart das Geschehen am Flugfeld, „Tote lagen umher, die von Soldaten inspiert wurden.“

Vier Tage waren die Piloten der Uno und Heather Stewart Gefangene des Peitschenträgers. Sie ernährten sich von Notproviand, den die Pilotin stets dabei hat: Bohnen, Fruchtsalat und Trockenbrot. Als die eisernen Rationen ausgingen, gelang ein Hilferuf über das Bordradio. Eine Uno-Maschine warf Lebensmittel ab, ehe das Quartett von einem Hubschrauber gerettet werden konnte.

Der Zwischenfall und ein Abflauen der damaligen Notlage im Südsudan bewogen Heather Stewart, sich dem nächsten Krisenherd zu widmen: In Somalia hatten sich die Kämpfe verfeindeter Clans verschärft, und entsprechend wuchs die Gier nach Kat, einem Rauschmittel, mit dem Somalias „warlords“ ihre Banden sporten.

Mit einer zweimotorigen Piper „Navajo Chieftain“ flog sie die Kat-Blätter von Nairobi nach Mogadischu-Nord, dem Herrschaftssitz berüchtigter Kriegsfürsten. Das Kat wächst an den Osthängen des himmelstürmenden Mount-Kenya-Massivs (5194 Meter). In den Ländern am Horn von Afrika ist sein Genuß völlig legal, was Heather Stewart gelegen kam, die dringend Geld zur Ausbildung ihres jüngsten Sohns in England brauchte.

Einmal kam sie nur knapp mit dem Leben davon. Als sie nach einem kurzen Landaufenthalt in Mogadischu-Nord aufgetankt und das linke Triebwerk angelassen hatte, hörte sie kleine Steine gegen das Heck schlagen – aufgewirbelt von Schüssen aus einem Maschinengewehr, das jenseits der Landepiste stand.

„Es ist schwierig, Schüsse zu hören, wenn der Motor läuft“, berichtet die Fliegerin. Plötzlich stand ein Somalier vor der Maschine, der einen Turban trug und den Patronengurt um die Brust geschlungen hatte. Er hob eine Hand, um das Flugzeug aufzuhalten. In diesem Augenblick vernahm Heather Stewart ein schneidendes Scheppern: „Die Maschine war getroffen, aber ich wußte nicht, wo.“

Wieder das schneidende Geräusch und noch einmal. Der Mann mit dem Turban sprang zur Seite und rief „go, go“. Heather Stewart startete den zweiten Motor und rollte zur Startbahn. Noch ein Scheppern und abermals ein fetzender Knall. Sie raste an den Lastwagen der Milizen vorbei, gab Gas und zog bei der Abhebe-geschwindigkeit von 160 Stundenkilometern den Steuerknüppel an.

Auf dem Wilson Airport, den sie nach einem unruhigen Flug erreichte, studierte sie die Einschußlöcher. Zwei befanden sich an der Propellernabe, ein anderes Geschöß hatte die Metallverstrebung am Cockpitdach durchgeschlagen; das Aluminiumblech



Kleinflugzeugen Säcke mit Sorghum transportieren, eine Getreideart mit kleinen, runden Körnern, die im Jargon deutscher Pflanzenkundler auch „Mohrenhirse“ oder „Kaffernkorn“ genannt wird.

Es war gefährlich, unbefestigte Pisten zu benutzen, die seit Jahren nicht mehr angefliegen worden waren. Auf einem Landeplatz in der Provinz Ost-Äquatoria, den Rebellen der südsudanesischen Volksbefreiungsarmee SPLA erobert hatten, gab beim Start die Grasnarbe nach, das Bugrad der Maschine knickte um. Heather Stewart hatte drei andere Flugzeugführer mit an Bord, die im Auftrag der Uno Landeplätze für schwere Transporter vom Typ C-130 „Hercules“ bestimmen sollten.



war eine Handbreit hinter ihrem Kopf gezackt.

Eine Woche später landete Heather Stewart wieder in Mogadischu-Nord, noch einmal hatte die Mutter Courage in ihr die Oberhand behalten. Doch es war der letzte Flug mit Kat, die Milizen führten sich noch gewalttätiger auf als sonst. „Überall lagen Leichen in der Hitze. Ich merkte jetzt, daß auch ich verwundbar war.“

Inzwischen wurden erneut Freiwillige für den Sudan gesucht, diesmal von Organisationen wie World Vision und der Caritas. Auch katholische Missionare, die im Süden kleine Hospitäler unterhalten, brauchten Nachschub aus der Luft.

„Die Hilfswerke zahlten noch besser als die drogenverrückten Somalier, und zwar immer im voraus“, bekundet die Frau der Tat, die sich dafür einer neuen Gefahr aussetzte: MiG-Kampfflugzeugen. Die Regierung in Khartum benutzte auch ein Transportflugzeug vom Typ Antonow-24T, aus dem Bomben gerollt wurden und das heute noch als Terrorwaffe fliegt.

Heather Stewart startet oft vor Einsetzen der Morgendämmerung, um nicht einer MiG oder dem Antonow-Bomber zu begegnen, der vor kurzem das Krankenhaus von Jei in West-Äquatoria zerstört hat. Sie führt zur Tarnung manchmal braune und grüne Tücher mit, die sie nach der Landung über der Maschine auslegt und mit Sicherheitsnadeln zusammenfügt.

Je schlimmer die militärischen Auseinandersetzungen und mit ihnen der Hunger wurden, um so größer wurden auch die Anforderungen an die Fliegerin. Sie brauchte ein neues Flugzeug, das ihr Tagespensum – sechs bis neun Stunden in der Luft – besser bewältigen konnte.

In Nairobi stieß sie auf eine Cessna „Grand Caravan“, die vom Herstellerwerk in Wichita (US-Staat Kansas) wegen ihrer Robustheit und Frachtkapazität gerühmt wird. Große Räder, die beim Landen im Busch von Vorteil sind, die Reichweite von 1700 Kilometern und die maximale Zuladung von einer Tonne schienen Heather Stewart ideal, und schon 18 Monate später war die Maschine (Stückpreis: 1,4 Millionen Dollar) bezahlt.

„Mit dem Krieg und der Not ging auch das Geschäft immer besser“, gibt die Pilotin ohne Zögern zu. 1989 gründete sie die Firma Trackmark, heute der größte private Zubringer in den Süden des Sudan – mit 14 Maschinen, darunter 6 „Grand Caravans“, sowie 120 Angestellten, davon 24 Piloten.

Von Lokichokio aus dirigiert der Südafrikaner John Hayes die Uno-Flüge, mit



C-130 „Hercules“ beim Lastenabwurf: Große Treffsicherheit

denen monatlich 15 000 Tonnen Mais und Sorghum in den Südsudan gebracht werden. „Dies ist die größte Luftbrücke in der Geschichte der Vereinten Nationen, sie kostet täglich eine Million Dollar“, sagt er. Sechs C-130-„Hercules“- und fünf De-Havilland-„Buffalo“-Transporter stehen ihm zur Verfügung. Am Rand der asphaltierten Rollbahn sind Hilfsgüter in langen Reihen gestapelt.

Die „Hercules“- und „Buffalo“-Maschinen fliegen jeweils drei Einsätze am Tag, wobei erstere ihre Fracht über den Zielgebieten abwerfen, weil sie auf den kurzen Gras- und Sandpisten nicht landen können. „Unsere Crews sind so erfahren, daß wir 99 Prozent Treffsicherheit garantieren. Wenn wir einen Sack Mais verlieren, schämen wir uns“, sagt Hayes.

Beim Abwurf gibt es dramatische Momente, die von den Piloten und Lademeistern das Äußerste fordern. An einem sonnenglänzenden Nachmittag fliegt eine „Hercules“ die Ortschaft Nial an, die in den schillernden Sümpfen am Bergnil liegt. Alles ist hier noch flacher als sonst: Felder von Wasserlilien, giftgrüne Schlingpflanzen und Schlammröhren, auf denen Krokodile ihre Rachen aufsperrten.

Uno-Pilot Cornelius Loock steuert eine Sumpfwiese zwischen Eukalyptusbäumen und wildwachsenden Dattelpalmen an, auf der ein großes weißes Kreuz aus Kunst-

stoffbahnen den Abwurfpunkt markiert. Loock muß die „Hercules“ steil anstellen, damit die erste von zwei Frachtreihen mit Mais-säcken durch das geöffnete Hecktor rutscht.

Sobald das Flugzeug sich aufbäumt, verschwindet am Heck der Horizont, tritt plötzlich Sumpf an die Stelle des Himmels. Jede der beiden parallel angeordneten Frachtreihen ist 17 Meter lang und besteht aus jeweils 165 Säcken, die zusammen acht Tonnen wiegen.

In nur vier Sekunden stürzt die erste Last der Erde entgegen. Loock schiebt die Schubhebel nach vorn, damit die „Hercules“ dem kritischen Flugzustand entkommt: Weil die Maschine plötzlich leichter ist, macht sie abrupt einen 100 Meter hohen Satz. Sie fällt gewissermaßen durch ein Luftloch, aber von unten nach oben. Beim nächsten Anflug und dem Abwurf der zweiten Ladereihe wiederholt sich der Sprung sogar heftiger, weil das Flugzeug nun noch leichter ist.

Drunten steht unterdessen eine Menschengruppe, die aussieht, als sei sie im Sumpf gestrandet: Hungernde, die im Land ihrer Leiden nur dank der Piloten, Missionare und der anderen Helfer überleben.

Die Grausamkeit des Krieges findet sich auch in Beobachtungen, die Heather Stewart gemacht hat, zum Beispiel, daß es „in der Savanne keine Zebras und keine Gazellen mehr gibt, sie sind erlegt und gegessen worden“. Beim Ausfliegen von Kriegsopfern fallen ihr zehnjährige Jungen mit Durchschüssen auf. „Sie tragen alle schon Kalaschnikows. Oft löst sich ein Schuß aus Versehen. Noch schlimmer ergeht es nur denen, die beim Viehhüten auf eine Mine treten.“

Der Uno-Mann Hayes schätzt die Arbeit der Pilotin. „Heather ist für uns der Schlüssel zu allem, weil sie außer Ärzten und Schwestern auch unsere Feldbeobachter in den Sudan fliegt.“ Wichtig sei überdies, daß sie sich in Gebiete wage, die für Uno-Flüge gesperrt sind. „Dort aber ist Hilfe am nötigsten. Heather macht eine humanitäre Arbeit, die wir nicht leisten können.“

Die entlegensten und gefährlichsten Landeplätze befinden sich im Nuba-Gebirge der Provinz Süd-Kordofan. Die Berge, durch die Nuba-Bildbänder von Leni Riefenstahl bekannt geworden, sind umstellt von Regierungstruppen; die Landeplätze liegen in engen Tälern. Hier kam es zu einer Situation, in der wieder einmal Mutter Courage gefragt war.

Einem Hilfsflugzeug war beim Landen das Fahrwerk abgebrochen. Eine zweite

Maschine, die den Piloten bergen sollte, wurde beim Aufsetzen beschädigt. Drei Stunden später, so lange dauert der Flug von Lokichokio, schwebte Heather Stewart ein. Ihr glückte die Landung. Sie nahm die Havaristen auf und flog wieder zurück.

Im Sumpfgebiet hielten Soldaten der Volksbefreiungsarmee sie vier Tage lang fest, nachdem bei einer anderen Landung ein Rad des Hauptfahrwerks im schlammigen Gras eingesackt war. „Die Moskitos fraßen uns fast auf“, erzählt Heather Stewart, die bei diesem Einsatz wieder drei „Hercules“-Piloten dabei hatte. Einer von ihnen wurde von einem Skorpion gestochen, die Rebellen aber besaßen kein Gegenmittel. Über Funk wurde eine andere „Grand Caravan“ gerufen, die Morphiumschachteln zu den Festgehaltenen abwarf.

Die Soldaten zeigten sich nun freundlicher und gaben den Westlern Moskitonetze und eine Ziege zum Schlachten. Endlich bekam ein Uno-Helikopter die Erlaubnis zur Bergung. Heather Stewart erinnert sich an die Verabschiedung von den Bewaffneten: „Sie waren alle barfuß, und deshalb schenkten ihnen die ‚Hercules‘-Piloten ihre Fliegerstiefel.“

Ein wolkenverhangener Morgenhimmel über Lokichokio. Seit zwei Tagen ist kein Flugauftrag hereingekommen. Dann meldet sich per Funk die Diözese von Torit, Ausgangspunkt einer umkämpften Straße nordwestlich der Grenze. Heather soll eine Tonne Arzneimittel in das Dorf Nimule befördern, eine Siedlung aus Rundhütten am Bergnil. Der Flug führt über die einzigen Gebirgsgruppen des südlichen Sudan, die Didinga Hills und Imatong Mountains, an deren Fuß die Engländer einst Tee anbauten. Nimule war zu jener Zeit ein Hauptquartier des berühmten Generals Charles Gordon, der mit seinen Truppen in Kharthum eingekesselt und 1885 von der Derwisch-Armee des Mahdi bis auf den letz-

ten Mann niedergemacht wurde. Der Mahdi nannte sich „Erneuerer des Glaubens am Ende der Zeiten“ und schuf die Grundlage für den Konflikt, der seitdem im Sudan tobt; er machte sich für den Islam als Staatsreligion und die Sklavenhaltung stark, während die Stämme im Süden bereits Christen waren oder Animisten, die selbst Bäume für besetzt halten.

Die „Grand Caravan“ ist vollbeladen. Heather Stewart hat die Stoffsitze abmontiert, um Platz für die Kartons mit Medikamenten zu schaffen. Ein junger Arzt aus dem Sudan sitzt hinter der Pilotin und prüft die Listen der mitgeführten Arzneimittel; allein die mit dem Anfangsbuchstaben A füllen eine ganze Seite. Es sind Anti-Malaria-Tabletten und Antibiotika.

Nimule hat die Ausmaße einer kleinen Stadt, aber nirgendwo sind Menschen zu sehen. Der Ort scheint evakuiert worden zu sein. Die Piste ist ein Grashang mit Fahrspuren, die von Lastwagen oder Traktoren stammen, aber die Landung gelingt weich und perfekt.

Heather Stewart wuchtet die ersten Kartons selbst aus den Frachtbehältern am

Bauch der Maschine. Plötzlich tritt ein Soldat aus dem Maisfeld neben der Wiese. Er trägt die Uniform der SPLA mit dem Zeichen der Rebellen, einer steil lodernen gelben Flamme. Die Kalaschnikow über der Schulter sieht nach häufigem Gebrauch aus, aber sie scheint seit langem nicht mehr geölt worden zu sein. Der ausgemergelte Soldat schlurft wie ein Schatten auf Stelzen durch das Gras.

Auf einem klapprigen Lastwagen nähern sich Dorfbewohner und ein Funktionär der SPLA, der ebenfalls mit einer Kalaschnikow bewaffnet ist. Die Situation entspannt sich, als der Gemeindepfarrer eintrifft. Er heißt Archangelo Lokoro und trägt ein blütenweißes Hemd.

Der Priester ist begeistert über den Kistenberg auf der Grasfläche. Monate habe man auf die Medikamente warten müssen, die für seine Gemeinde und ein kleines Hospital bestimmt sind. Den Menschen von Nimule gehe es vergleichsweise gut, berichtet er, im Norden aber könne man die Saat nicht ausbringen und auch nicht die Süßkartoffeln, weil immer wieder Kämpfe ausbrechen.

Warum war das Dorf so menschenleer, warum konnte man aus der Luft nur Ziegen sehen? „Weil die Leute glaubten, der Antonow-Bomber sei im Anflug“, entgegnet Lokoro, „er hat vor drei Wochen erst Bomben abgeworfen.“ Heather Stewart ist für ihn eine unerschrockene Mutter Teresa der Lüfte: „Einmal ist sie 30 Minuten nach einem Antonow-Angriff gelandet. Die Kartons waren im Nu entladen – und schwupp war sie wieder weg.“

Der Hunger und das Sterben im Sudan gehen

weiter, da während der Trockenzeit im Winter auch wieder Panzerbewegungen möglich sind.

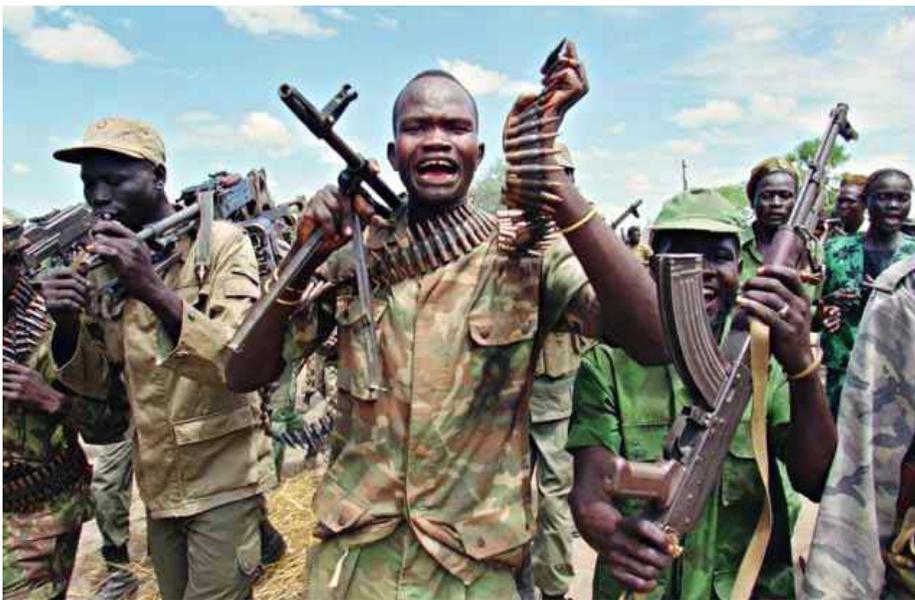
Missionare haben in Lokichokio gerade berichtet, daß sie beim Ort Tindalo westlich des Bergnils Gefallene der Regierungstruppen sahen, die silberne Schlüssel am Hals trugen – Symbole der islamischen Verheißung, beim Tod auf dem Schlachtfeld als Märtyrer ins Paradies zu kommen.

Die Pilotin Stewart ergreift nicht Partei, sie fliegt zwischen den Fronten und landet bei Freund und Feind. Derzeit fürchtet sie nur, daß eine Altersbeschränkung für Flugzeugführer verfügt werden könnte – wie bei den internationalen Fluggesellschaften, die ihre Piloten spätestens mit 60 pensionieren.

Ein solches Limit wäre für sie schrecklich. „Ich würde Depressionen bekommen“, sagt sie, „ich würde plötzlich jede Minute meines Lebens vermissen.“ ♦



Hungeropfer im Südsudan: Rätsel der Überlebensfähigkeit



Rebellen der Volksbefreiungsarmee SPLA: Moskitonetze für die Westler

Werbeseite

Werbeseite



Olympiasieger Maier (beim Weltcuprennen in Wengen): „Mit dem könnte ich nicht auf einem Zimmer sein“

AFP / DPA

SKI ALPIN

Ranküne im Schnee

Das österreichische Nationalteam ist so erfolgreich wie nie. Doch der Kampf der Rennläufer um die Startplätze für die nächste Woche beginnende Weltmeisterschaft hat das Betriebsklima vergiftet – für Patrick Ortlieb endete er gar im Krankenhaus.

In der Lounge des Hotels Silberhorn im schweizerischen Wengen herrscht dicke Luft. Der Künstler am Klavier nervt. Stephan Eberharter, 1991 Weltmeister im Super-G, haut in die Tasten, als sei er allein im Saal. Er ist es aber nicht.

Die Kollegen von der Nationalmannschaft des Österreichischen Skiverbandes (ÖSV) haben sich in dem Aufenthaltsraum zur Mittagspause versammelt. Unbeirrt probt Eberharter seine musikalischen Fähigkeiten. Sichtlich verspannt lauscht die Gesellschaft dem dissonanten Vortrag.

Wie Autisten scheuen die Rennläufer Nähe. Der Abfahrer Hannes Trinkl ist in eine Ecke des Saals geflüchtet und starrt zum Fenster hinaus in den Nebel, der

durchs Berner Oberland wabert. Werner Franz, ebenfalls ein Meister der rasanten Talfahrt, wandert mit gesenktem Haupt auf und ab, immer präzise an der Teppichkante entlang, als sei er der Wiedergänger des Rain Man. Konversation scheint unerwünscht.

Hat der Koch den Hauptgang versalzen? Hat die Schweiz einen neuen Wunderski? Nein, erklärt Andreas Schifferer, der im Vorjahr den Abfahrtsweltcup gewann: „Des is’ bei uns normal, es mocht halt jeder sei Ding.“

Das österreichische Herren-Skiteam ist auf Tour. Und das bedeutet: Draußen vor dem Hotel feiern die Fans mit Bier, Fahnen und Trompeten ihre Helden, die zuletzt

den Weltcup dominierten wie nie eine Skination zuvor. Drinnen nähert sich die Stimmung polaren Werten.

Das raue Betriebsklima kennzeichnet die Verhältnisse in der härtesten Leistungsschmiede des alpinen Skisports. Denn in keiner anderen Equipe ringen so viele Top-Fahrer um Startplätze; nirgendwo sonst tobt ein vergleichbarer Konkurrenzkampf. Er wird ausgetragen auf der Skipiste, aber ebenso im Starthaus, im Zielraum, beim Abendessen und in der Lounge des Silberhorn. Für Patrick Ortlieb, 31, endete er vorigen Donnerstag nach einem Sturz bei Tempo 100 auf der „Streif“ in Kitzbühel mit einem Trümmerbruch des Oberschenkels im Krankenhaus.

Vergangene Woche hatte der Verdrängungswettbewerb ein gefährliches Maß erreicht. In dem durch Neid und Psychokriege belasteten Ensemble buhlten die Fahrer um die letzten Startplätze für die nächste Woche in Vail (Colorado) beginnende Weltmeisterschaft. Bei der Nominierung tut sich Cheftrainer Werner Margreiter schwer: Derartige Prozeduren sorgen im Land der Gipfel und Gemsen schon immer für Eruptionen. Als Margreiter 1993 bei der Ski-WM in Morioka einige Fahrer eines großen Skiherstellers nicht berücksichtigte, drohte ein erboster Firmenboß: „Das hat noch keiner überlebt.“

Diesmal könnte es noch heftiger werden. Ein Dutzend österreichische Athleten, die sich in jedem anderen Land mühelos für die WM qualifizieren würden, werden sich die Prestigeveranstaltung daheim am Fernsehgerät anschauen müssen. Und deshalb herrscht in dem elitären Troß seit Wochen ein Teamgeist wie bei der Vorauscheidung zur Miss Universum.

Während des Weltcup-Wochenendes in Wengen gingen die Kollegen nicht mal gemeinsam joggen. Als drei von ihnen in Laufschuhen das Hotel verlassen, wählt jeder eine andere Richtung. Im sonst so kumpeligen Skizirkus, der fünf Monate im Jahr von Ort zu Ort zieht, gelten die Österreicher als „echte Muffel“, wie ein Kollege aus Schweden formuliert.

Derlei Gebaren hat tiefe Wurzeln. Es ist schließlich seit jeher das Schicksal österreichischer Skisportler, einer Nation anzugehören, in der jeder dritte dem Zweibrettsport frönt, Kinder in Ski-Hauptschulen, Ski-Gymnasien oder Ski-Handelsfachschulen an den Rennsport herangeführt werden – wegen der schieren Menge an Talenten aber nur wenige zu Ruhm und Ehre gelangten. Schon in den frühen

siebziger Jahren hatte Karl Schranz die Härten im Ski-Soziotop Österreich erkannt: „Lieber Vierter werden und bester Österreicher sein, als Zweiter werden und nur zweitbesten Österreicher sein.“

Mittlerweile hat sich die Lage weiter verschärft. In Bormio feierte das selbsternannte „Power Team“ einen Sechsfachsieg, in Igls gelang der Armada ein Weltrekord: Sie belegte die Plätze eins bis neun. „Eigentlich ist es nicht schlecht, Sechster zu werden“, stöhnte Hannes Trinkl, „aber sechster Österreicher zu sein – das ist schon wieder traurig.“

Die Hausse ist das Resultat einer Zäsur. Bis vor fünf Jahren wurde die Herren-Mannschaft vornehmlich von Trainern geführt, die die Fähigkeiten ihrer Athleten von deren Oberschenkelumfang ableiteten. Moderne Trainingsmethoden waren ihnen suspekt: „Ich höre sofort auf“, raunte einmal der gelernte Maurerpolier Karl Kahr, in den Achtzigern prominentester Vertreter der rustikalen Gilde, „wenn einer ein Buch über Abfahrtstraining schreibt.“

Fährt heute das ÖSV-Team zu einem Rennen, dann macht es den Eindruck, als sei das sportwissenschaftliche Institut der Universität zu Wien auf Exkursion. Die Trainer sind diplomierte Sportwissenschaftler. Jede Dienstreise wird geplant wie eine Himalaja-Expedition.

Damit etwa den Kandidaten bei der WM in Vail nicht unverhofft eine Schwäche ins Gebein fährt, reisen die Sportler an verschiedenen Tagen an. Denn an Luftfeuchtigkeit und Zeitverschiebung, so hat Super-G-Trainer Anton Giger, ein Mathematiklehrer, analysiert, gewöhnen sich

Sportler unterschiedlich. Vor Ort in Colorado wird die Formkurve der Sportler durch Tests auf dem Fahrrad-Ergometer überwacht; täglich wird die Kondition anhand des Laktat-Werts im Blut überprüft.

Auch die Materialschlacht im Profi-Skisport hat der ÖSV ins Absurde getrieben: Beim Weltcup in Wengen umfaßte der Stab



Norweger Kjus: Letzter ernstzunehmender Gegner

60 Personen. Die Norweger, letzte ernstzunehmende Gegner, kamen zu zwölf. Gut sechs Millionen Mark verschlingt die Skisaison der ÖSV-Herren in diesem Winter. Die Schweiz, der große Rivale von einst, muß mit einem halb so großen Etat auskommen.

Weil andere Nationen noch klammer sind, gibt der Branchenprimus schon mal Entwicklungshilfe: Als die italienische Mannschaft für ihren Spitzenfahrer Patrick Holzer kein Super-G-Training organisieren konnte, durfte der Konkurrent bei den Österreichern mitüben.

Trotz solcher Nettigkeiten ist die neue Hegemonialmacht in der Szene nicht wohlgeglitten. Schon die kleinste Vorteilsnahme wie der Einsatz einer neuen Synthetikfaser für die Rennanzüge wird beargwöhnt. Wegen der gewaltigen Dominanz fürchtet die Zunft um den Wert der Rennserie: „Österreicher als Totengräber des Weltcups?“ fragt die Schweizer Zeitung „Sport“ bereits bang.

Die Lieblinge sind die Norweger. Einerseits, weil in deren Reihen mit Lasse Kjus ein Hasardeur steht, der den Österreichern aufgrund seiner feinen Technik zumindest in der Abfahrt die Goldmedaille streitig machen kann. Andererseits, weil sich das Team des aus dem Allgäu stammenden Trainers Martin Osswald so unverkrampft gibt. Die Männer vom Norges Skiforbund erschrecken in den Weltcuporten die Urlaubsgäste schon mal mit einer zünftigen Balgerei im Schnee.

Das Dream Team aus Österreich pflegt hingegen geschäftsmäßige Nüchternheit;

* Nach dem Neunfachsieg in Igls am 21. Dezember: Andreas Schifferer, Stephan Eberharter, Werner Franz, Hermann Maier, Patrick Wirth, Christian Mayer, Hans Knauß, Rainer Salzgeber. Es fehlt der Drittplatzierte Fritz Strobl.



Österreichische Super-G-Mannschaft*: Eruptionen im Soziotop

schließlich kämpfen vor jedem Rennen in jeder der vier Disziplinen 15 Kandidaten um die 9 Weltcup-Startplätze, die Österreich zustehen. Und im Europacup, der Zweiten Liga des Skisports, warten ein weiteres Dutzend Hochkaräter nur darauf, in die Beletage aufzusteigen.

Zuletzt gelang dies dem 20jährigen Benjamin Raich. Beim Slalom in Schladming bahnte sich der bleichwangige Pitztaler kurz nach Neujahr furios seinen Weg in

österreichischen Teams: Einer wie der Deutsche Stefan Krauss, der vor dieser Saison entnervt aufgab, „wäre bei uns zum Spitzenfahrer avanciert“.

Während beim Deutschen Skiverband jede zarte Begabung verhätschelt wird, müssen sich die österreichischen Talente schon in der Jugend mit der gnadenlosen Selektion abfinden. „Als Ausgleich“ zu dieser psychischen Last, so Coach Margreiter, genießen die ÖSV-Nationalfahrer eine

Schwäche interpretiert werden. Bis vorige Woche glaubte Ortlieb, 1992 Olympiasieger, unverdrossen an sein Vail-Ticket, wenngleich er in diesem Winter nicht einmal unter die ersten Acht gekommen war. Technische Defizite versuchte er mit Risikobereitschaft zu kompensieren. Dann stürzte Ortlieb an der berühmten Hausbergkante: Vail ade, vielleicht sogar die Karriere vorbei.

Kein Fahrer, mag er noch so abgeschlagen im Ziel angekommen sein, gestattet sich Selbstzweifel. Das Mitteilungsbedürfnis der intellektuell höchst unterschiedlich veranlagten Profis reduziert sich auf ein Minimum.

Einigen Fahrern gemein ist indes eine gewisse Aversion gegen Superstar Hermann Maier. Weil der Doppel-Olympiasieger und Führende im Gesamtweltcup das mediale und vor allem das Interesse der Sponsoren beinahe im Alleingang absorbiert, fürchten die Kollegen um ihre Pfründen. Denn selbst wenn Maier mal nicht im Rampenlicht steht – bei Raichs zweitem Saisonsieg in Maiers Heimat Flachau wurde der „Herminator“ von der Medienmeute achtlos beiseite geschoben –, weiß er sich zu helfen.

Vor allem Pressekonferenzen nutzt der Mann aus dem Salzburger Land geschickt für seine Zwecke: Die meisten Fahrer sitzen unbehelligt im Raum. Nur um Maier bildet sich ein Journalisten-Pulk. Er erzählt von einem Rückenleiden. Nichts Ernstes, wissen Trainer und Konkurrenten, aber Maier erzählt es so, als ob es ernst sei. Die Nachricht wird sofort besorgt notiert und verbreitet.

„Wieder die Maier-Show“, zischt Schiffler beim Anblick der Szenerie. Auch Eberharter, ohnehin kein Maier-Freund („Ich könnte nicht mit dem auf einem Zimmer sein“), ärgert die Selbstinszenierung „dieses Herrn“: „Er weiß, wie man Medien füttert.“ Was die Kollegen auf die Palme bringt, ist vor allem die Überheblichkeit des Granden. Als Eberharter in Park City siegte, verweigerte das Kraftpaket aus dem Tauerngebirge dem Konkurrenten die Gratulation. Statt die Niederlage gegen den überragenden Kjus am Lauberhorn einzugestehen, schwadronierte der Geschlagene von schlechten Wetterbedingungen.

„Wir befinden uns auf einer Gratwanderung“, glaubt Eberharter und blinzelt, als wolle er sagen: Irgendwann geht das Pulverfaß hoch.

An Kooperation ist in der ÖSV-Truppe schon lange nicht mehr zu denken. Während bei anderen Nationen die Fahrer, die ins Ziel kommen, Tips an die Kollegen am Start hochfunken, ist diese Hilfe beim ÖSV abgeschafft. Naiv zu glauben, daß der Abfahrer Knauß dem Rivalen Maier auch noch zum Sieg verhilft, indem er auf eine tückische Bodenwelle hinweist. Teamchef Margreiter: „Wer sägt sich schon den Ast ab, auf dem er sitzt.“

GERHARD PFEL



AFP / DPA

Ortlieb-Sturz in Kitzbühel: Technische Defizite mit Risikobereitschaft kompensieren

die Weltspitze. Nach Rang 23 im ersten Lauf deklassierte er die Etablierten im zweiten Durchgang und gewann. Inzwischen gehört Raich zu den Medaillenanwärtern in Vail. Ein älterer Kollege muß für ihn zu Hause bleiben.

„So schnell kann es gehen“, sagt Trainer Margreiter, und ein Lächeln huscht über seine Lippen. Nicht, daß er ein „Peitschenknallertyp“ wäre. Nur: „Konkurrenz belebt doch das Geschäft, oder?“

In die Kaderkriterien ließ Margreiter eine Klausel einbauen, die besagt, daß Fahrer, die älter als 24 Jahre sind, aus dem Nationalteam in den A-Kader zurückgestuft werden, wenn sie nicht mindestens in einer Disziplin zur „absoluten Weltspitze gehören“. Das sei wie im Wald, meint Margreiter: „Dort muß man auch ab und zu alte Bäume fällen, damit die jungen noch höher wachsen.“

Daß der Nachwuchs rasanter heranreift als andernorts, liegt auch daran, daß sich die Jungen im Training an den Weltbesten wie Maier, Eberharter, Knauß oder Schiffler orientieren. So mancher mittelmäßige Läufer würde zum Siegfahrer mutieren, könnte er mit dieser Garde regelmäßig die Piste teilen, glauben selbst Athleten des

Selbstverantwortung, wie sie einzigartig ist im Weltcup. Das Training läuft auf freiwilliger Basis ab. Daß Hermann Maier einen eigenen Konditionstrainer hat, stört Margreiter nicht, „solange er uns nicht reinquatscht“. Und auch den Umgang mit dem Zapfenstreich überläßt er seinen Aktiven: „Ich bin kein Herbergsvater.“

Die Eigenständigkeit der Sportler soll einen verschärften Lagerkoller verhindern. In der Zwangs- und Zweckgemeinschaft ÖSV-Team, das weiß der Diplompsychologe, gedeiht ohnehin reichlich sozialer Konfliktstoff: „Ich könnte ein Buch darüber schreiben.“

Die Lektüre würde manchem Nachwuchsmann vielleicht die Lust am Aufstieg vermiesen. Denn in dem Vorzeigeteam wird getrickst und gezankt.

Zwischen den drei Trainingsgruppen, Abfahrt, Riesenslalom/Super-G und Slalom, entbrennen regelmäßig Revierkämpfe. Weil die Trainer bei den Weltcuprennen die Kurse setzen, kommt es schon mal vor, daß einer die Stangen so steckt, daß ein Fahrer der anderen Gruppe garantiert keinen Vorteil hat.

Natürlich wird über solche Ranküne nicht gesprochen. Lamentieren könnte als

Auf Rot gesetzt

Ein Kreisklassenspieler schockiert die Experten mit einer sensationellen Leistungsexplosion. Hat er mit Computerhilfe geschummelt?

Deutschland hat ein neues Genie. Neben Goethe, Beethoven und Einstein wird demnächst Clemens Allwermann als Spitzenkraft teutonischen Denkertums zu weltweitem Ruhm gelangen. Vorausgesetzt, daß seine phänomenale Leistung bei den Böblinger Open mit fairen Mitteln zustande kam.

Beim Schachturnier im Schwäbischen brachte Allwermann, 55, ein einzigartiges Kunststück fertig. Der Amateur vom SK Memmingen 1907, bislang selbst in der heimischen Kreisklasse nie als Ausnahmetalent aufgefallen, belegte kurz vor Silvester mit vier Spitzenspielern den ersten Platz und kassierte 1660 Mark Prämie.

Der Triumph gilt bei Experten als Sensation, so einmalig, als hätte Helmut Kohl bei den Deutschen Meisterschaften im Stabhochsprung gewonnen. Bei der Spielstärke des Memmingers wäre schon ein Platz unter den ersten 100 von 309 Teilnehmern ein gewaltiger Erfolg gewesen.

Ziemlich konstant hält sich Allwermann seit Jahren bei 1925 Elo-Punkten – ein Leistungsstand, den jeder mittelmäßig begabte Mensch mit einiger Übung erreicht. In Böblingen jedoch entsprach seine Darbietung plötzlich 2630 Elo-Punkten.

Mit diesem Wert, dauerhaft erbracht, wäre der Held, der aus der Kreisklasse kam, einer der besten deutschen Spieler und in der Weltrangliste unter den ersten 40. Das Jahrhunderttalent Garri Kasparow hält mit 2825 die höchste jemals erreichte Elo-Zahl.

Seinen wundersamen Schub erklärt sich Allwermann schlicht: „Ich habe das Turnier meines Lebens gespielt. Das war viel Glück, wie beim Roulette: Alle haben auf Schwarz gesetzt, ich als einziger auf Rot.“

Die luftige Erklärung vermag Beobachter nicht recht zu überzeugen. Daß ein mäßiger Spieler mit viel Glück mal einen Profi bezwingt, mag noch angehen. Von einer Leistungsexplosion, die neun Partien andauert, ist in der Schach-Geschichte allerdings nichts bekannt. Im Gegenteil: Mit



Amateurspieler Allwermann
Baby wiederentdeckt?

dem Alter nimmt die Spielqualität erfahrungsgemäß ab.

Alles Unsinn, kontert Allwermann. Seit er nicht mehr berufstätig sei, spiele er Fernschach und arbeite auf eine Teilnahme bei der Senioren-Weltmeisterschaft hin. Täglich trainiere er vier Stunden, zuletzt die türkische Sweschnikow-Variante.

Kenner von Computerprogrammen entdeckten in Allwermanns Spiel indes verblüffende Parallelen zum populärsten deutschen Schachprogramm „Fritz“ aus der Hamburger Software-Werkstatt Chessbase. Die Tüftler der Firma haben Allwermanns Partien mit ihrer derzeitigen Spitzenversion Fritz 5.32 nachgespielt und sich „prächtig amüsiert, weil wir unser Baby wiederentdeckt haben“, sagt Chessbase-Gründer Frederic Friedel.

Gerade die brillanten Züge Allwermanns, „die ein normaler Mensch nie spielen würde“ (Friedel), schlug beim Test die Software vor. Besonders verdächtig war, daß Allwermann vor seinem Sieg gegen den deutschen Großmeister Sergej Kali-

nitschew (SV Lübeck) übermütig verkündete: „Matt in acht Zügen“.

Als die Weltelite, derzeit beim Turnier im holländischen Wijk aan Zee versammelt, die fragliche Stellung analysierte, „brach spontane Heiterkeit aus“, berichtet der indische Spitzenspieler Viswanathan Anand. Keiner der internationalen Topkräfte entdeckte das Matt; Fritz dagegen fand die Züge in einer Minute, 15 Sekunden.

Tatsächlich lädt das Schach zum Cyper-Doping ein. Seit Weltmeister Kasparow 1997 gegen den IBM-Superrechner „Deep Blue“ verlor, ist der Kampf entschieden. Inzwischen spielt handelsübliche Software auf einem Rechner vom Discounter auf weltmeisterlichem Niveau. Dazu ein paar Elektronikteile aus dem Spy-Shop, etwas kriminelle Energie – und der Laie spielt Spitzenschach.

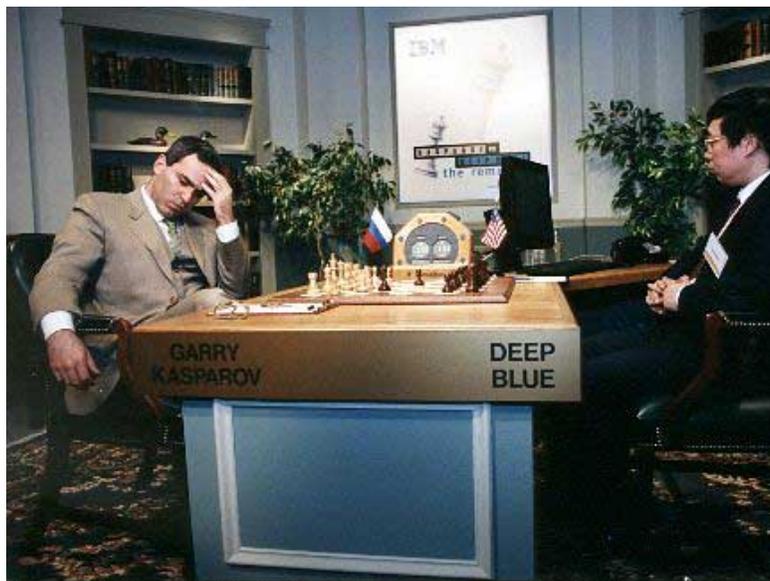
Eine Minikamera, etwa in der Krawatte, übermittelt einem Assistenten im Zuschauerraum oder auf einem nahen Hotelzimmer die aktuelle Stellung. Da Allwermann während seiner Partien oft gemurmelt haben soll, könnte eine Übermittlung auch per Mikrofon erfolgt sein.

Der Helfer tippt die Daten ein und bekommt alsbald den optimalen Zug geliefert. Dieser läßt sich nun mit wenigen Impulsen, etwa über winzige Sender im Ohr oder Empfängern unter der Kleidung, idiotensicher übermitteln. Die ersten Impulse können beispielsweise die Buchstaben, eine zweite Serie die Zahlenreihe, eine dritte den Zug angeben: Drei Impulse – Pause – fünf Impulse – Pause – sechs Impulse würden etwa Bauer c5-c6 bedeuten.

Von den Möglichkeiten zum Mißbrauch „höchst beunruhigt“, wirbt Kasparow seit Jahren für „Advanced Chess“: Jeder Spieler soll Rechner und Software seiner Wahl benutzen und während der Partie analysieren dürfen. Bei weitgehender Waffengleichheit, so der Russe, würde letztlich doch des Menschen Geist obsiegen.

Für Allwermanns nächsten Auftritt, im März in Bad Wörishofen, empfiehlt Friedel, „jeden genialen Zug“ durch den Amateurspieler „plausibel erklären zu lassen“. Der Verdächtige dagegen droht mit „juristischen Schritten“ gegen jeden, der ihn des Betrugs zichtigt.

Sein Sensationserfolg sei nur seinem ausdauernden Training zu verdanken, unter anderem auch mit Software aus Hamburg. Seit 1989 erwirbt Allwermann, Kundennummer 21048, regelmäßig die neueste Version von Fritz.



Weltmeister Kasparow im Duell gegen „Deep Blue“: „Höchst beunruhigt“

Hajo Schumacher

Werbeseite

Werbeseite

MEDIZIN

Wegweiser durch die Nebenhöhlen

Neue Navigationssysteme sollen Chirurgen helfen, sich im Höhlengewirr hinter der Stirn zurechtzufinden. Unter chronischer Entzündung der Nebenhöhlen leiden mindestens zehn Prozent der erwachsenen Deutschen. Da die Kammern der Stirnhöhlen nur durch dünne Knochenwände vom Gehirn getrennt sind, gelten chirurgische Eingriffe als riskant. Ein kleiner Ausrutscher des Operateurs kann zum Verlust des Geruchssinns oder zu einer Beeinträchtigung des Sehvermögens führen. Das soll sich nun dank zweier in den USA erprobter Steuerhilfen ändern. Dreidimensionale Bilder eines Computertomographen zeigen dem Chirurgen dabei auf Millimeterbruchteile genau, wo im Gewirr der Höhlen sich sein Bohr- oder Saug-Instrument gerade befindet.



Nebenhöhlen im Computertomogramm

Umwelt

Spitze der Nachhut

Die Solnhofer Portland Zementwerke (SPZ) im fränkischen Altmühltal werden bald die weltweit erste Zementfabrik sein, deren Abgase kaum noch smogbildende Stickoxide (NO_x) enthalten. Bei Stahlwerken oder bei der Müllverbrennung ist das von der SPZ angewandte Entstickungsverfahren allerdings schon fast überall eingeführt. Dabei werden mit Hilfe eines wabenförmigen Katalysators aus Titandioxid die Stickoxide in Stickstoff und Wasser verwandelt. In der Pilottestphase des von der Firma Lurgi entwickelten Verfahrens wurden nach Angabe der Betreiber 80 bis 90 Prozent der NO_x abgebaut. Begleitet wird das Projekt vom Berliner Umweltbundesamt. Dessen Experte Norbert Haug hält es für „höchste Zeit, daß die gesamte Zementindustrie endlich dieses Verfahren einsetzt“.



Buddha-Darstellung in Meditationshöhle

ARCHÄOLOGIE

Wandbilder in alter Pracht

Im äußersten Nordwesten Chinas legten buddhistische Mönche zwischen dem 4. und dem 14. Jahrhundert nahe der Stadt Dunhuang einige hundert Meditationshöhlen an, geschmückt mit üp-

pigen Wandgemälden und zahlreichen Lehmfiguren. Einige der Malereien, meist Ornamente, Szenen aus dem täglichen Leben oder Darstellungen religiösen Inhalts, blieben außerordentlich gut erhalten. Doch viele Fresken und Skulpturen haben unter den Witterungseinflüssen stark gelitten. Fachleute des Fraunhofer-Instituts für Graphische Datenverarbeitung in Rostock sind nun dabei, in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern der Universität Zheijang die

zum Weltkulturerbe zählenden Kunstwerke aus den Höhlen zu dokumentieren und mit Hilfe von Multimediatechniken einem breiten Publikum in ihrer früheren Schönheit zugänglich zu machen. Chemische Analysen der Farbpigmente erlauben den Forschern Rückschlüsse auf das ursprüngliche Aussehen der Fresken. Computersimulationen der Farbveränderungen bilden dann die Grundlage für originalgetreue Restaurierungen. Demnächst sollen die Höhlen auch im Internet zu sehen sein.

TECHNIK

Ruhige Wasser

Ein von dem 79jährigen Charles Robinson entworfenes Fährboot soll helfen, weitere Schäden an den Grundfesten der Palazzi Venedigs zu verhindern. Ein knapp sieben Meter langer Prototyp des „Mangia Onda“ („Wellenfresser“) genannten Schiffs glitt jüngst, fast ohne Wellen zu verbreiten, durch die Kanäle der Lagunenstadt. Robinson, der seine Millionen einst mit Eisenerz verdiente und als stellvertretender US-Außenminister mit Henry Kissinger zusammenarbeitete, ist nicht nur Bootskonstrukteur, sondern auch Besitzer eines Palazzo in Venedig. Jetzt haben ihn die Behörden der Stadt gebeten, einen 22-Meter-Wellenfresser für 150 Passagiere zu entwerfen, der die Vaporetti ablösen könnte. Diese Wasserbusse tragen die Hauptlast des öffentlichen Verkehrs, erzeugen jedoch kräftige Wellen, die

an die bröckeligen Außenwände der alten Gebäude klatschen. Venedigs Bürgermeister Massimo Cacciari ist dennoch skeptisch: „Die ‚Mangia Onda‘ ist zwar das, was wir brauchen, aber wenn diese Stadt gerettet werden soll, müssen die Bootsführer sich an die Geschwindigkeitsbegrenzungen halten, zudem muß die Anzahl der Motorboote verringert werden, und wir sollten auch nicht sieben verschiedene für die Lagune zuständige Behörden haben – das ist ein teuflisches Durcheinander.“



„Mangia Onda“-Prototyp

MUSIKELEKTRONIK

Singen wie ein Star

Niederfüllt lauscht so mancher Nachwuchssänger den Platten der Stars. Selbst nach tollkühnen Melodiesprüngen treffen sie stets den richtigen Ton. Insider wissen, daß auch Profis ihre Kunst nicht nur Talent und Training verdanken. In vielen Studios korrigieren sündteure Elektronik und die Software „Autotune“ verursachte Noten. Nun hat der Hersteller An-



Antares ATR-1

tares nach demselben Prinzip ein neues Gerät gebaut: Der Intonationsprozessor ATR-1 (ca. 2900 Mark) biegt innerhalb weniger Tausendstelsekunden die Frequenz von Gesang auf vorgegebene Tonhöhen. Mit einem großen Drehknopf wählt man die gewünschte Tonart, oder man spielt die Melodie auf einem Keyboard, dann kann nichts mehr schiefgehen. Sorgsam eingestellt, ist die Schummelei praktisch unhörbar. In gewollt übertriebenem Einsatz erzeugt das Gerät merkwürdig metallisch ausgestanzte Töne, ähnlich wie sie in Chers aktuellem Hit „Believe“ zu hören sind.



FREMDSPRACHEN

Kolik statt Honig

Wer für den PC zu Hause noch einen Sinn sucht, kann ihn als Lernmaschine für Fremdsprachen nutzen. Das neue Softwarepaket „yes! Business English“ der Firma Syracuse Language Systems kommt auf gleich neun CD-Roms daher (rund 180 Mark). Es enthält eine Unmenge von Übungen, mit denen sich die Wechselfälle des Geschäftslebens trainieren lassen. Im Mittelpunkt stehen kleine Videofilme, in denen der Lernende eine der Sprecherrollen übernehmen darf. Seine Beiträge werden aufgezeichnet; die eingebaute Spracherkennungssoftware überwacht die Aussprache. Das scheint sie besser zu beherrschen als ähnliche Programme das Erfassen von Diktaten. Diese schreiben oft genug „Darmkolik“, wenn von „Rapshonig“ die Rede war. Beim Sprachenlernen ist das anders: Wenn die Software nichts versteht, kann der Mensch noch nicht richtig Englisch.



Lernprogramm „yes! Business English“

VIDEO

Pixel für Millionen

Seit einiger Zeit locken „DV“-Camcorder mit digitalem Aufzeichnungsformat zum Umstieg in die Pixelwelt mit professioneller Qualität. Leider sind die Geräte bislang recht teuer und gänzlich inkompatibel zur althergebrachten analogen Videotechnik. Doch im März bringt Sony „Digital 8“ auf den Markt. Die neuen Digitalkameras sind nicht nur deutlich



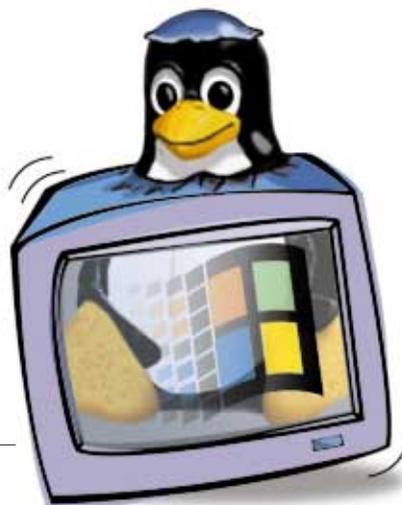
Digital-8-Kamera von Sony

billiger als DV-Modelle, sie spielen auch analoge Hi-8-, und Video-8-Bänder ab. Deren rund drei Millionen Fans weltweit können so ihre Familienfilme in die Digital-Ära hinüberretten und sie zukünftig verlustfrei überspielen oder am Computer weiterbearbeiten.

SOFTWARE

Der Windows-Bluff

In aller Stille arbeitet eine verstreute Schar von rund 150 Programmierern daran, die Übermacht des Softwaregiganten Microsoft zu brechen. Ihr Ziel ist es, Microsofts Betriebssystem Windows, das die Welt der PC beherrscht, quasi von innen auszuhöhlen. Dafür haben sie eine Software namens Wine entwickelt. Sie



gaukelt Programmen, die nur mit Windows funktionieren – von der Datenbank bis hin zum Ballerspiel –, deren gewohntes System vor. In Wahrheit aber ist von Windows nichts übrig: Im Inneren von Wine wirkt das kostenlose Betriebssystem Linux (Markenzeichen: ein Pinguin), das ebenfalls von freiwilligen Enthusiasten in aller Welt entwickelt wurde. Ähnliche Versuche, Windows zu umgehen, hat es schon gegeben. Allerdings kostete die Gaukelei, genannt Emulation, viel Rechenzeit; die Emulatoren waren erheblich langsamer als das Original. Die Entwickler von Wine aber beteuern, daß ihre Technik kaum Einbußen an Tempo mit sich bringe. Seit vier Jahren arbeiten sie an dem Projekt, geleitet von dem Schweizer Alexandre Julliard, 28, und zum Ziel ist es immer noch weit. Doch einige Programme, so berichten Tester, funktionieren schon gut. Die kanadische Softwarefirma Corel, Erzrivalin von Microsoft, hat jetzt gar eine Handvoll hauseigener Programmierer abgeordnet, die an Wine mitarbeiten sollen. Der herausgeforderte Gigant zieht es bisher vor, das Projekt zu ignorieren.

www.winehq.com



J. FREUND

Sterbendes Korallenriff (vor den Philippinen): „El Niño war nur der Vollstrecker“

UMWELT

Paradies unter grünem Teppich

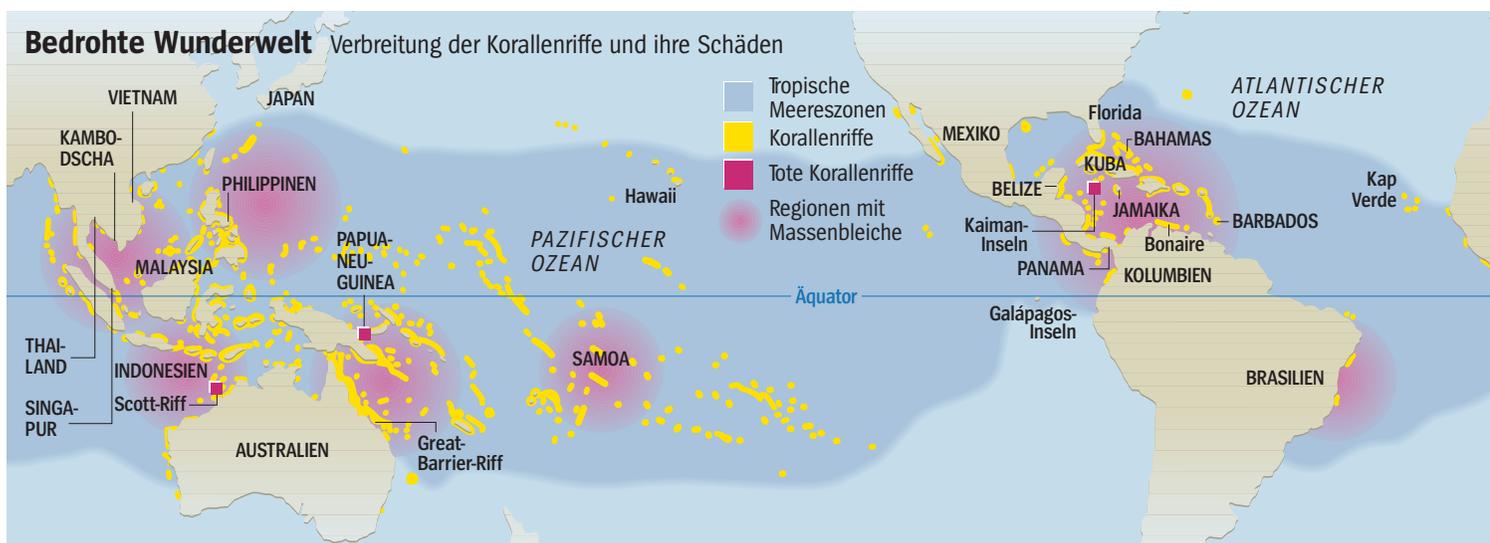
Bleiche Gerüste ragen, wo einst bunte Gärten blühten: Weltweit sterben die Korallen ab. Die globale Erwärmung des Klimas und der extreme El Niño im vorletzten Jahr haben das Leben in den Riffen zerstört. Eines der artenreichsten Ökosysteme der Erde ist in Gefahr.

Die Forscher im Taucheranzug hatten sich auf den Abstieg ins Paradies vorbereitet: Im sonnedurchfluteten Meer vor Jamaika wollten zwei Biologen im Auftrag der Weltbank die Wunderwelt üppiger Korallenriffe inspizieren,

um einen maritimen Nationalpark abzu- stecken.

Der Anblick der unterseeischen Gärten wurde für Marcus Öhman, Korallenfor- scher von der Universität Stockholm, und seinen karibischen Kollegen zum Schock:

Dort, wo sich noch vor einem Jahr leben- de Gebirge in bizarren Formen und man- nigfacher Färbung erhoben hatten, ragten nun, im letzten Oktober, kahle, bleiche Stöcke empor. „Ganz weiß, wie Gespen- ster“, berichtet Öhman, starteten vor allem



die ehemals in grünlichen und bräunlichen Tönen schimmernden Weichkorallen.

Noch drastischer zeigte sich den Meeresbiologen der plötzliche Verfall tropischer Unterwassergärten vor Sri Lanka: Mehrfach besuchte Öhman dort, seit Beginn der neunziger Jahre, das damals noch völlig unversehrte, wegen seiner besonderen Artenvielfalt und bunten Schönheit geschützte Bar-Riff. Jetzt hat ein grüner Teppich aus wuchernden Algen die ausgebleichen und abgestorbenen Korallenkolonien unter sich begraben.

Verschreckt und entsetzt tauchten britische Wissenschaftler auch aus den warmen Fluten vor den Seychellen wieder auf: Die

Crew eines Forschungsschiffs der Universität Cambridge hatte, im Sommer vergangenen Jahres, bislang unberührte Riffe des Inselreiches erkunden wollen. Doch auf ihren 275 Tauchgängen fanden die Forscher nur noch Ruinen vor – kreideweiß gewordene oder bereits von Algen überwachsene Korallengerüste. „Wir kamen zu spät“, sagt Expeditionsteilnehmer André Maslennikov.

Wie im gesamten Tropengürtel waren auch hier, im Indischen Ozean, binnen weniger Wochen die Wassertemperaturen um drei bis fünf Grad angestiegen – eine Erwärmung, die für die fragile Lebensgemeinschaft der Korallenriffe katastrophale Folgen hatte. „In einem bisher unvorstell-

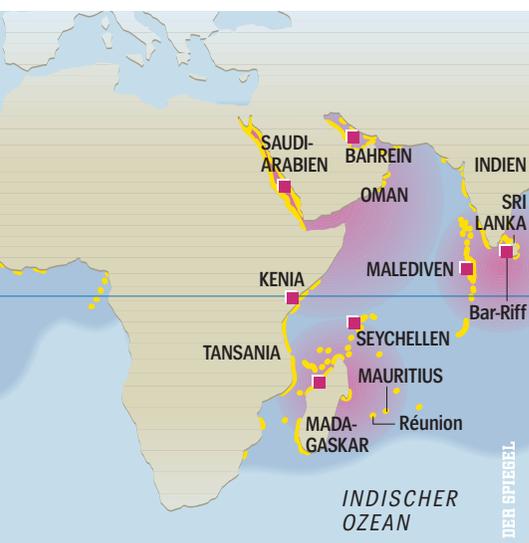
der winzigen Grundel bis zum Hai, mehr als 4000 Fischarten, aber auch Schnecken, Muscheln und Schwämme siedeln.

Erleiden die Zooxanthellen Schaden, verlieren die Korallen ihre Farben und erbleichen – ein Phänomen, das auch früher schon beobachtet und mit unterschiedlichen Umwelteinflüssen in Verbindung gebracht wurde. Noch nie aber waren die Folgen so drastisch wie jetzt.

Seit Jahren fürchten die Forscher, die globale Klimaerwärmung könne den temperaturempfindlichen Korallen zu schaffen machen. Im vorletzten Jahr kam der extreme El Niño hinzu. Gemeinsam, meint Korallenexperte Lindén, haben beide Ef-



Gesundes Korallenriff (vor den Fidschi-Inseln): Sonnendurchflutete Heimat von Grundel und Hai



baren Ausmaß sind seither Korallen ausgebleichen oder abgestorben“, sagt Olof Lindén, schwedischer Korallenforscher und Mitarbeiter des Global Coral Reef Monitoring Network. Der internationale Verbund beobachtet weltweit die Entwicklung der Riffe und dokumentiert ihren Gesundheitszustand. „Je mehr Berichte eintreffen“, sagt Lindén, „desto schlimmer erscheint die Situation.“

Die kleinen Polypen, aus denen Korallenkolonien bestehen, gehen zugrunde, wenn sie ihre Mitbewohner verlieren, die farbgebenden, mit bloßem Auge nicht sichtbaren „Zooxanthellen“. Nur in Symbiose mit diesen einzelligen Algen können die Polypen hinreichend Nährstoffe und Sauerstoff gewinnen und die unterseeischen Kalksteingebirge mit ihren phantastischen Strukturen bilden, in denen, von

fekte die lebenswichtige Partnerschaft „in einem Umfang unter Streß gesetzt, wie wir ihn noch nie erlebt haben“. Die Temperaturen der Wasseroberflächen im Tropengürtel, die über Monate anhielten und stellenweise 37 Grad erreichten, überschritten für einen Großteil der Korallen die tödliche Grenze: Die Schädigung der Riffe klassifiziert der elf Meeresregionen umfassende „Statusbericht 1998“ des Global Coral Network fast überall als „katastrophal“ oder „schwerwiegend“, nur in wenigen Fällen als „moderat“.

Vor allem im Indischen Ozean und vor den Küsten Ostafrikas konnten sich die Korallen, nachdem ihre Zooxanthellen dahingesiecht waren, nicht mehr erholen und starben in weiten Regionen nahezu gänzlich ab. „Graugrüne, wüste Leichenfelder, kaum noch belebt von den früher so zahl-

Setzlinge aus Kalk

Mit Maschendraht und Zuchtkorallen wollen Forscher zerstörte Riffe reparieren.

Eigentlich gleichen Korallen eher Steinen als Lebewesen: Seit Urzeiten stehen sie reglos auf dem Grund der Ozeane, wachsen nur unmerklich in die Höhe, vielleicht um die Breite eines Fingers pro Jahr. Kaum vorstellbar also, daß man derart schein-tote Gebilde so leicht vermehren kann wie die nicht umzubringenden Zimmerpflanzen, deren Ableger unter Blumenfreunden zirkulieren.

Daß es doch möglich ist, läßt sich im seichten Wasser vor der philippinischen Insel Olango besichtigen, wo der deutsche Meeresbiologe Thomas Heeger gemeinsam mit einheimischen Fischern eine Korallenfarm betreibt. 18 000 Stecklinge von 70 Arten wachsen hier, mit Drahtschlingen in Zementrahmen befestigt, zu Miniatur-Korallenstöcken heran. Binnen weniger Wochen bilden die Bruchstücke von der Größe einer Kinderfaust eine Bodenplatte aus und können dann ausgepflanzt werden.

Mit den Korallensetzlingen lassen sich Riffe aufforsten, die – etwa durch Schiffsanker und unachtsame Taucher – schütter geworden, aber nicht vollständig zerstört sind. Zugleich will Heeger den Inselbewohnern eine alternative Einkommensquelle erschließen – und damit die weitere Plünderung der Unterwasserwelt eindämmen. Denn notgedrungen malträtiert viele Filipinos ihre Riffe mit Dynamit oder hochgiftigem Cyanid, um auch noch den letzten Zackenbarsch aus dem überfischten Meer zu ziehen. Nur noch zehn Prozent der philippinischen Riffe gelten als intakt.

Derzeit verkauft die Unterwasserplantage ihre Setzlinge ausschließlich an Hotels, die zwecks Imagepflege nun jene Riffe reparieren, die zuvor beim Bau der Ferienanlagen beschädigt wurden. Zweifler wie der Hamburger Geologe Gero Hillmer halten die submarine Wiederaufforstung allerdings für ein vergebliches Unterfangen: „In überbevölkerten Regionen ist das rausgeschmissene Geld.“

Umgerechnet 30 Pfennig zahlen die Kunden für eine Jungkoralle; einen Teil der Einkünfte treten die 20 Korallengärtner an die Dorfgemeinschaft ab. In Zukunft, hofft Heeger, werde auch die philippinische Regierung in die Re-

staurierung der Riffe investieren. Demnächst soll die Kapazität der Korallenfarm auf 30 000 Setzlinge steigen.

Daß sich die vermeintlich immobilen Blumentiere so mühelos hin- und herverpflanzen lassen („Streng genommen“, sagt Heeger, „müßte es ‚vertieren‘ heißen“), ist ein Beweis für die Anpassungsfähigkeit der Polypen. Auch in der Natur brechen durch Wellenschlag immer wieder Korallenstücke aus dem Riff, driften ab und wachsen anderswo wieder an – sofern sie auf geeignetem Untergrund landen.

Wo dieser fehlt, weil der Korallenkalk großflächig zur Baustoffgewinnung abgetragen oder bei Schiffshavarien zerbröckelt wurde, erproben Forscher unterschiedliche Konzepte, neue, künstliche Riffe zu schaffen. Nicht alle indes bereichern die Unterwasserumwelt: „Oft“, klagt Hillmer, „sind das nichts als überdimensionale Angelhaken.“

Denn versenkte Wracks und Bohrinnseln locken zwar Fische – und Angler – an, werden aber kaum von Korallen besiedelt; im Extremfall berauben sie sogar die natürlichen Riffe ihrer Fischfauna. Autoreifen, ebenfalls als Riffsubstrat erprobt, sind bei den Polypen nicht beliebter und sondern obendrein Schadstoffe ab. Aufwendige Gerüste aus Bambus, wie auf den Philippinen von der Weltbank finanziert, faulten innerhalb weniger Jahre weg.

Bei ersten Tests erfolgreicher schnitt eine Idee von Hydrobiologen der Universität Essen ab. Nachwuchskorallen, beobachteten sie, heften sich am liebsten auf dem Material fest, aus dem auch natürliche Riffe bestehen: Kalk. Um ihre Unterwasserkonstruktionen aus Maschendraht mit einer Kalkschicht zu überziehen, greifen die Forscher zu einem Trick: Sie setzen das Gitter einige Monate lang unter schwachen Strom; durch Elektrolyse scheiden sich darauf im Meerwasser gelöste Mineralien ab.

Das kalkverkrustete Gitter bestücken die Essener Experten mit Korallensetzlingen. Die Anfangsphase der Riffbildung läßt sich so von mehreren Jahrzehnten auf wenige Jahre verkürzen. Derzeit erproben die Forscher das Verfahren auf größeren Flächen im Roten Meer, in der Nähe des ägyptischen Ferienorts Hurghada. Sie wollen dort Lücken schließen, die Schiffe in die Korallengärten gefräst haben. Den nötigen Strom erzeugen sie umweltverträglich mit Sonnenenergie.

Eine Solaranlage von dem Format, das auch auf Einfamilienhausdächern zum Einsatz kommt, reicht immerhin



Philippinische Korallenfarm: Wiederaufforstung unter Wasser

für eine Riffbaustelle von mehreren hundert Quadratmetern. „Ganz billig“, gesteht Projektmitarbeiter Peter van Treeck, „ist unser Verfahren nicht.“

Die Korallengitter könnten, hofft er, ein „Ersatzspielplatz für Sporttaucher“ werden und so die überlaufenen Naturriffe entlasten. Erfahrungsgemäß finden Touristen Zivilisationsspuren unter Wasser weit aufregender als Meeresgetier. „Um Sporttaucher anzulocken“, sagt van Treeck, „kann man auch eine Betonmischmaschine in einen Teich schmeißen.“

ALEXANDRA RIGOS

reichen typischen Fischen“, habe er im Herbst 1998 in den seichten Gewässern um die Malediven vorgefunden, berichtet der Münchner Fischereixperte Peter Wißmath. Bei Tauchgängen im Dezember seien die Korallen des Touristenparadieses „nicht einmal mehr zu erkennen gewesen“. Algen hatten die verfallenen Kolonien überwachsen, Bohrschwämme durchlöchern nun die Skelette, bis sie in sich zusammenstürzen und zu Schutt zerfallen.

Eine „hohe Mortalität“ und „extensive Bleiche“ ermittelten Forscher des Coral Network auch am Persischen Golf: Im Bereich eines Meeresschutzgebietes vor den Vereinigten Arabischen Emiraten seien 1998 die Korallen gänzlich abgestorben. „Früher war dies ein wunderschönes Riff“, kommentiert der Biologe Fareed Krupp.

Aus anderen Regionen wie dem westlichen Pazifik und dem Südchinesischen Meer wurden glimplichere Erkrankungs-raten von 50 bis 70 Prozent gemeldet. Doch in den wenigen seither vergangenen Monaten hat sich auch dort die Lage weiter verschlechtert, berichtet Lindén.



zur Imagepflege

Fatal waren die Bade-wannentemperaturen vor allem für schnellwüchsige Arten der Gattung Acropora, die ausladende tischartige oder weitverzweigte Strukturen bildet. Auch langsam wachsende Steinkorallen der Gattung Porites mit ihren dickstämmigen Kolonien von bis zu sechs Meter Durchmesser erlitten schwere Schäden: Im australischen Great Barrier Reef und vor Viet-



Korallenforscher Lindén, Öhman

nam starben im Verlauf der jüngsten Massenbleiche einzelne Kolosse dieser Gattung, deren Alter auf 1000 Jahre geschätzt wurde.

Vom Massentod wurden auch die Weichkorallen nicht verschont, ebensowenig wie die gewellten Riesenschwämme, die leuchtfarbenen Seeanemonen oder verschiedene Schwämme. Katastrophen wie die extreme Meereserwärmung seien „Teil der Natur“, sagt Joachim Scholz, Korallenexperte an der Universität Hamburg. „Fatal ist jedoch das Zusammentreffen von Katastrophen“: El Niño sei für die vorgeschädigten Riffe nur „der Vollstrecker“. Längst vor der Bleichkatastrophe waren die erdgeschichtlich ältesten, in ihrem Artenreichtum nur dem tropischen Regenwald vergleichbaren Ökosysteme vom Verfall bedroht – durch Meeresverschmutzung, Raubbau und Tourismus. „Unter dem Druck solcher Störungen leiden praktisch alle Riffe“, warnte John Ogden, Direktor des Florida Institutes für Ozeanographie, schon Anfang der neunziger Jahre.

Die systematische Plünderung der maritimen Schatzkammern beobachteten Wissenschaftler vor den Küsten zahlreicher Länder, die von Korallenbänken gesäumt werden. Auch internationale Schutzkonventionen und nationale Verbote konnten die Zerstörung kaum eindämmen.

So werden auf Sri Lanka nach wie vor lebende Korallen aus Riffen gebrochen, um Baumaterial zu gewinnen und Kalk zu brennen. Absurde Folgen hatte die Zerstörung der Riffe dort, wo sie Schutz vor Überflutung boten: Als Ersatz für die abgetragenen, zu Bauschutt zertrümmerten natürlichen Wellenbrecher mußten vor den Malediven kilometerlange Barrieren aus Beton versenkt werden.

Immer noch fangen Fischer in der Karibik, vor den Philippinen und um Hawaii in den Riffen mit giftigem Cyanid Aquarienfische für den Export. Speisefische werden mit Dynamit auf zerstörerische Weise geräubert, feinmaschige Nylonnetze nehmen auch die kleinsten Jungfische mit.

Als Nippes fürs Wohnzimmer enden Fächer-, Pilz- oder Geweihkorallen, Gehäuse von Kaurischnecken oder auch Kugel- und Igelfische. Die allermeisten dieser in Florida ebenso wie auf Helgoland angebotenen Souvenirs stammen von den Philippinen, deren Riffe durch menschliche



Taucher auf den Malediven: Heimsuchung der Wunderwelt

Einwirkung ohnehin schon seit Jahren zu 70 Prozent geschädigt waren.

Wo küstennahe Wälder abgeholzt werden, spült der Regen zudem schlammiges Sediment ins Meer, das die empfindlichen riffbauenden Polypen erstickt. Die auf klares, nährstoffarmes Wasser eingerichteten Organismen vertragen die Schmutzfrachten nicht, die sich mit Abwässern aus zugebauten Küstenstreifen über sie ergießen.

Ihre Spuren hinterlassen auch die stetig gewachsenen Scharen von Tauchtouristen, die auf die filigranen Strukturen nicht genug Rücksicht nehmen: Von Beschädigungen durch 80 000 Taucher, die alljährlich die Riffe von Pigeon Island vor Guadeloupe heimsuchen, berichtet der jüngste Global Coral Network Report. Ausflugsboote mit Glasboden zerstören manchen Korallenstock, die schweren Anker von Kreuzfahrtschiffen zerschmettern in den seichten Küstengewässern ganze Riffe unter sich.

Auf diese Weise gingen Lebensräume zugrunde, warnt Lindén, die nicht nur von einzigartiger Schönheit, sondern auch von „kaum ermeßlicher sozioökonomischer Bedeutung“ seien. „Korallen sind Schlüsselorganismen im Ökosystem der Küsten“, sagt der Meeresbiologe, der seit Jahren an Entwicklungsprojekten der Vereinten Nationen für tropische Küstenregionen mitarbeitet und seit Januar ein internationales Forschungsprojekt koordiniert, das im Indischen Ozean das Ausmaß der Schäden, die wirtschaftlichen Auswirkungen und Möglichkeiten zur Wiederherstellung erkunden soll (siehe Kasten).

Allein in Asien leben eine Milliarde Menschen von küstennaher Fischerei für den eigenen Bedarf. Mindestens die Hälfte aller Fische, die auf den Märkten angeboten werden, sind abhängig von den Korallenriffen: Sie geben ihnen Nahrung und Schutz.

Wenn das Riffsterben anhält, so fürchtet Korallenforscher Lindén, könnte eine Eiweißquelle versiegen, für die es keinen Ersatz gibt. „Dann droht eine unvorstellbare Hungersnot.“

RENATE NIMTZ-KÖSTER

Werbeseite

Werbeseite

FLUGKATASTROPHEN

Runter? Rauf? Wohin, wohin?

Um sich von seiner Flugangst zu kurieren, studierte ein Journalist die Protokolle der letzten Worte von Unglückspiloten. Jetzt hat er mehr Angst als je zuvor.

Schwachköpfe gibt es überall, also auch in der Luft, wo sie gern als Piloten tätig sind. Wenn es nicht meist so tragisch endete, könnte man fast komisch finden, was im Cockpit mitunter so alles abgeht – etwa wenn

- ▶ die Flugzeugführer Verbleib und Wiederbeschaffung der Landebahn erörtern: „Wo ist denn die Runway?“ – „Keine Ahnung, aber gerade war sie noch da.“ – „Und wie kriegen wir sie jetzt wieder her?“
- ▶ die Piloten darüber diskutieren, ob ihre Maschine brennt oder weshalb sonst der Kabinenboden hinten bei den Passagieren gerade zu schmelzen begonnen hat: „Wird das Ding wirklich weich?“ – „Riechst du denn nichts?“ – „Ja, schon, aber das hatte ich schon mal.“
- ▶ der Captain landen möchte, sein Kopilot hingegen nicht – woraufhin sich in 15 Meter Flughöhe ein Streitgespräch entspannt, das erst endete, als der Airbus im Reisfeld hinter der Runway des südkoreanischen Flughafens Cheju zu brennen begann:

Kopilot: „Durchstarten!“ Captain: „Hände weg vom Steuerknüppel!“ Kopilot: „Durchstarten!“ Captain: „Nein. Nicht. Mann, du bringst uns alle um.“ (Crash-Geräusche) Kopilot: „Ich bin ganz o. k.“ Captain: „Warum hast du die Maschine hochgezogen? Wir waren doch schon auf der Landebahn. Mit voller Schubumkehr.“ Kopilot: „Ich wollte eben durchstarten.“

In diesen drei Luftnotfällen hatten Passagiere und Piloten Glück, fast alle überlebten. Meist jedoch wird nur eins unverseht aus Flugzeugwracks geborgen: die sogenannte Black Box, die neben dem Flugdatenschreiber auch den für die Rekonstruktion des Unglückshergangs nicht minder wichtigen Cockpit-Voice-Recorder (CVR) birgt.

Er hält auf einem Endlosband fest, was während der finalen 30 Minuten vor der Havarie in der Führerkanzel gesprochen wurde – Wortprotokolle von knappem Entzinnen und tödlichem Verderben, die ein in Großbritannien erschienenenes Buch so eindrucksvoll dokumentiert, daß flugängstlichen Naturen von der Lektüre abzuraten ist*.



Abgestürzter Airbus im südkoreanischen Cheju

Dabei hatte Herausgeber Malcolm MacPherson, als Journalist gezwungenermaßen Vielflieger, sich die luftfahrtamtlichen Transkripte von CVR-Aufzeichnungen beschafft, um seine eigene Aerophobie zu kurieren. „Ich dachte, es würde mir helfen, wenn ich wüßte, was Piloten in Gefahrenmomenten tun.“ Jetzt weiß er es und hat noch mehr Angst – unbegründete natürlich, denn Fliegen ist die mit dem geringsten Sterberisiko behaftete Methode der Distanzvernichtung. Andererseits: 80 Prozent aller Flugzeugabstürze gründen auf menschlichem Versagen.

Das beweisen auch die 28 von MacPherson ausgewählten CVR-Dokumente von Unglücksflügen, die das gesamte Spektrum fliegerischen Vermögens widerspiegeln. Am bedachten Kommando erkennt man schon beim Start den Köhner, an der gestammelten Hilflosigkeit bereits bei mildem Streß die Stümper, deren Cockpit-Kommunikation anmutet wie Dialoge von Beckett.

„Uh, wo? Was? Sind wir? Machen wir? Wir fliegen, äh, ohne Geschwindigkeit. Runter? Rauf? Wohin, wohin?“ Derart kommandierte Problemflüge nehmen oftmals ein schicksalhaftes Ende, das in den Abschriften der Cockpit-Aufzeichnungen lautnachahmend mit „Ooops!“ „Uuugh!“ „Arggh!“ wiedergegeben wird.

Die Statistik weist aus, daß den Piloten beim Absturz am häufigsten der Flehlaut „oh, God“ entfährt, dicht gefolgt vom Fluch „oh, shit“. Einer rief „Amy, I love you“ – das Schicksal hatte Erbarmen, er überlebte. Verschont blieb auch jener Pilot, der dem Tod ein beherztes „Fuck off“ entge-

* Malcolm MacPherson: „The Black Box“. HarperCollins Publishers, London; 184 Seiten; 8,99 Pfund.



(1994): „Hände weg vom Steuerknüppel“

genschleuderte – er hatte vergessen, das Fahrwerk auszufahren.

Die offizielle Untersuchung von Zwischenfällen wie diesem offenbart, unterhaltender Nebeneffekt, die thematische Bandbreite der Cockpit-Konversation. Sie reicht von Klagen über das eigene Triebvermögen („kann nicht mehr so oft wie früher“) über Erwägungen zum Kauf eines Aufreißerhobels („eine Corvette soll es sein“) bis hin zu Betrachtungen über Stewardessen und andere niedere Lebensformen: „Sie hat ein Gesicht wie ein Fisch, aber kalt ist sie nicht.“

Der Captain einer zweimotorigen Zubringermaschine kontemplierte die Auswirkungen seiner Darmmotilität auf das Gemüt der Passagiere: „Was werden die denken, wenn ich nach hinten aufs Klo gehe?“



Routineprüfung einer Black Box
Dokumente des Verderbens und Entrinnens

Trotz dieser Bedenken entschied er sich dafür („Das große Ding muß raus“), worauf sein Kopilot die Gelegenheit nutzte, um die Flugbegleiterin mit einer Demonstration der verschiedenen Warnakustiken zu entzücken: „Gleitpfad, whoop, whoop, hochziehen, whoop, whoop, Terrain, Terrain“, scherbte es aus den Cockpit-Lautsprechern. Betrüblicherweise nahm ihn die Vorführung so in Anspruch, daß ihm entging, wie indes das Höhenleitwerk vereiste – Panikgeschnatter, Absturz, alle tot.

„Haben kompletten Druckverlust. Erklären Notfall. Erbitten sofort Landekurs“ – kühl und knapp reagieren hingegen Köhner wie der Captain jener berühmten Boeing, dem es im Himmel über Hawaii zehn Meter Ka-

binendach wegriß. Von ähnlich kaltblütiger Wortkargheit war auch die Cockpit-Crew, die ihre DC-10 nach einem Totalausfall des Höhen- und des Seitenruders nur mit Hilfe des Triebwerkschubs zu einem Ausweich-Flughafen manövrierte – und zu der Meisterleistung an den Grenzen der Aviatik noch Witze riß: „Wird das aber eine Spaßlandung.“ Die überlebten, immerhin, 185 der 296 Passagiere.

Zu den herausragenden Nieten der Luftfahrt zählen hingegen die beiden Piloten des Avianca-Fluges 052 von Kolumbien nach New York, die in Medellín nur so viel Kerosin aufgenommen hatten, um damit gerade eben ihr Ziel zu erreichen.

Der Bordingenieur, der seine Pappenheimer am Steuerhorn offenbar kannte, flehte sie an, die Landebahn diesmal schon beim ersten Anflug zu treffen – vergebens; statt nun ihre Spritnot zu offenbaren, flogen sie in die ihnen angewiesene Nochmal-Schleife und lieferten so eines der beeindruckendsten Dokumente fliegerischen Wahnwitzes. Im (gerafften) CVR-Skript liest es sich so:

Flugkontrolle: „Ich bringe Sie in 15 Meilen wieder herum, ist das in Ordnung für Sie?“ Captain: „Was spricht er? Ich höre ihn nicht.“ (Der Captain ist schwerhörig.) Engineer: „Ich glaube ... der Controller ist jetzt sauer auf uns.“ Captain: „Ich werde seiner Anweisung folgen.“ Kopilot: „Das müssen wir tun.“ Captain: „Sterben. Take it easy, take it easy.“

Sekunden später verloschen nacheinander die Flammen in den Brennkammern der Triebwerke eins bis vier; die Boeing 707 stürzte bei Long Island ins Meer, 73 Passagiere und die Crew ließen ihr Leben.

HENRY GLASS

COMPUTER

Föderation im Wohnzimmer

Die „Jini“-Technik verspricht das Zusammenschalten elektronischer Geräte drastisch zu vereinfachen. Viele Firmen unterstützen die Neuerung für das Datennetz im Heim.

Bill Joy, 44, sieht auf den ersten Blick nicht gerade aus wie ein Revolutionär. Der leicht pausbäckige Programmierer könnte als Mitgründer der Computerfirma Sun längst hinter einem polierten Managerschreibtisch im Silicon Valley residieren. Statt dessen setzte er sich 1991 „mit einigen Leuten, die von PC-Software die Nase voll hatten“, in den Wintersportort Aspen ab.

Dort brütet er seither im eigenen Forschungslabor mit dem irreführenden Namen „Smallworks“ Innovationen aus. Unter seiner Regie entstand die Architektur von Suns aktuellen Mikroprozessoren und die Programmiersprache Java.

Derzeit strebt ein „etwas größeres Kleinprojekt“, wie er es nennt, seiner Vollendung entgegen: eine Software für das Wohnhaus von morgen. Dank „Jini“ – benannt nach der arabischen Mythengestalt Dschinn, einem Geist mit wechselnder Gestalt – werden alle Elektronikgeräte im Heim zu einem Datennetz zusammenwachsen, verspricht Joy.

Routiniert verbindet er zur Demonstration eine kleine Videokamera mit einem abgewetzten Laptop. Nach ein paar Sekunden erscheint deren Bild auf dem Monitor. Joy stößt einen Drucker ein, und schon zeigt sich ein Symbol auf dem Bildschirm, das er nur anzuklicken

braucht, um einen Schnappschuß auszudrucken.

Die Vorführung erscheint reichlich unspektakulär, doch genau darin liegt der technische Durchbruch, denn bisher ist das Zusammenschalten von Geräten ein kniffliges Unterfangen. PC-Besitzer wissen ein Lied davon zu singen: Jedes Zusatzgerät, gleichgültig ob Kamera, Drucker, Modem oder Scanner, benötigt eigene Software, den sogenannten Treiber, der den Datenfluß zum Computer regelt. Erst wenn dieses Programm installiert ist, kann der PC zum Beispiel Bilder von der Kamera lesen oder Fotos zu Papier bringen.

Nicht selten enden solche Manöver nach stundenlangen Mühen mit dem Anruf beim Kundendienst; denn wenn nicht alle Einstellungen korrekt sind, produziert das Ensemble Datensalat und für den Laien unverständliche Fehlermeldungen. Manchmal vertragen sich gar die Treiber verschiedener Geräte nicht miteinander: Was vorher funk-

tionierte, stürzt nach Inbetriebnahme einer Neuerwerbung scheinbar grundlos ab.

In der Jini-Welt erledigt sich die komplizierte Konfigurationsarbeit von selbst. Der Benutzer, so das Prinzip, soll nichts von der Aktivität hinter den elektronischen Kulissen merken. Alle Geräte werden zu einem Netz zusammengeschaltet, das ihnen erlaubt, digital miteinander zu plaudern: Jedes preist sofort nach dem Einstöpseln seine Fähigkeiten wie ein elektronischer Marktschreier an. Daß die anderen seine Botschaft verstehen, ist sogenannten Software-Agenten zu verdanken, die in einem komplizierten Wechselspiel aushandeln, auf welche Art welche Geräte miteinander in Kontakt treten können (siehe Grafik).

Auf diese Weise könnte eine Jini-fähige Kamera nach kurzer Verständigungspro-

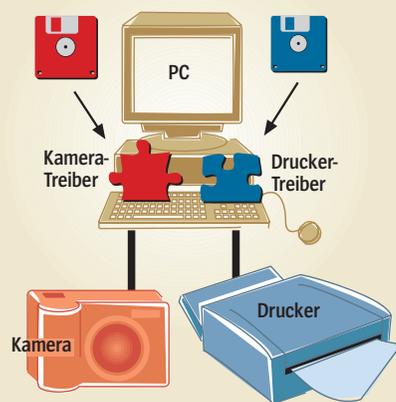


Jini-Erfinder Joy

O. LAUNDE

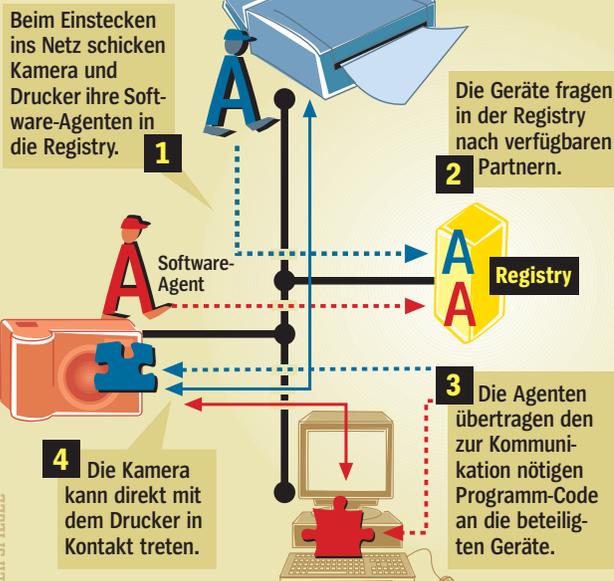
Hilfreiche Geister

Klassische PC-Verbindung



Der PC steuert mit Hilfe des zuvor installierten Treiber-Codes für Digital-Kamera und Drucker den Datentransfer zu den Geräten.

„Jini“-Netz



DER SPIEGEL

„Es ist eine wilde Zeit“

Sun-Manager Ed Zander über den vernetzten Alltag der Zukunft und das Verschwinden des PC

zedur ihre Bilder direkt zu einem Drucker schicken oder Schnappschüsse auf einer Festplatte deponieren, die im Netz ihren „Speicherservice“ offeriert.

„Föderation“ nennt Joy einen solchen Zusammenschluß von Elektronik im Wohnzimmer. Ein PC ist in dieser Versammlung nur noch ein Gerät unter vielen. Für die konföderierten Apparate macht es zudem keinen Unterschied, ob sie mit Partnern im selben Haus oder mit Institutionen im Internet kommunizieren.

Unabdingbar ist das kinderleichte Zusammenschalten vor allem für Geräte, die bislang nichts mit Computern zu tun hatten, zum Beispiel Videorecorder und digitale Fernseher. Noch zögern die großen Unterhaltungselektronik-Konzerne damit, solche Alltagsapparate in die Computerwelt einzubeziehen. Die Vorstellung, ein Fernseher könnte den Kunden zum Einlegen der Diskette mit der passenden Software auffordern oder besondere Einstellungen zum Empfang eines Fußballspiels anmahnen, ist ihnen ein Graus.

„Windows ist wie ein Supertanker, groß und schwerfällig“, stichelt Joy gegen den Erzrivalen Microsoft, „Jini ist dagegen wie der neue Käfer: klein, aber mit Pfiff.“

Auch Bill Gates hat jüngst unter dem Namen „Universal Plug and Play“ eine vereinfachte Netzwerktechnik angekündigt, doch Sun ist schon einen Schritt weiter. Diese Woche werden anlässlich der offiziellen Vorstellung zahlreiche Firmen aus verschiedenen Branchen ihre Unterstützung für den Jini-Standard bekanntgeben.

Der japanische Elektronikmulti Canon zeigt ein Universalgerät aus Fotokopierer und Drucker für das vernetzte Büro. Mit Sony und Philips hat Sun wichtige Vertreter der Unterhaltungselektronik auf seiner Seite. Die beiden Konzerne kündigten letzte Woche an, ihre eigene Netzwerkmethod mit Jini kompatibel zu machen.

Kodak plant, Jini-fähige Digitalkameras zu entwickeln; Nokia und Motorola basteln an drahtlosen Jini-Netzwerken, über die zum Beispiel Handy und Organizer Kontakt miteinander oder zu Informationsdiensten aufnehmen können.

Bosch schließlich präsentiert eine netzwerkfähige Spülmaschine. „Haushaltsgeräte enthalten ohnehin schon so viel Elektronik, daß sich die Jini-Vernetzung ohne zusätzlichen Aufwand machen läßt“, erklärt Marketingmanager Michael Rockstroh. Über ein Hausnetz mit Internetverbindung könnten Techniker zukünftig per Ferndiagnose schon vor der kostspieligen Anfahrt des Monteurs herausfinden, was kaputt ist. Eine havarierte Kühltruhe wird eines nicht allzu fernen Tages sogar selbständig den Notdienst rufen, bevor die Gefrierkost schmilzt.

JÜRGEN SCRIBA

SPIEGEL: Heutzutage wird fast jedes neue Produkt in der Computerindustrie als „Paradigmenwechsel“ angekündigt, so auch Ihre Jini-Technologie. Ist das nicht ein bißchen hoch gegriffen?

Zander: Der grundlegende Technologiewandel ist die unglaubliche Explosion des Internet. Wir haben schon 1995 vorhergesagt, daß eines Tages jeder Mensch von seiner Kindheit an Zugang zum Internet haben würde. Damals hat uns niemand geglaubt, daß Hochgeschwindigkeits-Datenleitungen überall verfügbar und alltäglich sein würden, aber genau das geschieht derzeit. Die Kursrekorde von Internetfirmen am Aktienmarkt sind Ausdruck der Erkenntnis, daß sich durch das Netz unser Leben grundlegend ändern wird. Es gibt inzwischen keinen Zweifel mehr daran, daß derzeit ein Wandel stattfindet, der viel dramatischer ist als die Erfindung des PC.

SPIEGEL: Wie soll der vor sich gehen?

Zander: Jeden Tag werden neue Firmenzusammenschlüsse bekanntgegeben. Niemand weiß, wie diese Branche in zehn Jahren aussehen wird. Ich kann nicht einmal sagen, womit Sun in zehn Jahren sein Geld verdienen wird. Es ist eine verrückte, wilde und intellektuell ungemein stimulierende Zeit. Es ist schwer, das in Worte zu fassen, weil man über Revolutionen erst aus der Rückschau berichtet. Alles was wir jetzt hören, sind Nachrichten wie: Dieses Produkt ist erfolgreich, jenes nicht. Aber dahinter steckt ein größerer Trend: Jeder will einfache, vernetzte Geräte. Jeder will jederzeit an seine Informationen herankommen, ohne sich mit irgend etwas Komplizierterem auseinandersetzen zu müssen als einem Telefon.

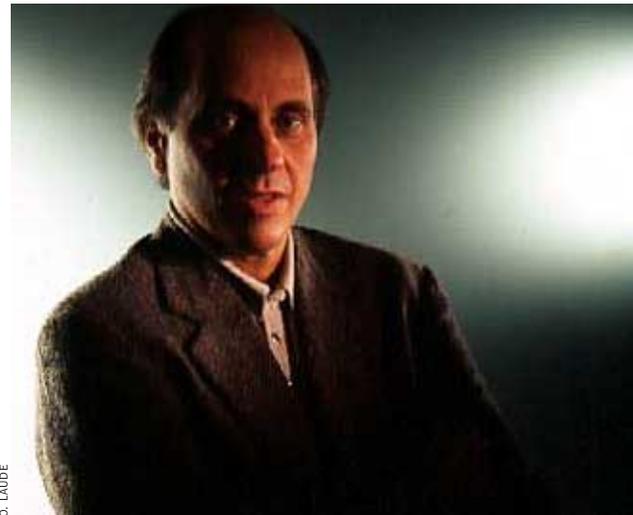
SPIEGEL: Was geschieht mit dem PC? Wird er ein Nischenprodukt?

Zander: Nehmen Sie zum Beispiel den „iMac“ von Apple. Meine Schwester hat sich gerade einen gekauft. Sie wollte keinen PC. Sie wollte nur möglichst einfach ins Internet. Sie hat den Rechner ausgepackt, angeschlossen, eingeschaltet, und schon hatte sie Netzzugang. Der Online-Dienst AOL arbeitet an kleinen Rechnern, den sogenannten AOL-Stations, der Internetdienst Yahoo könnte eine Yahoo-Station entwickeln, Alcatel hat gerade ein Telefon mit einem kleinen Bildschirm auf den

Markt gebracht. Solche Geräte werden in Zukunft zum Alltag gehören. Wahrscheinlich werden viele irgendwo im Arbeitszimmer zusätzlich noch einen PC haben. Der PC wird nicht verschwinden, aber in den nächsten zwei bis fünf Jahren wird es mehr und mehr Geräte geben, die ähnlich einfach wie ein Telefon zu handhaben sein werden.

SPIEGEL: Vom „Netzcomputer“, dem NC, ist schon lange die Rede. Vor allem sollte der billiger sein als ein PC, doch für den seinerzeit magischen Preis von 500 Dollar bekommt man heute schon ganz normale Rechner. Was soll der Kaufanreiz sein?

Zander: Der Preis ist nie das zentrale Argument gewesen. Mit dem NC haben wir bisher keinen rechten Erfolg gehabt, das gebe ich zu. Wir haben einfach nicht rechtzeitig das Produkt, das wir eigentlich haben



Visionär Zander: „Man muß verrückt denken“

wollten, auf den Markt bringen können, aber das kann in einigen Monaten schon anders aussehen. Es geht aber gar nicht um einen Kampf PC gegen NC. Oracle-Chef Larry Ellison hat da sehr viel Staub aufgewirbelt. Mich zum Beispiel interessiert überhaupt nicht, was der Rechner auf meinem Schreibtisch kostet. Ich kann auf meinem Schreibtisch einfach kein „Windows 98“ oder „Windows 2000“ gebrauchen. Ich will mich nicht mit Speichererweiterungen, Festplatten und Konfigurationen herumschlagen. Man muß doch kein Genie sein, um zu erkennen, daß ich kein monströses System wie Windows bauen muß, um alltägliche Aufgaben wie E-Mail zu erledigen und ein paar Briefe zu schreiben.

SPIEGEL: Was schweben Ihnen für Geräte vor?

Zander: Demnächst wird ein Hersteller eine internettaugliche Waschmaschine auf den Markt bringen. Was zum Teufel soll man mit einer Internet-Waschmaschine, wird mancher denken. Üblicherweise kauft man eine Waschmaschine und behält sie 10 bis 15 Jahre. Aber sehen Sie es einmal so: In jedem Haushalt arbeiten schon heute durchschnittlich 22 Mikroprozessoren. In Zukunft werden sie alle durch das Datennetz verbunden sein. Nehmen wir an, zwei Jahre nachdem ich meine Waschmaschine gekauft habe, entwickelt der Hersteller ein Waschprogramm, das kürzere Schleuderzeiten ermöglicht und dadurch Strom spart, oder ein Waschprogramm, das mit weniger Wasser auskommt. Dann kann er mir eine E-Mail schicken mit dem Angebot, das neue Programm über das Netz in meine Waschmaschine zu laden. Das kostet mich vielleicht zehn Dollar, dafür spare ich im Jahr für 100 Dollar Energie.

SPIEGEL: Und diese Waschmaschine verändert die Welt?

Zander: Es geht um das Entstehen ganz neuer Wirtschaftszweige, nämlich elektronischer Serviceleistungen. Heute spielen Geräte die Hauptrolle. In Zukunft steht der Service im Mittelpunkt. In dieser neuen Welt muß man ein bißchen verrückt denken. Was macht man heute an der Tankstelle? Man füllt Benzin nach. Aber es gibt schon Versuche, bei der Gelegenheit elektronisch Kontakt zum Auto aufzunehmen. Dann könnte die Zapfsäule feststellen, ob der Reifendruck in Ordnung ist oder ob der Motor genug Öl hat, und dem Kunden den entsprechenden Service anbieten. Maßgeschneiderte Angebote – genau das macht heute den Erfolg von Internet-Buchläden wie „Amazon.com“ aus. In Zukunft wird sich diese Denkweise dank der allgemeinen Vernetzung auf alle Bereiche erstrecken.

SPIEGEL: Wie wollen Sie dieses Ziel erreichen?

Zander: Ich möchte drei Vorhersagen für das Jahr 2003 wagen. Erstens: Es wird überall Internetzugang geben, und zwar permanent verfügbar wie elektrisches Licht und Wasser. Schon in diesem Jahr wird voraussichtlich sechs- bis achtmal soviel Übertragungskapazität für Datentransfer genutzt wie für die herkömmliche Telefonie. Telefon wird irgendwann eine kostenlose Dreingabe zur Datenleitung in jedem Haus sein. Zweitens: Das Geld wird in dieser vernetzten Welt nicht mit Geräten, son-



Netzwerk-Spülmaschine von Bosch: *Leben in der Post-PC-Welt*

dern mit Service verdient. Drittens: Wir werden in der Post-PC-Welt leben.

SPIEGEL: Was heißt Post-PC? Ersetzen Sie nicht nur eine Sorte Geräte durch andere?

Zander: Nein, der PC ist heute eine proprietäre Technik, die von einzelnen Herstellern kontrolliert wird. Windows gibt es nur von Microsoft. Bei Autos ist das ganz anders, da ist nur die Höhe der Stoßstangen vorgeschrieben und die Anordnung vom Brems-, Kupplungs- und Gaspedal. Aber niemand hindert mich, ein Auto zu bauen, das aussieht wie ein BMW. Was zählt ist, ob ich Kunden davon überzeugen kann, es zu kaufen – nicht ob BMW erlaubt, es zu bauen. In der vernetzten Welt wird es ähnlich einfache Spielregeln geben, auch für Microsoft. Meine Enkel werden nicht mehr von Microsoft-Produkten dazu gezwungen sein, sich die Fähigkeiten von Computerspezialisten anzueignen. Sie werden Computer wie Fernseher benutzen.

SPIEGEL: Das klingt nach einem Rachefeldzug gegen Bill Gates. Ihre Firma spielt ja auch eine entscheidende Rolle im Kartell-Prozess gegen Microsoft.

Zander: Ach was, das interessiert mich gar nicht. Das sollen die Gerichte entscheiden. Wir führen einen eigenen Prozess gegen

Microsoft, weil sie den Lizenzvertrag zur Java-Technologie gebrochen haben. Und das ist aus unserer Sicht ein ganz einfacher Sachverhalt. Es geht hier nicht um die Marktanteile von Sun oder Microsoft. Wir wollen die Spielregeln der Computerbranche von Grund auf verändern. Dazu gehört unsere Geschäftsbeziehung mit dem Online-Anbieter AOL, unser Engagement für einen neuen Standard in der Telefonvermittlungstechnik und die Netzwerktechnologie Jini. Ehrlich gesagt interessiert mich nicht, was Microsoft tut. Wir wollen Microsoft nicht kaputt machen, wir wollen nur etwas Besseres anbieten.

SPIEGEL: Wie wird sich diese neue Welt für den Computernutzer darstellen?

Zander: Abstürzende Computer, Upgrades, Updates und all die komplizierten Konfigurationen wird es nicht mehr geben. Viele Computer werden nicht mehr wie Computer aussehen, son-



Internet-Café: *Telefon als kostenlose Dreingabe*

dern Teil meines Fernsehers oder vielleicht sogar meines Kühlschranks sein. Mein Computer wird mich überall hin begleiten, denn ich werde eine Chipkarte bei mir haben, die ich in jedes Internetgerät im Hotel oder im Flugzeug einstecken kann, und schon werde ich auf dem Bildschirm das gleiche sehen wie zu Hause. In nicht allzu ferner Zukunft wird die Datenleitung genauso wie der Stromanschluß zur Grundausstattung eines Haushalts gehören. Sie werden keine Software mehr kaufen, sondern alle Funktionen, die Sie brauchen, als Service über das Netz beziehen und dafür eine monatliche Gebühr bezahlen, genauso wie die Telefon- oder Stromrechnung. ♦

Werbeseite

Werbeseite

MEDIZIN

Rapunzelpille für den Mann

In der letzten Woche kam ein Haarwuchsmittel auf den deutschen Markt: Träger von Geheimratsecken dürfen hoffen, Männern mit Altglatze hilft es nicht.

Zusehen ist gut, Handeln ist besser – wenn ihnen mehr Haare ausfallen, als neue nachwachsen können (normalerweise 80 bis 100 am Tag), greifen Männer zu den skurrilsten Mitteln.

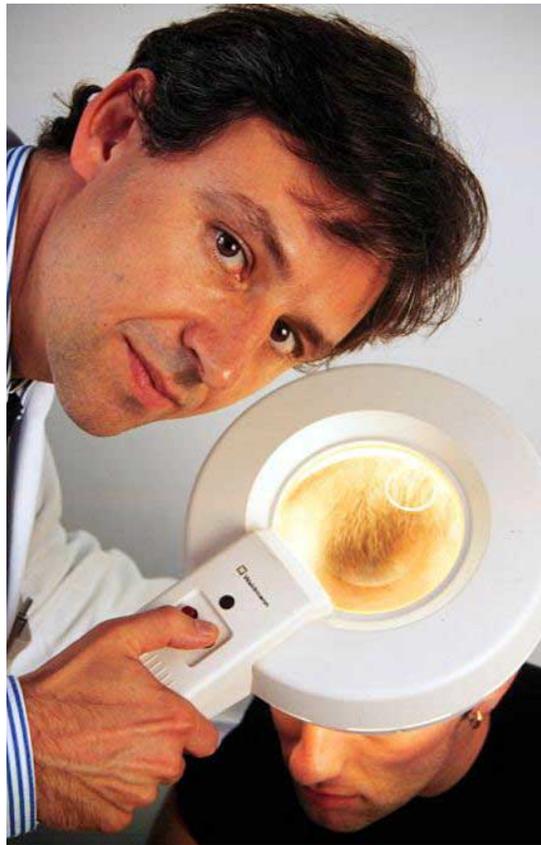
Ägypter schmierten sich vor dreieinhalb Jahrtausenden Nilpferdfett oder Gazellenkot aufs bare Haupt (riecht). Moderne Zeitgenossen greifen zu Cremes, Wässerchen und Ölen (bringen nichts), lassen sich Nackenhaar auf die blanke Schädeldecke transplantieren (sieht schauerlich aus) oder retten sich wenigstens mit dummen Kneipensprüchen über ihr Leid hinweg („Lieber eine Glatze als gar keine Haare“).

Auch die Pharmaindustrie hat in den vergangenen Jahrzehnten versucht, das zweitgrößte Männerproblem an der Haarwurzel zu packen – vergebens. Die Therapie der gemeinen Glatzenbildung, so lautete das Credo der Dermatologen, sollte man am besten Hexen anvertrauen.

Andere Ratschläge der Ärztegilde waren genausowenig geeignet, die Schrecken der Männerwelt zu lindern („Nur die Kastration hilft zuverlässig“, „Alkoholiker leiden seltener an Haarausfall“).

Mit Propecia, dem Anti-Glatzen-Mittel der US-Pharmafirma MSD Merck Sharp & Dohme, ist jetzt, so scheint es, alles anders. Erstmals gibt es eine Substanz, deren Wirksamkeit wissenschaftlich eindeutig bewiesen ist: Bei klinischen Tests mit 1215 Männern zwischen 18 und 41 Jahren stoppten die rosa Pillen den Haarausfall bei 83 Prozent der Probanden; bei 40 Prozent sprossen neue Härchen. Auch in Deutschland ist die Rapunzelpille für den Mann seit Montag letzter Woche auf dem Markt.

Weil sich die Pharmaindustrie ein Milliardengeschäft verspricht, machten sich ihre Wissenschaftler schon vor langem ans Werk. Als Ursache des Massensterbens auf dem Kopf haben sie inzwischen die Substanz Dihydrotestosteron (DHT) enttarnt, ein Abbauprodukt des männlichen Geschlechtshormons Testosteron. DHT, so erkannten sie, reichert sich an den Haarwur-



Dermatologe Wolff: 7,6 Pfennig pro Haar

zeln an und schneidet sie allmählich von der Blutzufuhr ab. Folge: Die empfindlichen Wurzeln schrumpfen und verhornen, am Ende erleiden sie den Hungertod.

Finasterid, der Wirkstoff des Glatzenkillers Propecia, unterbricht diesen verhängnisvollen Kreislauf. Er hemmt die Aktivität des Enzyms 5-Alpha-Reduktase, mit dessen Hilfe ein Teil des Testosterons ständig in Blut treibenden Bösewichts verringert sich, die Haarwurzeln können sich erholen.

Bei einem Riesenheer von zumeist jüngeren Männern könnten die Geheimratsecken dank der Wundersubstanz wieder zuwuchern. Doch auch die achteckigen Pillen sind kein Allheilmittel. Propecia, so haben die Tests gezeigt, wirkt nur bei Männern mit erblich bedingtem Haarausfall („androgenetische Alopezie“). Die Kur verlangt zudem ei-

sernen Durchhaltewillen: Die Pillen müssen täglich geschluckt werden; wer sie nach einiger Zeit absetzt, findet die teuer bezahlten Stoppeln zuverlässig im Duschsieb wieder.

Auch mit ästhetischen Wundern ist nicht zu rechnen. Propecia, warnt der Münchner Dermatologe Hans Wolff, der an den klinischen Tests mit dem Präparat beteiligt war, „macht aus einem Yul Brynner keinen Jimi Hendrix“.

Die Angst vor unerwünschten Nebenwirkungen des Kopfputzmittels scheint bei der Mehrzahl der deutschen Dermatologen nicht mehr groß zu sein. Bei den klinischen Tests klagten 1,8 Prozent der Propecia-Behandelten über Libidoverlust und Potenzschwächen – ein akzeptables Risiko, auch in der Gruppe der mit wirkungslosen Scheinmedikamenten therapierten Männer war die Rate ähnlich hoch (1,3 Prozent). Die Gefahr, daß die Pille nicht nur die Strubbel, sondern auch die männliche Brust sprießen läßt, ist offenbar gering.

Nicht auf die leichte Schulter zu nehmen ist dagegen ein Problem, das viele Experten bisher noch nicht einmal wahrgenommen haben. Denn DHT ist auch für die gesunde Entwicklung männlicher Föten im Mutterleib notwendig. Schwangere dürfen die rosaroten Tabletten deshalb „noch nicht einmal anfassen“, warnt Klaus Fritz, Sprecher des Berufsverbands der Deutschen Dermatologen – der Wirkstoff könnte durch die Haut dringen und Fehlbildungen an den Geschlechtsorganen der Ungebore-

nen verursachen. Aus demselben Grund birgt auch der Sex mit Propecia-gepäppelten Männern Gefahr, Experten empfehlen die Verwendung von Kondomen.

In den USA haben die gepfefferten Preise für das Lifestyle-Medikament – durchschnittlich kostet jedes neue Haar 7,6 Pfennig, der Preis für eine Jahresration Propecia beträgt knapp 1500 Mark – die Kauflust der Glatzköpfe nicht gedämpft. Schon im ersten Jahr der Marktzulassung fand die Firma 400 000 Kunden für ihr Mittel. Der Umsatz mit dem Präparat schnellte auf 120 Millionen Mark. Auch in Deutschland, so melden die Dermatologen, sei das Interesse an der Pille riesig.

Von den Früchten des Erfolgs werden indessen, allen Hoffnungen zum Trotz, nicht die profitieren, die ihn am sehnlichsten erhoffen – die Träger von Altglätzen.

Ohnehin haben die Wissenschaftler köpflings Blanken den tröstlichen Glauben geraubt, die Natur entschädige sie für den Mangel auf dem Kopf an anderer Stelle: An dem Gerücht, ein kahler Schädel sei ein Indiz für besondere Manneskraft, ist nichts Wahres dran. Die Haarwurzeln der Betroffenen sind, das Leben ist banal, nur mit wesentlich mehr Rezeptoren für den Haarwurzelskiller DHT bestückt, als es bei Zeitgenossen mit Lockenpracht der Fall ist.

Jetzt läßt auch Propecia diese Leidgeprüften im Stich: Wo keine Haarwurzel mehr unter der spiegelblanken Platte pocht, helfen auch die rosa Pillen nichts.

GÜNTHER STOCKINGER



Haarwuchspille Propecia

Werbeseite

Werbeseite

WETTBEWERBE

Guildos Multikulti-Erben

Während die Politiker noch über die doppelte Staatsbürgerschaft streiten, schafft die deutsche Schlagerbranche Fakten: Im Jahre eins nach Guido Horn treten am 12. März zur nationalen Vorausscheidung für den Grand Prix Eurovision auch sechs Deutsch-Türken an: „Wir wollen für Deutschland singen“, und zwar dreisprachig (deutsch, türkisch, englisch), verkünden die Mitglieder der Gruppe Sürpriz (türkisch für Überraschung). Zusammengestellt wurde die bayerische Multikulti-Combo – vier der sechs Musiker sind geborene Münchner – von Grand-Prix-Veteran Ralph Siegel („Ein bißchen Frieden“). Siegel, 53, spricht von einem „historischen Schritt“, denn bisher mußten die Grand-Prix-Kandidaten in ihrer jeweiligen Landessprache trällern, und hofft bei der Telefon-Abstimmung über den deutschen Grand-Prix-Vertreter auf massenhafte Anrufe deutsch-türkischer Unterstützer. Auch sonst bricht der NDR, der die deutsche Vorausscheidung veranstaltet, in diesem Jahr lustvoll nahezu alle Schlager-Tabus: So soll in der Grand-Prix-Sendung auch der Klezmer-Musiker Giora Feidman auftreten – außer Konkurrenz. Feidman, 62, wurde durch seine Klarinetten-Soli in den Filmen „Schindlers Liste“ und „Jenseits der Stille“ bekannt.



Feidman, Grand-Prix-Bewerber Sürpriz



GESCHICHTE

Venedigs Ur-Taktiker

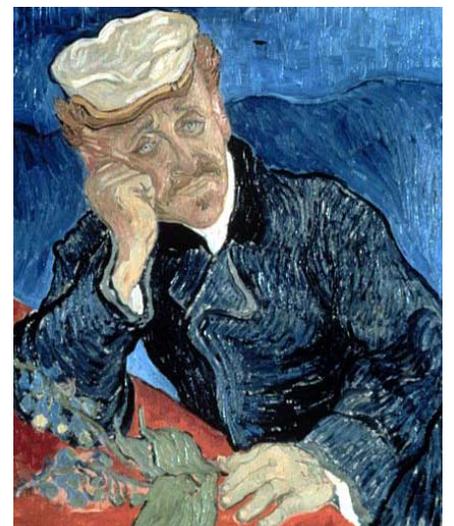
In Geschichtsbüchern taucht er meist knapp als zäher Methusalem auf: Mit 85 Jahren, erzählen die Quellen, wurde Enrico Dandolo 1192 zum Dogen Venedigs gewählt, und mit fast 100 machte er Weltgeschichte. Dandolo nämlich war es, der ein aus Geldmangel in Venedig festsitzendes Kreuzfahrerheer erst gegen das dalmatinische Zara, dann 1203 gegen Konstantinopel sandte, ja, die Plünderung von Ostroms Metropole maßgeblich lenkte. Ein Kreuzheer, das Christen brandschatzt? Darauf konnte nur ein mieser Schacherer kommen, klagen Historiker bis heute. Karl-Hartmann Necker dagegen müht sich nun, dem Alten gerecht zu werden. In seiner Biographie „Dandolo – Venedigs kühnster Doge“ (Böhlau Verlag, Wien; 408 Seiten; 58 Mark) erörtert der Seerechts-experte, wie raffiniert Dandolo im Henkenkessel der Mächte für das kleine Venedig taktierte: Als er im Juni 1205 starb, hatte der nahezu blinde alte Realpolitiker seiner Republik für lange Zeit eine Vormacht im Mittelmeer gesichert.

SAMMLUNGEN

Arzt im Malerkittel

Die letzten 70 Tage vor seinem Selbstmord verbrachte er in Nähe seines Nervenarztes – obwohl Vincent van Gogh jenen Dr. Gachet für ebenso krank hielt wie sich selbst. Paul Gachet, ein Exzentriker mit melancholischem Blick, liebte die Malerei. Er befreundete sich mit Renoir, Cézanne, Pissarro und Sisley, hortete ihre Gemälde und griff – unter Pseudonym – sogar selbst zum Pinsel. Auch seinen Sohn hielt er zum Malen an, aber bei Paul Gachet junior reichte es nicht zum Profikünstler. Immerhin schenkte er die hochkarätige Impressionistensammlung seines Vaters nach und nach dem französischen Staat. Skeptische Experten aber munkelten bald, Gachet habe den Museen ein paar Fälschungen untergeschoben, womöglich Kopien von der dilettantischen Hand seines Vaters. Verunsichert von den Gerüchten, schickte das Pariser Musée d'Orsay die Gemälde im vergangenen Jahr ins Labor – und erhielt nun eine Entwarnung. Bei den geschenkten Bildern, da sind sich die Kuratoren inzwischen

sicher, handelt es sich ausschließlich um Originale. Das Ergebnis der Forschungen wird jetzt von Samstag an in einer Groß-Ausstellung im Grand Palais in Paris gezeigt (bis 26. April). Unter den rund 250 ausgestellten Werken befinden sich auch einige Kopiersversuche von Vater und Sohn Gachet: später Ruhm für die Hobbymaler.



Van Goghs „Porträt des Dr. Gachet“ (1890)



Hirschhorn-Installation „Bernsteinzimmer“

KUNST

Das magische Zimmer

Ist der Schatz nun doch gehoben? Jahrzehntlang, so fabuliert der in Paris seßhafte Schweizer Künstler Thomas Hirschhorn, hätten die Paneele, Skulpturen und Kandelaber des berühmten Bernsteinzimmers wie eine „Zeitbombe“ auf dem Meeresgrund gelegen, nachdem die deutsche Wehrmacht sie aus einem Zarenschloß bei Leningrad entführt hatte und sich die Spur der Kostbarkeiten bei Kriegsende verlor. Endlich seien sie wieder ans Licht gebracht – inzwischen aber, stark wertmindernd, vergammelt und verschimmelt. In der Berliner Galerie Arndt & Partner hat Hirschhorn, 41, sein Gedankenspiel zu einer fiktiv-phantastischen Szene ausgebaut (bis 20. März). Hinter einer Trennscheibe sieht der Besucher eine – durch Umhüllung aus grauen Müllsäcken ins Geisterhafte und Schabig-fremdete – Teil-Rekonstruktion des Bernsteinzimmers. Aus dieser Vitrine jedoch scheinen große Tropfen bernsteingelber Plastik in den Zuschauerbereich herüberzuquellen. Und darin sind gedruckte Hinweise auf Werte eingeschlossen, die Hirschhorn statt des Zarenschatzes hochhalten möchte: zum Beispiel Texte von Ingeborg Bachmann und von Václav Havel.

Kino in Kürze



Miller-Film „Schweinchen Babe ...“

„Schweinchen Babe in der großen Stadt“. Niemand hatte mit diesem neuen Star gerechnet, niemand konnte sich seine Karriere vorstellen – deshalb wurde das

australische Schweinchen namens Babe zum Überraschungs- und Glückstreffer der Kinosaison 1995, so überwältigend, daß er beim besten Willen nicht folgenlos bleiben konnte. Nun ist es soweit, das clevere Team unter Anführung des Produzenten (und diesmal auch Regisseurs) George Miller hat erneut die Sau rausgelassen, natürlich in größerem Stil, weil Wiederholungen immer mit mehr Trara daherkommen müssen. Babe selbst bleibt in diesen neuen Abenteuern mit Hunden und Affen so rührend wie je, doch das Gesamte wirkt nun berechnend und auf Wirkung getrimmt: Charme und Einfalt sind weg, Babe hat seine Unschuld verloren.

POP

„Angst vor starken Frauen“

Die Spätsiebziger-Ikone Debbie Harry, 53, über das Comeback ihrer einst mit Hits wie „Heart of Glass“ und „Call Me“ weltweit erfolgreichen Band Blondie

SPIEGEL: Ms. Harry, bei Blondie nannten Sie sich Debbie, als Solo-Künstlerin Deborah. Nun treten Sie wieder mit Ihrer Band an, und in diesen Tagen erscheint das neue Album „No Exit“. Sind Sie wieder Debbie?

Harry: Nennen Sie mich einfach Darling, das ist immer in Ordnung.

SPIEGEL: Ihren Durchbruch mit Blondie schafften Sie 1979, drei Jahre später zerbrach die Band. Was unterscheidet Blondie 1999 von der Vorzeigeband der damaligen New-Wave-Mode?

Harry: Daß es diesmal Spaß macht. Wenn man jung ist, ist Ruhm ein anstrengendes Vergnügen. Jede Nacht befürchtest du, daß am nächsten Tag alles vorbei sein könnte. Blondie sind, in Pop-Jahren gemessen, Harry steinalt. Wir müssen nichts mehr beweisen und genießen jede Sekunde.

SPIEGEL: Sie hatten damals eine Handvoll Welthits. Was ging dann schief?

Harry: Die alte Geschichte: Junge Band, talentiert und naiv, gerät an fiese Geschäftemacher. Die Band ist eines Tages bankrott, die Manager und die Millionen über alle Berge. Aber im Grunde hatten wir Glück: Statt jahrelang auf Welttournee zu gehen, saßen wir friedlich zu Hause herum. Das hält jung.

SPIEGEL: Schmeichelt es Ihnen, daß jüngere Popstars wie Madonna und Courtney Love Sie als Vorbild verehren?

Harry: Das geht in Ordnung. Als wir angingen, durften Frauen nur sexy sein, aber nicht stark – sonst hatten die Männer offenbar Angst vor ihnen.

SPIEGEL: Stimmt es, daß in Hollywood ein Film über die wilden Jahre von Blondie vorbereitet wird?

Harry: Irre, aber wahr. Unser Wunschregisseur heißt Oliver Stone. Ich habe schon eine Idee für das Ende des Films: Ich gehe allein durch den Central Park, sammle herumfliegende Dollarnoten auf und stopfe sie in einen Müllsack.



S. GRANITZ / RETNA

Harry

FERNSEHEN

Der Kriminalist als Kardinal

Ein Vierteljahrhundert väterlichen Wirkens hat den Kripo-Mann „Derrick“ alias Horst Tappert zur Kultfigur und zum global synchronisierten Exporthit des deutschen Fernsehens gemacht. Derzeit mimt der ausgediente Oberinspektor, 75, eine väterliche Rolle skandalöserer Art: Er spielt einen Kardinal, der in vorgerücktem Alter seinem Enkelkind und der Tochter, die er als junger Priester unwissentlich und unheilig gezeugt hat, begegnet. Die Koproduktion des ZDF mit dem italienischen Fernsehkanal Rai Due wird derzeit in Rom gedreht; wann der Film im ZDF gesendet wird, steht noch nicht fest. Am Rande der Dreharbeiten kommentierte der nahezu kahlköpfige Tappert in einem Interview mit „La Repubblica“ auch den Abschied vom „Derrick“-Toupet: „Ich habe mich glücklich von der lästigen Perücke befreit, die ich ein Vierteljahrhundert lang tragen mußte.“ Die Rolle des Priesters sei ihm nicht fremd, er habe sie schon auf dem Thea-

ter gespielt. Wie es heißt, bemühen sich ZDF-Vertreter nun um den ultimativen Publicity-Coup: eine päpstliche Privataudienz für ihren Star. Der Mann, der „Derrick“ war, habe auch dieses Ansinnen, so schreibt die „Repubblica“ anerkennend, „mit preußischer Geduld“ hingenommen.

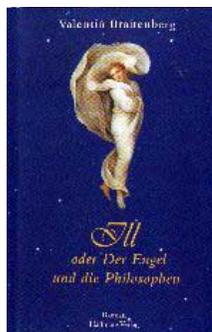


Geistlichen-Darsteller Tappert

LITERATUR

Tanz des Wirklichen

Was soll diese Geschichte nur bedeuten? Da begegnet der Erzähler wie zufällig in einer Hotel-Lobby einer Frau. Wie zufällig nehmen die beiden wenig später anderswo ein Doppelzimmer. Und ganz ohne Liebesnacht beschließen die Dame namens Ill und er am nächsten Morgen, daß sie zusammenbleiben wollen. Traumhaft und scheinbar ziellos reist das seltsame, diskutierfreudige Paar durch Europa und besucht überall gescheite Forscher: zum Beispiel Herrn Leitner, der in seinem Institut „Con-Scientia“ das menschliche Bewußtsein ergründen will und dazu auch mehrere Denk- und Willenswelten maschinell kopiert. Oder ein Physik-Wunderkind namens Hendl, für das die Wirklichkeit ein einziger Tanz der Kräfte ist. Auf der Insel Nisida im Golf von Neapel treffen sie den Naturkundler Aiello, der an einer „All-



gemeinen Theorie der Ideen“ arbeitet, um etwa zu erklären, weshalb Katzen und Eulen so ähnliche Kopfformen haben. Der alte Geigenhändler Fleischmann schwärmt vom unmeßbaren Charakterton großer alter Instrumente, und im Jerusalemer Felsendom finden die beiden das „Heiligtum der göttlichen Symmetrie“, nach dem Philosophen wie Physiker noch immer fahnden. Wie Versuchsarrangements hat Valentin Braitenberg, 72, die präzisen kleinen Dialoge angelegt – kein Wunder bei einem Mann, der das Drumherumreden haßt: Lange Jahre hat Braitenberg das Tübinger Max-Planck-Institut für biologische Kybernetik geleitet. Anders als im Labor jedoch bleiben am Schluß, als die unergründliche Ill so plötzlich verschwindet, wie sie aufgetaucht war, keine Daten übrig. Was bleibt, sind Fragen: Fragen zum Weitergrübeln, kluge Fragen, die zeigen, daß zwischen der verstehbaren Natur und dem erklärbaren Geist, zwischen Nutzen und Schönheit noch viele Rätsel warten. „Alles Interessante ist zwischen den Zeilen“, heißt es einmal. Stimmt: Wer dort sucht, findet in diesem Buch eine Menge kleiner Juwelen.

Valentin Braitenberg: „Ill oder Der Engel und die Philosophen“. Haffmans Verlag, Zürich; 160 Seiten; 32 Mark.

Am Rande

Nummer Sicher



Im Gegensatz zum Internet-Surfen, Musikhören, Golfspielen und Ikebana ist Sex die einzige Form der Unterhaltung und Kommunikation, für die keine besondere Ausrüstung nötig ist. Alles, was der Mensch dazu braucht, hat er immer bei sich. Eine großartige Erfindung der Natur, einzigartig und doch so einfach. Kein Wunder, daß Verhaltensforscher von der Sexualität noch mehr fasziniert sind als die Vertreter der Kirchen. Nachdem sie soeben herausgefunden haben, daß katholische Mädchen sexuell viel aktiver sind als gleichaltrige Protestantinnen, legen sie nun eine Studie zum Sexleben der Deutschen im allgemeinen vor. Das Ergebnis ist ermutigend, denn es zeigt, was uns Verona Feldbusch und Lilo Wanders Woche für Woche verschweigen: Wir sind ein ganz normales Volk, das nicht immer wieder aufgeklärt werden muß. Wir wissen es nicht nur, wir können es auch. 86 Prozent der Bundesbürger sind mit ihrem Sexualleben „zufrieden“ bis „sehr zufrieden“, ein Rating, das keine Partei erreicht. Am liebsten treiben es die Deutschen in der freien Natur, an zweiter Stelle rangiert das Bett und an dritter das Auto. Wobei sexuelle Präferenzen eindeutig mit politischen Haltungen zu tun haben. Anhänger der Grünen paaren sich in der Natur viel lieber als CDU-Wähler, während diese es im Auto viel aufregender finden als praktizierende Sozialdemokraten. Die Studie widerlegt nicht nur viele Vorurteile, zum Beispiel daß die Deutschen einfalllos und träge seien, sie wird auch das Sprachverhalten ändern. Statt des alten Spruches „Zu dir oder zu mir?“ wird die Einstiegsformel bald lauten: „Wollen wir spazierengehen oder Auto fahren?“

DENKMALSTREIT

Endsieg des Absurden

Der jüngste Entwurf fürs Berliner Holocaust-Mahnmal ist ein Kombi-Paket, das eine Bibliothek, ein Dokumentationszentrum und ein Genozid-Watch-Institut enthält – alles zusammen für runde 100 Millionen Mark. *Von Henryk M. Broder*

Bei einem Essen mit einem deutschen Journalisten sprach sich ein deutscher Diplomat in den USA jüngst für das „Mahnmal“ in Berlin aus. „Wir brauchen es dringend, je schneller es gebaut wird, um so besser.“ Auf die Frage des Journalisten, wer mit „wir“ gemeint wäre, antwortete der Diplomat: „Das Auswärtige Amt. Es ist gut für unsere Selbstdarstellung in den USA.“

Seit kurzem schaut der Mann wieder optimistisch in die Zukunft. Das Mahnmal – nach dem Transrapid die zweitgrößte Totgeburt, die sich aus der Bonner in die Berliner Republik hinüberretten konnte – könnte doch noch in Angriff genommen werden, wenn alles schiefgeht, noch in diesem Jahr, rechtzeitig zu den Jubelfeiern zum 50. Geburtstag der Bundesrepublik und zum 10. Jahrestag des Mauerfalls. Womit die „Endlösung“, das Entstehen der BRD und das Ende der DDR zu einer historischen Dreifaltigkeit verschmelzen würden.

Was von dem designierten Staatsminister für Kultur, Michael Naumann, als „eine perfekte Synthese“ gerühmt, von anderen Beobachtern dagegen lau als „Kompromiß“ beschrieben wird, wäre der Endsieg des Absurden. In der Tat eine „perfekte Synthese“, wenn auch aus deutschem Sünden- und jüdischem Opferstolz. Das Kollektiv der Täter rühmt sich noch einmal in geheuchelter Trauer seiner Verbrechen, und das Kollektiv der Opfer nimmt es noch einmal hin, sonderbehandelt zu werden, diesmal auf Kosten der Sinti und der Roma, der Homosexuellen, der Zeugen Jehovas und all der anderen Opfer der Nazis, denen kein Mahnmal gesetzt werden soll, weil für das deutsche Ansehen im Ausland Schwule und Zigeuner irrelevant sind.

Es wäre auch der Beweis, daß einige deutsche Sekundärtugenden wie Ausdauer, Hartnäckigkeit und Unbelehrbarkeit, die schon bei der Durchführung der „Endlösung“ hilfreich waren, sich noch immer bezahlt machen. Ein Projekt, das man angefangen hat, muß man zu Ende bringen, egal wie: letzten Endes – Konsequenz.

Daran hat Lea Rosh vermutlich nicht gedacht, als sie 1988 eine Bürgerinitiative ins Leben rief, die den „ermordeten Juden Europas“ ein Mahnmal setzen wollte. Im letzten Jahr der Bonner Idylle, nach Bitburg und dem Historikerstreit, war man nah dran, den Holocaust als einen Betriebsunfall der deutschen Geschichte abzubuchen.

Daß die Initiative eine „Mission Impossible“ war, wurde spätestens im April 1995 klar, als im ehemaligen Staatsratsgebäude der DDR in Berlin die Ergebnisse des ersten Wettbewerbs für das Mahnmal präsentiert wurden: insgesamt 528 Modelle, eines peinlicher, mißglückter, blamabler als das andere. Es war die große Jeder-kann-mitmachen-Schau des schlechten Gewissens und der präventösen Ratlosigkeit. Ein Künstler wollte ein Super-Riesenrad bauen, mit 16 Viehwaggons als Gondeln. Ein anderer einen auf einem See schwimmenden Davidstern von 120 Metern Durchmesser mit einem gebrochenen Herzen als Krönchen obendrauf und „Trauerarbeitsplätzen“ untenrum.

Statt die Ausstellung zum Mahnmal zu erklären und als deutsches Psychogramm stehenzulassen, wurden von einer 15köpfigen Jury unter dem Vorsitz von Walter Jens zwei erste Preise vergeben. Der von Lea Rosh favorisierte Entwurf einer Berliner Künstler- und Architektengruppe – eine etwa 100 mal 100 Meter große, schräg aus dem Boden aufsteigende Betonplatte – wäre längst gebaut, wenn Kanzler Helmut Kohl nicht sein Veto („zu monumental“) eingelegt hätte. Par ordre du mufti wurde der ganze Vorgang zur Makulatur erklärt. Es folgten ein zweiter Wettbewerb mit 19 eingeladenen Künstlern, drei öffentliche Kolloquien mit über 70 Experten, zahllose Beratungen hinter den Kulissen und diskrete Interventionen zugunsten des einen oder anderen Entwurfs.

Mit dem Ende der Ära Kohl schien auch das Mahnmal im Abgrund der Geschichte verschwunden. Der neue Kanzler, Gerhard Schröder, wünschte sich einen Ort, „wo man gerne hingeh“, der neu kreierte



Mahnmal-Präsentatoren Naumann, Eisenman mit neuem Modell*, bisheriger Mahnmal-Entwurf
Synthese aus Sünden- und Opferstolz

Staatsminister für Kultur, Michael Naumann, sprach sich noch vor Beginn seiner Amtszeit gegen ein zentrales Monument aus, da es in Deutschland genug authentische Orte der Erinnerung gebe. Der New Yorker Architekt Peter Eisenman, einer der Preisträger des zweiten Wettbewerbs, der auf Drängen von Kohl seinen „Stelenwald“ von Anfang 4100 auf 2700 Betonpfeiler verkleinert hatte, erklärte noch im Dezember letzten Jahres, er sei zu keinen

* Am vorvergangenen Sonntag im Berliner Hotel Adlon.



W. STEICHE / VISUM

Mit solchen Konstruktionen, die vor allem die Grenze zwischen Sein und Schein in der modernen Kunst markieren und seine Integrität als Künstler. „Ein Museum ist etwas völlig anderes, das geht nicht“, er werde sich „nicht mit Aufträgen ködern lassen“.

Doch da hatte Michael Naumann seine ursprüngliche Haltung bereits geändert, sich staatstragend den Zwängen einer wirklichen oder vermeintlichen Rason unterworfen. Im Eiltempo wurde der ungeliebte Wechselbalg zum Wunschkind umdeklariert. Kurz nach Weihnachten geschah dann das Wunder. Naumann traf sich mit Eisenman, und der schaffte es, innerhalb von nur drei Wochen seinen Entwurf komplett zu überarbeiten. Die Zahl der symbolträchtigen „Stelen“ soll weiter redu-

Mahnmal, ursprünglich auf 15 Millionen Mark kalkuliert, soll jetzt 100 Millionen bis 120 Millionen Mark kosten, was das Architektenhonorar entsprechend erhöht. Die übrigen an der Inszenierung Beteiligten wollen, nachdem sie sich so lange abgestrampelt haben, irgendein Ergebnis sehen. Wären die Zehn Gebote in Deutschland erfunden worden, würde das Erste Gebot lauten: „Du sollst beenden, was du einmal begonnen ...“

Ein Mahnmal im Doppelpack also. Aber was taugt ein Mahnmal, wenn es einer didaktischen Gebrauchsanweisung bedarf? Und wozu sollen eine Bibliothek und ein Dokumentationszentrum, so sie nötig sind, mit einem Mahnmal garniert werden? Aus zwei schlechten Ideen wird nicht automatisch eine gute. Zumal sich jetzt schon Kom-



Neueröffnetes Jüdisches Museum in Berlin: Suche nach Inhalt



REUTERS

ziert werden, um Platz zu schaffen für eine „Wand der Bücher“ aus Stahl und Glas und ein Dokumentationsgebäude, das „Haus des Erinnerns“ heißen soll. Neben dem Brandenburger Tor soll jetzt ein Mahnmal mit einer Bibliothek und einem Dokumentationszentrum gebaut werden. Sogar Lea Rosh, die sich anfangs „überrascht und irritiert“ zeigte, erkannte: „Mir ist eine strittige Entscheidung lieber als gar keine.“

weiteren Zugeständnissen bereit. Er habe, sagte er in einem Gespräch mit der „Berliner Zeitung“, mit seinem Entwurf „die Grenze zwischen Himmel und Erde“ markieren wollen, „eine Leere schaffen“, „ein Feld ohne Eigenschaften“, einen „Ort des Nichts“, um „dem Besucher ein Gefühl des Verlorenseins im Raum und in der Zeit“ zu geben.

Man sollte diesen Satz über dem Eingang zum Mahnmalgelände in Stein schlagen oder in Eisen gießen, wie „Jedem das Seine“ in Buchenwald. „Lieber eine strittige Entscheidung als gar keine“ trifft den Nagel auf den Kopf. Hauptsache, es passiert was. Wundert es irgendwen, daß der Architekt Eisenman sich doch noch auf einen weiteren Kompromiß einließ? Das

petenzrangeleien abzeichnen, wie die ganze Anlage verwaltet und genutzt werden soll.

Es gibt in Berlin bereits die „Topographie des Terrors“ auf dem ehemaligen Gestapo-Gelände, ein Dokumentationszentrum in der Wannseevilla, wo 1942 die „Endlösung“ beschlossen wurde, und ein Institut für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität. Seit verganginem Samstag gibt es auch das Jüdische Museum, das noch mit Inhalt gefüllt werden muß, und ganz am Rande gibt es auch eine Jüdische Volkshochschule, deren Besucher zum größten Teil Nichtjuden sind und die jedes Jahr um eine lächerliche Subvention des Berliner Senats von 250 000 Mark bangen muß.

Nur wenn es um tote Juden geht, spielen Kosten keine Rolle, sind 100 Millionen bis 120 Millionen Peanuts. Das sei „die allerletzte Frage“, erklärte SPD-Fraktionschef Peter Struck großmütig in Berlin.

Aber es geht auch nicht wirklich um tote Juden, um die Erinnerung an die sechs Millionen jüdischen Opfer des NS-Wahns. Wenn es so wäre, müßte ein ganz anderes

MUSIK

Schreckensspiel mit Pfiff

Diese Woche soll die Oper „Brundibár“, einst im KZ Theresienstadt aufgeführt, in Berlin präsentiert werden. Doch mangels Geld bleibt das Projekt eine halbe Sache.

Mahnmal gebaut werden. Der „Bus Stop“ der beiden Berliner Konzeptkünstler Renata Stih und Frieder Schnock, die auf dem Mahnmalgelände eine Busstation errichten wollten, von der Busse mit der Aufschrift „Mahnmal für die ermordeten Juden Europas“ zu den Orten der Vernichtung fahren sollten. Doch da war die Gefahr groß, daß die Busse leer verkehren würden, dermaßen das Desinteresse der aufzuklärenden Massen dokumentierend.

Ähnlich gut durchdacht und ebenso chancenlos war der Vorschlag von Rudolf Herz, München, und Reinhard Matz, Köln, die einen Kilometer Autobahn bei Kassel mit Kopfsteinpflaster belegen und damit Zehntausende von Autofahrern täglich zwingen wollten, die Geschwindigkeit für zwei Minuten auf 30 km/h zu reduzieren. Große Schilder über der Autobahn sollten den Grund der Maßnahme erklären: „Mahnmal für die ermordeten Juden Europas“. So etwas wäre den Autofahrern nicht zuzumuten, und wenn, dann würde es nur den Antisemitismus befördern, hieß es aus den Kreisen der konventionellen Mahnmalbefürworter.

Was die Mahnmalbauer nun vorhaben, ist freilich noch weitaus absurder. Sie möchten das Dokumentationszentrum durch ein „Genozid-Watch-Institut“ ergänzen, das helfen soll, künftige Völkermorde zu verhindern.

Eine noble Aufgabe, die eine genauere Erklärung verdienen würde. Wie soll man sich die Arbeit der Genozid-Wächter vorstellen? Werden sie von einem Hochsitz am Mahnmalgelände in die weite Ferne blicken, während unter ihren Füßen kleinere Menschengruppen massakriert werden, ohne daß die Blutbäder gleich als „Genozid“ eingestuft würden? Könnte man die Arbeit der Genozid-Watcher mit der der Weight Watcher verbinden, die immerhin bereits über ein weltweites Netzwerk verfügen? Und was passiert, wenn irgendwo in der Welt ein Völkermord entdeckt wird? Wird dann eine deutsche Anti-Genozid-Einheit so schnell und so entschlossen eingreifen wie neulich nach dem Massaker von Račak im Kosovo?

Auf solche Fragen hat der Kulturbeauftragte der Bundesregierung, der sich bis jetzt außer mit dem Holocaust-Mahnmal noch ein wenig mit der Buchpreisbindung beschäftigt hat, natürlich noch keine Antwort parat. Erst einmal gilt es, ein Paket zusammenzuschüttern: Eisenman soll kleiner bauen, der Bundestag schneller beschließen, der Kanzler von seinem Votum abrücken, daß es ein Mahnmal werden soll, wo man gerne hingehet. „A bissel und a bissel gibt a volle Schissel“, sagt ein altes jiddisches Sprichwort.

Bald ist die Schüssel voll, und dann hat Berlin ein Holocaust-Mahnmal, das ebenso sinnlos wie überflüssig ist, sich aber prima als PR-Gimmick vom Auswärtigen Amt vermarkten läßt. ◆

Gemächlich schlendern sie herein, die Choristen, die Solisten, der Titelheld mit Namen Brundibár. Seit Anfang Oktober kommen die Kinder nun schon regelmäßig zusammen und proben. Lena und Lina sind wieder da, Mia, Sara, Jana, Jona und Svenja, dazwischen Jörg, Victor, Rico, Gülcan und Benjamin. Langsam wissen sie, wie das in der Oper so läuft. Man kriegt ja Routine.

„Jetzt wird hier nichts mehr gegessen und getrunken“, verkündet der Mann mit dem roten Schal, der sich Regisseur nennt und den sie alle nur Matthias rufen.

Von wegen, Matthias! Schnell wird noch eine Cola geöffnet oder ein Fruchtdrink geschlürft, ein Mars-Riegel ausgepackt, eine Banane gemampft, ein Kaugummi zwischen die Zähne gesteckt. Oper zehrt.

„Jetzt ist hier absolute Ruhe“, fordert Matthias. Ist aber nicht: Auf der Bühne wird weiter gealgt; ein paar Jungs müssen noch mal austreten, doch „alle Klos sind besetzt“; einige von denen, die solistische Aufgaben haben, trällern laut ihre Parts: Das machen die Primadonnen auch so.

Einen Sack Flöhe zu hüten ist nichts dagegen: An die 50 Kids, aus 140 Bewerbern ausgewählt, studieren eine Oper ein – Kinder aus Berlin vor allem, aber auch aus Japan, Polen, Portugal, aus der Türkei und der Ukraine. Noch schnattert das Multikulti-Ensemble drauflos, als sei die Bühne ein Klassenzimmer und der Pauker taub.

Dabei wissen alle, daß es jetzt ernst wird. Am Dienstag letzter Woche war die erste Probe mit Orchester, nicht mehr, wie bisher, nur mit Klavier. Diesmal tauchten ein Flötist und ein Klarinetist auf, ein Trompeter, ein Akkordeonspieler und ein Schlagzeuger; vier Geigen wurden ausgepackt, ein Cello, ein Kontrabaß. Und die Frau am Klavier war auch wieder dabei. Mit einem Schlag war Oper richtige Musik.

Am Mittwoch dieser Woche wird nun Premiere sein. Dann singen und spielen die Kinder nicht mehr im muffigen Theatersaal des Kulturhauses Spandau, sondern in Berlin-Mitte, im nobel restaurierten Konzerthaus am Gendarmenmarkt, das in der Hauptstadt als erste Adresse gilt, eine 25 Meter breite Bühne hat und bis zu 1700 Zuhörer faßt. Dann ist das alles kein Kin-



„Brundibár“-Probe in Berlin
„Dem Horror entfliehen“



Krásá

derspiel mehr, sondern ein Politikum, sogar mit makabrem Hintergrund und – aktuell – mit hochnotpeinlicher Begleitmusik.

Gewiß, der Segen von oben ist aktenkundig. Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen hat letzte Woche für das Projekt die Schirmherrschaft übernommen. Die geplante

Aufführung wurde ins Unicef-Jubiläumsprogramm „Hauptstadt für Kinder. Partnerschaft 1999“ für Kinder eingereicht. „Jeunesses Musicales“, die weltweit größte kulturelle Jugendorganisation, hat das Konzept „mit großer Freude zur Kenntnis genommen“.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin übermittelte „beste Wünsche“. Miryam Shomrat, Israels Generalkonsulin in Berlin, zeigte sich „tief bewegt“. Das Berliner Anne Frank Zentrum wünschte, fast seherisch, „viel Kraft für die Verwirklichung dieser wertvollen und schönen Aufgabe“.

Nun ist die Kinderoper „Brundibár“ eigentlich eine nette, harmlose Sache. Die mittellosen Geschwister Aninka und Pepíček brauchen dringend Milch für ihre kranke Mutter. Um sich das nötige Geld zu verdienen, machen sie es dem Leierkastenmann Brundibár nach und auf dem Marktplatz Musik. Vergebens, keiner hört ihnen zu; Brundibár ist immer lauter.

„Brundibár“ in Theresienstadt (1944)
„Licht im Dunkel der Gefangenschaft“



M. LIEBERENZ / DRAMA

Doch am nächsten Tag kommen ihnen Spatz, Hund, Katze und alle Nachbarkinder zu Hilfe. Gemeinsam übertönen sie den Drehorgelspieler, und als der ihnen die erbetelten Münzen klaut, verfolgen sie ihn und nehmen ihm die Beute wieder ab. So ist das im Märchen: Das Gute siegt.

1938 hatte der Prager Rechtsanwaltssohn Hans Krása, ein Schüler des gemäßigten Modernisten Alexander von Zemlinsky, die Story mit Schalk und Pfiff vertont: die gesanglich einfachen, nur rhythmisch oft kniffligen Solos im kindgerechten Stimmbereich und das mit rund 50 Musikern besetzte Orchester als kreuzfidele Begleitung. Das schrammelt mal eckig, mal patzig, klingt nach Strawinski, Weill und Hindemith und dudelt als böhmische Jahrmarktsmusik gefällig daher.

Als „Brundibár“ im tschechischen Kinderheim Hagibor uraufgeführt wurde, war der jüdische Komponist von den Nazis längst mit dem Transport „Ba“ ins Konzentrationslager Theresienstadt deportiert worden. Knapp ein Jahr später, im Juli 1943, folgte ihm sein Freund Rudolf Freudenfeld. „Als kostbaren Schatz“, so Freudenfeld später, habe er „den versteckten

Klavierauszug durch die Kontrolle geschmuggelt und gleich am ersten Tag dem Komponisten übergeben, damit er eine neue Partitur anfertige“.

Krásá arrangierte den Zweiakter im Lager für jene kleine, kammermusikalische Besetzung, nach der jetzt auch in Berlin musiziert wird. Am 23. September 1943 fand im Saal der Magdeburger Kaserne in Theresienstadt eine fast festliche Premiere statt. Schon bald war „Brundibár“ das Renommierstück des Renommier-KZs – Musik zum Entzücken und, wie sich bald zeigte, zum Entsetzen.

Offiziell wurde die Märchenoper im Lager 55mal aufgeführt, insgeheim unzählige Male auch in stillen Ecken des Geländes und auf den Gängen der Wohnbaracken. Dabei mußte die Besetzung laufend geändert werden: Ständig kamen mitwirkende Kinder in Vernichtungslager und Neuzugänge an ihre Stelle – ein diabolisches Rondo.

Für Goebbels' Propagandafilm „Der Führer schenkt den Juden eine Stadt“ mußte Regisseur Kurt Gerron das „Theresienstädter Paradies“ auch mit idyllischen „Brundibár“-Sequenzen bebildern, SS-Lagerleiter Karl Rahm observierte die Dreharbeiten mit der Peitsche.

Am 16. Oktober 1944 wurde Krása mit dem Transport „Er“ von Theresienstadt nach Auschwitz transportiert und dort zwei Tage später, knapp 45 Jahre alt, in der Gaskammer umgebracht. Sein „Brundibár“ blieb fast bis zur Befreiung von Theresienstadt auf dem dortigen Spielplan.

„Damals“, erinnert sich der Däne Paul Aron Sandfort, der bei den

KZ-Aufführungen häufig die Trompete geblasen und jetzt seine Teilnahme an der Berliner Premiere zugesagt hat, „war ‚Brundibár‘ für uns ein Traum“, „ein Licht im Dunkel der Gefangenschaft“ und „ein Hoffnungsschimmer, der über den Stacheldraht hinaus in das freie Leben gelangte“.

Genau deshalb schien dem Berliner Dirigenten Carsten Albrecht, 35, das Stück auch die richtige Wahl, um am 27. Januar 1999, „dem letzten Holocaust-Gedenktage in diesem Jahrhundert“, ein musikalisches Memorial anzusetzen – mit pädagogischen Hintergedanken: Im Einklang mit der tragisch belasteten „Brundibár“-Musik sollten die mitwirkenden Kinder „auf pädagogisch vertretbare Weise“ über den Horror der Judenvernichtung aufgeklärt werden.

„Im Zeitalter der Glatzköpfe und Springerstiefel“ fand auch Albrechts inszenierender Mitstreiter Matthias Diem, 42, die Probenarbeit „wichtig und erstaunlich erfolgreich“: „Wir konnten den Kids neben-



NAT. FILMARCHIV PRAG

bei eine Menge über Macht, Gewalt und Ideologie vermitteln.“

Gemeinsam überlegten Dirigent und Regisseur, wie die Aufführung des Märchens musikalisch und politisch aufgewertet werden könne: Nur, wie sonst üblich, Krásas Kinderspiel darzubieten schien beiden „allzu bequem“.

Deshalb gab Albrecht bei dem Komponisten Ulrich Bauer, 42, ein Vorspiel in Auftrag. Bauer, der 1987 mit der Mini-Oper „Penner“ und 1993 mit der Klein-Operette „Talk im Takt“ in der Berliner Szene Furore gemacht hatte, griff für seine „Szenische Ouvertüre“ einen Ausspruch der KZ-Zeugin Ela Weissberger auf („We can forgive, but we can never forget“), versetzte dessen Wortpartikel mit klingenden Krása-Zitaten und fügte das Wort-Ton-Gemisch in die Form eines viersätzigen, rund 40minütigen Concerto grosso.

Als Vorspiel zu „Brundibár“, diesem „klingenden Denkmal eines unvorstellbaren Entsetzens“, sollte sein Präludium „nicht nur musikalisch auf das Kommende vorbereiten, sondern auch inhaltlich bereits kommentierend eingreifen“.

mehr nackt in die Gaskammern müssen, sondern dem Horror entfliehen und in ein normales Leben zurückkehren können“.

Während der Aufführung wollte Diem die Zuschauer im Parkett minutenlang unter 450 Quadratmeter ausgerolltem Tüll verschleiern; Brundibár sollte statt mit dem Leierkasten mit einem überdimensionalen Volksempfänger, „Goebels' elender Drehorgel“, über den Marktplatz ziehen; und am Ende sollten die Kinder gemeinsam einen Hügel aus Torf anhäufen und darauf eine 1,20 Meter hohe Birke pflanzen.

Wollte. Sollte. Denkste. Alles in allem, von der Maske und Miete bis zu Korrepetition und Kinderbetreuung, hätte das szenische Projekt rund 140 000 Mark gekostet – ein Klacks, gemessen am Luxus von Berlins vermeintlicher Hoch- und Eventkultur, aber für den Veranstalter ein verdammter Brocken. Schließlich muß



Regisseur Diem

dann auf 30 000 Mark reduziert haben. Gezahlt wurde gar nicht.

Die Firmengruppe, so deren Sprecherin Helga Bender, habe nie etwas versprochen, das Geld fließe nach Weimar. Auch die Berliner Stiftung Deutsche Klassenlotterie ließ sich nicht erbarmen; ihr Obolus geht, zu allem Überfluß, an Claus Peymanns Ensemble.

Die restlichen milden Gaben – etwa 3000 Mark von der Deutschen Bahn AG, 5000 Mark vom Lions Club Tegern-

see und je 10 000 Mark vom Pharma-Riesen Schering und vom Fonds Darstellende Künste – reichten vorn und hinten nicht. Am Tag vor Heiligabend sah sich Initiator Albrecht gezwungen, das Unternehmen ganz abzusagen.

Nun gingen die Eltern auf die Barrikaden und besetzten am 3. Januar für zwei Stunden den Spandauer Theatersaal: Viele enttäuschte Kinder hätten „unterm Weihnachtsbaum geweint“; das Ganze sei eine Schande und ein Skandal. Um die Idee zu retten und wenigstens eine konzertante Aufführung auf die Beine zu stellen, wären sie bereit, für „Brundibár“ aus eigener Tasche gemeinsam eine Bürgschaft von 25 000 Mark zu übernehmen.

Diese spontane Elterninitiative kam wiederum dem Unternehmer und Wahl-Berliner Hans Wall zu Ohren, dessen Stadtmöbel – vom selbstreinigenden City-Klo bis zum Wartehäuschen an Bushaltestellen – landesweit herumstehen und den ehemaligen Maschinenschlosser zum Millionär gemacht haben.

„Die Aufführung eines so wichtigen Stücks darf nicht platzen“, kommentierte der Fabrikant seinen Spendenscheck über 35 000 Mark. „Die Erinnerung an die Schrecken des Holocaust und an Krásas Leistung“ müßte „gerade unter Kindern wachgehalten werden“.

Entwarnung. Berlins „Brundibár“ war gerettet, zumindest als halbe, halbszenische Sache. Dirigent Albrecht: „Auch nach Walls großmütiger Unterstützung konnten wir uns eine regelrecht inszenierte Premiere leider nicht leisten.“

Nun wird an diesem Mittwoch Bauers „Szenische Ouvertüre“, „weil die Szene fehlt“, zur Ouvertüre reduziert und um fast die Hälfte gekürzt; der politische Sprengstoff ist raus. Auch die meisten Ideen des Regisseurs fallen dem Sparzwang zum Opfer: Das Publikum wird nicht unter Tüll verpackt, Brundibár orgelt nicht am Volksempfänger, und eine Birke kann nun auch nicht in den Torf gepflanzt werden.

Berlin hat eben mit dem Holocaust-Gedenken so seine unliebe Not. Fürs große Mahnmal ist Geld da, aber keine vernünftige Idee. Bei „Brundibár“ ist es umgekehrt.

KLAUS UMBACH



Szene aus „Brundibár“: „Die Aufführung darf nicht platzen“

Regisseur Diem wollte ebenfalls „weg von Krásas Rummel-Idylle mit Leierkasten und Happy-End“ und plante eine Inszenierung, „die das Märchenspiel und dessen politisches Umfeld eng verknüpft“.

So sollten die durch graue Unterwäsche uniformierten Kinder bei der szenischen Darbietung aus kleinen Verschlagen ins Freie krabbeln und sich aus einem riesigen Kleiderberg passende Klamotten suchen – „symbolhaft für eine geschichtliche Wende, nach der die Menschen nicht

der eingetragene Verein Spandau Orchester „ohne einen Pfennig Subvention auskommen und dauernd von Risiko zu Risiko hangeln“ (Albrecht). Bei geschätzten Einnahmen von 15 000 Mark tat sich jedenfalls ein gewaltiges Loch auf, und aus der Berliner Senatskasse war nichts zu erwarten.

Sponsoren sagten zu, sagten ab, hielten hin. Die „Göttinger Gruppe“, ein Konsortium aus Banken und Versicherungen, soll erst 100 000 Mark avisiert und den Zuschuß

Osterwunder im Konzertsaal

Jubel um den unsterblichen Elvis Presley: In gleich zwei Pop-Spektakeln feiert der King auf deutschen Bühnen triumphale Wiederkehr.

Daß ein Star-Leben mit dem Tod erst richtig auf Touren kommt, gehört zu den gesicherten Erkenntnissen im Showgeschäft des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Der Schauspieler Steve McQueen beispielsweise wirbt postum für Autos, der Cowboy John Wayne für Bier, und den Entertainer Fred Astaire sah man im US-Fernsehen unlängst um einen Staubsauger steppen.

Viele Helden des Musikgeschäfts werden nach ihrem Ableben erst richtig produktiv. In Rapper-Gefechten hingemetzelter HipHop-Stars wie Tupac Shakur verkaufen postmortal mehr Platten als zu Lebzeiten – und dem US-Sänger Nat King Cole gelang vor Jahren ein später Hitparadencoup, als die Cole-Tochter Natalie ein Duett mit der Stimme ihres verblichenen Vaters aufnahm.

Angesichts solcher Auferstehungswunder kann es niemanden erstaunen, daß auch das unsterblichste aller toten Popidole derzeit in mannigfaltiger Weise durch die Show-Welt geistert: Elvis Presley lebt – und diesmal wird er nicht bloß von Hausfrauen an Supermarktkassen in Iserlohn gesichtet, sondern in den Konzertsälen Deutschlands.

Unter dem Namen „The King“ bringt der Wiedergänger schon seit zwei Wochen das Publikum in ausverkauften Sälen zum Toben: Immer noch ein wenig mollig um die Hüften, aber mit frischer Kraft und geglätteten Gesichtszügen schmachtet der nur angeblich 1977 verstorbene Sexgott alte Hits wie „Love Me Tender“, plaudert über sein Leben als 64jähriger und seine nun auch schon vier Jahrzehnte zurückliegende Militärzeit in Deutschland.

Sein Hauptprogramm bestreitet „The King“ allerdings mit den Songs anderer toter Stars von Marc Bolan bis Kurt Cobain – und er trägt Hits wie Nirvanas „Come As You Are“ mit so viel grandiosem Elvis-



Brown alias „The King“

Schmelz in der Stimme vor, daß die Besucher am Ende des Konzerts an Seelenwanderung glauben müssen: Elvis lebt offenbar weiter im ehemaligen Postboten James Brown, 30, der sich jetzt „The King“ nennt und aus dem nordirischen Belfast stammt.

Bezeichnete das britische Fachblatt „Melody Maker“ schon den Rummel um „The King“ als „kollektiven, unkontrollierbaren Wahnsinn“, so heizt ein anderes Spektakel die Elvis-Hysterie noch ein wenig eindrucksvoller an: In dieser Woche kommt eine Rock'n'Roll-Großshow namens „Elvis –

The Concert“ nach Deutschland, die gerade erst die berühmte Londoner Wembley-Arena unter Jubelschreien erzittern ließ. Die Veranstalter versichern treuherzig, es handle sich um die allererste Elvis-Welttournee aller Zeiten, da der Meister in seinem ersten Erdendasein niemals eine Konzertbühne außerhalb Amerikas erklommen habe – und zitieren amerikanische Schlagzeilen wie „Elvis is back in the building“.

In der Tat schwingt sich der Mann zu raumfüllender Größe auf. Von einer sieben Meter hohen Leinwand aus gibt der garantiert originale King aus Memphis seine größten Hits zum besten und wird dabei begleitet von seiner real im Saal anwesenden (garantiert originalen) Showband aus den siebziger Jahren, zwei Gospel-Ensembles (auch original) und einem 16köpfigen Orchester – Viva Las Vegas in deutschen Sport- und Messehallen.

Die Idee für den Konzert- und Kino-Totentanz stammt angeblich von der geschäftstüchtigen Elvis-Exgattin Priscilla Presley. „Elvis – The Concert“ ist ihr Versuch, den mittlerweile anderthalb Jahre zurückliegenden 20. Todestag ihres Ex-Gatten spektakulär zu begehen.

Um das Angebot der üblichen CD-Boxen, T-Shirts oder des in limitierter Anzahl aufgelegten original „Graceland-Toasters“ zu erweitern, beschloß die Firma „Elvis Presley Enterprises“, der Priscilla gemeinsam mit Tochter Lisa Marie vorsteht, den Geist des authentischen Elvis einmal um den Globus zu schicken. Mit der Ausarbeitung der Show wurde der Entertainment-Profi Stig Edgren beauftragt, der zuvor schon die Inaugurationsfeierlichkeiten für den US-Präsidenten Bill Clinton arrangieren durfte – und ein paar ähnlich aufwendige Events für Nelson Mandela und Papst Johannes Paul II.

Aus Elvis' Konzertfilmen wie „That's The Way It Is“, „On Tour“ und „Aloha From Hawaii“ wurde ein Programm gebastelt, das die Zuschauer in New Yorks Radio City Music Hall ebenso mitriß wie zuletzt die Londoner Elvis-Gemeinde.

So dürfte es auch dem Erfolg in Deutschland kaum abträglich sein, daß zwischen Kiel und Konstanz „der Boden durch Imitatoren längst versaut“ ist, wie ein Mitarbeiter des deutschen Veranstalters German Tours beklagt. Derzeit wirbt selbst eine Fast-food-Kette mit dem Elvis-Doppelgänger James Brown als Burger-„King“.

Der Triumph der „Elvis – The Concert“-Tour scheint weitere Rock'n'Roll-Tote zur Auferstehung zu animieren: Angeblich liegen dem Elvis-Produzenten Edgren bereits Angebote diverser Nachlaßverwalter vor – zu den Kandidaten fürs nächste Pop-Osterwunder gehören Jimi Hendrix, Jim Morrison und Janis Joplin. CHRISTOPH DALLACH



„Elvis – The Concert“ in New York: Erste Welttournee eines toten Stars

Werbeseite

Werbeseite

KUNST

Weltschöpfung am Watt

Lange fühlte sich der dänische Maler Per Kirkeby unterschätzt, nun wird er als „Weltkünstler“ gewürdigt. Große Ausstellungen – wie derzeit in Düsseldorf – feiern die Kraft seiner Bilder, die immer wieder die Landschaft der Insel Læsø spiegeln.



GALERIE MICHAEL WERNER, KÖLN UND NEW YORK

Kirkeby-Gemälde „Vermißt die Welt“ (1997): „Auf jedem Quadratzentimeter eine Anekdote, die ich mir selber erzähle“

Kalt bläst der Wind über das Kattegat, tief hängen die Wolken, hoch steht das Wasser am Strand der dänischen Insel Læsø.

Der Maler Per Kirkeby hat eine Wollmütze über die Ohren gezogen und blickt versonnen südwärts – in jene Richtung, in die er im Sommer weit hinauszuwaten pflegt, zu einer großen, gegenwärtig aber gänzlich überfluteten Sandbank. Sogar sein naher „Meditationsstein“, der Meeresfindling, auf dem er sich unter freundlicheren Umständen gern gedankenvoll nieder setzt, wird nun unerreichbar von grauer Flut umspült.

„Læsø ist hell“, behauptet Kirkeby, 60, allem Augenschein zum Trotz: Er überblendet die Januar-Tristesse mit der Erinnerung an lange Sommertage und an die 15 Prozent Sonnenschein über Landesdurchschnitt, die Touristik-Werber dem Ferienpara-

dies zuschreiben. Das Licht von Læsø will er in seinen Bildern spiegeln – und fängt immer wieder auch tiefe Schatten ein.

Das spielt sich eine Viertelstunde Fußweg inseleinwärts ab. Kirkeby bewohnt hier ein Fachwerk-Bauernhaus bodenständiger Art, dessen Dach teils noch mit dicken Seetang-Lagen gedeckt ist, so wie das früher auf ganz Læsø Brauch war. Im Atelier-Neubau nebenan ist eine drei mal fünf Meter große Leinwand ans Mauerwerk getackert. Sie hängt da seit Mitte 1997 und hat manche Verwandlung hinter sich.

Zunächst hat Kirkeby, erzählt er, nur unschlüssig ein bißchen auf der Fläche herumskizziert. Gegen Jahresende malte er dann weiter, aber erst im folgenden Sommer kam er richtig in Schwung: Es entstand ein, wie er sagt, „brillantes“ Bild aus hellem Grün und Violett, und der Künstler reiste in

der Meinung ab, diese Arbeit erledigt zu haben.

Aber als er vor Weihnachten zurückkehrte, fand er sein Werk viel „zu glatt, zu belanglos“. Er übermalte es völlig und hält es nun abermals für fertig. Es ist ein melancholisches Winterbild geworden – eine Art Patchwork aus locker verwebten Farbflächen in reich abgestuften Erd- und Grautönen, hier und da von einem Netzwerk aus Pinselstrichen übersponnen. Mit wenig Phantasie läßt sich eine düstere nordische Landschaft ahnen.

Nur: Das Sommerbild schimmert noch immer durch, und gerade diese Schichtung, die den Wechsel der Jahre und Jahreszeiten gewissermaßen in Echtzeit abbildet, gibt der Malerei Tiefe und Glanz. „Langsamkeit“, nach des Künstlers Selbsterkenntnis sein Schicksal, „zahlt sich aus.“

Das kann man wörtlich nehmen. „Ohne falsche Bescheidenheit“ will Kirkeby sich schon immer für „einen der großen zeitgenössischen Maler“ gehalten haben, aber



lange Zeit fragte er ratlos: „Warum sieht keiner, wie gut ich bin?“ Inzwischen müßte das jeder merken.

Mit 60 ist der schlaksige Däne auf der internationalen Kunstszene unübersehbar. Seine Gemälde, je nach Format zwischen 75 000 und 500 000 Mark gehandelt, werden in großen Ausstellungen präsentiert – und nicht Gemälde allein; denn Kirkeby ist in diversen Kunstsparten aktiv. 1998 haben ihn das Museum in Aarhus, die Londoner Tate Gallery sowie – mit Bronzeskulpturen – das Münchner Lenbachhaus gewürdigt. Gegenwärtig bietet die Düsseldorfer Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen ein weitgespanntes Kirkeby-Panorama aus Ölmalerei, Aquarellen und zwei Plastiken der jüngsten eineinhalb Schaffensjahrzehnte*.

Die Wertschätzung, die Kirkeby weithin erfährt, läßt sich auch gut daran erkennen, an wie vielen Orten seine eigentümlichen Ziegelsteingebilde, Erzeugnisse zwischen Bildhauerei und Maurerhandwerk, unter freiem Himmel stehen – als Überbleibsel von Schau-Ereignissen wie der Kasseler Documenta und den Münsterschen „Skulptur-Projekten“ oder aber als Kunst-am-Bau-Aufträge wie die mäandrierende Wehrmauer, die er 1996 gleichsam schützend vor die Deutsche Bibliothek in Frankfurt am Main gestellt hat. Der Bronze-Plastiker Kirkeby wiederum verhandelt mit dem Bundesrat: Dessen künftigen Berliner Sitz, das einstige Preußische Herrenhaus, wird er, falls alles klappt, mit sechs großen Figuren an der Dachkante schmücken. Und der Theatermensch, der er obendrein ist, statet für das New York City Ballet gerade „Schwanensee“ aus; Premiere Ende April.

Keinerlei Rede also davon, daß Kirkeby den Eremiten gäbe. Er lehrt als Professor an der Frankfurter Städelschule. In seiner Vaterstadt Kopenhagen ist er ein vielgefragter Festredner und kulturpolitischer Ratgeber. Die Königin kennt er „relativ gut“, und er scheut sich nicht, ihre Hobbymalerei zu kritisieren; neuerdings stellt er Fortschritte fest.

Wenn die Monarchin ihn aber auf Læsø besucht, dann ist das, bitte schön, „privat“, auch wenn sie, wie im vorigen Jahr, noch das norwegische Königspaar zum Essen mitbringt. Dann wird nicht zusätzlich der Inselbürgermeister eingeladen, mag er noch so beleidigt sein.

Seit Kirkeby vor 20 Jahren die Insel nahe der Nordspitze Jütlands für sich entdeckt hat, ist hier sein Refugium, in das nicht jeder hereinschneien darf. So-

* Bis 21. März. Katalog im Verlag der Buchhandlung Walther König, Köln; 200 Seiten; 48 (Buchhandelsausgabe 88) Mark.
** Per Kirkeby: „Gespräche mit Lars Morell“. Verlag der Buchhandlung Walther König; 224 Seiten; 78 Mark.



Grönland-Aquarell von Kirkeby (1993)
Expedition statt Akademie

GALERIE MICHAEL WIERNER, KÖLN UND NEW YORK

bald nach Feiertagen wie Weihnachten und Neujahr seine Familie wieder in die Hauptstadt reist, bleibt er mit zwei Helfern in geradezu klösterlicher Arbeitsatmosphäre zurück.

Zu tun gibt es reichlich. Gerade sägen und schnitzen die Assistenten an Holzmodellen herum, die für die Ausstattung der Kirche im kleinen dänischen Ort Frejlev bestimmt sind – Altar und „Kniefall“-Bänkchen zum Empfang des Abendmahls. Plastische Einzelheiten sollen in Gips ausgeformt, dann in Bronze gegossen werden. Schon fertig ragt das Gipsmodell einer Skulptur für den Frejlever Friedhof auf: ein über drei Meter hohes Wandelement, in dessen Scheinmauerwerk sich eine tiefe Höhlung auftut und pflastersteingroße Kuben kataraktartig nach unten entläßt. Wird da eine Grabplatte gesprengt?

Ganz ungeplant, beteuert Kirkeby, aber mittlerweile sogar für den betroffenen Gemeinderat einsichtig, habe sich das anfangs abstrakte Gebilde zu einer Art „Auferstehung“ entwickelt. Die sakrale Anspielung ist ihm recht, obwohl er selber die Religionsgemeinschaft längst verlassen hat. Auf

neuen Gemälden tauchen ja auch, nebelhaft-mehrdeutig, grobschlächlige Nagel-Formen auf, die er so als bronzezeitliche Funde abgebildet gesehen hat, die aber zugleich Bildzeichen für Kreuzigung oder Kreuzabnahme sein können.

Auf jedem Quadratzentimeter versteckt der Künstler angeblich eine „Anekdote, die ich mir beim Malen selber erzähle“. Längst nicht alles ist Landschaft. Auch das Profil seiner zweiten Frau, der Filmproduzentin Vibeke Windeløv, mit der er zwei Söhne hat, taucht leitmotivisch in seinen Farbwo-gen auf und unter – oder es verfestigt sich zur knubbeligen Bronzeplastik. Die Bronzen lägen in den Bildern „auf der Lauer“, gibt Kirkeby in einem schön ausschweifenden neuen Interview-Buch zu Protokoll**. Umgekehrt gilt aber auch: Wohin er blickt und was er sich an Nebentätigkeiten auflädt – stets lernt der Maler für seinen Hauptberuf, überall findet er „Futter für Bilder“.

Deren sukzessive Verfertigung läßt sich auf einem Dutzend Leinwänden im Atelier wie an Phasenaufnahmen studieren: Mal ist, in einem ersten Arbeitsschritt, nur der halbtrockene Pinsel ausgewischt worden; mal scheinen Farbinseln allmählich heranzuwachsen; dann wieder verdichten sich die Formen deutlicher. Doch noch die fertige Malerei vermittelt Visionen wie aus der Frühphase der Welterschöpfung, vor der Trennung von Wasser und Festland.

Dazu ist der Naturmensch Kirkeby, der Læsø mangels Führerschein auf dem Fahrrad durchstreift und Badehosen „unwürdig“ findet, zwischen Dünen und wattenähnlicher Uferzone perfekt am Platz.

Die erdgeschichtlich junge Insel, die sich anfangs der Neuzeit, rücksichtslos abgeholt, schon wieder in Flugsand aufzulösen drohte, bietet ihm ein Dauerschauspiel des Werdens und Vergehens. Fachmann für Se-



Künstler Kirkeby am Strand von Læsø: „Badehosen sind unwürdig“

V. KOHLBECHER / LAIF

dimente und Erdverschiebungen ist er sowieso. Obgleich der Kleinbürgersohn bereits zur Schulzeit entschlossen war, Künstler zu werden, hat er keine Akademie absolviert, wohl aber ein geologisches Universitätsstudium. Die Chance, sofort als gutbezahlte Hilfskraft auf Grönland-Expedition mitzufahren, verschaffte ihm prägende, seitdem mehrfach aufgefrischte Landschaftseindrücke. Seine Düsseldorfer Ausstellung demonstriert das mit einer Serie überraschend gegenstandsnaher Grönland-Aquarelle von 1993.

Zurück in Kopenhagen, war der Student vollauf beschäftigt. Er betrieb Kunst nebenbei auf eigene Faust und kämpfte auch in der winzigen dänischen KP für eine gerechtere Welt. Sein Stundenplan: „Vormittags Institut, nachmittags Kunst, abends politische Diskussion, spät Kneipe.“

Als Künstler fand sich Kirkeby in einer Gemeinschaft wieder, die als „Experimentierende Kunstschule“ aktuelle Tendenzen wie Pop Art oder Fluxus aus der Ferne praktisch aufzuarbeiten suchte – in wilden Bildern, skurrilen Installationen und bedeutungsschweren Performances.

Doch dann trat 1972 der Kölner Galerist Michael Werner in das Leben des mittlerweile fertigen Magisters der Geologie. Er kam, wie Kirkeby sich erinnert, „breitbeinig, provokant“, der hässliche Deutsche in Person. Werner hatte das Plakat zu einer Kirkeby-Ausstellung zerbrochener Fundstücke gesehen (mit einem Bildzitat aus der Klebstoff-Werbung), doch was der junge Künstler ihm an Zeichnungen und Bildern vorzulegen hatte, fand er „absolut beschissen“. Überraschend schied er mit den Worten: „Okay, dann machen wir nächstes Jahr eine Ausstellung.“

Kopfschüttelnde Kollegen sahen Kirkeby kommerziell verkommen und im „teutonischen Sumpf“ versinken. Auch er selber war höchst befremdet, als er die Malergarde der Galerie Werner – Baselitz, Penck und Lüpertz – kennenlernte. Speziell der großmäulige Dandy Markus Lüpertz war ihm anfangs unerträglich, dann jedoch eine „große Herausforderung“. Entscheidender Diskussionspartner blieb der Galerist. Der hat ihn „jahrzehntelang am Leben gehalten“. Er prüft ihn aber auch unermüdlich und „beschimpft“ erst einmal jedes Bild, das er übernimmt.

„Ohne diese deutsche Connection“, sagt Kirkeby, „wäre ich bestimmt ein guter dänischer Maler geworden, aber kein Weltkünstler.“ In der Galerie-Truppe spielt er die Rolle dessen, „der zuletzt durchkommt“. Nun ist er unverkennbar da.

Und hat, langsam, wie er nun einmal ist, „noch ganz viel im Sack“; sein Vertrauen in die periodisch totgesagte Malerei ist unerschütterter. Wie, fragt er, sollte die wohl gestorben sein, solange noch Leute in die Pinakotheken gehen oder solange auch nur ein einziger Sonntagsmaler weitermacht? Einfach absurd.

JÜRGEN HOHMEYER

INTENDANTEN

Wundermann im Würfelspiel

München und Berlin buhlen um den Hamburger Theaterchef Frank Baumbauer – und jagen die bisherigen Bühnenbosse vorsorglich in die Wüste.

Kaum ein Berufsstand im deutschen Kulturwesen bietet mehr Stoff für Zoff als der des Theaterdirektors. Wann immer das Schwungrad aus Klatsch und Gerüchten, aus Latrinen- und Kantenparolen seine zentrifugale Kraft entfaltet, wird um die ewig gleichen Namen der ewig gleichen Kandidaten gestritten: Wer wird's – das ist dann die Frage.

Doch jetzt hat das Spiel um die Spielleiter eine völlig neue, erfrischend andere Wendung genommen. Sicher ist diesmal eines: der Kandidat. Frank Baumbauer, 53, ein Erfolgsintendant mit der Physiognomie eines peniblen Sachbearbeiters im Kreditgewerbe und dem Ruf eines innovativen, aber sparsamen Theaterlenkers, steht seit knapp sechs Jahren dem Hamburger Schauspielhaus vor.

Er machte die Renommierbühne – das größte Sprechtheater der Republik – flugs wieder zur ersten Adresse und fuhr gleich dreimal den Ehrentitel „Theater des Jahres“ ein. Im nächsten Jahr will er das Haus an den schon vor Monaten zum Nachfolger bestimmten Tom Stromberg übergeben.

Weil er selber nur plant und nicht Regie führt, verpflichtet Baumbauer alles, was – meistens – gut und immer spektakulär ist: Marthaler, Schlingensiefel, Kresnik, Castorf und alle anderen, die wissen, wo in den Neunzigern der Theater-Hase hoppelt. Der Senat sah's mit Freuden. Die Berliner und Münchner Kultur-Verantwortlichen dage-

gen mit unverhohlenem Neid. Bei ihnen wirken seit langem bewährte und verdiente, aber inzwischen doch auch etwas verbrauchte Kunstkräfte.

An den Münchner Kammerspielen absolviert Dieter Dorn, 63, sein 23. Dienstjahr, und am Berliner Deutschen Theater – einer Traditionsbühne, an der schon der legendäre Max Reinhardt regierte – lenkt Thomas Langhoff, 60, seit 1991 die Geschicke. Beide Häuser haben künstlerisch Staub angesetzt, die Post der Postmoderne geht woanders ab. Nur zu gern würden die ratlosen Kulturpolitiker Baumbauer ihre Säle anvertrauen.

Da traf es sich gut, daß die jeweiligen Verträge der beiden inszenierenden Intendanten zur Verlängerung anstanden. Und obwohl die diversen Dienstherren noch zuvor generös Verlängerungen in Aussicht gestellt hatten, wollten sie plötzlich von den Angeboten nichts mehr wissen.

Baumbauer, der Wundermann aus Hamburg, hatte durchblicken lassen, daß er nicht hinter dem Rücken der geschätzten Kollegen verhandle. Eile tat not. Kurzerhand fielen Dorn und Langhoff über Nacht in Ungnade und dann aus allen Wolken. Ihre Verträge, erfuhren die Amtsinhaber plötzlich, werden jeweils nicht über das Jahr 2001 hinaus verlängert. Ein großes Wehklagen hob an.

Dorn greinte in einem offenen Brief und nannte die Abservierung und die Debatte um seinen Nachfolger „ohne Idee, ohne Anspruch, ohne Vision“. In der Hauptstadt hatte sich zwei Tage zuvor Langhoff vor der Presse ausgeweint: Gerade mal 16 Minuten habe Kultursenator Peter Radunski (CDU), der ihn noch vor kurzem zur Verlängerung ermuntert hatte, nun für den Rauswurf aufgewandt.

Das alles sei „stil- und verantwortungslos“, ein Vorgang voller „Unappetitlichkeit“, er fühle sich schlicht in seiner

„Würde verletzt“. So weit, so üblich bei derlei Anlässen.

Doch wohin wird sich der Umworbene nun wenden? Nach Berlin, wo angeblich die Geschichtswürfel fallen? An einen Ort scharfer Konkurrenz also, wo Claus Peymann am Berliner Ensemble Reanimations-Theater betreiben und Thomas Ostermeier die sanft schlummernde Schaubühne wachküssen soll?

Oder doch lieber ins beschauliche München, seine Heimatstadt, in der Baumbauer Platzhirsch wäre? Und wo er in den Achtzigern das Residenztheater leitete. Damals – Ironie der Theatergeschichte – wurde sein Vertrag eines Skandalchens wegen ebenfalls nicht verlängert. Ist für ihn Genugtuung süßer als Ehrgeiz? Münchens Kulturreferent Julian Nida-Rümelin verbreitet siegesgewiß, Baumbauer werde der Dirndl-Metropole den Vorzug geben.

Die Hellhörigen in den Feuilletonstuben verlegen sich lieber aufs Goldwiegen beiläufiger Baumbauer-Bemerkungen: Hat er nicht neulich Zweifel geäußert, ob er je zum guten Berliner taugen werde?

Da ist es einfacher, sich an Spruchweisheiten zu halten. Etwa an diese: Der Scherz ist das Loch, aus dem die Wahrheit pfeift. Vor zwei Wochen nämlich, als im Hamburger Schauspielhaus der Kortner-Preis der Zeitschrift „Theater heute“ verliehen wurde, fehlte Baumbauer.

Er ließ mitteilen, daß er bei der Geburtstagsfeier seiner Mutter Erna in München weile – auf Anweisung der Jubilarin.

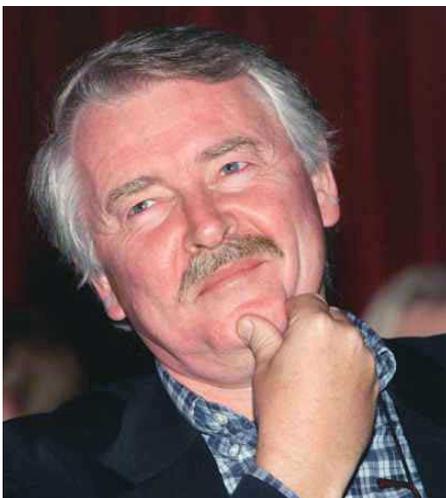
Der resoluten und respektierten Theateragentin wage, so ließ er launig verlesen, bekanntlich niemand „zu widersprechen“.

Ob Frau Mama nicht öfter Sehnsucht nach dem Sohne hat? Baumbauer hat versprochen, sich rasch zu erklären. JOACHIM KRONSBELN



Münchner Intendant Dorn

D. STERNBERG



Kandidat Baumbauer, Deutsches Theater Berlin: Was ist süßer – Genugtuung oder Ehrgeiz?



AKG

KRIMIS

Die hohe Kunst des Tötens

Ihre Fans feiern sie als „Queen of Crime“: Jetzt hat die Britin P. D. James ihren bislang besten Roman geschrieben – eine kunstvolle Story aus dem Londoner Anwaltsmilieu.

Auch schöne Frauen haben Feinde. Frauen wie Venetia Aldridge. Die Strafverteidigerin ist erfolgreich, selbstbewußt und unbeliebt. Ihre Gegner verfolgt das brillante Biest ohne Nachsicht.

Eines Morgens findet Harold Naughton, der Bürovorsteher ihrer Londoner Anwaltskanzlei, die Juristin ermordet auf dem Schreibtischstuhl. Der Anblick ist grotesk. Auf dem Kopf thront eine altmodische Juristenperücke aus gelocktem Roßhaar, und obwohl die Leiche schon längst erkaltet ist, tropft noch Blut von der Zweitfrisur auf den steifen Körper.

Das Blut eines anderen, wie sich bald herausstellt. Denn ein hypochondrischer Kollege lagerte im Kanzleikühlschrank einen kleinen Eigenblutvorrat für eine bevorstehende Operation.

Der Mörder, ein Witzbold mit Sinn fürs Abartige, hat Venetia offenbar erst in klassischer Manier mit ihrem eigenen Brieföffner erstochen, sie dann mit der Perücke ausstaffiert und schließlich auch noch mit dem Blut besudelt. Aber das fällt dem schockierten Harold gar nicht auf. Ihm passiert statt dessen ein makabres Malheur.

Er berührt die Tote. Aber diese Geste, „so behutsam sie auch gewesen war, löste ein Klümpchen Blut von der Perücke“, und Harold sah „es stockend über die leblose Wange rollen und zitternd an der Kinnspitze hängenbleiben“.

Wahre Freunde des literarischen Mordens wissen: Mit soviel Liebe zum bizarren Detail beschreibt nur eine ihre Opfer – Phyllis Dorothy James, 78, die fürs Publikum in aller Welt schlicht und geheimnisvoll als P. D. James firmiert. Die hohe Kunst des Tötens hat ihr das Ehren-Etikett „Queen of Crime“ beschert. The Queen of the United Kingdom, eine treue Leserin, bedankte sich 1991 für viele genußreiche Stunden mit der Verleihung des Adelstitels Baroness James of Holland Park.

Den widerlichen Mord in der Anwaltskanzlei beschreibt die fleißige Baronin in ihrem jüngsten Buch „Was gut und böse

ist“, das jetzt auf deutsch herauskommt*. Es ist ihr 14. und bislang bester Roman.

Entschlossener als je zuvor verläßt James in diesem Roman die ausgelatschten Pfade des Genres Detektivroman. Virtuos spielt sie mit den traditionellen Formen – und bleibt dem klassischen Muster doch auf virtuose Weise treu.

Die böse Tat steht nicht am Anfang des Buchs, sondern krönt das erste Drittel. Das Opfer wird also nicht mühsam durch die Ermittlungen der Polizei für den Leser wieder lebendig – hier weiß der Krimifreund erst mal mehr als die rührigen Kräfte vom Kommissariat. Es nützt nur nichts. Denn die gewiefte Lady James hat immer noch

ein As im Ärmel. Und präzise spielt sie ihre Überraschungstrümpfe aus.

Zu Beginn ein Knalleffekt: „Als Venetia Aldridge sich am Nachmittag des 11. September, einem Mittwoch, erhob, um die wichtigste Zeugin der Anklage in dem Fall ‚Die Krone gegen Ashe‘ ins Kreuzverhör zu nehmen, hatte sie noch vier Wochen, vier Stunden und fünfzig Minuten zu leben.“

Gut 150 Seiten bis zum eigentlichen Mord gönnt die Autorin den so angestachelten Lesern, um auszubreiten, wer denn alles der ehrgeizigen Anwältin ans Leder



Schriftstellerin James

* P. D. James: „Was gut und böse ist“. Aus dem Englischen von Christa E. Seibicke. Verlag Droemer Knauer, München; 552 Seiten; 39,90 Mark.



Romanschauplatz Londoner Stadtviertel Temple: Sphäre von Frieden, Würde und Wohlanständigkeit

will. Schon vor der Tat wimmelt es also in dieser Chronik eines angekündigten Todes von Verdächtigen. Und alle könnten es tatsächlich auch gewesen sein.

Als Venetia Aldridge sich an jenem bedeutsamen 11. September zum Kreuzverhör erhob, verteidigte sie den 21jährigen Garry Ashe, der angeklagt war, seine Tante ermordet zu haben. Und obwohl Venetia argwöhnt, daß der zutiefst unsympathische junge Mann sehr wohl als Täter in Frage kommt, überzeugt sie die Geschworenen davon, daß die Beweise gegen ihn nicht ausreichen.

Schade nur, daß Venetias Tochter bald nach dem Freispruch gesteht, den zwielichtigen Jüngling zu lieben. Da verkrampft sich das unerschrockene Mutter- und Juristenherz denn doch empfindlich.

Verzweifelt versucht die alleinerziehende Venetia (sie ist geschieden) mit allen Tricks, die beiden auseinanderzubringen. Natürlich tritt das Gegenteil des erhofften Effekts ein. Aber auch sonst macht Venetia keine gute Zeit durch. Ihr Liebhaber, ein Politiker, läßt sie fallen. In der Kanzlei nisten Neid und Mißgunst.

P. D. James beschreibt ausführlich, klischeefrei und mit klarem Blick für die menschliche Natur, wie die Leidenschaften wüten und wie gefährlich nahe Gier, Eifersucht und Haß, aber auch die Liebe letztlich der Mordlust kommen können.

Entwirren muß dieses Gestrüpp aus Motiven, Gelegenheiten, echten und falschen Alibis selbstverständlich wieder Commander Adam Dalgliesh, James' eigenwilliger Detektiv. Er ist ein merkwürdiger, schwieriger Charakter. Gebildet und eingebildet zugleich, kühl und mitfühlend. Er ist Pfarrerssohn, schreibt Gedichte, die er sogar mit Erfolg veröffentlicht, und ist Scotland Yards bester Bulle im Stall.

Längst hätte er die große Karriere machen können. Aber dann würde er nur noch am Schreibtisch hocken, und James müßte sich einen neuen Schnüffler zulegen.

Und so läßt sie ihn nun im mittelalterlichen Temple ermitteln, dem anachronistischen, verwunschenen Anwaltsviertel am Londoner Themse-Ufer, wo einst die Ritter des Templer-Ordens residierten und wo heute die britische Juristen-Elite haust. Tätig in sogenannten Chambers, rein organisatorischen Anwaltsgemeinschaften, wirken seit Jahrhunderten die Advokaten in ihren schwarzen Gerichtstalaren und den weißen Perücken – meistens – im Sinne Justitias.

Auslöser für die Mördersuche im Milieu der Rechtspflege war ein Gottesdienstbesuch der Autorin in der romanischen Kirche des Viertels, der Temple Church. Dort, in der beruhigenden Sphäre von Recht und Ordnung und umschmeichelt von den tröstlichen Chorälen der anglikanischen Kirche, kam der Autorin beim Kirchengang blitzartig „die Idee, in diesen abgeschotteten Bereich aus Frieden, Würde und Wohl-

anständigkeit das hineinzutragen, womit die Anwälte normalerweise nur vor Gericht zu tun haben – Mord“.

Und so machte sich P. D. James wieder nach gewohnter Manier ans todbringende Werk: „Bei mir kommt erst der Schauplatz, dann erst, nach Wochen und Monaten intensiven Nachdenkens, entwickeln sich die

Bestseller

Belletristik

1 (1) Marianne Fredriksson Simon

W. Krüger; 39,80 Mark

2 (2) Martin Walser Ein springender

Brunnen Suhrkamp; 49,80 Mark

3 (3) Marianne Fredriksson

Hannas Töchter W. Krüger; 39,80 Mark

4 (4) Henning Mankell Die fünfte Frau

Zsolnay; 39,80 Mark

5 (7) Ingrid Noll Röslein rot

Diogenes; 39 Mark

6 (6) Donna Leon Sanft entschlafen

Diogenes; 39 Mark

7 (5) Nicholas Evans Im Kreis des Wolfs

C. Bertelsmann; 46,90 Mark

8 (11) Barbara Wood Das Haus der

Harmonie W. Krüger; 49,80 Mark

9 (8) Arthur Golden Die Geisha

C. Bertelsmann; 46,90 Mark

10 (10) Heidenreich/Buchholz

Am Südpol, denkt man, ist es heiß

Hanser; 25 Mark

11 (9) Marlo Morgan Traumreisende

Goldmann; 39,90 Mark

12 (12) Peter Härtling Große, kleine

Schwester Kiepenheuer & Witsch; 39,80 Mark

13 (15) Catherine Clément Theos Reise

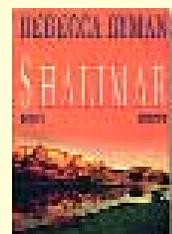
Hanser; 39,80 Mark

14 (-) Rebecca Ryman

Shalimar

W. Krüger; 49,80 Mark

**Hitzige Geschichte: In
Britisch-Indien verfällt
eine junge Frau einem
rätselhaften Fremden**



15 (14) Stephen King Sara

Heyne; 49,80 Mark

Charaktere der Personen, und danach kommt der Plot, die Geschichte.“

Geduldig verknüpft die Autorin am Küchentisch ihre mörderischen Phantasien mit einem realistischen Hintergrund aus Zeit-, Stadt- und Fahrplänen. Sie überprüft, ob ein Verdächtiger tatsächlich in der von ihr angenommenen Zeit von A nach B ge-

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „Buchreport“

Sachbücher

1 (2) **Waris Dirie** Wüstenblume

Schneekluth; 39,80 Mark

2 (1) **Jon Krakauer** In eisige Höhen

Malik; 39,80 Mark

3 (3) **Monty Roberts** Shy Boy

Lübbe; 49,80 Mark

4 (5) **Monty Roberts** Der mit den Pferden spricht

Lübbe; 44 Mark

5 (4) **Dale Carnegie** Sorge dich nicht, lebe!

Scherz; 46 Mark

6 (6) **Helmut Schmidt** Auf der Suche nach einer öffentlichen Moral

DVA; 42 Mark

7 (12) **Corinne Hofmann**

Die weiße Massai A1; 39,80 Mark

8 (8) **Sigrid Damm** Christiane und Goethe

Insel; 49,80 Mark

9 (7) **Guido Knopp** Hitlers Krieger

C. Bertelsmann; 46,90 Mark

10 (9) **Jürgen Grässlin**

Jürgen E. Schrempf Droemer; 39,90 Mark

11 (10) **Stéphane Courtois und andere** Das Schwarzbuch des Kommunismus

Piper; 68 Mark

12 (11) **Gerd Ruge** Sibirisches Tagebuch

Berlin; 39,80 Mark

13 (13) **Alice Schwarzer** Romy Schneider

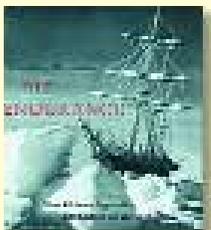
Kiepenheuer & Witsch; 36 Mark

14 (–) **Caroline Alexander**

Die Endurance

Berlin; 49,80 Mark

**Eisige Geschichte:
der Überlebenskampf
einer legendären
Antarktis-Expedition**



15 (14) **Reinhold Messner** Yeti – Legende und Wirklichkeit

S. Fischer; 39,80 Mark

langen kann, sie recherchiert bei Behörden und in Bibliotheken: „Bei mir muß alles stimmen.“

Deshalb bastelt sie sich umfangreiche Ablaufpläne, in denen jeder Schritt jeder Romanfigur exakt festgehalten ist. Nichts ist Zufall. Wenn der Krimi im Grundriß steht und die Statik der Wahrscheinlichkeit jeder Prüfung standhält, dann geht P. D. James ans Schreiben. Am liebsten benutzt sie handelsübliche Tagebücher, die sie am Anfang jeden Jahres, wenn die Restbestände in den Papierläden heruntergesetzt werden, in Massen aufkauft.

Ihr Haus an der feinen, aber lauten Londoner Holland Park Avenue ist ein Hort bürgerlicher Wohnkultur. Wertvolle Gemälde hängen im Salon, und die Sofas sind bequem und teuer. Hier residiert ein wertvolles Mitglied der Gesellschaft. Nichts erinnert daran, daß die Hausherrin sich diese Stellung erst erkämpfen mußte. Universitätsbildung blieb der Tochter eines gefühlsarmen kleinen Steuerbeamten versagt.

James' Mann, ein Arzt, kam mit einem psychischen Leiden aus dem Krieg zurück, verbrachte die meiste Zeit in Heilanstalten, starb früh und ließ Frau und zwei kleine Töchter ohne Einkommen zurück. In Abendkursen qualifizierte sich P. D. James für eine Verwaltungslaufbahn im Öffentlichen Dienst und arbeitete – mit nützlichen Einblicken für ihr späteres literarisches Schaffen – in verschiedenen Einrichtungen des Gesundheits- und Polizeiwesens.

Aber immer war da das Gefühl, „daß ich schreiben wollte“. Und dann kam der Moment, „in dem ich wußte, daß ich mir keine Ausflüchte mehr leisten konnte, daß es danach zu spät war“.

Die ersten Romane entstanden als Nebenerwerb, inzwischen ist P. D. James Großverdienerin. Sie sammelte Ämter, Auszeichnungen und Prestige und hat sich doch ihren unbestechlichen Habichtsblick für die Abgründe ihrer Mitmenschen und das Wissen um die Unzulänglichkeit der Welt bewahrt.

Venetia Aldridge, die so schändlich sterben mußte, wird wohl deshalb nicht gerächt. Commander Dalgliesh weiß zwar, wer der Mörder ist, er kann es nur nicht beweisen. Und das – glaubt James – ist allemal besser, als einen Unschuldigen hinter Gitter zu bringen. „Wir in Großbritannien“, sagt sie, „haben vielleicht das beste Rechtssystem, das es gibt.“

Und doch sei Gerechtigkeit auf Erden nur schwer zu erlangen, sagt die zierliche Dame und nestelt an der Perlenkette, aber schließlich sei da ja immer noch Gott: „Dessen Mühlen mahlen langsam, aber unendlich fein.“ Bis dahin blieben den meisten allein Glaube und Hoffnung. Die Liebe allerdings, meint eine ihrer Romanfiguren enttäuscht, „ist immer nur ein Bonus“.

JOACHIM KRONSBELN

KINO

Noch 'n Schnaps

Deutsche Filmemacher wollen den öden Alltag nicht länger ignorieren – und machen arbeitslose Ossi, Schlachthofmalocher und Obdachlose zu ihren Helden.

Wäre die Filmgeschichte eine Getränkekarte, dann hätte der deutsche Film in den letzten Jahren vor allem aus Spumante, Champus und Cocktails bestanden. Die Leinwand-Party, die mit diesen Drinks gefeiert wurde, hat Spaß gemacht, aber Spumante verursacht auch einen schlimmen Kater.

Was jetzt, da der Schädel hämmert angesichts der schlappen bis katastrophalen Zuschauerzahlen von aktuellen deutschen Erfolgshoffnungen wie „Liebe Deine Nächste“ (315 000), „Kai Rabe gegen die Vatikankiller“ (135 000) oder „Feuerreiter“ (12 000): Selters statt Sekt? Die Heilsarmee des klassischen Autorenfilms ausschicken, um eine alkoholfreie Phase einzutrommeln? Oder einfach weiterfeiern?

Drei neue, jetzt anlaufende deutsche Filme, „Fette Welt“, „Aprilkinder“ und „Bis zum Horizont und weiter“, geben ihre eigene Antwort, und die lautet: Am besten einen ordentlichen Schnaps kippen.

Der Regisseur Jan Schütte („Auf Wiedersehen Amerika“), 41, hat noch nie Champagner-Filme gedreht. Rauschende Partys finden ohne ihn statt. Die Helden seiner Romanverfilmung „Fette Welt“ (frei nach der Vorlage von Helmut Krausser) trinken zwar auch, aber nicht zum Ver-

gnügen. Sie trinken, weil sie Trinker sind.

Der ruppige junge Hagen (Jürgen Vogel) hängt am Flachmann und ist fest davon überzeugt, daß ihm Liebe und Hoffnung für alle Zeiten abhanden gekommen seien. Doch es muß nur eine sture kleine Ausreißerin namens Judith (Julia Filimonow) kommen, die ihm nicht mehr von der Seite weicht – und schon bald ist Hagen verknallt. Bei einer nächtlichen Schwarzfahrt im Zug wird das Pennerpärchen erwischt, und die Polizei verfrachtet Judith zurück zu ihren Eltern. Aber Hagen hat jetzt ein Ziel und darum auch eine Zukunft: Er will Judith wiederfinden. Und findet sich selbst.

Ans große Drama hat der Filmemacher Schütte nie geglaubt, eher an die Wahrfügigkeit der Details, daran, daß Menschen in unbeobachteten Augenblicken alles über sich und ihre Träume verraten. Darum hat Schütte stets eine geduldige Spurensuche mit der Kamera betrieben, einen Stil des Zuschauens und Zeigens.

In „Fette Welt“ aber, dem ersten Film, den er ohne seinen verstorbenen Drehbuchautor Thomas Strittmatter drehen mußte, hat Schütte über dem Zuschauen das Erzählen vergessen. Er verläßt sich auf den Reiz des Obdachlosenmilieus und bildet den Mief der Bahnhofshallen, die Kälte, den Dreck, aber auch die soziale Wärme der Säufelclique einfach ab, statt daraus Geschichten zu schlagen. Dadurch läßt er



Harfouch in „Bis zum Horizont und weiter“: Den Frust packen

seine Figuren im Stich: Jürgen Vogel muß Hagens Entwicklung fast ausschließlich aus eigener Kraft glaubhaft machen – eine Last, die kein Darsteller tragen sollte.

Während Hagen aus seiner Lethargie ausbricht, bleibt der Kurde Cem in „Aprilkinder“ im Alltagstrott stecken. Cem (Erdal Yıldız), ältester Sohn einer Einwandererfamilie in Hamburg, malocht im Schlachthof, hält zu Hause die Klappe und wehrt sich halbherzig dagegen, mit einer fremden Verwandten verheiratet zu werden. Eines Abends aber geht er auf ein Bier aus – und verliebt sich in die deutsche Hure Kim (Inga Busch). Doch den Bruch mit den Erwartungen der Eltern wagt er nicht.

Ähnlich geduldig wie Schütte, wenn auch filmisch unbeholfener, versucht der in Hamburg lebende Kurde Yüksel Yavuz, 34, in seinem Debüt ein unbeachtetes Stück Deutschland ganz lebensnah auf die Leinwand zu heben. Aber die Welt, die er schildert, dreht sich nur um die eigene Achse. Ein paar Bier mehr, und Cem hätte vielleicht den Mut gefunden, etwas in Gang zu setzen. Dem Film hätte es gutgetan.

Angst vor dem großen Drama läßt sich „Bis zum Horizont und weiter“ nicht nachsagen. Die Kidnapping-Geschichte des Ost-Regisseurs Peter Kahane („Die Architekten“), 49, erzählt von deutsch-deutscher Wirklichkeit, aber nicht dokumentarisch-getragen, sondern mit der ausladenden Geste der Unterhaltung. Stahnke (Dauersachse Wolfgang Stumph), ein Ex-Baggerführer, muß erleben, daß seine Geliebte (Nina Petri) von einer hartherzigen West-Richterin ins Gefängnis geschickt wird. Er beschließt, die Richterin zu entführen.

Natürlich geht einiges schief, und der Amateur-Kidnapper und sein Opfer (Corinna Harfouch) kommen sich dank des selbstgebrauten Holunderschnapses von Stahnkes alter Mutter ziemlich nahe. Auch wenn in „Bis zum Horizont und weiter“ vieles nicht hinhaut: Der Film traut sich was. Er packt den Frust, die Liebe und die Träume seiner Figuren und gibt ihnen jene Größe, die sie für die Leinwand brauchen.

SUSANNE WEINGARTEN



Filimonow in „Fette Welt“: Soziale Wärme in Mief und Dreck

Werbeseite

Werbeseite

Leserbriefe

SPiegel-Verlag, Brandstwierte 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln

Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachbestellung von SPIEGEL-Ausgaben

Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen

für Texte und Grafiken:

Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2972 Fax: (040) 3007-2971
übriges Ausland:
New York Times Syndication Sales, Paris
Telefon: (00331) 47421711 Fax: (00331) 47428044
für Fotos: Telefon: (040) 3007-2869
Fax: (040) 3007-2966

DER SPIEGEL auf CD-Rom/ SPIEGEL TV-Videos

Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-2826
E-Mail: service@spiegel.de

Abonnement für Blinde

Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606267 Fax: (06421) 606269

Abonnenten-Service

SPiegel-Verlag, Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg
Telefon Inland: (0800) 3007600
Fax Inland: (040) 3007-2898
Telefon Ausland: (004940) 3007-2700
Fax Ausland: (004940) 3007-2898
E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnenten-Service Schweiz: DER SPIEGEL

Postfach, 6002 Luzern,
Telefon: (041) 3173399 Fax: (041) 3173389

Abonnementspreise

Inland: sechs Monate DM 130,-,
zwölf Monate DM 260,-
für Studenten (Inland): sechs Monate DM 91,-,
zwölf Monate DM 182,-
Schweiz: zwölf Monate sfr 260,-
Europa: zwölf Monate DM 369,20
außerhalb Europas: zwölf Monate DM 520,-
Abonnementsaufträge können innerhalb einer Woche
ab Bestellung mit einer schriftlichen Mitteilung an
den SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, Postfach
10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Abonnementsbestellung

Bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an
SPiegel-Verlag, Abonnenten-Service,
Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg.
Oder per Fax: (040) 3007-2898.

Ich bestelle den SPIEGEL frei Haus für DM 5,- pro
Ausgabe mit dem Recht, jederzeit zu kündigen.
Zusätzlich erhalte ich den kulturSPIEGEL, das
monatliche Programm-Magazin.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte
Hefte bekomme ich zurück.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL ab _____ an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich möchte wie folgt bezahlen:

- Zahlung nach Erhalt der Jahresrechnung
 Ermächtigung zum Bankeinzug
von 1/4jährlich DM 65,-

Bankleitzahl

Konto-Nr.

Geldstütt

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

Vertrauensgarantie

Diesen Auftrag kann ich innerhalb einer Woche ab
Bestellung schriftlich beim SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
Postfach 10 58 40, 20039 Hamburg, widerrufen. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige
Absendung.

2. Unterschrift des neuen Abonnenten

SP99-003

Brandstwierte 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax-2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · SPIEGEL ONLINE www.spiegel.de · T-Online *SPIEGEL#

HERAUSGEBER Rudolf Augstein

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust

STELLV. CHEFREDAKTEURE Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

DEUTSCHE POLITIK Leitung: Dr. Gerhard Spörl, Michael Schmidt-Klingenberg. *Redaktion:* Karen Andresen, Manfred Ertel, Bernd Kühnl, Joachim Mohr, Hans-Ulrich Stoldt, Klaus Wiegrefe. *Autoren, Reporter:* Dr. Thomas Darnstädt, Matthias Matussek, Walter Mayr, Hans-Joachim Noack, Dr. Dieter Wild

DEUTSCHLAND Leitung: Clemens Höges, Ulrich Schwarz. *Redaktion:* Ulrich Brinkbäumer, Florian Gless, Doja Hacker, Carsten Holm, Ulrich Jaeger, Sebastian Knauer, Ansbert Kneip, Susanne Koelbl, Udo Ludwig, Thilo Thielke. *Autoren, Reporter:* Jochen Bolsche, Henryk M. Broder, Gisela Friedrichsen, Norbert F. Pötzl, Bruno Schrep

WIRTSCHAFT Leitung: Armin Mahler, Gabor Steingart. *Redaktion:* Dr. Hermann Bott, Konstantin von Hammerstein, Dietmar Hawranek, Frank Hornig, Hans-Jürgen Jakobs, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusch, Thomas Tuma. *Autoren:* Peter Bolke

AUSLAND Leitung: Dr. Olaf Ihlu, Dr. Romain Leick, Fritjof Meyer, Erich Wiedemann. *Redaktion:* Dieter Bednarz, Adel S. Elias, Hans Hielscher, Joachim Hoelzgen, Siegesmund von Iseemann, Dr. Christian Neef, Roland Schleicher, Dr. Stefan Simons, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Dr. Erich Follath, Carlos Widmann

WISSENSCHAFT UND TECHNIK Leitung: Johann Grolle, Jürgen Petermann. *Redaktion:* Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Stefan Klein, Dr. Renate Nimtz-Köster, Rainer Paul, Alexandra Rigos, Matthias Schulz, Dr. Jürgen Scriba, Olaf Stampf, Christian Wüst. *Autoren, Reporter:* Klaus Franke, Henry Glass, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg

KULTUR UND GESELLSCHAFT Leitung: Wolfgang Höbel, Dr. Matthias Schreiber. *Redaktion:* Susanne Beyer, Anke Dürr, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterberg, Lothar Gorris, Dr. Volker Hage, Dr. Jürgen Hohmeyer, Dr. Joachim Kronsbien, Reinhard Mohr, Anuschka Roshani, Dr. Johannes Saltzwedel, Peter Stolle, Dr. Rainer Traub, Klaus Umbach, Claudia Voigt, Susanne Weingarten, Marianne Wellershoff. *Autoren, Reporter:* Ariane Barth, Uwe Buse, Urs Jenny, Dr. Jürgen Neffe, Cordt Schnibben, Alexander Smolczyk, Barbara Supp

SPORT Leitung: Alfred Weinzierl. *Redaktion:* Matthias Geyer, Gerhard Pfeil, Jörg Winterfeldt, Michael Wulzinger

SONDERTHEMEN Dr. Rolf Rietzler; Christian Habbe, Heinz Höfl, Hans Michael Kloth, Dr. Walter Knips, Reinhard Krumm, Gudrun Patricia Pott

SONDERHEMEN GESTALTUNG Manfred Schniedenhahn

PERSONALIEN Dr. Manfred Weber; Petra Kleinau

CHEF VOM DIENST Horst Beckmann, Thomas Schäfer, Karl-Heinz Körner, Holger Wolters

SCHLUSSREDAKTION Rudolf Austenfeld, Reinhold Bussmann, Dieter Gellrich, Hermann Harms, Sandra Hülsmann, Bianca Huneckul, Rolf Jochum, Katharina Lüken, Heiner Nagel, Dr. Karen Ortiz, Gero Richter-Rethwisch, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirikka

BILDREDAKTION Michael Rabanus, Josef Csallós, Christiane Gehler, Werner Bartels, Manuela Cramer, Rüdiger Heinrich, Peter Hendricks, Antje Klein, Matthias Krug, Peer Peters-König, Dilia Regnier, Monika Rick, Elke Ritterfeldt, Karin Weinberg, Anke Wellnitz

GRAFIK Martin Brinker, Ludger Bollen; Cornelia Baumann, Renata Biedarra, Tiina Hurme, Cornelia Pfauter, Julia Saur
LAYOUT Rainer Sennewald, Wolfgang Busching, Volker Fensky; Christel Babilon-Pooch, Sabine Bodenhausen, Katrin Bollmann, Regine Braun, Ralf Geilhufe, Petra Gronau, Ria Henning, Barbara Rödig, Detlev Scheerbarth, Doris Wilhelm

PRODUKTION Wolfgang Küster, Frank Schumann, Christiane Stauder, Petra Thormann, Michael Weiland

TITELBILD Thomas Bonnie; Stefan Kiefer, Ursula Morschhäuser, Oliver Peschke, Monika Zucht

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Leitung: Heiner Schimmöller, Michael Sontheimer; Georg Mascolo. *Redaktion:* Wolfgang Bayer, Stefan Berg, Petra Bornhöft, Markus Dettmer, Carolin Emcke, Jan Fleischhauer, Jürgen Hogrefe, Harald Schumann, Peter Wensierski, Friedrichstraße 79, 10117 Berlin, Tel. (030) 203874-00, Fax 203874-12

BONN Leitung: Jürgen Leinemann; Hartmut Palmer, Hajo Schumacher. *Redaktion:* Martina Hildebrandt, Horand Knaup, Ursula Kossler, Dr. Paul Lersch, Claus Christian Malzahn, Dr. Hendrik Munsberg, Elisabeth Niejahr, Olaf Petersen, Rainer Portner, Christian Reiermann, Ulrich Schäfer, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 53113 Bonn, Tel. (0228) 26703-0, Fax 215110

DRESDEN Andreas Wassermann, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 8020271, Fax 8020275

DÜSSELDORF Richard Rickelmann; Georg Bönisch, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Andrea Stuppe, Karlplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

ERFURT Almut Hielscher, Löberwallgraben 8, 99096 Erfurt, Tel. (0361) 37470-0, Fax 37470-20

FRANKFURT A. M. Dietmar Pieper; Wolfgang Bittner, Felix Kurz, Christoph Pauly, Wolfgang Johannes Reuter, Wilfried Voigt, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt a. M., Tel. (069) 9712680, Fax 97126820
HANNOVER Hans-Jörg Vehlewald, Georgstraße 50, 30159 Hannover, Tel. (0511) 36726-0, Fax 3672620

KARLSRUHE Postfach 5669, 76038 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Wolfgang Krach, Heiko Martens, Bettina Musall, Stuntzstraße 16, 81677 München, Tel. (089) 4180040, Fax 41800425

SCHWERIN Annette Bruhns, Spielertordamm 9, 19055 Schwerin, Tel. (0385) 5574442, Fax 569919

STUTTGART Jürgen Dahlkamp, Katharinenstraße 63a, 73728 Esslingen, Tel. (0711) 3509343, Fax 3509341

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

BASEL Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. (004161) 2830474, Fax 2830475

BELGRAD Renate Flottau, Teodora Dražera 36, 11000 Belgrad, Tel. (0038111) 669987, Fax 660160

BRÜSSEL Dirk Koch; Winfried Didzoleit, Sylvia Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436
ISTANBUL Bernhard Zand, Başkurt Sokak No. 79/4, Beyoğlu, 80060 Istanbul, Tel. (0090212) 2455185, Fax 2455211

JERUSALEM Annette Großbongardt, 29, Hatikva Street, Yemin Moshe, Jerusalem 94103, Tel. (009722) 6245755, Fax 6240570
JOHANNESBURG Birgit Schwarz, P. O. Box 2585, Parklands, SA-Johannesburg 2121, Tel. (002711) 8806429, Fax 8806484

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 3604944, Fax 3607655

LONDON Hans Hoyng, 6 Henrietta Street, London WC2E 8PS, Tel. (0044171) 3798550, Fax 3798599

MOSKAU Uwe Klufmann, Jörg R. Mettke, 3. Choroschewskij Projed 3 W, Haus 1, 123007 Moskau, Tel. (007095) 9400502-04, Fax 9400506

NEW DELHI Padma Rao, 91, Golf Links (I & II Floor), New Delhi 110003, Tel. (009111) 4652118, Fax 4652739

NEW YORK Thomas Hüetlin, Mathias Müller von Blumencron, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Lutz Kruschke, Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. (00331) 42561211, Fax 42561972
PEKING Andreas Lorenz, Qijiyuan W. 7. 2. 31, Peking, Tel. (008610) 65323541, Fax 65323543

PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. (004202) 24220138, Fax 24220138

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Avenida São Sebastião 157, Urca, 22291-070 Rio de Janeiro (RJ), Tel. (005521) 2751204, Fax 5426583

ROM Hans-Jürgen Schlamp, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Rafaela von Bredow, 3782 Cesar Chavez Street, San Francisco, CA 94110, Tel. (001415) 647550, Fax 6475530

SINGAPUR Jürgen Kremb, 15, Fifth Avenue, Singapur 268779, Tel. (0065) 4677120, Fax 4675012

TKIO Dr. Wieland Wagner, Chigasaki-Minami 1-3-5, Tsuzuki-ku, Yokohama 224, Tel. (008145) 941-7200, Fax 941-8957

WARSAU Andrzej Rybak, Krzywickiego 4/1, 02-078 Warschau, Tel. (004822) 8251045, Fax 8258474

WASHINGTON Michaela Schiefel, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

WIEN Dr. Hans-Peter Martin, Herrengasse 8 Top 100, 1010 Wien, Tel. (00431) 5323232, Fax 5323232-10

DOKUMENTATION Dr. Dieter Gessner, Dr. Hauke Jansen; Jörg-Hinrich Ahrens, Sigrid Behrend, Dr. Helmut Bott, Lisa Busch, Heiko Buschke, Heinz Egleder, Dr. Herbert Eger, Johannes Erasmus, Cordelia Freiwald, Silke Geister, Dr. Sabine Giehle, Hartmut Heidler, Gesa Höppner, Christa von Holtzapfel, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Michael Jürgens, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Inga Lindhorst, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Sigrid Lüttich, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Thorsten Oltmer, Anna Petersen, Peter Philipp, Katja Ploch, Axel Pult, Ulrich Rambow, Thomas Riedel, Paul-Gerhard Roth, Constanze Sanders, Petra Santos, Maximilian Schäfer, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Dr. Iris Timpe-Hamel, Heiner Ulrich, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Peter Wahle, Ursula Wamser, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelband

BÜRO DES HERAUSGEBERS Irma Nelles
INFORMATION Heinz P. Lohfeldt; Andreas M. Peets, Kirsten Wiedner, Peter Zobel
KOORDINATION Katrin Klocke
LESER-SERVICE Catherine Stockinger

SPiegel ONLINE (im Auftrag des SPIEGEL: a + i art and information GmbH & Co.)

Redaktion: Hans-Dieter Degler, Ulrich Booms
NACHRICHTENDIENSTE AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid, Time

Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

SPiegel-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG
Verantwortlich für Vertrieb: Ove Saffe

Verantwortlich für Anzeigen: Christian Schlotta
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 53 vom 1. Januar 1999
Postbank AG Hamburg Nr. 7137-200 BLZ 200 100 20
Druck: Gruner Druck, Itzehoe

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck

MÄRKTE UND ERLÖSE Werner E. Klatten

GESCHÄFTSFÜHRUNG Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is \$290.00 per annum.
K.O.P.: German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631. Telephone: 1-800-457-4443, e-mail: info @ glpnews.com. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, German Language Publications, Inc., 153 South Dean Street, Englewood, NJ 07631.

SAMSTAG, 16. 1.

MASSAKER Angehörige der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) entdecken nahe Račak im Mittelkosovo ein Massaker der serbischen Polizei an 45 Kosovo-Albanern.

WACHWECHSEL Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber wird als Nachfolger Theo Waigels zum CSU-Vorsitzenden gewählt.

SONNTAG, 17. 1.

PROTEST Im hessischen Landtagswahlkampf beginnt die Unterschriftenkampagne der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft. Am Wochenende beteiligen sich 45 000 Bürger.

MONTAG, 18. 1.

SCHULDEN Die Neuverschuldung des Bundes soll nach einer Kabinettsvorlage von Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine 56,2 Milliarden Mark betragen und bleibt damit auf dem Niveau, das sein Vorgänger Theo Waigel veranschlagt hatte.

DROHUNG Der an einem unbekanntem Ort untergetauchte Chef der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, droht nach seiner Ausreise aus Italien mit neuer Gewalt im Unabhängigkeitskampf der Kurden.

DIENSTAG, 19. 1.

STEUER-BONUS Bund und Ländern entstehen Mindereinnahmen von mindestens 22 Milliarden Mark jährlich, wenn verheiratete Eltern nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 1. Januar 2000 an erheblich weniger Steuern zahlen müssen.

MITTWOCH, 20. 1.

EXPERIMENTE Der britische Forscher Ian Wilmut, der vor drei Jahren das Klonschaf Dolly kreierte, kündigt an, menschliche Embryonen klonen zu wollen.

GEFÄNGNIS Ein Gericht in Schanghai verurteilt im ersten politischen Internet-Prozess in China einen Computerunternehmer wegen angeblichen Umsturzversuchs zu zwei Jahren Haft. Er soll E-Mail-Adressen an ausländische Dissidenten weitergegeben haben.

DONNERSTAG, 21. 1.

TIEFFLUG Der Frankfurter Flughafen entgeht nur knapp einer Katastrophe, als eine mit 318 Personen besetzte Boeing 747 der Air India in dichtem Nebel zu tief anfliegt und das Landesystem erheblich beschädigt.

STÖRFALL Der französische Premierminister Lionel Jospin verlangt eine Entschädigung, falls Deutschland die Verträge mit der Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague kündigt. Bundesumweltminister Jürgen Trittin weist die Forderung zurück.

FREITAG, 22. 1.

HOCHSTAPLER Das Leipziger Landgericht verurteilt den gelehrten Briefträger Gert Uwe Postel, 40, zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe. Postel, der nie Medizin studiert hat, erschlich sich unter anderem eine Anstellung als Psychiatrie-Oberarzt im sächsischen Zschadraß und trat als Gutachter vor Gericht auf.

KORRUPTION Der Bestechungsskandal um die Vergabe der Olympischen Winterspiele 2002 in Salt Lake City zieht Konsequenzen nach sich. Nachdem am Mittwoch die Finnin Pirjo Hägman von ihren IOC-Posten zurücktrat, folgt nun der Libyer Bashir Mohamed Attarabulsi.

ZIELSETZUNG Die Nato hat Ziele für einen möglichen Militäreinsatz im Kosovo festgelegt. Deutsche Soldaten werden nach Angaben von Verteidigungsminister Rudolf Scharping im Ernstfall nur zur Rettung von OSZE-Beobachtern eingesetzt.

TERMINE

25. bis 31. Januar 1999

.....
MONTAG, 25. 1.
.....

PANNENSUCHE Im Kieler Landtag nimmt ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß seine Arbeit auf, um die Umstände der „Pallas“-Havarie vor der Nordseeinsel Amrum zu klären.

.....
DIENSTAG, 26. 1.
.....

KOMPROMISSUCHE Im Kanzleramt beginnen die Konsensgespräche mit der Energiewirtschaft über einen Ausstieg aus der Atomenergie.

.....
MITTWOCH, 27. 1.
.....

REDE Bundespräsident Roman Herzog spricht im Bundestag zum Holocaust-Gedenktag.

.....
DONNERSTAG, 28. 1.
.....

AUSZEICHNUNG Der südafrikanische Präsident Nelson Mandela erhält in Baden-Baden den Deutschen Medienpreis '98 für sein Lebenswerk.

.....
FREITAG, 29. 1.
.....

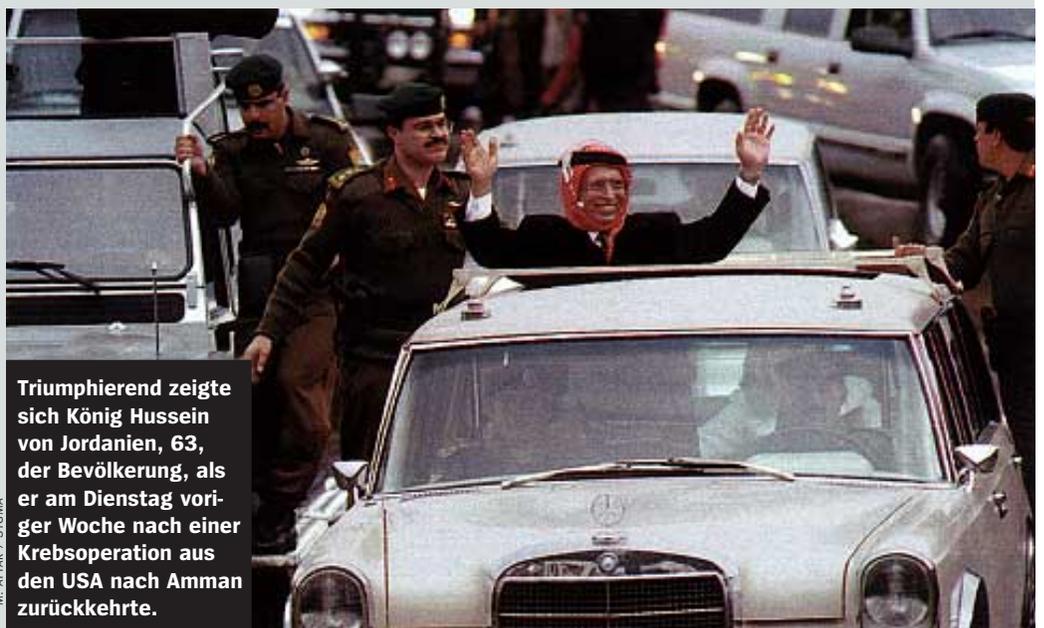
SONDIERUNG Staatssekretäre der SPD-regierten Bundesländer wollen ausloten, ob im Bundesrat eine Mehrheit für die vollständige Abschaffung des Ladenschlußgesetzes erreichbar wäre.

.....
SAMSTAG, 30. 1.
.....

OFFENE TÜR Das Deutsche Nationaltheater in Weimar wird nach umfassender Rekonstruktion wiedereröffnet.

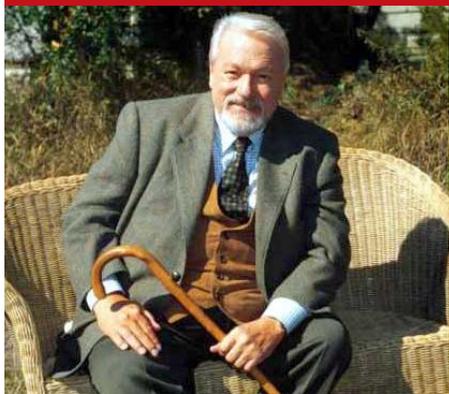
.....
SONNTAG, 31. 1.
.....

NASCHTREFF In Köln beginnt die fünftägige Internationale Süßwarenmesse.



Triumphierend zeigte sich König Hussein von Jordanien, 63, der Bevölkerung, als er am Dienstag voriger Woche nach einer Krebsoperation aus den USA nach Amman zurückkehrte.

M. ATTAR / SYGMA



M. LUETRINGHAUS / PEOPLE IMAGE

GESTORBEN

Günther Strack, 69. Er debütierte 1949 in Schillers „Kabale und Liebe“, spielte in Kleists „Der zerbrochene Krug“ und in Shakespeares „Was ihr wollt“. Seine außerordentliche Popularität aber gewann der Schauspieler aus dem südhessischen Darmstadt durch seine Fernsehrollen. Ob als rauhbeiniger Bauunternehmer in Dieter Wedels Mehrteiler „Die Semmelings“, dessen Fortsetzung gerade geplant war, ob als Onkel Ludwig in der ZDF-Serie „Diese Drombuschs“, als gottesfürchtiger Pfarrer Kempfert in „Mit Leib und Seele“ oder als korrupter Bürgermeister in Wedels Mafia-Epos „Der Schattenmann“ – Günther Strack war einer der wenigen Schauspieler im Zeitalter der weichgespülten Tele-Soap-Ästhetik, die Rollen noch verkörpern, Charaktere noch glaubwürdig darstellen konnten. Auch auf diesem Feld mochte jenes mehrdeutige (Werbe-)Motto gegolten haben, das ihn bis zu seinem Tod begleitet hat: „Man gönnt sich ja sonst nichts.“ Günther Strack starb vergangenen Dienstag in seinem Haus im fränkischen Münchsteinach an Herzversagen.

Karl Lieffen, 72. Im deutschen Film- und Fernsehwesen war er meistens dann gefragt, wenn mal wieder abgefeymte, zwielichtige Typen zu besetzen waren – Fieslinge, Schwierige und Schmierige. Doch Karl Lieffen konnte mehr. Der Böhme mit dem Geburtsnamen Carel Frančišek Lifka bleibt den meisten TV-Zuschauern sicher als pedantisch-drolliger Vater in der Kempowski-Verfilmung von „Tadellöser & Wolff“ aus dem Jahre 1975 in Erinnerung. Seine Sprüche wie „Ansage mir frisch!“ gehören immer noch zum Alltagswortschatz. Lieffen, der aus der eigenen Wertschätzung seines Talents selten ein Hehl machte, hatte sein präzises Handwerk bei Bühnen-Koryphäen wie Schweikart oder Kortner gelernt. Karl Lieffen starb am 13. Januar in Starnberg.



E. ELSNER / ACTION PRESS

Ortrud Beginnen, 60. Auf deutschen Bühnen war sie ein Unikum, kein glatter Typ, eher eine skurrile Type. Schon jung zur komischen Alten tendierend, spielte Ortrud Beginnen (uneheliche Tochter einer Wagner-Verehrerin und Chorsängerin) die schrägen und verhuschten Weibsbilder, unter deren scheinbarer Alltäglichkeit immer Wahn und Weh hausten. Aufgewachsen bei den Großeltern, lernte die Hamburgerin früh, ihren eigenen ungeraden Weg zu gehen. Beim Vorsprechen in der Schauspielerschule bewarb sie sich denn auch sowohl mit dem Vaterunser als auch mit dem Schlager „Nur nicht aus Liebe weinen“. Der Termin scheiterte. Dennoch spielte die Beginnen später am Staatstheater Stuttgart oder am Hamburger Schauspielhaus und bereicherte die Spielpläne mit eigenen Musik-Programmen, die unnachahmlich zwischen erfrischendem Aberwitz und milder Agitation oszillierten. Ortrud Beginnen starb am vergangenen Montag in Stuttgart an den Folgen eines Krebsleidens.



INTERFOTO

Gerard Vandenberg, 66. Mitte der sechziger Jahre, als der „Junge deutsche Film“ noch wirklich jung und in Schwabing zu Hause war, tummelten sich munter mittendrin zwei Ausländer, der holländische Kameramann Vandenberg und der amerikanische Regisseur George Moore: Sie machten acht Spielfilme zusammen, darunter düstere wie den „Findling“ nach Kleist oder den Büchnerschen „Lenz“, strahlten aber meist Lebensleichtsinn und psychedelische Schwerelosigkeit aus. Annähernd 50 Spielfilme hat Vandenberg im Lauf von drei Jahrzehnten in Deutschland gedreht, mit Regisseuren wie Peter Schamoni, Peter Zadek, Johannes Schaaf, Bernhard Wicki, Edgar Reitz, Liorit, und etliche Preise dafür gesammelt. Gerard Vandenberg starb am 16. Januar in München an Leukämie.

Jacques Lecoq, 77. Zu seinen Schülern gehörten Regiestars wie Ariane Mnouchkine, Luc Bondy und Christoph Marthaler sowie viele große Schauspieler, er selbst aber versteckte sich am liebsten hinter einer Maske. Der Theaterlehrer Lecoq gründete zunächst 1947 in Mailand und dann 1956 in Paris eine Schule, die – inspiriert vom asiatischen Maskenspiel – nicht auf mimischen und psychologischen Ausdruckswahn setzte, sondern auf Bewegungskunst und Körperspiel. Sein britischer Meisterschüler, der Regisseur Simon McBurney, pries ihn einmal als „größten lebenden Magier“. Jacques Lecoq starb vergangenen Dienstag in Paris.



Madonna, Tochter Lourdes

PANDIS

Madonna Louise Veronica Ciccone, 40, Pop-Queen („Like A Virgin“) der frühen Neunziger und Ikone der permissiven Gesellschaft, schätzt strenge Erziehungsregeln. In der Talkshow von Larry King vergangene Woche warf sich die Mutter der zweijährigen Tochter Lourdes in die Brust: „Man muß Disziplin halten. Man muß den Kindern sagen, wo es langgeht.“ Wäre

Lourdes schon erwachsen, könnte sich Mutter Madonna ihre Tochter durchaus als Praktikantin bei US-Präsident Bill Clinton vorstellen: „Absolut. Meine Tochter würde sich nie mit einem verheirateten Mann einlassen, denn ich würde sie umbringen, wenn sie es täte.“ Sie selbst habe auch nie mit verheirateten Männern herumgemacht.

Daniel Cohn-Bendit, 53, ehemaliger Frankfurter Multikulti-Dezernent, Noch-Europa-Abgeordneter der deutschen Grünen und derzeit Spitzenkandidat der französischen Grünen für die Europawahlen im Juni, erhält eine ungewöhnliche Ehrung. „Dany le Rouge“, dem roten Daniel, wurde von der französischen Organisation Trombinoscope, der sieben Topjournalisten angehören, die Ehrung „La Révélation politique“, politische Entdeckung des Jahres 1998, zugesprochen. Die bislang noch geheimgehaltene Zuerkennung wird der ehemalige Politstar der Pariser Mai-Unruhen 1968 am 2. Februar entgegennehmen

Schülerunruhen verdeutlichten Mißständen im französischen Bildungssystem verdunkelt. Auch Cohn-Bendit steht in der französischen Öffentlichkeit nicht mehr nur als Held da. Bei einem Besuch der Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague in der vergangenen Woche flogen dem Grünen Eier, Dreck und Beschimpfungen entgegen: „Cohn-Bendit – Bandit“, „Kehr zurück nach Deutschland“, „Wir knallen dich ab“, „Fascho“.

Wolfgang Gerhardt, 55, FDP-Vorsitzender, hat sich bei einem Taxifahrer für das rüde Auftreten einiger Parteigrößen entschuldigt. Die Freidemokraten waren dem Mann durch ihr wenig schmeichelhaftes Benehmen am Rande der 50-Jahr-Feier zur Gründung der Partei in Heppenheim aufgefallen. In einem Leserbrief an die örtliche „Südhessische Post“ hatte der Taxifahrer seinem Ärger Luft verschafft. Nach seiner Darstellung weigerten sich die standesbewußten Vertreter der Ex-Regierungspartei, mit einem Opel vom Bahnhof zum Ort der Feierlichkeiten gefahren zu werden: Sie verlangten nach einem Mercedes.



Cohn-Bendit in La Hague

DPA

können. Die „politische Entdeckung des Jahres 1997“, Cohn-Bendits Vorgänger, war der französische Erziehungsminister Claude Allègre. Dessen strahlendes Bild in der Öffentlichkeit wurde freilich 1998 von den durch gewalttätige Studenten- und

Gerhard Glogowski, 55, Ministerpräsident von Niedersachsen, weiß – zwischen Verwaltungsreform und Atomausstieg –, was er dem Volk schuldig ist. Vom Osnabrücker Karnevalsverein „Grün-Weiße Garde“ dieser Tage zum Ehrensenator gekürt, mußte der gebürtige Hannoveraner auch Proben seines Könnens nach deutscher Mannesart abliefern. Mit Kinderlätzchen um den Hals und einer mit Herzchen und Sternen abgedunkelten Brille auf der Nase hatte der Regierungschef eine Mettwurst zu verteilen und einen halben Liter Bier auf ex zu trinken. Glogowski meisterte die Aufgabe sozusagen blind, wengleich er das Glas nicht in einem Zug leerte.



Glogowski

ACTION PRESS

Zu späterer Stunde traktierten einige alkoholisierte Politprofis die Fahrer mit Schimpftiraden: „Wissen Sie denn nicht, wer ich bin? Scheißbladen!“ Eine liberale Lady reichte einem Kollegen des Taxifahrers ihre Lesebrille als Zahlungsmittel und bat ihn, „auf 20 Mark rauszugeben“. Gerhardt entschuldigte sich jetzt schriftlich bei dem Heppenheimer: In der FDP-Spitze gehörten „weder die Drangsalierung von Taxichauffeuren noch die Ablehnung bestimmter Automarken“ zu den üblichen Umgangsformen.



ULSTEIN BILDERDIENST

Frantz, Philharmonie der Nationen

Justus Frantz, 54, umtriebiger Musikpädagoge, bekommt dank Vermittlung der deutschen Nato-Vertretung in Brüssel einen spektakulären Auftritt für sein Orchester „Philharmonie der Nationen“. Zum 50. Nato-Jubiläum sollen die Musiker aus 40 Nationen am 11. April im Brüsseler Opernhaus dem belgischen König und Würdenträgern aus – dann – 19 Nato-Ländern sowie Staaten des Nato-Programms „Partnerschaft für den Frieden“ aufspielen. Statt Tschingderassabum militärischer Blaskapellen wünscht die Allianz ein klassisches Festkonzert mit Werken von Komponisten aus Ost und West, von Beethoven bis Tschairowsky. Das soll den friedliebenden und völkerverbindenden Charakter des Bündnisses betonen. Gleichwohl werden für das Frantz-Konzert Sponsorengelder eines deutschen Rüstungskonzerns erhofft. Musikmanager Frantz durfte mit dem internationalen Orchester im vergangenen Oktober zum Uno-Geburtstag in New York auftreten.

Cristina Sánchez, 27, erster weiblicher Torero Spaniens, enthüllt in ihrem Buch „Matadora“ das Geheimnis des scheinbar



SIPA PRESS

Sánchez

männlichsten aller Kampfrituale. „Daß eine Frau mit Stieren kämpft und sie tötet“, schreibt sie, „mag überraschen.“ Tatsächlich sei der „Weg zur Matadorin keineswegs leicht, aber faszinierend gewesen“. Als Torero aufzutreten heiße, „den Stier in die Muleta zu locken, sich ganz dem Tanz der Kraft und Grazie hinzuge-

ben. Dieser Zauber sitzt tief in mir drin“. Stets aber habe sie die Erkenntnis des Meisters Curro Romero begleitet: „Die Kunst des Toreros besteht zuallererst im Schmeicheln“, habe er gesagt. „Und da Frauen sehr gut schmeicheln können, wirst du viel Erfolg haben.“

Rolf Breuer, 59, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, verzichtete kürzlich dankend auf eine Ehrung. Einige Mitglieder des Frankfurter Wirtschafts-Journalisten-Clubs „Group of 20 + 1“ hatten ihn für den Ehrentitel „Europäischer Banker des Jahres“ vorgeschlagen. Daraufhin signalisierte Breuer dem Club, die Auszeichnung keinesfalls annehmen zu wollen – schließlich gilt sie in Finanzkreisen mittlerweile als eine Art „Todeskuß“. So war im vergangenen März Mathis Cabiallavetta, Chef der schweizerischen UBS, mit dem Titel ausgezeichnet worden. Sechs Monate später trat er zurück, nachdem sein Haus 950 Millionen Schweizer Franken vor allem in Hedge-Fund-Geschäften verzockt hatte. Auch Jürgen Sarrazin, Ex-Chef der Dresdner Bank, war einmal Banker des Jahres. Im Zuge einer Steuerhinterziehungsaffäre auf Vorstandsebene, die das Haus erschütterte, nahm er im Dezember 1997 seinen Hut.

Edmund Stoiber, 57, bayerischer Ministerpräsident, verursachte – ungewollt – einen eigenwilligen Feuerwehreinmarsch. Weil die Bahnverbindungen schlecht waren und sie unbedingt am vorvergangenen Sonntag pünktlich zur Wahl des CSU-Chefs im

330 Kilometer entfernten München eintreffen wollten, entliehen sich die Schweinfurter Kreisverbandsdelegierten den Mannschaftswagen aus dem Spritzenhaus der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Donnersdorf. Nicht genug: Die Unterfranken parkten den roten VW-Bus mit Blaulicht auch noch auf dem Behindertenparkplatz vor der Münchner Messehalle. An die Windschutzscheibe klebten sie einen Behindertenausweis eines mitreisenden

83jährigen Delegierten. Dem für die Spritztour verantwortlichen Feuerwehrmann, dem CSU-Landtagsabgeordneten Gerhard Eck, droht jetzt ein Verfahren wegen Mißbrauchs. In Donnersdorf hätten bei einem Notfall die Feuerwehrleute mit Privatautos fahren müssen. Eck ist sich keiner Schuld bewußt: „Das war eine Bewegungsfahrt.“

Montag, 25. Januar

13.00 – 14.00 UHR RTL

Bärbel Schäfer

„Warum muß du immer ausrasten?“ Im Visier von Bärbels Rasterfahndung.

20.15 – 21.45 UHR ZDF

Das Gelbe vom Ei

... muß man in die Pfanne hauen, wenn das Rezept nichts taugt. Lars Becker (Buch und Regie) hat ein paar derzeit sehr populäre Schauspieler in der Norddeutschen Tiefenebene plaziert und sie dort abgefilmt beim Flirten, Streiten und Banken überfallen – fertig ist, so die ZDF-Werbung, „das Comedy-Ereignis des Jahres“. Das ist hoffentlich nicht ernst gemeint, denn nach diesem Bauernfänger-Drama kann es eigentlich nur besser werden. Drei schmucke Provinzdamen (Meret Becker, Heike Makatsch, Catrin Striebeck) besuchen eine Versteigerung (als Auktionator: Armin Rhode), auf der Junggesellen an die Frau gebracht werden: ein glatzköpfiger, aber reicher Hühnerbaron (Dietmar Bär); ein gutaussehender, aber armer Ökobauer (Moritz Bleibtreu); der Rest sind richtige Nieten. Es kommt zum Streit um den be-

sten Landmann. Weil aber offenbar selbst der Regisseur gemerkt hat, daß diese eher schlechte Idee nicht reicht für 90 Minuten Fernsehfilm, verquirlt er das Ganze mit einer wirren Gangstergeschichte: Der bankrotte Vollkorn-Agrarier überfällt eine Bank; der kahle Mini-Pohlmann versucht, ihm das Geld wieder abzuja-gen. Wo die Landeier in den frühen Detlev-Buck-Filmen („Erst die Arbeit und dann ...“, „Karniggels“) kunstvoll-peinlich schweigen konnten, füllt Becker die dramaturgische Ödnis mit Dauergequatsche. Das Ergebnis ist komödiantisches Rührei.

21.00 – 21.45 UHR ARD

Report

Themen aus München: Allah in deutschen Schulen – Integration statt Isolation / Nach dem Strategietreffen: Wohin steuert die Union? / Konsens ist Nonsense – der Frust über die rot-grüne Atompolitik / Fleisch: geschätzte Werte, fehlende Studien – der amtliche Unsinn der Ernährungsempfehlungen der DGE.



Rhode, Bär, Bleibtreu in „Das Gelbe vom Ei“

20.15 – 22.15 UHR VOX

Heißblütig – Kaltblütig

Das Unheimliche am Verbrechen ist nicht nur, daß es sich einen falschen Anschein geben muß. Das Unheimliche ist, daß auch die Täter bald nicht mehr wissen, ob sie handeln oder gehandelt werden. Dieser Gedanke kommt einem angesichts des Films von Lawrence Kasdan (USA 1981). Kathleen Turner und William Hurt spielen das unersättliche Liebespaar, das den Ehemann beseitigt, doch darüber schnell die Harmonie verliert.

Dienstag, 26. Januar

16.00 – 17.00 UHR RTL

Hans Meiser

„Jetzt richte ich – Selbstjustiz“. Bitte per Fernbedienung die Rotwerte kontrollieren.

20.15 – 22.10 UHR RTL

Hamburg – Stadt in Angst

Bangbüxe sind die Jungs von der Elbe eigentlich nicht, aber wenn wie in diesem Psychothriller (Buch: Rafael Solá Ferrer, Regie: Daniel Helfer) ein Froschmann aus der Alster steigt und Unschuldige in die Tiefe reißt, schaltet der Hanseat sein Nordlicht auf Panikbeleuchtung.

20.15 – 22.10 UHR KABEL 1

Nummer 5 lebt!

Ein Blitz macht aus einem militärischen Kampfrobooter einen mündigen Gesellen: Das Gehorsamsmodul wurde lahmgelegt. Die Generäle erklären den eisernen Kameraden daraufhin für kaputt, er selbst dagegen scheint sich so gesund wie nie zuvor zu fühlen. Voller Neugier macht sich der Maschinenmensch daran, die Welt zu entdecken. Nach seinem Film „War Games“, der das beklemmend realistische Szenario eines durch Computerfehler ausgelösten Vergeltungsschlags entwirft, hatte Regis-



„Nummer 5 lebt!“-Szene mit Ally Sheedy

seur John Badham einigen Ärger mit dem Pentagon auszustehen. Das kam dieser Science-fiction-Komödie (USA 1985) zu-gute, die die Militärs veräppelt.

22.00 – 23.45 UHR WEST III

Die 27. Etage

Wer bin ich? Was habe ich hier eigentlich verloren? Und was wollen alle diese Leute,

die mich ständig belästigen? Gregory Peck stellt sich in Edward Dmytryk's Film (USA 1965) jene Fragen, die sich die meisten seiner Zuschauer wohl auch schon gestellt haben – doch weil er an Amnesie leidet und die Leute, die ihn belästigen, bewaffnet sind, wird daraus ein spannender Thriller. Die spannendste Frage: Welche Rolle spielt die schöne Sheila (Diane Baker), die den verwirrten Helden begleitet?

Mittwoch, 27. Januar

11.00 – 12.15 UHR ZDF

Gedenkstunde

Zum Gedenken an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch russische Soldaten sprechen vor dem Bundestag Präsident Roman Herzog und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse.

22.15 – 24.00 UHR BAYERN III

Ein pikantes Geschenk

Häßliche Vasen, dickleibige Bücher – wer in den Ruhestand verabschiedet wird, muß sich lästige Präsente gefallen lassen. Für

den brav verheirateten Bankangestellten Grégoire (Pierre Mondy) haben sich die lieben Kollegen ein ganz besonderes Geschenk ausgedacht: Ein Callgirl (Clio Goldsmith), das dem Frühpensionär ein paar schöne Stunden schenken soll. In Venedig bewirkt die schöne Gabe eine Überraschung: Der an sich brummelige und hehenschußgeplagte Grégoire entwickelt sich zum feurigen Liebhaber. Auch die Ehefrau (Claudia Cardinale) profitiert aufs Lustvollste von der amourösen Bereicherung. Das „Filmecho“ lobte Michel Langs Film (Frankreich 1982): „Das humorige Drehbuch knüpft die Fäden unter den Beteiligten an dieser amüsanten Intrige sublim und immer ohne Peinlichkeit.“

22.25 – 0.25 UHR 3SAT

Der Gehülfe

Das Fernsehspiel von Thomas Koerfer (1976) schildert das Schicksal eines Mannes (Paul Burian), der lange Jahre geschäftlich wie privat seinen Dienstherrn Tobler (Ingold Wildenauer), einen Erfinder, begleitet und dessen Höhen und Tiefen miterlebt. Es handelt sich um die Umsetzung des Romans von Robert Walser (1878 bis 1956). Der Schweizer Schriftsteller verarbeitete Erfahrungen, die er Anfang dieses Jahrhunderts im Industriestädtchen Wädenswil am Zürichsee gesammelt hatte. Der Film versucht, den feinfühlenden Walserschen Figuren nicht zu nahe zu treten.

Donnerstag, 28. Januar

20.15 – 21.35 UHR 3SAT

Tanz mit einem Mörder

Das kanadische Indianerreservat Kiabaneesee ist ein trostloser Flecken. Der junge Silas Crow (Ryan R. Black) hängt mit seinen Kumpels in der einzigen Bar herum, immer bereit zu einer Schlägerei. Doch seine Freundin Sadie (Jennifer Podemski) hat die No-future-Lethargie satt und verläßt ihn. Erst nachdem ein Teenager aus der Reservatsclique von einem Weißen vergewaltigt und umgebracht worden ist, wird Silas aktiv und versucht, Sadie wiederzubekommen. Seine rauhe Ballade vom Erwachsenwerden hat der kanadische Regisseur Bruce McDonald („Highway 61“) mit viel realistischem Flair und Gespür inszeniert.

22.00 – 23.25 UHR BAYERN III

Zuckerbaby

Sie ist nicht gerade hübsch, eher fett und schon Ende 30. Er ist Zugführer bei der

Münchner U-Bahn, sieht ganz gut aus, ist schlank und jung. Die beiden finden sich, es ist ja Kino. Percy Adlons Film (BRD 1985) hat einen unverbrauchten Charme. Die New Yorker Kamerafrau Johanna Heer („Subway Riders“) schwelgt in bonbonfarbenem Licht. Die beiden Hauptdarsteller sind Marianne Sägebrecht und der Clown Eisi Gulp.

23.00 – 23.45 UHR ARD

Drei deutsche Mörder

Ebbo Demant porträtiert drei KZ-Mörder.

23.05 – 0.30 UHR MDR

Fahrstuhl zum Schafott

Der erste Spielfilm von Louis Malle (Frankreich 1957) gilt als eines der besten Werke der Nouvelle vague. Julien (Maurice Ronet) ermordet seinen Chef, weil er mit dessen Frau (Jeanne Moreau) ein Verhält-



Ronet in „Fahrstuhl zum Schafott“

nis hat. Doch am Tatort bleibt er im Fahrstuhl stecken. Seine Geliebte irrt derweil über die regennassen Champs-Élysées – Moreaus verzweifelte Gesichtszüge spiegeln sich im Licht der Schaufensterauslagen. Der Betrachter leidet nicht: Er genießt die surrealen Schwarzweißbilder.

Freitag, 29. Januar

16.30 – 17.00 UHR ARD

Alfredissimo!

Moritz A. Sachs, besser bekannt als Klaus aus der „Lindenstraße“, kocht mit Bio mexikanische Fajitas und Fischfilet. Anschließend essen sie richtig beim Griechen im „Akropolis“: Klingzitos à la Beimerotis.

20.15 – 23.00 UHR RTL 2

Die Akte

Die Jurastudentin Darby (Julia Roberts) kommt einer Intrige des US-Präsidenten auf die Spur: Der Regierungschef deckt die Machenschaften eines Ölmagnaten, der in einem Pelikanreservat eine Raffinerie

errichten will. Alan J. Pakulas Politthriller (1993) ist eine kreuzbrave Verfilmung des Bestsellers von John Grisham.

22.15 – 0.15 UHR SAT 1

Die Fliege



Goldblum in „Die Fliege“

Als Kurt Neumann die Geschichte vom mißglückten Experiment mit einem Materialumwandler 1958 zum erstenmal verfilmte, lag die Entdeckung der DNS-Doppelhelix erst fünf Jahre zurück. David Cronenberg konnte für sein Remake (USA 1986) schon auf Jahrzehnte molekular-genetischer Forschung zurückblicken. Entsprechend überzeugend gelang ihm sein Monster: Als bei einem Selbstversuch des Wissenschaftlers (Jeff Goldblum) unbemerkt eine Fliege in die Entmaterialisierungskabine eindringt, errechnet der Computer für die Rematerialisierung ein neues Lebewesen. Das ist natürlich scheußlich. Die „Frankfurter Allgemeine“ befand, das Cronenberg-Ekel-Epos gehöre „zu den Filmen, die man gern hinter sich gebracht hat“. Ewige Frage: Welcher Computer hat den Talkpastor Fliege errechnet?

Samstag, 30. Januar

20.15 – 23.00 UHR PRO SIEBEN

Forrest Gump

Die schöne Geschichte vom tumben Toren (Tom Hanks), der in den Zeiten der 68er Revolte ein von den Mächtigen geehrter Held wird, spielte an den Kinokassen 660 Millionen Dollar ein. Winston Groom, dessen Roman die Vorlage für den mit sechs Oscars ausgezeichneten Film (USA 1994, Regie: Robert Zemeckis) lieferte, mußte sich mit bescheidenen 350 000 Dollar zufriedengeben: Paramount hatte vorgerechnet, „Forrest Gump“ hätte nichts als Verluste eingespielt, Gewinnanteile für Groom könnten nicht überwiesen werden. Der gegumpete Autor machte gute Miene zum trickreichen Spiel.



Hanks in „Forrest Gump“

20.15 – 22.00 UHR RTL

Traumhochzeit

Die einen tun's in einer Badewanne voller Rosenblüten, die anderen im Wohnwagen einer Wahrsagerin, die dritten auf einem historischen Leuchtturm – alles Männer von heute, die ihren Bräuten an romantischem Ort einen Heiratsantrag stellen. Der Traum vom Eheglück erfüllt die Herzen nach wie vor. Schiller hat unrecht: Der Wahn ist lang, die Reu' fürchtet keiner.

20.15 – 22.05 UHR SAT 1

Asterix in Amerika

Die Römer entführen den gallischen Mediziner Miraculix und stoßen ihn über den Rand der Erdscheibe. Der alte Zauberer landet in Amerika, und Asterix und Obelix, die ihrem Doping-Lieferanten gefolgt sind, ebenfalls: Wildwest geht es von da an in diesem komplett in Deutschland entstandenen Zeichentrickfilm von 1994 zu.

Sonntag, 31. Januar

20.15 – 21.45 UHR ZDF

Lea Katz – Die Kriminalpsychologin

Die Leiche eines kleinen Jungen wird gefunden, er ist offenbar das Opfer eines perversen Mörders geworden. Zum zweitenmal spielt Martina Gedeck die Berliner Polizeipsychologin, mit deren Hilfe der Täter zur Strecke gebracht wird. Doch der Film (Buch: Volker Führer, Regie: Konrad Sabrautzky) beschäftigt sich nicht nur mit der komplizierten Suche nach dem Mörder. Es geht vor allem um die innere Einstellung von Leas Kollegen: Der eine, ein verflüssener Lover (Thomas Anzen-

hofer) der Psychologin, kann wegen seiner unbeherrschbaren Wut gegen einen Verdächtigen dessen Selbstmord nicht verhindern. Der andere (Christian Berkel) sieht rot und will den schließlich ermittelten Täter im Wege der Selbstjustiz vernichten – ein nicht verarbeitetes Erlebnis treibt ihn dazu. Die Psychologin steht immer in der Mitte und muß zwischen all den durchgeknallten Männern vermitteln – als Statthalterin der weiblichen Vernunft. Das ehrt das Geschlecht, aber der Schauspielerin Gedeck schafft das nicht viel Raum, ihr beträchtliches darstellerisches Repertoire zu zeigen. Psychologen verstehen viel und bleiben gelassen: Im Leben ist das erfreulich, dem Film nicht eben dienlich.



Berkel (M.), Gedeck (r.) in „Lea Katz – Die Kriminalpsychologin“

SPIEGEL TV

DONNERSTAG

22.20 – 23.00 UHR VOX



US-Einheit „Battle Group“

FOTOS: SPIEGEL TV

SPIEGEL TV EXTRA

Weltmacht auf dem Wasser

– die US-Armada im Golf, Teil I

Die „Battle Group“ ist eine Einheit von Zerstörern, Kreuzern, U-Booten und Amphibienfahrzeugen. Reportage über die komplexe Logistik und extremen Anforderungen an Techniker und Piloten.

FREITAG

22.00 – 24.00 UHR VOX

SPIEGEL TV THEMENABEND

Voyeurismus

– Zwischen Schaulust und Spitzelei

Der Blick durch das Schlüsselloch übt für viele Menschen seit jeher eine besondere Faszination aus. Manchen aber bedeuten Peep-Shows, geheime Fotografien oder Chatrooms im Internet die Erfüllung ihrer sexuellen Träume.



Internet-Model

SAMSTAG

22.00 – 23.05 UHR VOX

SPIEGEL TV SPECIAL

Aufstieg im Untergang – Millionärinnen und Models in Moskau

Die reichsten Unternehmerinnen Rußlands erledigen ihre Geschäfte auch bei der Jagd, im Badehaus oder im Golfclub. Ein Bericht über Frauen in Führungspositionen.

SONNTAG

22.10 – 23.00 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Geplant unter anderem: Spitzel, Spontis, Stalinisten – Wohin treibt die PDS? / Ente gegen Supervogel – Öko-Streit um Riesen-Airbus.

Aus dem „Weser-Kurier“: „Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat gestern Krabben und Rindfleisch von Bremen mit nach Hause genommen – nicht etwa im Henkelmann, sondern im Magen. Die beiden Nahrungsmittel wählte er am kalt-warmen Buffet im Ratskeller, als seine Stippvisite zum Neujahrsempfang des Senats zu Ende ging.“

Bauverbot für Homosexuelle

Diebstahl auf Föhr vergibt Grundstücke nur an gleichgeschlechtliche Paare

Aus dem „Hamburger Abendblatt“

Aus dem „Trierischen Volksfreund“: „Gleichzeitig wurde der Stadt vorgegeben, das Bordell öfter zu kontrollieren und sein Personal zu verstärken.“

Polizei setzt erfolgreiches Raubkonzept fort

Aus der „Welt“

Kanada bibbert – sogar Thermometer frieren ein

Aus der „Bild“-Zeitung

MILLOWITSCH 90

Glücksjung' – nicht totzukriegen

Aus der „Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen“

Arznei-Zuzahlung soll gestaffelt werden

Eigenbeteiligung soll sich ab dem Jahr 2000 nach der Wirksamkeit des Medikaments richten

Aus dem „Reutlinger General-Anzeiger“

Sa.-So., Schnupperwoche – Sterben, Tod und Abschied nehmen

Aus dem Veranstaltungsprogramm des Vereins zur Förderung des Hospizes am Städtischen Krankenhaus Gütersloh e. V.

Reinhold Masuhr schoß den Vogel ab

Aus der „HNA Hofgeismarer Allgemeinen“ über den erfolgreichen Taubenzüchter

Aus der „Bild“-Zeitung: „Internationale Konzerne haben Milliarden investiert (u. a. Audi, VW). Das Kapital flieht in hellen Scharen! Allein gestern wurden 1,79 Milliarden Dollar abgezogen.“

Zitat

Ein Anonymus der „Ostthüringer Zeitung“ in der Rubrik „Euer Mäster Notwend'sch“ zum SPIEGEL-Bericht „Ostalgie – Das Blech von Rudolstadt“ über den erbitterten Streit in der thüringischen Kleinstadt um Straßennamen und Denkmäler aus der alten DDR (Nr. 1/1999):

Es geht einmal wieder um die nach meiner Auffassung unselige Straßennamendiskussion. Im Prinzip ist all das, was im erwähnten Artikel berichtet wird, bekannt. Nur als ich es in dieser Zusammenstellung las, wuchs in mir gewissermaßen von Absatz zu Absatz das ungute Gefühl, Kenntnis von einer Art Provinzposse zu nehmen. Als ich die Zeitung aus der Hand legte, war eigentlich mein erster Gedanke: Wer keine Probleme hat, macht sich eben welche. Doch beim weiteren Nachdenken kam ich zu der Überzeugung, daß diese Schlußfolgerung zu vereinfachend ist. Schließlich sind die Grotewohl-, Pieck- oder Langebachstraßenschilder die Zündholzkuppen für das Entflammen eines Streites über die persönlichen Erfahrungen in einem 40jährigen Abschnitt deutscher Geschichte. Logisch ist für mich auch, daß dies eben auf Grund der unterschiedlichen Erfahrungen auch unterschiedliche Wertungen zur Folge hat. Was mir nicht gefällt, ist die extreme Art, wie hier Ansichten kundgetan werden, ist die Intoleranz, die auf beiden Seiten der „Straßennamenfront“ in dem SPIEGEL-Artikel sichtbar geworden ist. Das bringt Rudolstadt nun erneut deutschlandweit in einen Ruf, den es ganz einfach nicht verdient hat. Das war schon einmal so, als die Neonazis durch die Stadt zogen und Rudolstadt zum Ruf einer rechten Hochburg kam wie die sprichwörtliche Jungfer zum Kind. Jetzt kommt das andere Extrem: Rudolstadt als Hort politischer Betonköpfe der unterschiedlichen Couleur.

Der SPIEGEL berichtete ...

... in Nr. 1/1999 „Hauptstadt: Charme der Langsamkeit“ über Pannen und Verzögerungen bei den Bauarbeiten im Berliner Regierungsviertel infolge des Mißmanagements der Deutschen Bahn AG.

Die Deutsche Bahn AG hat die Inbetriebnahme des Zentralbahnhofs im Berliner Regierungsviertel und damit auch die Eröffnung des Autotunnels B 96 unter dem Parlamentsviertel erneut um Monate verschoben. Mit der Fertigstellung des Lehrter Bahnhofs „rechnen wir im Jahre 2004“, erklärte am Freitag vergangener Woche Martin Lepper, im Vorstand der Deutschen Bahn Station und Service AG für den Bereich Planung verantwortlich. Zuletzt hatte die Bahn AG das Jahr 2003 avisiert.